



Protokolle  
der  
öffentlichen  
Sitzungen  
des  
Gemeinderates  
2010

## Inhaltsverzeichnis:

[illegible]

## SITZUNG

DES

GEMEINDERATES

Sitzungstag: 27. Januar 2010  
Sitzungsdauer: 20.00 bis 22:45 Uhr

Haibach, Rathaus

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

anwesend:

abwesend (entschuldigt):

### VORSITZENDER

Bgm. Andreas Zenglein

### NIEDERSCHRIFTSFÜHRERIN

Silvia Reiling, Verw. Angest.

### MITGLIEDER

2. Bgm. Max Baumann

3. Bgm. Horst Hock

Peter Amrhein

Erhard Attig

Michael Fuchs

Andreas Hein

Markus Rückert

Gaby Satter

Reinhard Schüßler

Toni Stahl

Wendelin Bleifus

Rüdiger Lebert

Hans Georg Seitz

Ilse Spielmann

Dr. Robert Ritter

Claus Rückert

Corinna Suffel

Richard Hein

Susanne Zellner

Jürgen Goldhammer

### VERWALTUNG

Friedrich Englert, VOAR

Thomas Wenzel, VAR

Martin Volk, Dipl. Ing.

## Tagesordnung

### Öffentlicher Teil:

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Genehmigung des Protokolls aus der Gemeinderatssitzung vom 02.12.2009
3. Änderung des Bebauungsplanes Gemeindefeld;  
Bauantrag der Firma PAN-Immobilien GmbH, Aschaffenburg
4. Änderung der Verordnung über die Reinhaltung und Reinigung der öffentlichen Straßen und die Sicherung der Gehbahnen im Winter
5. Änderung des Bebauungsplanes Sponackerweg im Bereich Adenauerring
6. Vollzug des Bebauungsplanes „Holzlagerplatz“; Detailplanung
7. Bericht des Kommunalen Prüfungsverbandes über die überörtliche Rechnungsprüfung für die Jahr 2006 - 2008
8. Allgemeines

**1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

**Bürgermeister Andreas Zenglein** eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass

- a) von den 20 geladenen Gemeinderatsmitgliedern 17 erschienen sind, der Gemeinderat beschlussfähig ist

und

- b) zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde.

**Bgm. Andreas Zenglein** weist auf die Ergänzung der Tagesordnung- TOP 3 Änderung des Bebauungsplanes Gemeindefeld; Bauantrag der Firma PAN-Immobilien GmbH, Aschaffenburg hin. Er begrüßt hierzu den Planer, Herrn Architekt Franz, und den Vertreter der Bauherren, Herrn Fries.

Nach der Geschäftsordnung des Gemeinderates ist vor Beginn der Sitzung über diese Ergänzung der Tagesordnung abzustimmen. Er fragt daher, ob Einverständnis damit besteht.

**3. Bgm. Horst Hock** bemerkt zu diesem Punkt, dass nach seiner Ansicht, dieser so beraten werden sollte, dass die betreffenden Anlieger hiervon Kenntnis haben. Dies ist bei der Ergänzung der Tagesordnung nicht der Fall, da hierzu keine Veröffentlichung erfolgte.

**Bgm. Andreas Zenglein** bedauert diese Entscheidung. Dieser TOP wird am 24. Februar 2010 beraten.

**2. Protokollgenehmigung**

Das Protokoll der Sitzung vom 02. Dez. 2009 wird ohne Anmerkungen genehmigt.

**3. Änderung des Bebauungsplanes Gemeindefeld; Bauantrag der Firma PAN-Immobilien GmbH, Aschaffenburg****4. Änderung der Verordnung über die Reinhaltung und Reinigung der öffentlichen Straßen und die Sicherung der Gehbahnen im Winter****Sachverhalt:**

Der Bayer. Gemeindetag hat in seiner Zeitschrift Dezember 2009 eine neue Musterverordnung über die Reinhaltung und Reinigung der öffentlichen Straßen und die Sicherung der Gehbahnen im Winter veröffentlicht.

Dieses Muster berücksichtigt eine Entscheidung des BayVGH, in der wesentliche Teile einer Winterdienstverordnung einer Stadt für nichtig erklärt worden sind sowie die Änderung des Art. 51 Abs. 5 BayStrWG.

Bei einem Vergleich der beiden Satzungen sind insbesondere die §§ 5 (Reinigungsarbeiten) und 6 (Reinigungsfläche) betroffen.

Satzungstext bisher	Satzungstext Muster
<p><b>§ 5 Reinigungsarbeiten</b></p> <p>Zur Erfüllung ihrer Reinigungspflicht haben die Vorder- und Hinterlieger die im Straßenverzeichnis (Anlage 1) aufgeführten öffentlichen Straßen innerhalb ihrer Reinigungsflächen (§ 6) zu reinigen. Sie haben dabei die Geh- und Radwege und die innerhalb der Reinigungsflächen befindlichen Fahrbahnen (einschließlich der Parkstreifen) insbesondere</p> <p>a) jeden Samstag zu kehren und den Kehrriech, Schlamm und sonstigen Unrat zu entfernen; fällt auf den Reinigungstag ein Feiertag, so sind die genannten Arbeiten am vorausgehenden Werktag durchzuführen;</p> <p>b) bei Trockenheit zur Vermeidung von übermäßiger</p>	<p><b>§ 5 Reinigungsarbeiten</b></p> <p>Zur Erfüllung ihrer Reinigungspflicht haben die Vorder- und Hinterlieger die im Straßenreinigungsverzeichnis (Anlage 1) aufgeführten öffentlichen Straßen innerhalb ihrer Reinigungsflächen (§ 6) zu reinigen. Sie haben dabei die Gehwege, die gemeinsamen Geh- und Radwege, die Radwege und die innerhalb der Reinigungsflächen befindlichen Fahrbahnen (einschließlich der Parkstreifen)</p> <p>a) <i>Alternative 1:</i> nach Bedarf, regelmäßig aber mindestens einmal im Monat, an jedem ersten Samstag<sup>2</sup> zu kehren und den Kehrriech, Schlamm und sonstigen Unrat zu entfernen (soweit diese in üblichen Hausmüll-</p>

<p>Staubentwicklung zu sprengen, wenn sie nicht staubfrei angelegt sind;</p> <p>c) von Gras und Unkraut zu befreien.</p> <p>Sie haben ferner bei Bedarf, insbesondere bei Tauwetter, die Abflussrinnen und Kanaleinlaufschächte freizumachen.</p>	<p>tonnen für Biomüll, Papier oder Restmüll oder in Wertstoffcontainern entsorgt werden können); entsprechendes gilt für die Entfernung von Unrat auf den Grünstreifen.</p> <p>Im Herbst sind die Reinigungsarbeiten bei Laubfall, soweit durch das Laub – insbesondere bei feuchter Witterung – die Situation als verkehrsfährdend einzustufen ist, ebenfalls bei Bedarf, regelmäßig aber einmal in der Woche, jeweils am Samstag, durchzuführen.</p> <p>Fällt auf den Reinigungstag ein Feiertag, so sind die genannten Arbeiten am vorausgehenden Werktag durchzuführen.</p> <p>oder</p> <p><i>Alternative 2:</i> jeweils nach Bedarf (Reinigungsklassen I bis III gemäß Anlage 2), regelmäßig aber in der Reinigungsklasse I: monatlich (z.B. jeden 1. Samstag im Monat<sup>2</sup>), in der Reinigungsklasse II: 14-tägig (z.B. jeden 1. und 3. Samstag im Monat<sup>2</sup>), in der Reinigungsklasse III: wöchentlich (z.B. jeden Samstag<sup>2</sup>),</p> <p>zu kehren und den Kehrriech, Schlamm und sonstigen Unrat zu entfernen (soweit diese in üblichen Hausmülltonnen für Biomüll, Papier oder Restmüll oder in Wertstoffcontainern entsorgt werden können); entsprechendes gilt für die Entfernung von Unrat auf den Grünstreifen.</p> <p>Fällt auf einen Reinigungstag ein Feiertag, so sind die genannten Arbeiten am vorausgehenden Werktag durchzuführen.</p> <p>b) von Gras und Unkraut zu befreien, soweit es aus Ritzen und Rissen im Straßenkörper wächst.</p> <p>c) bei Bedarf, insbesondere nach einem Unwetter sowie bei Tauwetter, die Abflussrinnen und Kanaleinläufe<sup>3</sup> freizumachen, soweit diese innerhalb der Reinigungsfläche (§ 6 ) liegen.</p>
<p style="text-align: center;"><b>§ 6 Reinigungsfläche</b></p> <p>(1) Die Reinigungsfläche ist der Teil der öffentlichen Straßen, der durch</p> <p>a) die gemeinsame Grenze des Vorderliegergrundstücks mit dem Straßengrundstück</p> <p style="padding-left: 20px;">aa) die parallel zum Fahrbahnrand in einem Abstand von 1 m innerhalb der Fahrbahn verlaufenden Linie (Straßen der Gruppe A des Straßenverzeichnisses); ein von der Fahrbahn getrennter Parkstreifen ist Teil der Reinigungsfläche,</p> <p style="padding-left: 20px;">bb) die Mittellinie des Straßengrundstücks (Straßenmittellinie), wobei mehrere gleichlaufende Fahrbahnen auch dann, wenn sie durch Mittelstreifen oder sonstige Einrichtungen geteilt sind, als eine einheitliche Fahrbahn gelten (Straßen der Gruppe B des Straßenverzeichnisses),</p>	<p style="text-align: center;"><b>§ 6 Reinigungsfläche</b></p> <p>(1) Die Reinigungsfläche ist der Teil der öffentlichen Straßen, der zwischen der gemeinsamen Grenze des Vorderliegergrundstücks mit dem Straßengrundstück,</p> <p>und</p> <p>a) bei Straßen der Gruppe A des Straßenreinigungsverzeichnisses der Fläche außerhalb der Fahrbahn (wobei ein von der Fahrbahn getrennter Parkstreifen Teil der Reinigungsfläche ist)</p> <p>c) bei Straßen der Gruppe B des Straßenreinigungsverzeichnisses einer parallel zum Fahrbahnrand in einem Abstand von 0,5 Meter<sup>4</sup> verlaufenden Linie innerhalb der Fahrbahn (wobei ein von der Fahrbahn getrennter</p> <p>d) Parkstreifen Teil der</p>

und	Reinigungsfläche ist)
<p>b) die von den Endpunkten der gemeinsamen Grenze aus senkrecht zur Straßenmittellinie verlaufenden Verbindungslinien begrenzt wird.</p> <p>(2) Bei einem Eckgrundstück erstreckt sich die Reinigungsfläche bis zum Schnittpunkt der (über die Eckausrundung hinaus) verlängerten Begrenzungslinien nach Abs. 1b) einschließlich der ggf. in einer Straßenkreuzung liegenden Flächen.</p>	<p>c) bei Straßen der Gruppe C des Straßenreinigungsverzeichnisses der Mittellinie des Straßengrundstücks liegt, wobei Anfang und Ende der Reinigungsfläche vor einem Grundstück jeweils durch die von den Grundstücksgrenzen aus senkrecht zur Straßenmittellinie gezogenen Linien bestimmt werden.</p> <p>(2) Bei einem Eckgrundstück gilt Absatz 1 entsprechend für jede öffentliche Straße, an die das Grundstück angrenzt, einschließlich der gegebenenfalls in einer Straßenkreuzung liegenden Flächen.</p>

Aus Gründen der Rechtssicherheit wird vorgeschlagen, die gemeindliche Verordnung dem Satzungsmuster anzupassen. In § 5 wird Alternative I vorgeschlagen.

Neu zu definieren sind auch die Straßenklassifizierungen. Seither wurde lediglich unterschieden in Straßen A (Reinigungsfläche; Gehbahnen und Fahrbahnrand) und B (Reinigungsfläche bis zu Mitte)

Das VGH hält eine Reinigung von überörtlichen, stark befahrenen Straßen für einen Fahrbahnrand aus Sicherheitsgründen nicht mehr vertretbar. Somit ist nunmehr von drei Klassifizierungen auszugehen:

A: Fläche außerhalb der Fahrbahn (also z.B. Gehsteig)

B: wie seither A (Gehweg und 50 cm breiter Fahrbahnstreifen) der diesbezügliche Beschlussvorschlag soll nur beispielhaft sein)

C: bis zur Mittellinie des Straßengrundstücks

**3. Bgm Horst Hock** macht den Vorschlag nur Kategorie A und B festzulegen, eine Kategorie C ist nach seiner Meinung nicht erforderlich. Er möchte wissen, was man mit dieser Satzung erreichen möchte, da Haibachs Gehwege bzw. Straßen nicht verschmutzt sind. Bei unbebauten Grundstücken sieht er die Umsetzung jedoch problematisch. Die Sicherheit der Fußgänger ist wichtig, aber die Satzung muss auch praktikabel sein.

**GR Dr. Robert Ritter** sieht diese Satzung als Verunsicherung der Bürger.

**GR Hans Georg Seitz** findet die Übernahme der Mustersatzung vernünftig, merkt jedoch hierzu an, dass bei Alternative 1 der erste Samstag gestrichen werden soll. Ebenso findet er es wichtig, dass ein Hinweis erfolgt, dass der Straßenkehrer kostenlos am Kompostplatz abgeliefert werden kann.

**GR Andreas Hein** ist ebenfalls der Meinung, dass Kategorie A und B reichen. Er findet es überflüssig, ganze Straßen zu reinigen. Je weniger Ausnahmen diese Satzung hat, desto praktikabler wird sie sein.

**GR Dr. Robert Ritter** ist der Meinung, dass diese Satzung wie bisher belassen werden sollte.

**GR Hans Georg Seitz** spricht sich dafür aus, diesen Punkt zu vertagen und nochmals in den Fraktionen zu beraten.

**Bgm. Andreas Zenglein** schlägt vor, die Verwaltung überarbeitet den Text nochmals und es erfolgt Wiedervorlage.

**GR Dr. Robert Ritter** stellt folgenden

#### Antrag zur Geschäftsordnung:

Die seitherige Satzung bleibt unverändert. Es wird keine Änderung angestrebt.

Abstimmungsergebnis: ja: 2      nein: 16  
**abgelehnt!**

Der Tagesordnungspunkt wird in der nächsten Sitzung des Gemeinderates erneut vorgelegt.

#### 5. Änderung des Bebauungsplanes Sponackerweg im Bereich Adenauerring

Hierzu liegen noch keine Informationen vor –daher wir der Punkt

**vertagt**

#### 6. Vollzug des Bebauungsplanes „Holzlagerplatz“; Detailplanung

##### Sachverhalt:

Der Bebauungsplan „Holzlagerplatz“ ist mit seiner Veröffentlichung am 21.01.2010 in Kraft getreten.

Um diesen Plan umzusetzen und den Anfragen gerecht zu werden, sollte nach Auffassung der Verwaltung nunmehr die Detailplanung erfolgen.

Regelungen sollten u.a. getroffen werden für

Einteilung in Parzellen  
Überdachung der Flächen  
Größe der Flächen, die einzelnen Bewerbern verpachtet werden  
Pachtzins je m<sup>2</sup> (Festlegung allerdings erst nach Kostenermittlung möglich)  
Pachtdauer

Die Planung könnte evtl. der gemeindliche Gartenbautechniker, Herr Franz Staab, übernehmen. Die Planung sollte sich vorerst über die gemeindlichen Flächen erstrecken.

**3. Bgm Horst Hock** findet es richtig, den Holzlagerplatz einzurichten. Nach seiner Meinung wird mit der vorgeschlagenen Vorgehensweise, „das Pferd von hinten aufgezäumt“.

Der Platz ist für Werber nur interessant, wenn zuerst der Mietpreis – mit oder ohne Überdachung - festgelegt wird. Es geht nicht darum einen architektonisch tollen Platz zu haben, sondern, dass entsprechende Mieter gefunden werden. Wenn der Mietpreis bekannt ist, kann festgestellt werden, welche Überdachung man sich leisten kann. Die Gemeinde kann diesen Platz nicht auch noch subventionieren.

**GR Hans Georg Seitz** dagegen findet den Vorschlag der Verwaltung durchaus in Ordnung. Unser Gartenbautechniker erstellt einen Plan. Danach werden die Kosten ermittelt und den Interessenten können Preise genannt werden.

**GR Dr. Robert Ritter** ist der Meinung, dass vor einer weiteren Planung erst Mieter gefunden werden müssen. Die Überdachung ist nach seiner Ansicht noch nicht beschlossen.

Hierzu erwidert **Bgm. Andreas Zenglein**, dass die Überdachung in der ersten Reihe im Bebauungsplan sogar festgeschrieben ist, damit die vielfältigen Abdeckungen nicht mehr in Frage kommen.

**GR Wendelin Bleifus** stimmt den Ausführungen von Bgm. Andreas Zenglein zu.

**GR Claus Rückert** schlägt auch vor, vor der Planung erst den Bedarf zu ermitteln.

**Bgm. Andreas Zenglein** stellt fest, dass bereits etliche Anfragen von Interessenten vorliegen, da diese Bürger keinen Platz auf ihrem Grundstück haben, ihr Holz zu lagern.

**3. Bgm. Horst Hock** vertritt nach wie vor die Auffassung, dass zuerst ermittelt werden muss, wie hoch der Pachtpreis sein wird. So kann es passieren, dass die Fläche mit Dach nicht angenommen wird und die Flächen ohne Bedachung nicht ausreichen.

**GR Andreas Hein** stellt fest, dass die Diskussion, die jetzt geführt wird, bereits abgeschlossen ist. Jetzt kommt es darauf an, anhand der Planung die Kosten zu ermitteln.

#### Beschluss:

Für das Sondergebiet „Holzlagerplatz“ wird eine Detailplanung durchgeführt. Dem Gemeinderat sind hierzu entsprechende Planvorschläge vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: ja: 16      nein: 2

## 7. Bericht des Kommunalen Prüfungsverband über die überörtliche Rechnungsprüfung für die Jahr 2005 - 2008

### Sachverhalt:

Der Bayer. kommunale Prüfungsverband hat eine überörtliche Prüfung der Jahresrechnungen für die Jahre 2005 bis 2008 vorgenommen. Der Bericht wurde den Fraktionen übermittelt (bei Einzelfeststellungen nur öffentlicher Teil). Die Stellungnahme der Verwaltung hierzu erfolgt gesondert in einem Übersichtsblatt.

Das Landratsamt Aschaffenburg hat bereits um Vollzugsmittel gebeten (Frist 31.03.).

**Kämmerer Thomas Wenzel** informiert über die Feststellungen des Prüfungsberichtes bzw. über die Erledigungen seitens der Verwaltung:

### Prüfungsbericht 2006 – 2008 - öffentlicher Teil Einzelfeststellungen

4.1. Erledigung früherer Prüfungsfeststellungen			Stellungnahme der Verwaltung
<b>TZ 1 Folgende Feststellungen in unserem Bericht vom 02.08.2006 wurden auch in der Folgezeit nicht beachtet:</b>  Folgende Feststellungen aus unserem <b>Prüfungsbericht vom 07.08.2000</b> wurden nicht oder nicht vollständig erledigt (TZ 1 des Berichts vom 02.08.2006)			
TZ	Betreff	Erledigungsstand/Anmerkung	
20	Sicherheit beim bargeldlosen	siehe auch e) im aktuellen Bericht	



	Zahlungsverkehr („Online-Banking“)		erledigt
Folgende Feststellungen aus unserem <b>Prüfungsbericht vom 02.08.2006</b> wurden nicht oder nicht vollständig erledigt			
TZ	Betreff	Erledigungsstand/Anmerkung	
3	Für die Ausübung verschiedener Tätigkeiten im Rahmen des Bestattungswesens durch Unternehmer fehlt eine vertragliche Regelung; eine Gebührenregelung für die dem Benutzungszwang unterworfenen Bestattungsleistungen liegt nicht vor.	nicht erledigt  vertragliche Regelung; Ergänzungen der Gebührensatzung fehlen weiterhin; s.a. TZ 15 des aktuellen Berichts	Bisher wurde keine Ausschreibung für Bestatter vorgenommen, da sich die seitherige Regelung bewährt hat. Nach dem Prüfungsbericht müssten die Bestattungsleistungen einem einzigen Unternehmen übertragen werden.
6	Erstattungen für Grundstücksanschlüsse wurden nicht festgesetzt	Die aufgezeigte Verfahrensweise wurde beibehalten.	
14	Die Berechnung der Umlage ist in der Verbandssatzung nicht eindeutig geregelt; die Zahlungen der Gemeinde an den Verband wurden teilweise unzutreffenden Gruppierungsziffern zugeordnet.	Verbandssatzung nicht geändert,  Zuordnung zu den Gruppierungsziffern geändert, die Schuldendienstumlagen sind aber im HUA 7000 (neu Gr. 7230) verblieben (s.a. TZ 13).	
15	Für die Mitwirkung der Gemeinde an der Abfallentsorgung wären die Aufwendungen zu ermitteln und ggf. ein kostendeckendes Entgelt des Landkreises anzustreben.	nicht erledigt	Es handelte sich um Anschlusskosten im Baugebiet Südlich der B 8 – Mehrkosten von ca. 20 cm sollten berechnet werden- wurde wegen des damit verbunden Aufwands nicht vollzogen.
16	Es liegen keine Unterlagen über die ortsübliche Miete vor; das Erhöhungsverlangen hat den gesetzlichen Vorgaben nicht entsprochen	Unterlagen über ortsübliche Mieten liegen nicht vor. Wirksame Mietanpassungen sind nicht erfolgt.	Abwasserverband hat Satzung nicht geändert.
25	Einbeziehung der geringfügig Beschäftigten i.S. des § 8 Abs. 1 Nr. 1 SGB IV in den Geltungsbereich des TVöD	nicht beachtet	Von den Gemeinden Haibach, Bessenbach, Waldaschaff, Sailauf und Laufach wurde ein gemeinsamer Antrag an LRA gestellt, Antwort liegt noch nicht vor.
27a	Zugriffsberechtigungen sind mit der Kassensicherheit nicht vereinbar	Die Rechte wurden nur teilweise angepasst. So war zum Zeitpunkt der Prüfung der Kämmerer der Gruppe „Kasse“ zugeordnet, während die Kassenverwalterin der Gruppe „Kämmerei Anordnung“ zugewiesen war. Die Rechte sollten konsequent nach den wahrzunehmenden Aufgaben und restriktiver vergeben werden.	Mietspiegel nicht vorhanden.
27c	Benutzern den Sicherheitsstatus zuweisen, den sie für die Ihnen zugewiesenen Programme benötigen	Neben der Rechteverwaltung dienen die Ebene „Datenschutzverwaltung“ und die Ebenen Anordnungs-, Veranlagungs- und Historienpflegeberechtigung als weitere Abgrenzungen zur Umsetzung eines Rechtekonzepts. So können mittels der Sicherheitsstufe Benutzer für eine Gruppe von Programmzuordnungen gesperrt werden, während jeder einzelnen Programmzuordnung eine Sicherheitsstufe vergeben werden kann. Die Anordnungsberechtigung und Veranlagungsberechtigung sollte in der Regel nicht dem Aufgabenbereich „Kasse“ zugeordnet sein. Auf die mündlichen Hinweise des Prüfers wird verwiesen.	Die Einbeziehung in den TVöD wird mittlerweile beachtet.
30g	Kostendeckendes Entgelt für Schwimmunterricht auswärtiger Schulträger	Nicht erledigt. Die nach Abschluss der Sanierungsarbeiten und Wiedereröffnung (01.08.2008) vorgesehene Kalkulation wurde nicht erstellt	Zugriffsberechtigung wurde geändert.
			Erledigt
Für eine neue Kalkulation soll mindestens ein zweijähriger Betrieb abgewartet werden.			
Eine Feststellung, wie sie unter TZ 11 (Wasserverluste) getroffen wurde, musste erneut in diesen Bericht aufgenommen werden (siehe TZ 9). Die übrigen Feststellungen können als erledigt betrachtet werden.			
<b>4.2 Satzungsrechtliche Angelegenheiten</b>			

**TZ 2**

**Eine Beitragsfreistellung die lediglich für Geschosse gelten soll, führt zur Unwirksamkeit des Beitragsteils der Satzung.**

§ 5 Abs. 2 Satz 3 BGS/WAS hat folgenden Wortlaut:

*„Gebäude oder Gebäudeteile, die nach der Art ihrer Nutzung keinen Bedarf nach Wasserversorgung auslösen, werden nicht herangezogen; das gilt nicht für Geschosse, die tatsächlich einen Wasseranschluss haben.“*

Nach mittlerweile ständiger Rechtsprechung des BayVGh sind solche Beitragssatzungen wegen der fehlerhaften Maßstabsregelung unwirksam. Die Beschränkung auf einzelne Geschosse beinhaltet danach einen Verstoß gegen das Prinzip des adäquaten Vorteilsausgleichs und den Gleichheitssatz, weil der durch den Anschluss erlangte Vorteil das gesamte selbstständige Gebäude oder Gebäudeteile (vor dem 01.01.1994: Nebengebäude) erfasst. Die fehlerhafte Regelung betrifft einen zentralen Bestandteil der satzungsmäßigen Verteilungsregelung und führt zur Ungültigkeit der gesamten Beitragssatzung.

Mit der Neufassung der Satzung am 02.12.2009 geändert.

**TZ 3**

**Nachweis der Großvieheinheiten anhand der allgemeinen Viehzählungen nicht mehr möglich**

Bei landwirtschaftlichen Betrieben mit Großviehhaltung wird bei der Festsetzung der Kanalgebühren eine Abzugsmenge berücksichtigt. Maßgebend ist die im Vorjahr durchschnittlich gehaltene Viehzahl. Nach § 10 Abs. 2 Satz 5 BGS/EWS kann mit Einwilligung des Viehhalters auf das Ergebnis der letzten allgemeinen Viehzählung nach dem Viehzählungsgesetz zurückgegriffen werden.

Infolge der Neufassung des AgrStatG sind die bisherigen Datenerhebungen nur noch in beschränktem Umfang vorgesehen. Betriebsbezogene statistische Daten aus einer „allgemeinen“ Viehzählung liegen nicht mehr für alle landwirtschaftlichen Betriebe vor. Diese Änderung der Rechtsgrundlage könnte durch Anpassung der Satzung an die Mustersatzung (AllIMBI 2008, S. 351 ff.) umgesetzt werden.

Mit der Neufassung der Satzung am 02.12.2009 geändert.

**4.5 Wasserversorgung, Entwässerungseinrichtung****TZ 9**

**Wasserverluste beeinträchtigen den wirtschaftlichen Betrieb der Wasserversorgung.**

Bereits im Prüfungsbericht vom 02.08.2006 wiesen wir auf die im überörtlichen Vergleich hohen Wasserverluste hin. Die Wasserverluste verringerten sich seither zwar, sind aber immer noch sehr hoch. Die Wasserversorgung besteht aus zwei technisch getrennten Einrichtungen, die rechtlich als eine Anlage behandelt werden. Das Frischwasser wird zu einem erheblichen Teil von der Stadt Aschaffenburg bezogen, ein Teil des Wassers wird aus eigenen Brunnen entnommen. Seit 01.08.2001 betragen die Verbrauchsgebühren 4,39 DM/m<sup>3</sup> Wasserbezug (= 2,20 €/m<sup>3</sup>). Nach den Unterlagen der Verwaltung waren im Berichtszeitraum folgende Wasserverluste festzustellen:

Die Problematik ist dem Gemeinderat bekannt; es wird nach wie vor angestrebt, den Verlust zu verringern.

	2005	2006	2007	2008
Versorgungsgebiet 1				
Geförderte bzw. gekaufte Wassermengen	in m <sup>3</sup>	in m <sup>3</sup>	in m <sup>3</sup>	in m <sup>3</sup>
Brunnen Straßbessenbach	119,24	114,389	113,87	110,169
Stadt Aschaffenburg	330,844	300,12	309,101	337,261
Gesamt	450,084	414,509	422,971	447,43
verbrauchte Wassermengen	in m <sup>3</sup>	in m <sup>3</sup>	in m <sup>3</sup>	in m <sup>3</sup>
Haibach u. Grünmorsbach	358,806	345,08	348,037	321,296
Standrohr, Bauwasser	187	148	156	270
Winzenhohl	15,96	13,207	12,978	18604
Gesamt	374,953	358,435	361,171	340,17
Differenz in m <sup>3</sup>	75,131	56,074	61,8	107,26
Differenz in %	16,69	13,53	14,61	23,97
Versorgungsgebiet 2				
Geförderte bzw. gekaufte Was-	in m <sup>3</sup>	in m <sup>3</sup>	in m <sup>3</sup>	in m <sup>3</sup>

sermengen				
Brunnen Dörrmorsbach	12,412	12,43	13,008	13,49
Stadt Aschaffenburg	9,805	7,755	7,389	6,439
Gesamt	22,217	20,185	20,397	19,929
verbrauchte Menge	19,698	18,094	19,31	17,668
Differenz in m³	2,519	2,091	1,087	2,261
Differenz in %	11,34	10,36	5,33	11,35
Gesamtbilanz				
Bezogen bzw. gefördert	472,301	434,694	443,368	467,359
Verkauft	394,651	376,529	380,481	357,838
Wasserverlust in m³	77,65	58,165	62,887	109,521
Wasserverlust in %	16,44	13,38	14,18	23,43

Die Wasserverluste von insgesamt 62.887 m³ im Jahr 2007 entsprechen bei einem Einkaufspreis von 1,29 €/m³ einem Gegenwert von rd. 81 T€. Nach den erhaltenen Auskünften hat der Bauhof für die Bereinigung von 30 bis 35 Rohrbrüchen im Jahr 2007 ca. 675 Arbeitsstunden aufgewandt. Bei einem Verrechnungslohn von 32,96 €/Stunde entspricht dies rd. 22 T€. Darin nicht enthalten sind die Aufwendungen für Firmen, die im Rahmen des Jahresleistungsverzeichnisses beauftragt wurden. Die Ermittlung wurde aus Zeitgründen zurückgestellt. Die Unzulänglichkeiten im Leitungssystem beeinträchtigen den wirtschaftlichen Betrieb der Einrichtung.

Im Hinblick auf die vom Gesetzgeber in Art. 8 KAG geforderte Kostendeckung der leitungsgebundenen Einrichtungen entsteht der Gemeinde kein unmittelbarer Schaden, weil die Gebührenzahler die mit den Wasserverlusten verbundenen Aufwendungen über die Gebührenzahlungen ausgleichen. Dennoch sollte sich die Gemeinde - im Interesse der Gebührenzahler, aber auch um die Trinkwasserressourcen zu schonen - weiterhin verstärkt bemühen, die Ursachen für die Wasserverluste aus ihren Versorgungsnetzen zu klären und Maßnahmen zur Verringerung ergreifen (s.a. Auflage Nr. 2.1.2 des Bescheids des Landratsamts vom 21.08.2000, Az. 41.2-642-1-11/87).

#### **TZ 10**

##### **Die Gebührenkalkulationen entsprechen nicht in vollem Umfang den Vorgaben des KAG.**

Der Kalkulation für die zum 01.01.2009 wirksam gewordenen Gebührenerhöhungen hat die Verwaltung teilweise die Haushaltsansätze für das Jahr 2009, teilweise aber auch Durchschnittswerte zugrunde gelegt, die aus den (Ist-) Ergebnissen der Jahre 2006 und 2007 sowie aus geschätzten Ergebnissen für das Jahr 2008 und den Ansätzen für 2009 gebildet wurden. Über- und Unterdeckungen der Vorjahre wurden (unabhängig von den darin enthaltenen Anteilen der Schuldendienstumlagen im Entwässerungsbereich, vgl. TZ 13) nicht in voller Höhe, sondern nur in Teilbeträgen in die Berechnungen einbezogen; Zinsen sind nicht berücksichtigt. Der Kalkulationszeitraum ist nach den erhaltenen Auskünften auf das Jahr 2009 begrenzt.

a) Das Kostendeckungsprinzip ist primär kein Abrechnungsgrundsatz, sondern eine Veranschlagungsmaxime. Es handelt sich beim Kostendeckungsprinzip um einen Vor-Kalkulationsgrundsatz, nach dem das voraussichtliche Gebührenaufkommen die voraussichtlichen Kosten, jeweils einem bestimmten Zeitabschnitt periodengerecht zugeordnet, nicht übersteigen darf. Mit der (Vor-)Kalkulation wird auch der Bemessungszeitraum festgelegt. An diese Entscheidung ist die Kommune im allgemeinen gebunden (vgl. FSt 156/1993). Die Einbeziehung von Ist-Ergebnissen früherer Jahre in Durchschnittswerte für die aktuelle Kalkulation ist deshalb nicht sachgerecht. Die Ergebnisse der Vorjahre finden nur insgesamt als Über- oder Unterdeckung Eingang in die Kalkulation.

b) Im Übrigen ist in Art. 8 Abs. 6 Satz 2 KAG (in der seit 01.01.1993 geltenden Fassung) ausdrücklich bestimmt, dass eine Kostenüberdeckung, die sich am Ende eines Bemessungszeitraums ergibt, innerhalb des nachfolgenden Kalkulationszeitraums auszugleichen ist, (unbeabsichtigte) Kostenunterdeckungen sollen in diesem Zeitraum ausgeglichen werden. Der Ansatz von Teilbeträgen der Über- bzw. Unterdeckungen der Vorjahre wird dieser gesetzlichen Vorgabe nicht gerecht.

Wenn durch den Ausgleich früherer Fehlbeträge oder Überdeckungen stärkere Gebührensanktionen entstehen, können diese Wirkungen abgabenrechtlich nur durch die Wahl eines längeren Kalkulationszeit-

Wird künftig beachtet.

Wird künftig beachtet

Der Ausgleich wurde seither immer kalkuliert.

<p>raums gemildert werden. Dies wurde hier nicht beachtet.</p> <p>c) Nach Ansicht des BayVGH entspricht es betriebswirtschaftlichen Grundsätzen, Überdeckungen zu verzinsen. Wir empfehlen, bei Unterdeckungen entsprechend zu verfahren (vgl. BayVGH, Urteil vom 20.10.1997, FSt 232/1998, S. 28; BKPV, Geschäftsbericht 1997, S. 31).</p>	<p>Verzinsung wird künftig beachtet.</p>
<p><b>TZ 11</b>  <b>Brauchwasser aus Regenwasserzisternen wird bei der Berechnung der Kanalgebühren - abweichend von der Satzung - nicht berücksichtigt.</b></p> <p>Im Vollzug der TZ 4 des Prüfungsberichts vom 02.08.2006 hat die Gemeinde versucht die Eigengewinnungsanlagen zu ermitteln. Von 2.424 schriftlichen Anfragen haben die Betroffenen in 85 Fällen den Bestand von Eigengewinnungsanlagen bestätigt, in 466 Fällen wurde die Anfrage nicht beantwortet. Mit Beschluss vom 04.10.2006 hat der Haupt- und Finanzausschuss entschieden, dass für die Regenwassernutzung keine Kanalgebühren festgesetzt werden.</p> <p>Die Kanalbenutzungsgebühr wird nach den geltenden satzungsrechtlichen Vorgaben nach dem modifizierten Frischwassermaßstab erhoben. Als Abwassermengen gelten nach § 10 Abs. 2 Satz 1 BGS/EWS die dem Grundstück aus der Wasserversorgungseinrichtung zugeführten Wassermengen, abzüglich der nachweislich auf dem Grundstück verbrauchten oder zurückgehaltenen Wassermengen, soweit der Abzug nicht nach § 10 Abs. 3 BGS/EWS ausgeschlossen ist. Der Begriff „Wasserversorgungseinrichtung“ ist als Oberbegriff für öffentliche und private Wasserversorgungsanlagen aufzufassen (vgl. Nitsche/Baumann/Peters, Satzungen zur Abwasserbeseitigung, Erl. 20.101/8 a unter Hinweis auf die einschlägige Rechtsprechung des BayVGH).</p> <p>Die Entwässerungsgebühren sind satzungsgemäß und vollständig zu erheben. Dementsprechend muss auch Wasser als gebührenpflichtiges Abwasser erfasst werden, das aus einer privaten Regenwassersammelanlage in die Hauswasseranlage als Brauchwasser (z.B. für die Toilette) eingespeist wird (vgl. BayVGH, Urteil vom 16.04.1998, BKPV-Mitteilungen 1/1999, RdNr. 6). In diesen Fällen wäre von der Gemeinde (in eigener Verantwortung) zu prüfen, ob Einleitungsgebühren zu erheben sind oder ob nachgewiesen werden kann, dass die Wassermengen auf dem Grundstück verbraucht oder zurückgehalten wurden.</p> <p>Es wird darauf hingewiesen, dass an eine gültige Satzung nicht nur der Bürger gebunden ist; der Bindung unterliegt auch die Kommune selbst (GK 3/2001; vgl. auch Wuttig/ Hürholz/Thimet/Nöth, Gemeindliches Satzungsrecht, Teil I/19). Der Gemeinderat (oder einer seiner Ausschüsse) darf die Verwaltung nicht durch Beschluss anweisen, im Vollzug von der Satzung abzuweichen (vgl. Wuttig/Hürholz/Thimet/Nöth, a.a.O., Teil I/4).</p>	<p>Der Gemeinderat hat am 02.12.2009 ausdrücklich beschlossen, die aus Eigengewinnungsanlagen anfallenden Abwässer nicht weiter zu berechnen.</p>
<p><b>TZ 12</b>  <b>Für Grundstücke die unmittelbar an Einrichtungen des Abwasserzweckverbandes angeschlossen werden, sollten die notwendigen abgabenrechtlichen Regelungen geschaffen werden.</b></p> <p>Die Abwasserbeseitigung des im Außenbereich gelegenen (bebauten) Grundstückes der SpVgg Grünmorsbach (Sportgelände mit Sportheim) wird seit dem Jahr 2007 über einen Sammler des Abwasserzweckverbandes der Aschafftalgemeinden vorgenommen. Das Recht hinsichtlich der Verbandsanlagen Gebühren und Beiträge zu verlangen, ist dem jeweiligen Verbandsmitglied vorbehalten (§ 7 Satz 2 Verbandssatzung). Sondervereinbarungen bestehen nach den erhaltenen Auskünften weder mit der Gemeinde noch mit dem Zweckverband. Die Verbands-einrichtungen sind nicht zum Bestandteil der gemeindlichen Einrichtung erklärt (vgl. Nitsche u.a., Satzungen zur Abwasserbeseitigung, Erl. 10.04/4 a); eine entsprechende Änderung der gemeindlichen Satzungen wurde bisher nicht vorbereitet.</p> <p>Um für die bisher nicht festgesetzten Herstellungsbeiträge und die bisher nicht erhobenen Benutzungsgebühren eine satzungsrechtliche Grundlage zu schaffen, sollte die Gemeinde in ihrer EWS und der BGS hierzu - die ohnehin neu erlassen werden muss (vgl. TZ 2) - klarstellen, dass sich der Geltungsbereich dieser Satzungen auch auf die Grundstücke in ihrem Hoheitsgebiet erstreckt, deren Abwasser unmittelbar über einen Verbandssammler entsorgt wird.</p>	<p>Mit der Neufassung der Satzung am 02.12.2009 erledigt.</p>

<b>4.6 Kommunalwirtschaftsrechtliche Angelegenheiten</b>	
<p><b>TZ 13</b>  <b>Schuldendienstumlagen an den Abwasserzweckverband sollten einem eigenen Haushaltsabschnitt zugeordnet werden.</b></p> <p>Die kostenrechnende Einrichtung Abwasserbeseitigung wurde im Berichtszeitraum durch beträchtliche Entnahmen aus einer Gebührenaussgleichsrücklage ausgeglichen die zur Rechnungslegung 2007 einen „Minus“-Bestand aufwies. Bei der Bewertung dieser Ergebnisse ist zu beachten, dass darin auch die Schuldendienstumlagen der Gemeinde an den Abwasserzweckverband (HHSSt. 7000.7230) enthalten sind.</p> <p>a) Für die Gebührenkalkulation der Gemeinde sind die Schuldendienstleistungen auszugliedern. An deren Stelle treten die anteiligen kalkulatorischen Kosten für die Verbandsanlagen (vgl. Nitsche/Baumann/Peters, Satzungen zur Abwasserbeseitigung, Erl. 20.09/9 j; s.a. Wuttig/Hürholz/Thimet/Nöth, Gemeindliches Satzungsrecht, Teil VI, Frage 3, Nr. 3.2.10). Um auch im kamerale Haushaltsplan und in der kamerale Jahresrechnung eine verbesserte Darstellung der ansatzfähigen Kosten und des Kostendeckungsgrades der Einrichtungen zu erreichen, könnte es sich empfehlen, die Schuldendienstumlagen in einem eigenen Unterabschnitt (z.B. 7001) nachzuweisen (siehe auch § 7 Abs. 3 Satz 1 KommHV-Kameralistik, Erl. 3 zu § 7 in Schreml/Bauer/Westner, Kommunales Haushalts- und Wirtschaftsrecht in Bayern).</p> <p>b) Die Bestände der Gebührenaussgleichsrücklage wären um die ebenfalls als Entnahme gebuchten Anteile der Schuldendienstumlage zu bereinigen.</p>	<p>Mit der Einführung der Doppik wird dieser Punkt beachtet.</p>
<p><b>TZ 14</b>  <b>Im Zusammenhang mit der Sanierung der Kanalleitung im Bereich der Kreisstraße AB 2 sollte eine Vereinbarung nach den ODR mit dem Landkreis Aschaffenburg angestrebt werden.</b></p> <p>Die Gemeinde hat im Jahr 2005 im Bereich der Kreisstrasse AB 2 den Entwässerungskanal (Mischwasserkanal) auf einer Länge von 528 m im sog. „Inliner-Verfahren“ saniert. Der ursprünglich - nach einer Nutzungsdauer von 35 bis 40 Jahren – schadhafte Kanal, der aber ausreichend dimensioniert war, wurde damit in einen Zustand versetzt, der auch im Hinblick auf die zu erwartende Lebensdauer mit einem Kanalneubau in der offenen (herkömmlichen) Bauweise gleichzusetzen ist (siehe dazu auch VG Minden, Urteil vom 25.01.2008, Az. 5 K1756/07; KommP BY 5/2008).</p> <p>Der Kanal dient und dient auch der Aufnahme des auf der Straße anfallenden Niederschlagswassers. Die Entwässerung der Straße ist Aufgabe des Straßenbaulastträgers (hier: Landkreis Aschaffenburg). Die Gemeinde sollte den Abschluss einer Vereinbarung mit dem Landkreis nach Buchst. B. Nr. 2, letzter Unterabsatz der IMBek vom 26.11.1997, AllMBI S. 838 ff. anstreben.</p>	<p>Bei dem Landkreis wurde bereits eine entsprechende Vereinbarung angefordert und mündlich auch schon zugesagt.</p>
<p><b>TZ 15</b>  <b>Die Gebühren im Bestattungswesen sollten neu kalkuliert werden.</b></p> <p>Im Bereich des Bestattungswesens waren in allen Berichtsjahren erhebliche kamerale Fehlbeträge aus allgemeinen Deckungsmitteln auszugleichen (vgl. Anlage 6 Blatt 2), der Kostendeckungsgrad lag nach den kamerale Ergebnissen stets unter 50 % (zwischen 35,72 % und 47,75 %). Im Jahr 2008 hat der Gemeinderat eine geringfügige Erhöhung der Friedhofsgebühren beschlossen (Sitzung am 12.11.2008 mit Wirkung vom 01.01.2009). Die Verwaltung konnte keine den Anforderungen des KAG entsprechende Kalkulation vorlegen.</p> <p>Neben der noch ausstehenden Erledigung der TZ 3 aus unserem Bericht vom 02.08.2006 (s.a. TZ 1) empfehlen wir - insbesondere im Hinblick auf den Vorrang der speziellen Entgelte nach Art. 62 Abs. 2 GO - den aktuellen Gebührenbedarf für das Bestattungswesen zu ermitteln und über eine Anpassung der Gebühren zu entscheiden. Auf die Hinweise in unserem Geschäftsbericht 2005, S. 44 ff., wird verwiesen.</p>	<p>Für das Haushaltsjahr 2010 wurde bereits eine Kalkulation für die Friedhofsgebühren vorgelegt. Der Gemeinderat hat keine Änderung der Gebühren beschlossen.</p>
<b>4.7 Verschiedenes</b>	
<b>TZ 16</b>	

<p><b>Die vom Zweckverband kommunale Verkehrsüberwachung Aschaffenburg und Umgebung vorgelegten Abrechnungen entsprechen nicht vollständig der Verbandssatzung.</b></p> <p>Die Deckung des Finanzbedarfs ist in § 20 der Verbandssatzung geregelt. Die Aufwendungen für die Überwachung des fließenden und des ruhenden Verkehrs werden im Verhältnis der durchgeführten Überwachungsstunden auf die Mitglieder verteilt.</p> <p>Im Übrigen sieht die Verbandssatzung in § 20 Abs. 2 Satz 3 bis 5 vor:</p> <p><i>„Bei der Aufteilung der mtl. anfallenden Miet-, sonstigen Personal- und Verwaltungskosten Innendienst- und Sachkosten, erfolgt eine Aufteilung nach Fallzahlen. Dabei werden die monatlichen Gesamtfallzahlen des Zweckverbandes (ruhender und fließender Verkehr) entsprechend der auf die einzelnen Mitglieder fallenden Fallzahlen, getrennt für ruhenden und fließenden Verkehr aufgeteilt (Verwaltungskosten). Die Abrechnung erfolgt monatlich im Nachhinein.“</i></p> <p>Abweichend davon werden Portokosten nach Anfall und Fahrtkosten nach den aufgezeichneten Fahrleistungen (Kilometer) abgerechnet. Für alle übrigen Aufwendungen ist in den monatlichen Abrechnungen eine Pauschale von 1.416,00 € enthalten. Unterlagen über die Berechnung dieser Pauschale hat die Verwaltung nicht vorgelegt. Künftig wären die Satzungsregelungen zu beachten.</p>	<p>Die Abrechnungen wurden berichtigt;</p> <p>Allerdings musste die Gemeinde Haibach eine Nachzahlung leisten (3000 €)</p>
<p><b>TZ 17</b></p> <p><b>Mit der Verwaltung wurden während der Prüfung nachstehende Angelegenheiten mündlich erörtert. Auf eine ausführliche Sachverhaltsdarstellung haben wir daher verzichtet:</b></p> <p>a) Eine Kosten- und Leistungsrechnung im Sinne des § 11 a KommHV-Kameralistik wird bisher nicht erstellt. Eine Dienstanweisung wie in § 11 a Satz 2 KommHV-Kameralistik beschrieben, wäre noch zu erlassen (vgl. auch § 14 KommHVDoppik).</p>	<p>Die Kosten- und Leistungsrechnung wird im Rahmen der Einführung der Doppik vorgenommen.</p>
<p>b) Die Gemeinde hat bei HHSt. 6300.3600 im Jahr 2003 HER (45 T€) gebildet und in das Folgejahr übertragen. 2004 wurde bei derselben HHSt. ein weiterer HER (ebenfalls 45 T€) gebildet und zusammen mit dem HER aus 2003 in das Jahr 2005 übertragen. Erst 2006 wurde der HER von 90 T€ durch Anordnung erfüllt.</p> <p>Die Gemeinde hat dabei die Beschränkung aus § 79 Abs. 2 Satz 2 KommHV-Kameralistik nicht beachtet, wonach eine Restebildung nur zulässig ist, wenn der Eingang der Einnahmen im folgenden Jahr gesichert ist (s.a. Schreml/Bauer/ Westner, Kommunales Haushalts- und Wirtschaftsrecht in Bayern, Erl. 6 zu § 79 KommHV-Kameralistik). Anders als bei den Ausgaben des VmHH ist die Übertragung nur ein Jahr zulässig.</p>	<p>Wird künftig beachtet.</p>
<p>c) Eine stichprobenweise Prüfung der Kasseneinnahmereste hat ergeben, dass für einen Teil der Forderungen (z.B. Mietrückstände, Gewerbesteuerforderungen im Insolvenzverfahren) eine vollständige oder teilweise Kassenwirksamkeit nicht erwartet werden kann (Erörterung mit dem Kämmerer am 27.02.2009). Eine Restebereinigung (vgl. VV Nr. 5 zu § 79 KommHV-Kameralistik) hat die Finanzverwaltung nicht durchgeführt. Dies wäre im Hinblick auf die zum 01.01.2010 geplante Einführung der Doppik und die damit verbundene Erstellung der Eröffnungsbilanz nachzuholen (vgl. Nr. 7.2.12.3 Bewertungsrichtlinien). Zweifelhafte Forderungen sind in Höhe des erwarteten Zahlungsausfalls einzeln wertzuberichtigen. Im Zweifelsfall sind die Forderungen in voller Höhe wertzuberichtigen.</p>	<p>In einer Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses im Jahr 2009 wurden die betreffenden Kasseneinnahmereste bereinigt.</p>
<p>d) Der Bauhof erbringt Leistungen für die kostenrechnenden Einrichtungen (z.B. Abwasserbeseitigung, Bestattungswesen) und gelegentlich auch für kostenersatzungspflichtige Dritte (z.B. Reparaturen nach Sachbeschädigungen). Die Gemeinde hat bisher den Personaleinsatz mit einem Gemeinkostenzuschlag von 25 % (für den keine Berechnungen vorgelegt wurden) innerhalb des Haushalts verrechnet, nicht aber den Fahrzeug- und Geräteeinsatz (Zugmaschinen, Multicar, LKW usw.). Die Gemeinde sollte künftig den Geräteeinsatz kostendeckend verrechnen (zur Selbstkostenberechnung vgl. FSt 259 und 301/1982 sowie 184/1987, ferner Abschnitt 6 des Handbuchs „Der Bauhof“). Die Höhe des Gemeinkostenzuschlags wäre zu ermitteln.</p>	<p>Die Fahrzeugkosten wurden weiter berechnet, nicht jedoch mit einem Aufschlag.</p>
<p>e) Das „Vier-Augen-Prinzip“ beim eingesetzten Online-Banking-Verfahren ist nicht zuverlässig sichergestellt.</p>	<p>Erledigt, die Karten werden getrennt aufbewahrt.</p>

<p>Schon in unserem Bericht vom 07.08.2000 haben wir in TZ 20 Bedenken zur Sicherheit des bargeldlosen Zahlungsverkehrs mit dem damals eingesetzten Online-Banking-Verfahren geäußert.</p> <p>Inzwischen nutzt die Gemeinde für den unbaren Zahlungsverkehr und die Übertragung der elektronischen Zahlungsverkehrsdaten das Telebanking-Verfahren „SFIRM“ auf der Basis des HBCI-Übertragungsprotokolls. Die Zertifikate und der persönliche Signaturschlüssel für die elektronischen Signaturen sind auf Chipkarten gespeichert, die nur mit dazugehöriger persönlicher Identifikationsnummer (PIN) und in Verbindung mit einem Kartenleser der Klasse II benutzt werden können. Diese technischen Verbesserungen werden von uns ausdrücklich begrüßt. Die weiterhin bestehenden Bedenken richten sich allerdings gegen die gemeinsame Aufbewahrung zweier Chipkarten im Tresor der Gemeindekasse. Obgleich nach Auskunft der Kassenverwalterin, Frau Dietrich, vom 20.05.2008 die Zahlungsfreigabe durch zwei Mitarbeiter mit je einer PIN erfolgt, ist aus unserer Sicht das in § 43 Abs. 3 KommHV-Kameralistik (nach der beabsichtigten Umstellung auf die Doppik, vgl. § 39 Abs. 3 KommHV-Doppik) vorgesehene „Vier-Augen-Prinzip“ beim unbaren Zahlungsverkehr nicht gewährleistet, da die Weitergabe der PIN von einem Kassenbediensteten zum nächsten nicht ausgeschlossen werden kann.</p> <p>Aus Sicherheitsgründen empfehlen wir daher die getrennte Aufbewahrung der persönlichen Chipkarten, da solche Sicherheitssysteme nur dann ihre volle Schutzwirkung entfalten können, wenn der jeweilige Unterschriftenberechtigte die alleinige Kontrolle über seine Chipkarte (Besitz) und seine PIN (Wissen) hat.</p> <p>Eine darüber hinausgehende Option wäre die Einführung von nur zur Mitzeichnung berechtigenden Chipkarten (sog. Zweitunterschrift oder B-Berechtigung). Bei dieser Option können die Zahlungsverkehrsdaten nur gemeinsam mit einer zur Erstunterschrift berechtigten Karte (sog. A-Berechtigung), von der in der Regel der Kassenverwalter und sein Stellvertreter eine besitzen, freigegeben und an die Bank übertragen werden. Damit wäre zum einen gewährleistet, dass der unbare Zahlungsverkehr immer von einem dazu berechtigten Kassenmitarbeiter überwacht und initiiert wird. Zum anderen könnten dadurch aber auch personelle Engpässe in der Kasse (z.B. wegen Urlaub, Krankheit oder Arbeitszeitmodell) leichter und ohne Nachteile für die Kassensicherheit ausgeglichen werden.</p>	
<p><b>5. Anmeldung bei der Kassenversicherung</b></p> <p>Bei den im Bericht festgestellten oder noch zu ermittelnden Einnahmeausfällen oder Mehraufwendungen zu Lasten der Gemeinde, die nicht mehr ausgeglichen werden können, wäre zu prüfen, ob die Voraussetzungen für die Anmeldung eines Vermögensschadens vorliegen. Gegebenenfalls sollten die Schäden unverzüglich bei der Kassenversicherung angemeldet werden (§ 1 Abs. 1 der Allgemeinen Versicherungsbedingungen für die Kassenversicherung).</p>	<p>Keine Anmeldung erforderlich, da der Gemeinde kein Schaden entstanden ist.</p>

**GR Hans Georg Seitz** bemerkt zu dem Prüfungsbericht, dass er in der Tendenz schon einig mit Kämmerer Wenzel ist. Er findet es jedoch auch wichtig, darauf hinzuweisen, dass der Wasserverlust innerhalb der letzten 4 Jahre 308.000 m³ betrug. Dies bedeutet finanziell eine Belastung, die dem Bürger weiterbelastet werden muss. Es sollte zur Verbesserung des Wassernetzes noch schneller gehandelt werden.

**3. Bgm. Horst Hock** führt aus, dass dieser Prüfungsbericht ein sehr gutes Zeugnis für den Kämmerer ausstellt.

Ihm sind zwei Dinge aufgefallen: Bezüglich Bestattungswesen – es wird in den wenigstens Fällen so sein, dass im Trauerfall entsprechende Angebote eingeholt werden. Nach seiner Meinung sollte dies

so günstig als möglich für die Bürger erledigt werden.

Zum weiteren schlägt er vor, bei den inneren Verrechnungen auch die Gerätenutzung mit aufzunehmen. Dies zeigt auch die dementsprechende Auslastung. Durch diese Zuschlagskalkulation zeigt sich dann, ob es besser ist, z. B. einen Bagger zu kaufen oder zu mieten.

**GR Dr. Robert Ritter** stellt fest, dass sich an diesem Prüfungsbericht zeigt, dass der Kämmerer sehr gute Arbeit leistet. Trotz allem ist es wichtig, dass ein entsprechendes Kontrollorgan die Arbeit überprüft.

**Bgm. Andreas Zenglein** stimmt zu, dass Prüfungen wichtig sind. Es hat sich auch im Abschlussge-

sprach gezeigt, dass eine gute Zusammenarbeit im Haus und mit den Prüfern bestand bzw. besteht.

**GIB Friedrich Englert** weist noch darauf hin, dass der kommunale Prüfungsverband in erster Linie auch beratende Funktion hat.

**Bgm. Andreas Zenglein** erklärt noch zu den Ausführungen von GR Hans Georg Seitz, dass es korrekt ist, das Augenmerk auf eine zügige Verbesserung des Wasserleitungsnetzes zu haben.

**Für den öffentlichen Teil des Prüfungsberichtes sind keine Beschlüsse erforderlich**

## 8. Allgemeines

### 8.1. Hinweis auf Veranstaltungen

Sa. 30.01.2010	14:00 Uhr	Einweihung Kinderkrippe Burgkindergarten
Sa. 30.01.2010	19:00 Uhr	Jahreshauptversammlung des Obst- u. Gartenbauvereins
So. 31.01.2010		Dienstversammlung FFW Gemeinde Haibach, Bürgerhaus Dörmorsbach

### AK FFW/Bauhof

Mo. 01.02.2010	19:00 Uhr	Vorbesprechung
Mi. 03.02.2010	18:30 Uhr	Besprechung mit Architekturbüro
Mi. 24.02.2010	GR	Vorstellung der Planung FFW/Bauhof durch bbp Plan

Hiernach schließt **Bgm. Andreas Zenglein** den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am 24.02.2010 genehmigt

Bürgermeister

Protokollführerin



## SITZUNG

DES

### GEMEINDERATES

Sitzungstag: 24. Februar 2010  
Sitzungsdauer: 20:00 Uhr bis 22:30 Uhr

Haibach, Rathaus

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

anwesend:

abwesend (entschuldigt):

#### VORSITZENDER

Bgm. Andreas Zenglein

#### NIEDERSCHRIFTSFÜHRERIN

Silvia Reiling, Verw. Angest.

#### MITGLIEDER

3. Bgm. Horst Hock

Peter Amrhein

Erhard Attig

Michael Fuchs

Andreas Hein

Markus Rückert

Gaby Satter

Toni Stahl

Wendelin Bleifus

Richard Hein

Rüdiger Lebert

Hans Georg Seitz

Ilse Spielmann

Susanne Zellner

Jürgen Goldhammer

Dr. Robert Ritter ab 20:10 Uhr

Claus Rückert

Corinna Suffel

2. Bgm. Max Baumann

Reinhard Schüßler

#### VERWALTUNG

Friedrich Englert, VOAR

Thomas Wenzel, VOAR

#### GÄSTE

Architekt A. Franz

PAN-Immobilien W. Fries

## **Tagesordnung**

### Öffentlicher Teil:

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Genehmigung des Protokolls aus der Gemeinderatssitzung vom 27.01.2010
3. Änderung des Bebauungsplanes Gemeindefeld;  
Bauantrag der Firma PAN-Immobilien GmbH, Aschaffenburg
4. Bauantrag zur Nutzungsänderung Zum Stadion 1
5. Änderung des Bebauungsplanes Sponackerweg im Bereich Adenauerring
6. Aufstellung des Bebauungsplanes „Sondergebiet Feuerwehrhaus/Bauhof“
7. Breitbandanschluss für den Ortsteil Dörmorsbach
8. Änderung der Verordnung über die Reinhaltung und Reinigung der öffentlichen Straßen und die Sicherung der Gehbahnen im Winter; Wiedervorlage
9. Allgemeines

## 1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

**Bürgermeister Andreas Zenglein** eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass

- a) von den 20 geladenen Gemeinderatsmitgliedern 17 erschienen sind, der Gemeinderat beschlussfähig ist

und

- b) zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde.

## 2. Protokollgenehmigung

Das Protokoll der Sitzung vom 27.01.2010 wird ohne Anmerkungen genehmigt.

geben ist. Es handelt sich um 308.000 m³ nicht um Liter.

**3. Bgm. Horst Hock** merkt zum Protokoll an, dass die Menge des Wasserverlustes nicht korrekt ange-

Frau Reiling sagt Erledigung zu.

## 3. Änderung des Bebauungsplanes Gemeindefeld; Bauantrag der Firma PAN-Immobilien GmbH, Aschaffenburg

### Sachverhalt:

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt **Bgm. Andreas Zenglein** den Planer, Herrn Architekt Franz sowie den Antragsteller, Herrn Fries von der Firma PAN-Immobilien.

In der Sitzung des Bauausschusses am 20.01.2010 wurde ein Bauantrag der Firma PAN-Immobilien-GmbH, Aschaffenburg, vorgestellt, wonach eine beträchtliche Änderung des Grundstückes „Zum Stadion 30“ vorgesehen ist.

Sollte eine Bauausführung wie geplant zum Tragen kommen, ist die Änderung des Bebauungsplanes Gemeindefeld erforderlich. Wegen der Größe der Verkaufsfläche ist hierbei die Ausweisung eines Sondergebietes zu prüfen. Derzeit ist die Fläche als Mischgebiet (MI) ausgewiesen.

Vom Gemeinderat ist zu entscheiden, ob eine grundsätzliche Bereitschaft besteht, die geplante Bebauung zuzulassen und die Änderung des Bebauungsplanes zu beschließen. Über die weitere Vorgehensweise ist mit dem Landratsamt Aschaffenburg eine Absprache zu treffen.

Nach Rücksprache mit der Kreisbaumeisterin, Frau Freytag, sollte die weitere Vorgehensweise vor einer Bebauungsplanänderung mit dem Landratsamt und der Regierung von Unterfranken abgestimmt werden. Eine Sondergebietsausweisung nur für ein Grundstück sieht sie hierbei für sehr schwer machbar. Bis zu 1200 m² Nutzfläche ist eine B-Plan-Änderung mit Ausnahmegenehmigung denkbar. Nach Auskunft von Herrn Fries soll die Fläche für den Vollsortimenter unter dieser Grenze liegen.

Wichtig ist im Vorfeld, ob der Gemeinderat der dargelegten Nutzungsänderung grundsätzlich zustimmt. Ein Aufstellungsbeschluss kann nach Auffassung der Verwaltung jedoch schon gefasst werden – ohne Nennung Sondergebiet. Dieser Aufstel-

lungsbeschluss kann jedoch auch zu einem späteren Zeitpunkt gefasst werden.

Sollte der Gemeinderat die Anfrage positiv sehen, ergeht vorab folgender

### Beschlussvorschlag:

#### a) Bauantrag

Die Gemeinde Haibach ist mit der Bauvoranfrage zu dem geplanten Lebensmittelmarkt mit Fachgeschäften „Zum Stadion 30“ einverstanden.

#### b) Änderung des Bebauungsplanes

Für den Bau des geplanten Lebensmittelmarktes wird die Aufstellung der Änderung des Bebauungsplanes Gemeindefeld beschlossen.

Mit der Änderung wird der Ortsplaner, Architekturbüro Schöffner, beauftragt. Die Kosten des Änderungsverfahrens bezüglich des Lebensmittelmarktes übernimmt die Firma PAN. Gleichzeitig wird der Bebauungsplan „Gemeindefeld“ überarbeitet und digitalisiert.

Nach den Ausführungen von **Bgm. Andreas Zenglein** informiert der Planer, Architekt A. Franz, über die vorgesehene Planung des Areals. Der Gebäudekomplex soll in Richtung Gemeindefeld verschoben, seitlich verbreitert und im hinteren Bereich auf „Stelzen“ gebaut werden. Damit wird die Verkaufsfläche für einen sogenannten Vollsortimenter geschaffen. Der jetzige Bereich –Küchenstudio Bauer und Sparkasse - wird abgerissen und hier werden die Parkplätze angelegt. Die Verkaufsfläche ist im oberen Bereich als ebene Fläche zugänglich. Im Untergeschoß des Anwesens werden z. T. die jetzt dort vorhandenen Geschäfte bzw. Mieter wieder untergebracht. Weitere Parkflächen sollen im unteren Geländebereich zum Teil auch unter Dach entstehen.

Die Grenzabstandsflächen nach der Bay. BO sind exakt eingehalten, so dass die Erweiterung der Fläche unkritisch ist.

Die derzeitigen Mieter des Anwesens werden zum Teil ihre Geschäfte während der Bauphase in den ehemaligen Penny-Markt verlagern.

Mit den zuständigen Personen bei der Regierung von Unterfranken wurden bereits Gespräche geführt und es wurde signalisiert, dass für Haibach eine Verkaufsfläche von bis zu 2.000 m<sup>2</sup> als genehmigungsfähig gesehen wird. Für das vorgeschlagene Bauwerk werden ca. 1.500 m<sup>2</sup> inklusive aller Verkaufs- und Nebenräume benötigt.

**Bgm. Andreas Zenglein** bemerkt, dass bei einem Telefonat mit dem Landratsamt von dort mitgeteilt wurde, dass die Größe von 1.200 m<sup>2</sup> eingehalten werden sollte, damit keine Ausweisung des Areals als Sondergebiet erforderlich wird. Bei einer Fläche von bis zu 1.200 m<sup>2</sup> reicht die Änderung des Bebauungsplanes. Das Ziel der Verwaltung ist die Änderung des Bebauungsplanes mit Ausnahmege-  
nehmigung, dies ist als problemlos zu sehen.

**Architekt A. Franz** erklärt, dass heute lediglich eine Bauvoranfrage zu diesem Bauwerk gestellt wird, ob eine solche Erweiterung die Zustimmung des Gemeinderates findet.

**Bgm. Andreas Zenglein** führt aus, dass nach der Schließung des Penny Marktes, der Plus Markt im Laufe des Jahres schließen wird und der Mietvertrag mit REWE bis 31.12.2010 ausläuft. Wenn keine Änderung in diesem Areal erfolgt, werden ab 2011 in Haibach lediglich noch der Discounter Lidl und der Nahkauf in der Hauptstraße zur Verfügung stehen. Er sieht es als wichtig an, auch hier Daseinsvorsorge zu schaffen. Es sollte neben diesen beiden Geschäften noch ein weiterer Markt vorhanden sein, der zudem auch noch per Fuß erreichbar ist.

**Architekt A. Franz** ergänzt, dass die Lage am Ortskern von Haibach sich sehr günstig darstellt, zumal eine Erreichbarkeit per Fuß, mit Kinderwagen und Fahrrad gegeben ist. Die Regierung von Unterfranken bevorzugt diese ortsnahe Versorgung auf jeden Fall.

**3. Bgm. Horst Hock** fragt, wie die Andienung des Marktes erfolgen soll, und ob die Bau-grenzen in dieser Planung eingehalten wurden.

**Architekt A. Franz** stellt fest, dass die Andienung des Marktes bzw. der Parkflächen im oberen Bereich direkt von der Staatsstraße erfolgen soll. Die Abstandsflächen sind gemäß BO eingehalten, da es sich um öffentlichen Verkehrsgrund handelt, ist dies vom Gesetz her nicht mit einer Wohnhausbebauung gleichzusetzen.

**3. Bgm. Horst Hock** bemerkt, dass die Grenzabstände bei Privatgebäuden strenger gehandhabt werden.

Das Thema hat die CSU-Fraktion sehr beschäftigt. Die Fraktion sieht als Priorität ebenfalls die Versorgung der Haibacher Bürger. Hier im Ort nur ‚Lidl‘

und ‚Nahkauf‘ zum Einkaufen zu haben, sieht er ebenfalls als nicht ausreichend. Er möchte jedoch den Sinn und Zweck dieses geplanten Bauwerkes hinterfragen. Nach anfänglich 600 m<sup>2</sup> Verkaufsfläche wurde eine Erweiterung auf 800 m<sup>2</sup> durchgeführt und jetzt sollen 1.200 bis 1.500 m<sup>2</sup> ausgewiesen werden.

Bei einer Fläche von 2.000 m<sup>2</sup> ist die Ausweisung eines Sondergebietes erforderlich. Es stellt sich die Frage, ob die Gemeinde das will.

Es soll die Versorgung der Bürger von Haibach sichergestellt werden – nicht die Versorgung des Vorspessarts und der Pendler.

In Haibach waren Märkte vorhanden, diese mussten wegen anderer Märkte am Stadtrand von Aschaffenburg schließen. Hier sitzen die „Bänker“ am Drücker und bestimmen, was geschehen soll. Ein Vollsortimenter soll jetzt hier untergebracht werden. Hierfür sollte die Fläche von 1.000 m<sup>2</sup> ausreichen, die Ausweisung einer Sonderfläche sollte nicht erfolgen. Nach seiner Meinung sollen der Architekt und der Investor das Mögliche herausholen, da sich nach der Größe der Fläche auch die künftigen Mieteinnahmen richten.

Die CSU will jedoch auch eine Verträglichkeit des Marktes mit dem Wohngebiet. Dieser Punkte sollte nicht außer Acht gelassen werden.

**Bgm. Andreas Zenglein** erwidert, dass die Verwaltung ebenfalls die Änderung des B-Planes auf jeden Fall bevorzugt. Ein Sondergebiet hier wird nicht angestrebt. Die Größe des bebauten Areals wird in diesem Gremium festgelegt.

**GR Dr. Robert Ritter** möchte wissen, ob der Mieter für den Einkaufsmarkt schon fix ist. Er hat Bedenken, dass jetzt ein solches Gebäude umgebaut wird und dann in 3 Jahren auch wieder leer steht.

**Herr Fries** antwortet, dass für die Pacht nur ein Vollsortimenter, wie Edeka oder REWE, in Frage kommen. Derzeit werden die entsprechenden Vor-gespräche hierzu geführt. Wenn durch die Gemeinde ein entsprechendes Signal für die Größe kommt, wird ein Mietvertrag geschlossen werden. Einen fixen Mieter kann und möchte er nicht nennen, da dies für die weiteren Verhandlungen nachteilig ist.

**GR Hans Georg Seitz** bemerkt zu den Fakten, dass ein Vollsortimenter vor Ort benötigt wird. Diese Anbieter benötigen eine Fläche von 1.200 m – dieser Aufgabe muss sich die Gemeinde stellen. Der Umbau ist für einen nicht unerheblichen Teil neben der Versorgung der Haibacher Bürger auch wichtig für Gewerbesteuer, die so im Ort bleibt und Arbeitsplätze, die geschaffen werden. Die SPD stimmt dem Vorhaben grundsätzlich zu.

Es muss jedoch darauf geachtet werden, dass eine vernünftige Zu- und Abfahrt geschaffen wird. Die Anlieger der Stichstraße dürfen nicht zusätzlich belastet werden. Die Andienungszeiten des Marktes müssen festgelegt werden. Ebenso sollte das Gebäude architektonisch der Umgebung angepasst werden.

Er findet es ebenfalls wichtig, dass die seitherigen Geschäfte des Anwesens in Haibach bleiben und nur verlagert werden. Bedenken hat er jedoch da-

hingehend, dass nach seiner Ansicht die Spielothek erweitert werden soll. Dies sollte nicht erfolgen.

**GR Jürgen Goldhammer** freut sich, dass sich in Haibach in diesem Bereich „etwas tut“. Wenn der Name „Edeka“ genannt wird, liegt es nach seiner Ansicht auch nahe, dass der künftige Mieter auch „Edeka“ sein wird. Er gibt jedoch auch zu bedenken, dass dies für Haibach auch eine Verkehrsbelastung durch den Markt bedeutet.

**Herr Fries** erklärt, dass es nicht ausgeschlossen ist, dass Edeka in Frage kommt.

**GR Erhard Attig** möchte wissen, wie verkehrstechnische Regelung in der Sackgasse vorgesehen ist. Soll durch diese Straße die Zufahrt zur Würzburger Straße erfolgen?. Die Ausfahrt zur Staatsstraße an der Grundstücksgrenze wurde nach seiner Meinung klammheimlich geöffnet.

**Bgm. Andreas Zenglein** verwehrt sich gegen diese Aussage. Die Zu- und Einfahrt zu dem Grundstück erfolgte auf Beschluss des Bauausschusses und durch Genehmigung des Landratsamtes bzw. der Straßenverkehrsbehörde. Die Staatsstraße liegt nicht in der Kompetenz der Gemeinde. Eine solche Zufahrt kann nur durch das LRA genehmigt werden. Es fand nach einem Antrag der Firma Küchen Bauer ein Ortstermin statt. Das Ergebnis dieser Besichtigung wurde im Bauausschuss bekannt gegeben.

**GR Erhard Attig** erklärt, dass es sich hier um eine Sackgasse mit Wendehammer handelt. Die Anlieger dieser Straße haben noch keine Ahnung, was hier geschehen soll und sind hierzu nicht ausreichend informiert.

**Bgm. Andreas Zenglein** stellt fest, dass heute die Bauvoranfrage beraten wird. Wenn der Gemeinderat hierzu „nein“ sagt, bleibt der jetzige Zustand. Sollte der Gemeinderat dem Vorschlag zustimmen, wird eine Änderung des B-Planes erfolgen.

**Architekt A. Franz** ergänzt, dass es darum geht, ob es in Haibach einen Vollsortimenter geben soll oder nicht.

**GR Erhard Attig** hat immer noch Bedenken, dass die Grenzabstände nicht korrekt eingehalten werden.

**Bgm. Andreas Zenglein** bemerkt, dass die Beschlüsse nach der Bay. BO gefasst werden.

**Architekt A. Franz** erklärt, dass die Abstandsflächen sich nach dem öffentlichen Verkehrsgrund richten und korrekt sind.

**GR Wendelin Bleifus** sieht durch die Verlagerung der Parkflächen in den oberen Bereich eine Verbesserung der Verkehrssituation für die Anlieger im

Gemeindefeld. Für Märkte, wie REWE etc., ist die jetzige Fläche zu klein. Die Gemeinde muss sich um die Versorgung ihrer Bürger entsprechend kümmern.

**GR Andreas Hein** führt aus, dass ein Vollsortimenter befürwortet wird, die Belastung der Anlieger soll jedoch nicht stärker als bisher sein. Er möchte wissen, was vom Bereich Gemeindefeld angedient werden soll.

**Architekt A. Franz** antwortet, dass im Untergeschoß des Anwesens die Fachmärkte etc. untergebracht werden sollen. Der Vollsortimenter wird im Obergeschoss mit ebenerdigen Zugang von Seiten der Würzburger Str. sein.

**GR Peter Amrhein** möchte wissen, welche Mieter im Erdgeschoss in Frage kommen.

**Bgm. Andreas Zenglein** erklärt, dass dies nach seiner Kenntnis bislang nur das Brillenstudio „Optik-Diener“ und zwei weitere Geschäfte sein sollen.

**GR Dr. Robert Ritter** fragt, ob aus der Sackgasse eine Durchgangsstraße gemacht werden soll.

**Bgm. Andreas Zenglein** weist darauf hin, dass es sich bei dieser besagten Straße nicht um eine Sackgasse handelt. Durch diese Stichstraße werden die Parkplätze des Anwesens und auch die Firma Hofmann und 3 weitere Anlieger angedient.

**GR Hans Georg Seitz** sieht die jetzige Diskussion als viel zu weit fortgeschritten. Es soll doch heute nur über die Bauvoranfrage entschieden und keine Details festgelegt werden.

**3. Bgm. Horst Hock** erwidert, dass die Interessen der Anlieger auf jeden Fall vertreten und berücksichtigt werden müssen.

**Bgm. Andreas Zenglein** ergänzt, dass der jetzige REWE-Markt auch seither schon angedient werden musste. Diese Andienung erfolgt auch über diese Straße. Des Weiteren sind auch die Klimageräte noch außen angebracht. Durch den Umbau wird sich diese Situation sicher verbessern. Die Andienungszeiten müssen festgelegt werden.

#### Beschluss:

Die Gemeinde Haibach ist grundsätzlich mit der Bauvoranfrage zu dem geplanten Lebensmittelmarkt mit Fachgeschäften im Anwesen „Zum Stadion 30“ einverstanden. Details müssen mit der Regierung von Unterfranken und dem Landratsamt geklärt werden. Danach erfolgt Wiedervorlage im Gemeinderat.

Abstimmungsergebnis: ja: 16    nein: 3

#### 4. Bauantrag zur Nutzungsänderung Zum Stadion 1

##### Sachverhalt:

Für den Bereich des Grundstücks „Zum Stadion 1“ (früher Penny-Markt) hat Arch. Franz im Auftrag des Eigentümers eine Bauvoranfrage vorgelegt, die eine Nutzungsänderung zum Inhalt hat.

Vorgesehen ist hierbei, Räume des Anwesens „Zum Stadion 30“ in das Anwesen „Zum Stadion 1“ zu verlagern. Dies wird auch erforderlich, da im bisherigen Standort ein Lebensmittelmarkt im Erdgeschoss und drei Fachgeschäfte im Untergeschoss vorgesehen sind.

Die Mieter sind nach der Mitteilung von Arch. Franz zu einem Umzug bereit; allerdings sollen für die Spielstätte nach Möglichkeit nunmehr 380 m<sup>2</sup> statt wie bisher 270 m<sup>2</sup> vorgesehen werden.

Nach Auskunft der Firma PAN ist die Verwirklichung der Planung „Zum Stadion 30“ wegen laufender Mietverträge von der Verwirklichung des Umzugs abhängig.

Mit der Voranfrage soll nun geklärt werden, ob die Verlagerungen der Gewerbeflächen die Zustimmung der Gemeinde und des Landratsamtes Aschaffenburg finden.

Der laufende Bauantrag 761/2008 wird vorläufig aufrecht erhalten.

Nach Auffassung der Verwaltung ist mit der Verlagerung der Spielstätte in ein anderes Anwesen der „Status quo“ beibehalten, anders als im bisherigen Antrag. Allerdings ist eine Mehrfläche der Spielstätte beantragt.

Die seitherige Konzession beläuft sich auf 7 Spielautomaten mit 105 m<sup>2</sup> Fläche (für die Automaten). Zum Vergleich: das „Colosseum“ hat eine Konzession für 10 Spielautomaten mit einer Grundfläche von 150m<sup>2</sup>.

Die neu beantragte Nutzung könnte evtl. auf dieses Maß oder das seitherige Maß beschränkt werden. In beiden Fällen ist eine geringere Nutzung als im bisherigen Bauantrag vorgesehen. Innerhalb der Fläche für die Spielstätte darf in diesem Fall nur eine Spielhalle mit 7 Geldautomaten und 105 m<sup>2</sup> gem. der seitherigen Konzession ausgewiesen werden.

**3. Bgm. Horst Hock** bemerkt, dass die geplante Spielstätte in dem Anwesen „Zum Stadion 30“ abgelehnt wurde. Er möchte wissen, weshalb hier nun eine Verlagerung der seitherigen Spielstätte des Anwesens „Zum Stadion 1“ erfolgen soll. Dies führt wohl dazu, dass zu einem späteren Zeitpunkt dieses Spielareal ausgeweitet werden soll. Die jetzige

Konzession ist für 105 m<sup>2</sup> und 7 Automaten ausgestellt.

Er hat sich heute vor diese Sitzung persönlich diese Spielstätte angesehen und festgestellt, dass sich 12 Spielautomaten in dem Raum befinden. Dies findet er nicht in Ordnung.

**GR Hans Georg Seitz** erklärt, dass bei dieser Umlagerung die Kontrolle hierzu erfolgen kann. Es sollten nur die Geräte laut Konzession aufgestellt und die Fläche exakt eingehalten werden.

**GR Dr. Robert Ritter** sieht sich außerstande heute hierüber abzustimmen. Die Aussage von 3. Bgm. Horst Hock muss erst geprüft werden. Es soll festgestellt werden, wie viele Automaten sich in der Spielothek befinden.

**Bgm. Andreas Zenglein** stellt fest, dass nach seiner Meinung auch die Interessen der Mieter des Anwesens befriedigt werden müssen.

**GR Erhard Attig** erwidert, dass der bestehende Markt umgebaut werden soll und jetzt wird der Gemeinde aufgebürdet, für die Mieter entsprechende Flächen zur Verfügung zu stellen.

**Bgm. Andreas Zenglein** ist der Meinung, dass eine Spielothek hier den besseren Standort als in einem Wohngebiet hat.

**GR Dr. Robert Ritter** sieht den Betreiber der Spielothek als „unseriös“, wenn anstelle der 7 genehmigten Automaten dort 12 Geräte stehen.

**Bgm. Andreas Zenglein** erklärt, dass das Landratsamt als Genehmigungsbehörde dies zu prüfen hat.

**Nach dieser Diskussion wird festgelegt, dass bezüglich der Verlagerung der Spielothek erst eine Prüfung stattfinden soll - die Abstimmung erfolgt in der nächsten Sitzung.**

##### Beschluss:

Der Bauvoranfrage für die Nutzungsänderung des Anwesens „Zum Stadion 1“ wird unter der Voraussetzung zugestimmt, dass die Gewerbeflächen vom seitherigen Anwesen „Zum Stadion 30“ für folgende Betriebe verlagert werden:

Sonnenstudio  
Videothek  
Waffengeschäft

Abstimmungsergebnis: ja: 18 nein: 1

#### 5. Änderung des Bebauungsplanes Sponackerweg im Bereich Adenauerring

##### Sachverhalt:

Das Grundstück Fl.Nr. 4200/56 ist im Bebauungsplan Sponackerweg als öffentliche Bedarfsfläche für

die Kirche vorgesehen; bis zur Bebauung ist sie als Grünfläche festgesetzt. Dieses Grundstück befindet sich nicht mehr im Besitz der Kirche. Der neue Ei-

gentümer möchte das Grundstück bebauen und hat hierzu einen Bebauungsvorschlag vorgelegt.

Nachdem schon im Bebauungsplan festgesetzt war „.... bis zur Bebauung“ sollte das Grundstück nunmehr bebaut werden können; dies macht eine Änderung des Bebauungsplanes „Sponackerweg“ erforderlich.

Der Planer des neuen Eigentümers hat für die Nutzung des Grundstückes eine Planskizze vorgelegt, die im östlichen Bereich ein großzügiges Wohnhaus mit einer Einzelbebauung und Flachdach vorsieht. Im westlichen Bereich ist ein Doppelhaus vorgesehen. Somit ist das große Grundstück nur gering ausgenutzt.

Nachdem im Umfeld dieses Bebauungsplanes keine Flachdächer vorgesehen sind bzw. nur flachgeneigte Dächer (Johann-Schneider-Straße), fand zusammen mit dem Planer, dem Ortsplaner, und GL Englert eine Besprechung mit der Kreisbaumeisterin statt. Frau Freytag hatte keine grundsätzlichen Bedenken gegen die Flachdachbauweise, wenn das gesamte Grundstück zusammen mit dem darunter liegenden Grundstück für eine Flachdachbauweise ausgewiesen wird.

Der Planer war auch mit einem Flachdach im westlichen Bereich des Grundstückes einverstanden. Der südliche Nachbar (Fl.Nr. 4200/57) sprach sich allerdings gegen eine Flachdachbauweise aus, so dass die im Bebauungsplan festgesetzte Bauweise erhalten bleiben sollte.

Für die Verwirklichung des Planes sollte nunmehr der Bebauungsplan Sponackerweg geändert werden. Für den Bereich des Grundstückes Fl.Nr. 4200/56 wird hierbei wunschgemäß eine Flachdachbauweise vorgesehen.

#### **Beschluss:**

Der Bebauungsplan Sponackerweg wird im Bereich des Adenauerrings geändert. Für das Grundstück Fl.Nr. 4200/56 wird anstelle „öffentliche Bedarfsfläche“ nunmehr eine Wohnbebauung vorgesehen. Zudem wird der Bebauungsplan „Sponackerweg“ digitalisiert. Mit der Planung wird der Ortsplaner, Architekturbüro Schäffner, beauftragt.

Die Kosten für den Bereich der Änderung Adenauerring übernimmt der Antragsteller.

Abstimmungsergebnis: ja: 19 nein: 0

### **6. Aufstellung des Bebauungsplanes „Sondergebiet Feuerwehrhaus/Bauhof“**

#### **Sachverhalt:**

Der Gemeinderat hat für den Neubau des Feuerwehrhauses und des Bauhofes einen Planungsauftrag erteilt. Zur Verwirklichung des Vorhabens ist der Bebauungsplan „Sondergebiet Feuerwehrhaus / Bauhof“ zu erstellen.

Als erster Schritt für diesen Bebauungsplan ist ein entsprechender Aufstellungsbeschluss gem. § 2 BauGB zu fassen. Dieser Beschluss kann schon vor der Planvorstellung (vorgesehen am 24.03.2010) gefasst werden. Als Planer wurde gemäß dem Wunsch des Gemeinderates bereits das Architekturbüro Jung, Kleinostheim, beauftragt.

(Der Aufstellungsbeschluss zu einem Bebauungsplan ist unverzichtbare Voraussetzung für eine Reihe von rechtlichen Schritten, vor allem für den Erlass einer Veränderungssperre (§ 14 BauGB) und die Zurückstellung von Baugesuchen (§ 15 BauGB). Der Aufstellungsbeschluss zu einem Bebauungsplan ist außerdem erforderlich, um Vorhaben während der Planaufstellung (nach Anhörung der Träger öffentlicher Belange) zulassen (§ 33 BauGB) zu können.)

#### **Beschluss:**

Für das Sondergebiet Feuerwehr / Bauhof wird die Aufstellung eines Bebauungsplanes beschlossen. Mit der Planung wird das Ing.Büro Jung beauftragt.

Abstimmungsergebnis: ja: 19 nein: 0

### **7. Breitbandanschluss für den Ortsteil Dörmorsbach**

#### **Sachverhalt:**

Zur Verbesserung der Internetanbindung für den Ortsteil Dörmorsbach wurde letztes Jahr eine Bedarfsumfrage und anschließend ein Markterkundungs- und Auswahlverfahren durchgeführt. Die Frist für dieses Verfahren endete am 15.01.2010.

Im Markterkundungsverfahren (Breitbanderschließung allein durch Anbieter) wurden leider

keine Angebote eingereicht. Im Auswahlverfahren (Breitbanderschließung mit Kostenbeteiligung der Gemeinde) wurden zwei Angebote eingereicht.

Das eine Angebot baut auf Glasfaserkabeltechnik auf, die in einem (wohl bestehenden) Kanal einge- zogen werden, die zu vorhandenen Kabelverzweigern verlegt werden. Die Verbindungen werden über Kupferleitungen zu den Hausanschlüssen geführt, so dass nach Angaben des Anbieters DSL-Verbindungen mit bis zu 16.000 Kbit/s realisierbar sind.

Mit dieser Technik ist nach Angaben des Anbieters ein Baustein für eine zukünftige Erweiterung durch V-DSL-Technik mit Bandbreiten von 25 bis 50 MBit/s möglich.

Das weitere Angebot baut auf Kupfertechnik mit Leitungsbündelung auf sowie Zwischenverteiler auf. Hier wird eine Bandbreite von 6.000 – 10.000 Kbit/s bei der Entfernung von 2 -6 km angegeben (siehe Angebotswertung).

Aus Sicht der Verwaltung bietet das Angebot A mit der Glasfasertechnik die derzeit neueste, weiter entwickelbare Technik und wird daher als zukunftsicher angesehen. Das Angebot B bietet sicherlich eine gute Alternative an; allerdings ist nicht klar, inwieweit diese Technologie zukunftssicher ist. Zudem ist das Angebot A auch für den Endverbraucher günstiger.

Die von der Gemeinde zu finanzierende Deckungslücke beträgt bei Angebot A 56.000 €, bei Angebot B 66.500 €. Für die gemeindlichen Aufwendungen ist gem. der Breitbandinitiative des Freistaates Bayern ein Zuschuss bis zu 70 v.H. möglich. Dieser

Zuschuss wurde von der Verwaltung bereits beantragt; die Bestätigung der Regierung von Unterfranken zum vorzeitigen Maßnahmenbeginn liegt bereits vor.

Vom Gemeinderat sind nunmehr die Übernahme der Deckungslücke sowie die Angebotswertung zu beschließen. Der Vergabebeschluss mit Firmennennung erfolgt in nicht-öffentlicher Sitzung (ausführende Firma wird nach Beschluss bekanntgegeben).

#### **Beschluss:**

Zur Verbesserung des Breitbandangebotes für den Ortsteil Dörmorsbach übernimmt die Gemeinde Haibach unter Berücksichtigung der Zuschussmöglichkeiten des Freistaates Bayern die Deckungslücke des Anbieters.

Die Wertung der Angebote zum Breitbandausbau durch die Verwaltung wird bestätigt.

Abstimmungsergebnis: ja: 19 nein: 0

### **8. Änderung der Verordnung über die Reinhaltung und Reinigung der öffentlichen Straßen und die Sicherung der Gehbahnen im Winter; Wiedervorlage**

#### **Sachverhalt:**

Der Bayer. Gemeindetag hat in seiner Zeitschrift Dezember 2009 eine neue Musterverordnung über die Reinhaltung und Reinigung der öffentlichen Straßen und die Sicherung der Gehbahnen im Winter veröffentlicht.

Dieses Muster berücksichtigt eine Entscheidung des BayVGH, in der wesentliche Teile einer Winterdienstverordnung einer Stadt für nichtig erklärt worden sind sowie die Änderung des Art. 51 Abs. 5 BayStrWG.

In der Gemeinderatssitzung am 27.01.2010 wurden die seitherige Satzung und die Mustersatzung gegenübergestellt. Gemäß dem Wunsch des Gemeinderates sind nunmehr nachfolgend die seitherige Satzung sowie die Änderung gegenübergestellt (Änderung § 3 im Beschlussvorschlag ist lediglich eine Richtigstellung).

Bei einem Vergleich sind insbesondere die §§ 5 (Reinigungsarbeiten) und 6 (Reinigungsfläche) betroffen.

Satzungstext bisher	Satzungstext neu
<p><b>§ 5 Reinigungsarbeiten</b></p> <p>Zur Erfüllung ihrer Reinigungspflicht haben die Vorder- und Hinterlieger die im Straßenverzeichnis (Anlage 1) aufgeführten öffentlichen Straßen innerhalb ihrer Reinigungsflächen (§ 6) zu reinigen. Sie haben dabei die Geh- und Radwege und die innerhalb der Reinigungsflächen befindlichen Fahrbahnen (einschließlich der Parkstreifen) insbesondere</p> <p>a) jeden Samstag zu kehren und den Kehrriech, Schlamm und sonstigen Unrat zu entfernen; fällt auf den Reinigungstag ein Feiertag, so sind die genannten Arbeiten am vorausgehenden Werktag durchzuführen;</p> <p>b) bei Trockenheit zur Vermeidung von übermäßiger Staubeentwicklung zu sprengen, wenn sie nicht staubfrei angelegt sind;</p>	<p><b>§ 5 Reinigungsarbeiten</b></p> <p>Zur Erfüllung ihrer Reinigungspflicht haben die Vorder- und Hinterlieger die im Straßenverzeichnis (Anlage 1) aufgeführten öffentlichen Straßen innerhalb ihrer Reinigungsflächen (§ 6) zu reinigen. Sie haben dabei die Geh- und Radwege und die innerhalb der Reinigungsflächen befindlichen Fahrbahnen (einschließlich der Parkstreifen) insbesondere</p> <p>a) nach Bedarf, regelmäßig ab mindestens einmal im Monat, zu kehren und den Kehrriech, Schlamm und sonstigen Unrat zu entfernen; entsprechendes gilt für die Entfernung von Unrat auf den Grünstreifen. Fällt auf den Reinigungstag ein Feiertag, so sind die genannten Arbeiten am vorausgehenden Werktag durchzuführen. Im Herbst</p>



<p>c) von Gras und Unkraut zu befreien.</p> <p>Sie haben ferner bei Bedarf, insbesondere bei Tauwetter, die Abflussrinnen und Kanaleinlaufschächte freizumachen.</p>	<p>sind die</p> <p>Reinigungsarbeiten bei Laubfall, soweit durch das Laub –insbesondere bei feuchter Witterung –die Situation als verkehrsgefährdend einzustufen ist, ebenfalls bei Bedarf, regelmäßig aber einmal in der Woche durchzuführen.</p> <p>b) von Gras und Unkraut zu befreien, soweit es aus Ritzen und Rissen im Straßenkörper wächst.</p> <p>c) bei Bedarf, insbesondere nach einem Unwetter sowie bei Tauwetter, die Abflussrinnen und Kanaleinläufe freizumachen, soweit diese innerhalb der Reinigungsfläche (§ 6) liegen.</p>
<p style="text-align: center;"><b>§ 6 Reinigungsfläche</b></p> <p>(1) Die Reinigungsfläche ist der Teil der öffentlichen Straßen, der durch</p> <p>e) die gemeinsame Grenze des Vorderliegergrundstücks mit dem Straßengrundstück</p> <p>aa) die parallel zum Fahrbahnrand in einem Abstand von 1 m innerhalb der Fahrbahn verlaufenden Linie (Straßen der Gruppe A des Straßenverzeichnisses); ein von der Fahrbahn getrennter Parkstreifen ist Teil der Reinigungsfläche,</p> <p>bb) die Mittellinie des Straßengrundstücks (Straßenmittellinie), wobei mehrere gleichlaufende Fahrbahnen auch dann, wenn sie durch Mittelstreifen oder sonstige Einrichtungen geteilt sind, als eine einheitliche Fahrbahn gelten (Straßen der Gruppe B des Straßenverzeichnisses), und</p> <p>f) die von den Endpunkten der gemeinsamen Grenze aus senkrecht zur Straßenmittellinie verlaufenden Verbindungslinien begrenzt wird.</p> <p>(2) Bei einem Eckgrundstück erstreckt sich die Reinigungsfläche bis zum Schnittpunkt der (über die Eckausrundung hinaus) verlängerten Begrenzungslinien nach Abs. 1b) einschließlich der ggf. in einer Straßenkreuzung liegenden Flächen.</p>	<p style="text-align: center;"><b>§ 6 Reinigungsfläche</b></p> <p>(1) Die Reinigungsfläche ist der Teil der öffentlichen Straßen, der durch die gemeinsame Grenze des Vorderliegergrundstücks mit dem Straßengrundstück und</p> <p>a) bei Straßen der Gruppe A des Straßenreinigungsverzeichnisses der Fläche außerhalb der Fahrbahn (wobei ein von der Fahrbahn getrennter Parkstreifen Teil der Reinigungsfläche ist)</p> <p>b) bei Straßen der Gruppe B des Straßenreinigungsverzeichnisses einer parallel zum Fahrbahnrand in einem Abstand von 0,5 m verlaufenden Linie innerhalb der Fahrbahn (wobei ein von der Fahrbahn getrennter Parkstreifen Teil der Reinigungsfläche ist)</p> <p>c) bei Straßen der Gruppen C des Straßenreinigungsverzeichnisses der Mittellinie des Straßengrundstückes</p> <p>liegt, wobei Anfang und Ende der Reinigungsfläche vor einem Grundstück jeweils durch die von den Grundstücksgrenzen aus senkrecht zur Straßenmittellinie gezogenen Linie bestimmt werden.</p> <p>(2) Bei einem Eckgrundstück gilt Absatz 1 entsprechend für jede öffentliche Straße, an die das Grundstück angrenzt, einschließlich der gegebenenfalls in einer Straßenkreuzung liegenden Flächen.</p>

Aus Gründen der Rechtssicherheit wird vorgeschlagen, die gemeindliche Verordnung dem Satzungsmuster anzupassen. In § 5 wird Alternative I vorgeschlagen und ist eingearbeitet.

Neu zu definieren sind auch die Straßenklassifizierungen. Seither wurde lediglich unterschieden in Straßen A (Reinigungsfläche; Gehbahnen und Fahrbahnrand) und B (Reinigungsfläche bis zur Mitte)

Das VGH hält eine Reinigung von überörtlichen, stark befahrenen Straßen für einen Fahrbahnrand

aus Sicherheitsgründen für nicht mehr vertretbar. Somit ist nunmehr von drei Klassifizierungen auszugehen:

- A: Fläche außerhalb der Fahrbahn (also z.B. Gehsteig)
- B: wie seither A (Gehweg und 50 cm breiten Fahrbahnstreifen)
- der diesbezügliche Beschlussvorschlag soll nur beispielhaft sein)
- C: bis zur Mittellinie des Straßengrundstücks

**Beschluss:**

Die Verordnung über die Reinhaltung und Reinigung der öffentlichen Straßen und die Sicherung der Gehbahnen im Winter vom 05.03.2009 wird wie folgt geändert.

**§ 1 Änderungen**

(1) § 3 Abs. 2 Nr. c) erhält folgende Fassung:

„Klärschlamm, Steine, Bauschutt, Schrott, Gerümpel, Verpackungen, Behältnisse sowie Eis und Schnee

1. Auf öffentlichen Straßen abzuladen, abzustellen oder zu lagern,
2. Neben öffentlichen Straßen abzuladen, abzustellen oder zu lagern, wenn dadurch die Straßen unreinigt werden können,
3. In Abflussrinnen, Kanaleinlaufschächte, Durchlässe oder offenen Abzugsgräben der öffentlichen Straßen zu schütten oder einzubringen.

(2) § 3 Abs. 2 Nr. d) u. e) wird gestrichen.

(3) § 5 –Reinigungsarbeiten –erhält folgende Fassung:

Zur Erfüllung ihrer Reinigungspflicht haben die Vorder- und Hinterlieger die im Straßenreinigungsverzeichnis (Anlage 1) aufgeführten öffentlichen Straßen innerhalb ihrer Reinigungsflächen (§ 6) zu reinigen.

Sie haben dabei die Gehwege, die gemeinsamen Geh- und Radwege, die Radwege und die innerhalb der Reinigungsflächen befindlichen Fahrbahnen (einschließlich der Parkstreifen)

- a) nach Bedarf, regelmäßig aber mindestens einmal im Monat, zu kehren und den Kehrriech, Schlamm und sonstigen Unrat zu entfernen; (entsprechendes gilt für die Entfernung von Unrat auf den Grünstreifen. Im Herbst sind die Reinigungsarbeiten bei Laubfall, soweit durch das Laub –insbesondere bei feuchter Witterung –die Situation als verkehrsgefährdend einzustufen ist, ebenfalls bei Bedarf, regelmäßig aber einmal in der Woche durchzuführen.
- b) von Gras und Unkraut zu befreien, soweit es aus Ritzen und Rissen im Straßenkörper wächst.
- c) bei Bedarf, insbesondere nach einem Unwetter sowie bei Tauwetter, die Abflussrinnen und Kanaleinläufe<sup>3</sup> freizumachen, soweit diese innerhalb der Reinigungsfläche (§ 6) liegen.

(4) § 6 –Reinigungsfläche –erhält folgende Fassung:

„(1) Die Reinigungsfläche ist der Teil der öffentlichen Straßen, der zwischen der gemeinsamen Grenze des Vorderliegergrundstücks mit dem Straßengrundstück,

und

- a) bei Straßen der Gruppe A des Straßenreinigungsverzeichnisses der Fläche außerhalb der Fahrbahn (wobei ein von der Fahrbahn getrennter Parkstreifen Teil der Reinigungsfläche ist)
- b) bei Straßen der Gruppe B des Straßenreinigungsverzeichnisses einer parallel zum Fahrbahnrand in einem Abstand von 0,5 Meter verlaufenden Linie innerhalb der Fahrbahn (wobei ein von der Fahrbahn getrennter Parkstreifen Teil der Reinigungsfläche ist)

c) bei Straßen der Gruppe C des Straßenreinigungsverzeichnisses der Mittellinie des Straßengrundstücks liegt, wobei Anfang und Ende der Reinigungsfläche vor einem Grundstück jeweils durch die von den Grundstücksgrenzen aus senkrecht zur Straßenmittellinie gezogenen Linien bestimmt werden.

(2) Bei einem Eckgrundstück gilt Absatz 1 entsprechend für jede öffentliche Straße, an die das Grundstück angrenzt, einschließlich der gegebenenfalls in einer Straßenkreuzung liegenden Flächen.“

**§ 2 Inkrafttreten**

Diese Verordnung tritt mit ihrer Bekanntmachung in Kraft.

**Anlagen:**

Straßenreinigungsverzeichnis:

**Gruppe A** (Reinigungsfläche außerhalb der Fahrbahn)

Würzburger Straße

Jahnstraße

Hauptstraße im Bereich der Kreisstraße AB 2

Winzenhohler Straße (Kreisstraße AB 2)

**Gruppe B** (Reinigungsfläche: Gehbahnen und Fahrbahnrand)

Alle übrigen Straßen

Abstimmungsergebnis: ja: 18 nein: 0

GR Rüdiger Lebert zur Abstimmung nicht anwesend

**9. Allgemeines****9.1. Faschingszug**

**Bgm. Andreas Zenglein** bedankt sich bei dem Vorsitzenden der VG Haibach für die Organisation des diesjährigen Faschingszuges. Bei den Vereinen für die rege Teilnahme.

**9.2. Ortsverbindungsstraße – Ausbesserungsarbeiten**

**Bgm. Andreas Zenglein** informiert, dass die Ausbesserungsarbeiten in der Ortsverbindungsstraße nicht zur Zufriedenheit ausgeführt wurden. Hier wurde mit der ausführenden Firma gesprochen, die Nacharbeiten aus Gewährleistungsgründen finden ca. März –April, bei trockener Witterung statt.

**9.3. Winterdienst der Gemeinde Haibach**

**Bgm. Andreas Zeinglein** teilt mit, dass nach jetzigem Stand sich die Kosten für den Winterdienst der Gemeinde Haibach in diesem Jahr auf ca. 100.000 EUR belaufen. Diese Aufwendungen enthalten noch nicht die Kosten, welche durch Straßenschäden hinzu kommen werden.

**9.4. Schulverbund – Mittelschule**

**Bgm. Andreas Zenglein** führt aus, dass er heute von Bgm. Stenger aus Heimbuchenthal informiert wurde, dass die Gemeinde Heimbuchenthal sich zu einem Schulverbund mit der Schule Haibach entschlossen hat. Diese Entscheidung stärkt den Schulstandort Haibach. In Kürze findet das Dialogforum zur Mittelschule statt.

Seitens der Einrichtung des M-Zweiges ist in Aschaffenburg die Brentanoschule in Verbindung mit der Hefner-Alteneck-Schule an einer Zusammenarbeit mit Haibach interessiert.

Hiernach schließt **Bgm. Andreas Zenglein** den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am 22.04.2010 genehmigt

Bürgermeister

Protokollführerin

## SITZUNG des GEMEINDERATES

Sitzungstag: Mittwoch, 17. März 2010  
Sitzungsdauer: 20:00 Uhr bis 22:50 Uhr

Haibach, Rathaus

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

Sitzungsteilnehmer	Funktion	Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung
--------------------	----------	--

**Anwesend:**

Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	
Max Baumann	2. Bürgermeister	
Horst Hock	3. Bürgermeister	
Peter Amrhein	Gemeinderat	
Erhard Attig	Gemeinderat	
Wendelin Bleifus	Gemeinderat	
Michael Fuchs	Gemeinderat	
Jürgen Goldhammer	Gemeinderat	
Andreas Hein	Gemeinderat	
Richard Hein	Gemeinderat	
Rüdiger Lebert	Gemeinderat	
Dr. Robert Ritter	Gemeinderat	
Claus Rückert	Gemeinderat	
Markus Rückert	Gemeinderat	
Reinhard Schüßler	Gemeinderat	
Hans Georg Seitz	Gemeinderat	
Ilse Spielmann	Gemeinderätin	
Toni Stahl	Gemeinderat	
Corinna Suffel	Gemeinderätin	
Susanne Zellner	Gemeinderätin	

**Abwesend:**

Gaby Satter	Gemeinderätin	
-------------	---------------	--

**Schriftführer**

Silvia Reiling		
----------------	--	--

**Verwaltung**

Friedrich Englert		
Martin Volk		
Thomas Wenzel		

## Tagesordnung

### Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung und Begrüßung
2.	Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift
3.	Bildung eines Schulverbandes zur Einführung der Mittelschule
4.	Verabschiedung des Haushaltsplanes 2010 mit Finanzplan
5.	Änderung des Bebauungsplanes Sponackerweg Billigung des Planentwurfes und Beschluss über das Scopingverfahren
6.	Bauvoranfrage zur Nutzungsänderung des Anwesens Zum Stadion 1; Wiedervorlage
7.	Bereitstellung einer Ausbildungsstelle für den Ausbildungsberuf Gärtner Fachrichtung Landschafts- und Gartenbau ab September 2010
8.	Allgemeines
9.	Einführung eines Ratsinformationssystems

## 1. Eröffnung und Begrüßung

**Bgm. Andreas Zenglein** eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass von den 20 Gemeinderatsmitgliedern 19 erschienen sind, der Gemeinderat beschlussfähig ist

und

zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde.

Es besteht Einverständnis mit der Tagesordnung.

## 2. Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift

Die Niederschrift aus der Sitzung des Gemeinderates vom 24. Februar 2010 wird ohne Anmerkungen genehmigt.

## 3. Bildung eines Schulverbandes zur Einführung der Mittelschule

### Sachverhalt

**Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt Bgm. Andreas Zenglein den Rektor der Hauptschule Haibach, Herrn Claus Reiff.**

**Bgm. Andreas Zenglein** führt aus:

Das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus führt ab dem Schuljahr 2010 / 2011 zur Stärkung der Hauptschulen die Mittelschule ein.

Geplant ist die Weiterentwicklung der Hauptschule zur Mittelschule mit folgenden Zielen:

- Stärkung der beruflichen Orientierung
- Heranführung des mittleren Bildungsabschlusses
- Zusätzliche Förderung an jedem Hauptschulstandort im Klassenverband
- Einführung eines theorieentlastenden Hauptschulabschlusses
- Alleinstellungsmerkmal durch das Klassenlehrerprinzip
- Ganztagsangebot

Diese „qualitative Weiterentwicklung“ der Hauptschule kann nur an Hauptschulen erreicht werden, die diese Voraussetzungen erfüllen können mit der Folge, dass Wohnortnähe und Standortsicherung erhalten bleiben, d.h., dass zwingend eine M-Klasse gebildet wird.

Dies ist in aller Regel nur in Schulverbünden möglich; dann haben auch kleinere Hauptschulen Zukunft. (Bgm. Andreas Zenglein hat schon in der Gemeinderatssitzung am 24.02.2010 über die Notwendigkeit eines Schulverbandes informiert.)

Ein Schulverbund ist eine freiwillige Kooperationsform.

Zu beachten ist bei der Einrichtung des Schulverbandes vor allem auch die Erreichbarkeit der einzelnen Schulen durch den öffentlichen Nahverkehr.

In einigen Gesprächen haben sich die Bürgermeister der Gemeinden Haibach, Bessenbach, Mespelbrunn, Heimbuchenthal und Dammbach sowie Bgm. Elsesser von der Stadt Aschaffenburg über die Situation beraten und sind zu dem Ergebnis gekommen, dass ein Schulverbund folgender Schulen für unseren Bereich sinnvoll erscheint:

- Hauptschule Haibach mit Bessenbach
- Hauptschule Heimbuchenthal mit Dammbach und Hessenthal/Mespelbrunn
- Brentanoschule Aschaffenburg
- Hefner-Alteneck-Schule Aschaffenburg
- Pestalozzi-Hauptschule Aschaffenburg

Für eine Kooperation mit diesen Schulen ist die Bildung eines Schulverbandes zu beschließen. Hierzu ist ein Gemeinderatsbeschluss erforderlich.

Zur weiteren Information sind Unterlagen des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus beigelegt (Internet: [www.stmuk.bayern.de](http://www.stmuk.bayern.de)).

**Rektor Claus Reiff** informiert über den Stand der Schülerzahlen. Anhand dieser Zahlen ist es derzeit in Haibach so, dass in den Jahrgangsstufen 5 und 6 jeweils 2 Klassen, in den Jahrgangsstufen 7 - 9 eher nur jeweils eine Klasse im kommenden Schuljahr gebildet werden können. Im Schulverbund besteht somit die Möglichkeit, dass auch kleinere Hauptschulstandorte gehalten werden können. Da die Eltern die Wahlmöglichkeit haben, muss mindestens die Zweizügigkeit gegeben sein und eine Schule muss ein Ganztagsangebot haben.

Der Verbund wird die Lernmöglichkeiten und die Qualitäten der Hauptschule für die Schüler steigern. Hierfür ist vorgesehen, die arbeitspraktischen Fächer auszuprägen. Nun müssen Überlegungen

angestellt werden, in welcher Schule die entsprechenden Fachrichtungen ausgebaut und gefördert werden. In dem jetzt geplanten Verbund bieten die Volksschule Haibach und die Hefner-Alteneck-Schule Aschaffenburg die gebundene Ganztagschule an. Hier soll keine Konkurrenz entstehen, sondern eine Ergänzung der Schüler ist angedacht und vorgesehen. Es wird keine leichte Aufgabe werden, hier die entsprechenden Stundenpläne für die Schulen des Verbundes zu erstellen.

**GR Dr. Robert Ritter** sieht die Problematik in der Wahlfreiheit der Eltern. Er möchte wissen, ob es Überlegungen seitens der Regierung gibt, den Schulen entsprechende Flexibilität zu geben.

**Bgm. Andreas Zenglein** teilt mit, dass spezielle Lösungen auch möglich sind. Flexibilität ist notwendig.

**Schulleiter Claus Reiff** weist auch darauf hin, dass die einzelnen Schulen des Verbundes sich entsprechend ihrer Möglichkeiten präsentieren können.

**3. Bgm. Horst Hock** bedankt sich für die positiven Ausführungen zu dieser Thematik. Er stellt jedoch die Frage in den Raum – wie es in der Vergangenheit war? Es muss berücksichtigt werden, dass es weniger Kinder gibt, eine enorme Fluktuation gegeben ist und dadurch für die Hauptschule die Gefahr besteht, dass sie ausblutet. Vor einigen Jahren wurde in Haibach der M-Zweig eingerichtet – jetzt gibt es hierfür in Haibach kaum noch Schüler. Die fortführenden Schulen, die praktisch vor der Haustüre stehen, fördern ebenfalls die Minderung der Hauptschüler. Es ist nach seiner Meinung fraglich, ob die Einführung der Mittelschule der Weisheit letzter Schluss ist und ob diese Neuerung die Hauptschule retten kann.

Entscheidend ist, welchen Abschluss die Schüler in der Schule erreichen und wie der Einstieg in das Berufsleben damit gelingt. Er sieht es als fraglich an, ob der Schulstandort so zu halten ist. Die Entwicklung wird es zeigen. Die Gemeinde Haibach hat Grund- und Hauptschule schon immer gefördert und entsprechende Gelder investiert.

**Schulleiter Claus Reiff** erklärt, dass ein Versprechen, dass alle Schulstandorte gehalten werden können, nicht gegeben werden kann. Es gibt jedoch Möglichkeiten, durch entsprechende Überbrückungen kleinere Schulstandorte zu halten.

**GR Dr. Robert Ritter** sieht es als äußerst wichtig an, dass alle Schüler, die jetzt die Hauptschule besuchen, unbedingt einen Abschluss machen. Dies muss das Ziel der Hauptschule sein.

**Schulleiter Claus Reiff** bezieht sich nochmals auf das Ganztagsangebot der Schule Haibach. Diese Schulform wurde in Haibach sehr gut angenommen. Es hat sich gezeigt, dass die Eltern hier großen Wert auf die Betreuung durch pädagogisches Personal legen.

**GR Susanne Zellner** weist darauf hin, dass nur ein anderer Name keine Änderung bringt. Durch die hier schon sehr gut bewährte Ganztagsschule hat Haibach auch einen guten Stand und stärkt den Standort. Der Verbund ist eine sehr gute Lösung und zudem wurden auch schon früher Schüler aus Dammbach, Heimbuchenthal und Mespelbrunn im M-Zweig unterrichtet.

**GR Dr. Robert Ritter** sieht es als Neuerung, dass sich Aschaffenburg einem solchen Verbund anschließen will. Es sollte bei den Verhandlungen darauf geachtet werden, dass Haibach und Aschaffenburg als gleichberechtigte Partner vertreten sind.

**GR Hans Georg Seitz** bemerkt, dass nicht nur Schüler aus den Spessartgemeinden nach Haibach zum Schulbesuch kommen sollten, sondern dass auch Haibacher Schüler entsprechend in anderen Schulen unterrichtet werden. Hierüber sollten die Eltern auch in Kenntnis gesetzt werden.

**Schulleiter Claus Reiff** betont, dass für die Schulen Qualität und Spezialisierung wichtig sind.

**Bgm. Andreas Zenglein** teilt mit, dass zu gegebener Zeit ein Informationsabend für die Eltern stattfinden wird.

### Beschluss

Zur Einführung der Mittelschule wird ein Schulverbund mit folgenden Schulen gebildet:

- Hauptschule Haibach mit Bessenbach
- Hauptschule Heimbuchenthal mit Dammbach und Hessenthal/Mespelbrunn
- Brentanoschule Aschaffenburg
- Hefner-Alteneck-Schule Aschaffenburg
- Pestalozzi-Hauptschule Aschaffenburg

Der Bürgermeister wird beauftragt, mit den Aufwandsträgern der Schulen einen Kooperationsvertrag abzuschließen.

**Abstimmungsergebnis:** ja: 20 nein: 0

**4. Verabschiedung des Haushaltsplanes 2010 mit Finanzplan****Sachverhalt**

Der erste „doppische“ Haushaltsplan 2010 wurde im Haupt- und Finanzausschuss vorberaten und wird nunmehr zur Entscheidung vorgelegt. Zur Erläuterung des Haushalts 2010 wird auf die Niederschriften im Ausschuss und den Vorbericht hingewiesen.

Nach dem Vorbericht zum Haushalt 2010 führt **3. Bgm. Horst Hock** aus, dass das komplexe Zahlenwerk des Haushalts jedes Jahr ein besonderer Punkt der Gemeinderatstätigkeit ist.

Für Gemeinderat und Verwaltung ist hier ersichtlich, welche Schwerpunkte im Laufe des Jahres verwirklicht werden und wo die Prioritäten liegen. Im Jahr 2008 hat der Gemeinderat die Projekte der Legislaturperiode aufgezeigt. Dieser Fahrplan wurde in den Haushalt mit eingeplant. In diesem Jahr wurde ein ganz besonderer Haushalt erstellt – der erst in Doppik. Diese Umstellung ist auch ein Kernthema der laufenden Verwaltungsvereinfachung und soll Ressourcen der Kommune darlegen. Der Gemeinderat wird sich als lernfähig beweisen und begrüßt die größere Transparenz in der Verwaltung. Dem Bürgermeister, der Verwaltung und besonders dem Kämmerer gelten großer Dank und Anerkennung für diese Umstellung, für die Ausarbeitung des Haushalts und für die Durchführung der Projekte.

Den Haushalt 2009 hat er als „Konjunkturprogramm“ überschrieben – diesen Haushalt für das Jahr 2010 bezeichnet er als „Nachhaltigkeitshaushalt“.

Nachhaltigkeit für Schulen – bedeutet Brandschutz fertig gestellt, Hallenbadsanierung abgeschlossen, Turnhallensanierung soweit abgeschlossen, Aula wird renoviert, Schulsäle werden renoviert. Diese Maßnahmen bringen optimale Voraussetzungen für unsere Schüler.

Nachhaltigkeit Kanal- und Wasserversorgung die Arbeiten in der Brückenstraße, Teilstück Würzburger Str. und nun in der Hauptstraße, im Laufe des Jahres in der Blumenstraße sind vorgesehen. Im Turnus von 2 Jahren werden die nächsten Straßen, Großmannstraße und Aschaffenburg Straße saniert.

Es wird alles daran gesetzt, die Wasserverluste zu verringern. Haibach hat 45 km Wasser- Kanalnetz, dies kann nicht in den nächsten 4 Jahren komplett saniert sein. Aber mit dem Turnus von 2 Jahren ist hier ein guter Rhythmus gefunden worden.

Nach Meinung der CSU ist die jetzt beschlossene Feinwerktechnik ein gutes Instrument, um Defekte in der Wasserleitung frühzeitig zu erkennen.

Nachhaltigkeit Wasserversorgung – hier soll die Wassergewinnung durch den Brunnen 71 verstärkt werden.

Kultur- und Sporthalle – der Gemeinderat hat sich hier vorgenommen mit entsprechenden Sanie-

rungsmaßnahmen eine Verbesserung der Energieeffizienz und Werterhaltung zu schaffen.

Rathaus – hier wird für die Sicherheit der Mitarbeiter und für die Besucher des Rathauses die Brandschutzmaßnahme durchgeführt.

Brand- und Katastrophenschutz In diesem Jahr sollen die Planungen für den Neubau des Feuerwehrhauses/Bauhofes abgeschlossen werden und spätestens im Jahr 2011 der Spatenstich erfolgen. Mit dem Bau dieses Gebäudes soll sich die Schlagkraft der Feuerwehr nachhaltig verbessern. Der angrenzende Bauhof bringt auch die Möglichkeit, den Brandschutz während des Tages zu gewährleisten.

Wichtig bei allen Vorhaben ist, dass keine Kreditneuaufnahme vorgesehen ist. Bei den Beratungen zum Haushalt hat die CSU-Fraktion vorgeschlagen, eine freiwillige Kreditgrenze festzulegen. Diese Obergrenze sollte bei Bedarf im Laufe des Jahres beraten und von allen Fraktionen getragen und festgelegt werden.

Im Anschluss bedankt sich **3. Bgm. Horst Hock** nochmals für die geleistete Arbeit von Verwaltung und Bauhof sowie die konstruktive Zusammenarbeit mit SPD und FWG. Die CSU-Fraktion wird dem Haushalt zustimmen.

**GR Hans Georg Seitz** schließt sich dem ausführlichen und umfangreichen Kommentar der CSU-Fraktion an. Ein Kompliment gilt dem Kämmerer für die Erstellung des Haushalts. Die SPD-Fraktion wird diesem Haushalt ebenfalls zustimmen.

Das Jahr 2010 zeigt einen „normalen“ Haushalt, der jedoch schon im Zeichen unseres Großprojektes „Bauhof/Feuerwehr“ steht. Diese Herkulesaufgabe gilt es in den nächsten Jahren zu bewältigen und insbesondere auch finanziell zu verkraften. Wir stehen hinter diesem Projekt, da eine Dorfkerngestaltung, wie sie seit Jahrzehnten diskutiert wird, ohne die Aussiedlung Bauhof/Feuerwehr nicht möglich ist.

Die Kanalsanierung sieht er als ökologische Zeitbombe – hier muss mit Druck weitergearbeitet werden. Bezüglich des Wasserschwundes von 20-25 % , sowohl ökologisch als auch ökonomisch eine Katastrophe. Dies belastet die Bürger jährlich mit ein paar 100.000 EUR, ganz abgesehen von der Verschwendung der kostbaren Ressource Wasser. In diesem Zusammenhang ist die Verbesserung des Straßennetzes ebenfalls als wichtige Aufgabe zu sehen.

In der Kultur- und Sporthalle stehen nach intensiver Nutzung umfangreiche Sanierungsmaßnahmen an. Bei diesen Arbeiten ist es unbedingt notwendig, einen Aufzug mit einzubauen, ebenso sollte eine Lösung gesucht werden, dass im 1. OG Toiletten eingebaut werden können.



Die Ortsverbindungsstraße muss in den nächsten Jahren saniert werden, da diese in einem schlimmen Zustand ist.

Das Jugend- und Vereinsheim spielt eine wichtige Funktion im Ortsleben und sollte als zentrale Begegnungsstätte für Alt und Jung. Nach einer behutsamen Sanierung – ohne Veränderung des Baustils – sollte dies unbedingt und gerade auch verbunden mit den entsprechenden Parkmöglichkeiten in die Neugestaltung des Ortskerns mit eingebunden werden. Es ist für die SPD-Fraktion unverständlich, dass Überlegungen anstehen, dass einzige von der Allgemeinheit nutzbare Gebäude im Ortszentrum zu einem symbolischen Preis zu verkaufen oder zu verschenken.

Bei alledem dürfen die Verschuldung nicht aus den Augen verlieren – denn nur mit einer sparsamen und verantwortungsvollen Haushaltsführung können die genannten Projekte bewältigt werden.

**GR Jürgen Goldhammer** bedankt sich ebenfalls für die gute Arbeit und die Zusammenarbeit im Gremium. Im Jahr 2008 wurde ein Investitionsplan erarbeitet, der bisher soweit eingehalten wurde. Persönlich bedauert er die Verschiebung der für 2010 vorgesehene Sanierung der Außenanlagen bzw. das Anlegen eines Kunstrasenplatzes an der KuS-Halle nach 2013. Erfreulich für ihn, dass an der unbedingt notwendigen Sanierung der KuS-Halle festgehalten werden konnte. Die Sanierung der defekten Kanäle und der maroden Wasserleitungen im Ortsnetz wird von Seiten der FWG als oberste Priorität angesehen und soll entsprechend nach vorne getrieben werden. Er weist darauf hin, dass für 2011 und 2012

keine Kanal- u. Wasserbaumaßnahmen im Investitionsplan vorgesehen sind.

Als hervorragend bezeichnet er die niedrige Prokopfverschuldung. Es sollte unbedingt versucht werden die geplanten Immobilienverkäufe, gegebenenfalls mit angepassten Konditionen, voranzubringen, um einen Anstieg der Prokopfverschuldung zu vermeiden.

**GR Reinhard Schüßler** erwidert, dass er bereits letztes Jahr den Vorschlag gemacht hat, die Ausgaben, die für die KUS angesetzt sind, in die Sanierung der Ortsverbindungsstraße zu stecken. Nach einer erfolgten Sanierung würde die Straße vom Kreis übernommen und der Haushalt in Haibach durch umfangreiche Ausbesserungsarbeiten, sowie den erforderlichen Winterdienst nicht weiter belastet. In welchem Jahr soll hier etwas geschehen?

**Bgm. Andreas Zenglein** antwortet, dass laut Finanzplan im Jahr 2014 die Sanierung der Ortsverbindungsstraße, die Planung hierfür in 2013 vorgesehen ist. Bezüglich der Generalsanierung der Ortsverbindungsstraße ist er ständig in Gesprächen. Die FAG-Mittel sind bis zum Jahr 2013 erschöpft. Für das Jahr 2014 stehen noch keine Mittel zur Verfügung. Die Verwaltung wird alles tun, um möglichst hohe Zuschüsse für diese Straße zu erhalten.

Weiterhin sind folgende Punkte im Finanzplan enthalten: 2011 – Sanierung des Jugendhauses, 2010 – wird der Sammler im Schweiztal saniert, was natürlich ebenfalls der Verbesserung des Kanalnetzes dient. Auch diese Maßnahme bindet Finanzmittel, so dass weitere „Straßenerneuerungen“ laut Finanzplan angedacht sind.

## Beschluss

### Haushaltssatzung

#### Haushaltssatzung der Gemeinde Haibach für das Haushaltsjahr 2010

Aufgrund des Art. 63 ff der Gemeindeordnung erlässt die Gemeinde Haibach folgende Haushaltssatzung:

### § 1

Der als Anlage beigefügte Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010 wird hiermit festgesetzt, er schließt

- |    |   |              |
|----|---|--------------|
| 1. | im Ergebnishaushalt mit                   |              |
|    | dem Gesamtbetrag der Erträge von          | 11.114.800 € |
|    | dem Gesamtbetrag der Aufwendungen von     | 10.360.000 € |
|    | und dem Saldo (Jahresergebnis) von        | 663.800 €    |
| 2. | im Finanzhaushalt                         |              |
|    | a) aus laufender Verwaltungstätigkeit mit |              |
|    | dem Gesamtbetrag der Einzahlungen von     | 10.539.300 € |
|    | dem Gesamtbetrag der Auszahlungen von     | 9.169.900 €  |
|    | und einem Saldo von                       | 1.369.400 €  |

b)	aus Investitionstätigkeit mit	
	dem Gesamtbetrag der Einzahlungen von	1.206.000 €
	dem Gesamtbetrag der Auszahlungen von	4.392.500 €
	und einem Saldo von	-3.186.500 €
c)	aus Finanzierungstätigkeit mit	
	dem Gesamtbetrag der Einzahlungen von	0 €
	dem Gesamtbetrag der Auszahlungen von	276.000 €
	und einem Saldo von	-276.000 €
d)	und dem Saldo des Finanzhaushaltes von	3.692.138 €

ab.

## § 2

Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen sind nicht vorgesehen.

## § 3

Verpflichtungsermächtigungen zur Leistung von Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen in künftigen Jahren werden nicht festgesetzt.

## § 4

Die Steuersätze (Hebesätze) für die nachstehenden Gemeindesteuern werden wie folgt festgesetzt:

Grundsteuer	
für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (A)	295 v. H.
für die Grundstücke (B)	295 v. H.
Gewerbesteuer	320 v. H.

## § 5

Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen nach dem Haushaltsplan wird auf 2.000.000 Euro festgesetzt.

## § 6

Die Haushaltssatzung tritt am 1. Januar 2010 in Kraft

Haibach, den

Gemeinde Haibach

(Siegel)

Andreas Zenglein  
Erster Bürgermeister

**Abstimmungsergebnis:** ja: 20 nein: 0

## 5. Änderung des Bebauungsplanes Sponackerweg Billigung des Planentwurfes und Beschluss über das Scopingverfahren

### Sachverhalt

Der Gemeinderat hat in der letzten Sitzung die Aufstellung der 7. Änderung des Bebauungsplanes Sponackerweg beschlossen. Arch. Schäffner hat hierzu ein Planentwurf erstellt sowie die wichtigsten Änderungen der Überarbeitung in der Legende für die Digitalisierung mitgeteilt. Die Unterlagen sind den Fraktionen übermittelt worden.

Der Bebauungsvorschlag für das Grundstück Fl.Nr. 4200/56 sieht WA/II vor, zwei Geschosse als Höchstgrenze, Wandhöhe bis 7 m über Straße, Flachdach 0° - 15°. Mit einbezogen wurde das gesamte Areal im Bereich des mittleren Adenauerrings (siehe Lageplan). Für das benachbarte unbebaute Grundstück wird sowohl die seitherige Bauweise als auch die Möglichkeit zur Flachdachbebauung vorgesehen.

Für die Festsetzungen im neu überarbeiteten digitalisierten Plan werden als wesentliche Änderungen bzw. Anpassungen folgende Festsetzungen vorgeschlagen (siehe Anlage):

- Zahl der Geschosse
- Dachgauben
- Quer- und Zwerchgiebel

Seitens der Verwaltung besteht zu den Vorschlägen von Arch. Schäffner Einverständnis.

Für das weitere Verfahren verweist Arch. Schäffner auf die Möglichkeiten der Änderungen nach § 13 a BauGB für Bebauungspläne in der Innenentwicklung hin.

§ 13 a besagt, dass die Nachverdichtung von Flächen oder anderer Maßnahmen im beschleunigten Verfahren aufgestellt werden kann. Nachdem im seitherigen Bebauungsplan schon die Festsetzung stand: „öffentliche Bedarfsfläche (Kirche), Grünflä-

che bis zur Bebauung“ ist von einer Nachverdichtung auszugehen.

Bei einem vereinfachten bzw. beschleunigten Verfahren nach § 13 a i.V.m. § 13 BauGB entfällt der Umweltbericht; zudem ist das sog. Scopingverfahren entbehrlich. Außerdem kann bei dem beschleunigten Verfahren die erforderliche Änderung des Flächennutzungsplanes zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.

Der Unterschied zu einem vereinfachten Verfahren besteht darin, dass bei einem normalen Verfahren schon jetzt der Flächennutzungsplan geändert werden müsste.

Somit ist nunmehr die Art des Verfahrens festzusetzen.

### **Beschluss**

Der Entwurf der 7. Änderung des Bebauungsplanes Sponackerweg in der Fassung vom 10.03.2010 wird gebilligt. Mit den vorgeschlagenen „Neufestsetzungen“ für die Digitalisierung des Bebauungsplanes besteht Einverständnis.

Der Bebauungsplan Sponackerweg, Änderung 7, wird im Verfahren nach § 13a BauGB aufgestellt. Die Änderung / Anpassung des Flächennutzungsplanes erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt.

Zu dem weiteren Verfahren werden die Anhörung der Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB und parallel hierzu die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB durchgeführt. Vorab ist der Öffentlichkeit in einer einwöchigen Auslegungsfrist die Möglichkeit der Stellungnahme zu den Planabsichten zu geben.

**Abstimmungsergebnis: ja: 19 nein: 1**

## 6. Bauvoranfrage zur Nutzungsänderung des Anwesens Zum Stadion 1; Wiedervorlage

### Sachverhalt

In der letzten Sitzung des Gemeinderates wurde über die beantragte Nutzungsänderung des Anwesens „Zum Stadion 1“ beraten und der Umsiedlung von verschiedenen Betrieben von dem Anwesen „Zum Stadion 30“ in das Anwesen „Zum Stadion 1“ zugestimmt. Zurückgestellt wurde die Umsiedlung der Spielothek. Hier sollten noch die derzeitigen Verhältnisse abgeklärt werden.

Grundsätzlich ist festzustellen, dass die geplante Nutzungsänderung eine rein bauliche Anfrage ist und gewerberechtliche Punkte hier nicht zu prüfen sind.

Für den abgelehnten früheren Antrag wurde vom Landratsamt Aschaffenburg u.a. die Ablehnung damit begründet, dass außerhalb eines Kerngebietes für eine Konzession nur 100 m² zugrundegelegt werden. Nach Rücksprache mit dem Landratsamt Aschaffenburg besteht allerdings Einverständnis, den jetzigen „status quo“ beizubehalten.

Nach einer Rücksprache mit der betreffenden Stelle im Landratsamt Aschaffenburg wurde mitgeteilt, dass der Besitzer der Spielothek gewechselt und er dies auch der Gewerbeaufsicht mitgeteilt hat. Aufgrund der neuen Gesetzgebung wurden vom Landratsamt neun Geldspielautomaten genehmigt, ohne hierfür jedoch einen Bescheid zu erstellen.

Der Betreiber hat drei weitere Automaten aufgestellt, die jedoch keine **Geld**automaten sind.

Nach Auffassung der Verwaltung bestehen nach wie vor keine Bedenken, dass die Spielothek umgesiedelt wird, vorausgesetzt, die jetzige Situation mit max. 9 Geldspielautomaten in einer Konzession wird nicht verändert.

**GR Dr. Robert Ritter** fragt, ob die Gemeinde verwehren kann, dass sich eine Spielothek ansiedelt?

**3. Bgm. Horst Hock** verliest ein Schreiben der Nachbarn des Anwesens „Zum Stadion 30“.

Bezüglich dieses Schreibens erklärt er, dass die Mehrheit des Gemeinderates in der letzten Sitzung zur Umsiedlung der Spielothek tendiert hat. Die Umsetzung sollte „1:1“ erfolgen und eine zusätzliche Nutzung im Anwesen Zum Stadion 30 ausschließen.

**GR Hans Georg Seitz** bemerkt, dass der Gemeinderat einer Umsiedlung der Spielstätte im Verhältnis 1:1 unter Festlegung der genauen Flächenzahl Zustimmung signalisiert hat. „Diese Kröte zu schlucken“, ist wohl besser, als dass sich in Haibach kein Vollversorger mehr ansiedelt.

**GR Dr. Robert Ritter** zeigt sich nicht begeistert, eine Spielothek im Ort zu haben. Er könnte sich auch vorstellen, dass der Betreiber dieser Spielstätte eine Abfindung erhält. Nachdem ein schwebendes Verfahren bezüglich einer weiteren Spielstätte besteht, sollte erst das Urteil abgewartet werden.

**Bgm. Andreas Zenglein** stellt hierzu fest, dass der Planer des Areals Planungssicherheit benötigt. Hierfür müssen die Voraussetzungen geschaffen werden.

**GR Wendelin Bleifus** erinnert daran, dass der Gemeinderat die Spielothek „Colosseum“ auch abgelehnt hat. Das Landratsamt hat die Genehmigung hierzu jedoch erteilt. Wenn wir jetzt diese Umsiedlung ablehnen, wird das Landratsamt den nächsten Antrag des Betreibers genehmigen und die Gemeinde hat hierauf wenig Einfluss.

**Frau Kania** zweifelt an der Glaubwürdigkeit des Gemeinderates in diesem Punkt. Zum Schluss wird im Anwesen Zum Stadion 30 doch eine Spielstätte mit 300 m<sup>2</sup> entstehen.

**Bgm. Andreas Zenglein** erwidert, dass der Gemeinderat höchstens eine Zustimmung für eine Fläche von 108 m<sup>2</sup> gibt. Die rechtliche Situation hierzu klärt das Landratsamt als Genehmigungsbehörde.

**Frau Kania** stellt fest, dass die Interessen des Investors sehr stark vertreten werden. Die Minderheit

der Anlieger wird nicht gewürdigt. Sie sieht das schon fast als Erpressung an.

**Bgm. Andreas Zenglein** erklärt, dass die Daseinsfürsorge für alle Bürger gilt. In diesem Fall ist die Mehrheit der Bürger wichtig. Es können nicht immer alle Interessen einzelner gewahrt werden.

**3. Bgm. Horst Hock** spricht sich gegen die Umsiedlung der Spielothek aus. Haibach braucht diese Art der Freizeitgestaltung nicht – es wird genügend Vereins- und Jugendarbeit geleistet. Er hat Bedenken, dass sich dann eine Spielothek im großen Stil entwickelt – das hat für ihn ein „Geschmäckle“.

**GR Erhard Attig** ist grundsätzlich auch gegen die Umsiedlung einer Spielothek. Die Situation hat sich nur durch den Umbau des Marktes ergeben. Wenn ein Dritter den Markt vergrößern will, kann die Gemeinde doch nicht für einen Ersatz der Spielothek sorgen.

**Bgm. Andreas Zenglein** stellt fest, dass es sich bei dem vorliegenden Fall um eine Bauvoranfrage handelt, die im Bauausschuss bzw. Gemeinderat behandelt werden muss. Wenn der Gemeinderat hier keine Zustimmung erteilt, trifft das Landratsamt die Entscheidung. Es fanden entsprechende Gespräche mit den zuständigen Sachbearbeitern im LRA statt, hier wurde signalisiert, dass der Wille des Gemeinderates mit 108 m<sup>2</sup> Fläche akzeptiert wird.

**GR Dr. Robert Ritter** fragt, was die Meinung des Gemeinderates wert ist, wenn diese nach Abgabe vom Landratsamt nicht gewürdigt wird.

**GR Hans Georg Seitz** erklärt, dass er auch nicht für eine neue Spielothek stimmen wird. Hier soll lediglich eine Verlegung von einem zum anderen Standort erfolgen. Diese Kröte ist nach seiner Meinung für den Standort eines Vollversorgers zu schlucken. Er bemerkt, dass die Ablehnung einiger Gemeinderäte offensichtlich nicht nur wegen der Spielothek, sondern auch aus persönlichen Gründen so massiv ist.

## Beschluss

Der Bauvoranfrage für die Nutzungsänderung des Anwesens „Zum Stadion 1“ wird unter der Voraussetzung zugestimmt, dass neben der Verlagerung von bereits zugestimmten Gewerbeflächen vom seitherigen Anwesen „Zum Stadion 30“ auch die Spielothek unter der Voraussetzung verlagert wird, dass neben den bereits genehmigten 9 Geldspielautomaten keine weiteren Geldspielautomaten aufgestellt werden und die Fläche für die Spielhalle nicht erweitert wird.

Für das Anwesen „Zum Stadion 30“ wird künftig eine gewerbliche Nutzung für eine Spielstätte ausgeschlossen.

**Abstimmungsergebnis: ja: 15 nein: 5**

**7. Bereitstellung einer Ausbildungsstelle für den Ausbildungsberuf Gärtner Fachrichtung Landschafts- und Gartenbau ab September 2010****Sachverhalt**

In der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses wurde darüber diskutiert, ab September dieses Jahres wieder einen Ausbildungsplatz für den Beruf des Landschaftsgärtners bereit zu stellen. Nach Rücksprache mit dem Leiter der Gartenbauabteilung, Gartenbautechniker Franz Staab, ist ein Ausbildungsbeginn ab September 2010 zwar sehr kurzfristig, jedoch machbar.

Eine spätere Übernahme des Auszubildenden kann jedoch nicht gewährleistet werden. Für eine/n ausgebildeten Landschaftsgärtner/in ist im Gegensatz zur Verwaltung jedoch eine Stelle auf dem Arbeitsmarkt leichter zu finden.

Wenn schon zum September 2010 eine neue Ausbildung begonnen werden soll, sollte umgehend die Ausschreibung erfolgen (vorerst nur im Mitteilungsblatt und auf der Internetseite der Gemeinde).

**Beschluss**

Für den Ausbildungsberuf Gärtner, Fachrichtung Garten- und Landschaftsbau, wird ab September 2010 ein Ausbildungsplatz bereitgestellt. Die entsprechende Stellenausschreibung wird im Mitteilungsblatt sowie auf der Internetseite der Gemeinde veröffentlicht.

**Abstimmungsergebnis: ja: 20 nein: 0**

**8. Allgemeines****Bgm. Andreas Zenglein informiert:****8.1. Wasserverlust**

Der tatsächliche Wasserverlust im Jahr 2009 betrug 110.000m³.

**8.2. Anruf-Sammel-Taxi**

Die Kosten im Jahr 2009 betrugen hierfür 96,75 EUR.

**8.3. Verlegung Sitzungstermine:**

Folgende Sitzungen werden verlagt:

GR 21.04.2010 findet auf Wunsch des GR am Donnerstag, 22.04.2010, statt.

BA 19.05.2010 findet wegen einer Personalveranstaltung bereits am Dienstag, 18.05.2010, statt.

**9. Einführung eines Ratsinformationssystems****Sachverhalt**

Bei der Gemeinde wird das Ratsinformationssystem eingeführt. Mit diesem System haben die Gemeinderäte künftig die Möglichkeit, zusätzliche Informationen zu den einzelnen Sitzungen abzurufen und sich nicht nur bei den Fraktionssitzungen über die einzelnen Tagesordnungspunkte informieren. Aber auch für die Bürgerinnen und Bürger bietet dieses System Informationen über die kommunalen Gremien, also über die Arbeit des Gemeinderates. Für die Gemeinderäte stehen in diesem Portal über einen geschützten Zugang weitere Informationen zur Verfügung, wie z.B. neben der Tagesordnung

auch die Beschlussvorlagen und die hierzu notwendigen Unterlagen. Ebenso werden die öffentlichen Jahresprotokolle der Sitzungen ab dem Jahr 1996 bereitgestellt. Es kann, nach Wunsch, auf einen Ausdruck der jeweiligen Protokolle verzichtet werden.

Zur Nutzung dieses Ratsinformationssystems wurde eine entsprechende Nutzungsvereinbarung beigefügt. Nach Unterzeichnung der Vereinbarungen erhält jeder Gemeinderat einen Benutzernamen und ein Passwort, mit dem er sich in dem geschützten Bereich anmelden kann.

Hiernach schließt Bürgermeister Andreas Zenglein den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am **22.04.2010** genehmigt.

\_\_\_\_\_  
Andreas Zenglein  
Erster Bürgermeister

\_\_\_\_\_  
Silvia Reiling  
Verw.-Angest.

## SITZUNG des GEMEINDERATES

Sitzungstag: Mittwoch, 24. März 2010  
Sitzungsdauer: 19:00 Uhr bis 22:00 Uhr

Haibach, Rathaus

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

Sitzungsteilnehmer	Funktion	Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung
<b>Anwesend:</b>		
Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	
Max Baumann	2. Bürgermeister	
Horst Hock	3. Bürgermeister	
Peter Amrhein	Gemeinderat	
Erhard Attig	Gemeinderat	
Wendelin Bleifus	Gemeinderat	
Michael Fuchs	Gemeinderat	
Jürgen Goldhammer	Gemeinderat	
Andreas Hein	Gemeinderat	
Richard Hein	Gemeinderat	
Rüdiger Lebert	Gemeinderat	
Dr. Robert Ritter	Gemeinderat	
Markus Rückert	Gemeinderat	
Reinhard Schüßler	Gemeinderat	
Ilse Spielmann	Gemeinderätin	
Toni Stahl	Gemeinderat	ab 20:00 Uhr
Corinna Suffel	Gemeinderätin	
Susanne Zellner	Gemeinderätin	
<b>Abwesend:</b>		
Claus Rückert	Gemeinderat	
Gaby Satter	Gemeinderätin	
Hans Georg Seitz	Gemeinderat	
<b>Schriftführer</b>		
Reiling Silvia		
<b>Verwaltung</b>		
Friedrich Englert		
Martin Volk		

**Tagesordnung**

**Öffentlicher Teil:**

1.	Eröffnung und Begrüßung
----	-------------------------

2.	Vorstellung des Planentwurfes für den Neubau Feuerwehrhaus und Bauhof
----	---

3.	Allgemeines
----	-------------

## 1. Eröffnung und Begrüßung

**Bürgermeister Andreas Zenglein** eröffnet die Sitzung und stellt fest dass von den 20 Gemeinderatsmitgliedern 16 erschienen sind, der Gemeinderat beschlussfähig ist und zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde. Es besteht Einverständnis mit der Tagesordnung.

Zur dieser Sitzung heißt er ebenfalls willkommen:  
Herrn Bergfeld und Herrn Urban, bbp Planungsbüro Kiel

Herrn Ries, Ingenieurbüro für Heizung, Sanitär und Lüftung

Herrn Dorn, Ingenieurbüro für Elektrotechnik  
Herrn Prof. Dr. B. Hock und Herrn Wombacher, Ingenieurbüro für Tragwerksplanung,

Vertreter der Medien  
sowie die zahlreichen interessierten Bürgerinnen und Bürger, Feuerwehrleute und Mitarbeiter der Gemeinde Haibach

## 2. Vorstellung des Planentwurfes für den Neubau Feuerwehrhaus und Bauhof

**Bgm. Andreas Zenglein** gibt anhand einer Chronologie einen Überblick über die bisherigen Schritte, die zur Verwirklichung dieses finanziellen Großprojektes der Gemeinde abgewickelt wurden.

22.01.2003	Beschluss des Gemeinderates für eine Grobplanung und dann Ausweisung eines Sondergebietes
25.06.2003	Beschluss des Gemeinderates zur Änderung des Flächennutzungsplanes und Ausweisung eines Sondergebietes
27.03.2003	Ortstermin und Besprechung des Grobkonzeptes
29.04.2003	Besprechung zu Neubau FW-Haus mit Regierungs- und Behördenvertreter sowie Vertretern der Feuerwehr
19.07.2004	Genehmigung des Flächennutzungsplanes
22.07.2004	Rechtskraft –Flächennutzungsplanänderung
29.06.2004	Erste Besprechung mit Grundstückseigentümern
26.01.2007	Unterzeichnung der Kaufverträge für den erforderlichen Grunderwerb mit notarieller Beurkundung im Rathaus
17.10.2007	Vorstellung des Konzeptes der Freiwilligen Feuerwehren
23.04.2008	Vorstellung des Raumprogramms des Bauhofes im Gemeinderat
Sommer 2008	Besichtigung von Feuerwehrhäusern
21.01.2009	Bildung eines Arbeitskreises
01.07.2009	Beschluss über die Einleitung des VOF-Verfahrens
16.09.2009	Entscheidung über Skizzenwettbewerb
02.12.2009	Planungsauftrag an bbp

Heute fand die 3. Projektbesprechung zwischen den Planern, den beauftragten Fach-ingenieuren mit Bauamtsleiter Martin Volk und dem Bürgermeister statt.

**Herr Bergfeld** stellt sich den Zuhörern kurz vor und teilte mit, dass er in Zusammenarbeit mit dem Ingenieurbüro Gauff, Nürnberg hier als Vertreter einer Arbeitsgemeinschaft tätig ist.

### Er informiert über folgende Details zur Planung:

Es handelt sich um ein langes, relativ schmales Grundstück – daher muss der Baukörper diesen Gegebenheiten entsprechend angepasst werden. Es war keine leichte Aufgabe. Durch verschiedene Höhen im Gebäude, den vorgesehenen Leitstand mit Kanzel für die Feuerwehr in Glas, den Seitenbereich in Glasfront und durch eine lebendige Oberfläche in der Fassadengestaltung wird jedoch versucht, das Gebäude nicht als Industriegebäude wirken zu lassen. Es ist eine Dachbegrünung sowie die Begrünung des Lärmschutzwalls vorgesehen, damit sich das Gebäude an die baulichen und landschaftlichen Gegebenheiten im Umfeld anpasst.

Der Übungsturm soll eine Höhe von 13 m haben und dient auch als Erkennungszeichen des Gebäudes. Die Gesamtlänge des Bauwerks beträgt 130 m. Anhand einer Power-Point-Präsentation werden die verschiedenen Planauszüge ausführlich dargestellt und erläutert.

Als nächste Schritte stehen an, dass Feuerwehr und Bauhof nun nochmals alle Pläne eingehend prüfen. Unter anderem ist jetzt schon wichtig, Entscheidungen zu treffen, z. B. welche Steckdose, wo platziert wird. Diese Punkte müssen sowohl von dem Planer für Elektrotechnik als auch für Tragwerksplanung berücksichtigt werden. Es ist vorgesehen, dass das nächste Treffen Ende April stattfindet. Danach werden die Pläne für das Genehmigungsverfahren erstellt. Nach Abwicklung dieses Verfahrens wird mit einem Baubeginn etwa im Frühjahr 2011 zu rechnen sein. Als Bauzeit werden ca. 12 - 15 Monate kalkuliert.

**Bgm. Andreas Zenglein** stellt fest, dass die Gemeinde schon auch ein wichtiges Augenmerk auf die „wirtschaftliche Schiene“ gelegt hat. Als Zielpla-



nung ist ein Betrag in Höhe von 7 Mio EUR –minus X vorgesehen.

**GR Peter Amrhein** bemerkt, dass durch die vorgesehene Begrünung der Dachflächen jedoch die Möglichkeiten der Errichtung einer Photovoltaikanlage nicht mehr gegeben sind.

**Herr Bergfeld** erklärt, dass dies noch keine Endlösung darstellt. Derzeit werden durch die Fachingenieure die verschiedensten Techniken geprüft und berechnet.

**GR Peter Amrhein** möchte wissen, ob hierzu auch Erdwärme und Geothermie berücksichtigt werden.

**Bgm. Andreas Zenglein** stellt fest, dass die Dachbegrünung auch zur Versickerung des Regenwassers angedacht wird.

Hierzu erklärt **Dipl. Ing. Ries**, dass sich durch das Versickern des Regenwassers auf dem Dach die anfallende Abwassermenge am Beginn eines Starkregens reduzieren und somit „gebremst“ in die Kanalisation geleitet wird.

**Bgm. Andreas Zenglein** führt weiter aus, dass neben des ökologischen Faktors auch die technischen Punkte noch geklärt werden müssen. Hier ist noch zu prüfen, wo und wie die Entwässerung stattfinden soll.

**GR Wendelin Bleifus** sieht die Begrünung des Daches als schöne Sache an, jedoch fragt er sich, ob es nicht sinnvoller wäre, diese Fläche zur Energieerzeugung zu nutzen. Sollte eventuell eine Hackschnitzelheizanlage eingebaut werden, muss man die Frage stellen, wie sinnvoll dies ist, wenn die Materialien hierfür erst eingekauft werden müssen.

**Bgm. Andreas Zenglein** erläutert, dass dieses Thema auch bereits im Arbeitskreis diskutiert wurde. In dem Gebäude ist eine Zweckbeheizung erforderlich. Die Feuerwehr ist nicht ständig vor Ort, daher muss dieser Gebäudeteil auch nicht ständig beheizt werden. Es wird nun die wirtschaftlichste Variante geprüft.

**Dipl. Ing. Dorn** erklärt, dass sich bezüglich des EEG für die Photovoltaiktechnik Änderungen ergeben. Die Gesetzesänderung soll am 01.04.2010 beschlossen werden. Die Vergütungssätze werden sich drastisch reduzieren. Es ist nun auch hier erst wieder wichtig, dass entsprechende Prüfungen vorgenommen werden und dann anhand des vorgesehenen Eigenverbrauchs eine Entscheidung getroffen wird.

**3. Bgm. Horst Hock** führt aus, dass der Arbeitskreis als sehr gut funktionierendes Gremium zusammen gearbeitet hat. Ebenso ist festzustellen, dass das Architekturbüro sehr gute Arbeit geleistet hat.

Die Thematik bezüglich der energetischen Forderungen ist noch nicht entschieden. Hier wird geprüft und das wirtschaftlichste Ergebnis wird als Maß genommen und im Arbeitskreis hierzu eine Vorentscheidung getroffen.

**Herr Bergfeld** erklärt, dass die ökologisch sinnvollste Variante ausgewählt wird.

**Bgm. Andreas Zenglein** führt weiter aus, dass z. B. der Übungshof der Feuerwehr entgegen der ursprünglichen Vorstellungen nun im hinteren Bereich, also im Teilbereich des Bauhofes, geplant ist. Dies ist aus Lärmschutzgründen erforderlich und soll jedoch auch die gute Kooperation zwischen Bauhof und Feuerwehr sowie die Synergieeffekte unterstreichen.

**GR Reinhard Schüßler** möchte wissen, wie das Gefälle des Daches vorgesehen ist.

Hierzu antwortet **Herr Bergfeld**, dass hier ein Minimum von 2 % vorgeschrieben ist.

Des Weiteren fragt **GR Reinhard Schüßler**, in welcher Form die Straße zum Kompostplatz fortgeführt werden soll. Im vorliegenden Plan macht die Straße im Bereich des Bauhofes eine Verschwenkung. Er ist der Ansicht, dass hier eventuell Fläche verloren geht.

**Thomas Hench** möchte wissen, welche Vorteile eine Fassadenverkleidung mit Lochblech bringen soll, und ob dies schon beschlossen ist.

Hierzu erklärt **Herr Bergfeld**, dass dies nicht beschlossen ist, es ist lediglich ein Vorschlag. Durch diese Lochblechelemente wird ein Strukturieren der Fläche ermöglicht und es bietet neben Sicht- auch Sonnenschutz.

Eine Metallfassade mit einer entsprechenden Unterlüftung ist einer Mineralstofffassade gleich zu setzen.

**GR Reinhard Schüßler** fragt, was alles in dem Übungsturm gemacht werden soll.

Hierzu antwortet **Kommandant Michael Bauecker**, dass dieser Übungsturm mit einer Höhe von 13 m für die Übungen der aktiven Wehr erforderlich ist.

**Ingo Adams** stellt fest, dass das Gebäude mit einer Länge von 130 m schon sehr mächtig ist. Er fragt, ob vergleichbare Gemeinden Feuerwehrhäuser in ähnlichen Dimensionen haben. Er möchte wissen, welche Funktion die Einsatzzentrale hat.

**Kommandant Michael Bauecker** informiert über die Funktion dieser Einsatzzentrale.

**Herr Bergfeld** führt aus, dass das lange Gebäude sich aus der Funktionalität ergibt und sich gut in das Gelände eingliedert. Es handelt sich um eine eingeschossige Bauweise mit versetzten Ebenen und einem begrünten Lärmschutzwall. Gegenüber der ursprünglichen Entwurfsplanung wurden schon Reduzierungen vorgenommen, um das Bauwerk kosten-günstig zu erstellen bzw. im Budgetrahmen zu bleiben.

**GR Rüdiger Lebert** möchte wissen, ob der Übungsturm gegenüber der Wohnbebauung Probleme bereiten kann.

Hierzu antwortet **Bgm. Andreas Zenglein**, dass ohnehin ein Lärmschutzgutachten erstellt werden muss. Dieses wird Teil der Genehmigungsplanung sein. Die Übungszeiten am Turm werden festgeschrieben, dies sieht er als eher unkritisch.

Zum Schluss der Ausführungen stellt **Bgm. Andreas Zenglein** fest, dass sich am Kubus / Volumen nichts mehr ändern wird. Es werden höchstens im

Innern des Gebäudes noch kleine Veränderungen nötig sein. Nach Vorlage aller Änderungsvorschläge werden die Planer und Fachingenieure das nächste Treffen mit dem Arbeitskreis haben. Danach wird das Ergebnis dem Gemeinderat vorgestellt, der die Entscheidungen trifft.

**Bgm. Andreas Zenglein** bedankt sich für das rege Interesse und die Teilnahme an der Sitzung.

### 3. Allgemeines

Keine Wortmeldungen

Hiernach schließt **Bürgermeister Andreas Zenglein** den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am 22.04.2010 genehmigt.

Andreas Zenglein  
Erster Bürgermeister

Reiling Silvia  
Verw.-Angest.

# SITZUNG des GEMEINDERATES

**Sitzungstag: Donnerstag, 22. April 2010**

**Sitzungsdauer: 20:00 Uhr bis 23:10 Uhr**

**Haibach, Rathaus**

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

<b>Sitzungsteilnehmer</b>	<b>Funktion</b>	<b>Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung</b>
---------------------------	-----------------	---

**Anwesend:**

Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	
Max Baumann	2. Bürgermeister	
Horst Hock	3. Bürgermeister	
Peter Amrhein	Gemeinderat	
Erhard Attig	Gemeinderat	
Wendelin Bleifus	Gemeinderat	
Michael Fuchs	Gemeinderat	
Jürgen Goldhammer	Gemeinderat	
Andreas Hein	Gemeinderat	
Richard Hein	Gemeinderat	
Dr. Robert Ritter	Gemeinderat	
Claus Rückert	Gemeinderat	
Markus Rückert	Gemeinderat	
Gaby Satter	Gemeinderätin	
Reinhard Schüßler	Gemeinderat	
Hans Georg Seitz	Gemeinderat	
Ilse Spielmann	Gemeinderätin	
Corinna Suffel	Gemeinderätin	
Susanne Zellner	Gemeinderätin	

**Abwesend:**

Rüdiger Lebert	Gemeinderat	
Toni Stahl	Gemeinderat	

<b>Schriftführer</b>		
Silvia Reiling		

<b>Verwaltung</b>		
Friedrich Englert		
Martin Volk		

## **Tagesordnung**

### Öffentlicher Teil:

1.	<b>Eröffnung und Begrüßung</b>
2.	<b>Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift</b>
3.	<b>Sanierung der Kultur- und Sporthalle; Beratung und Festlegung Ablaufschemas</b>
4.	<b>Bebauungsplan Sondergebiet Feuerwehr und Bauhof; Vorlage des Planentwurfs, Einleitung vorzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden</b>
5.	<b>Änderung des Flächennutzungsplanes; Antrag auf Errichtung eines Lebensmittelmarktes an der Staatsstraße oberhalb der Goethestraße</b>
6.	<b>Anfrage zur Errichtung eines Baumhotels</b>
7.	<b>Antrag auf Kostenbeteiligung für bauliche Maßnahmen für den Marien- und Burgkindergarten</b>
8.	<b>Vereinbarung mit dem Landkreis Aschaffenburg zur Entwässerung der Kreisstraße AB 2</b>
9.	<b>Planungsentwurf für den Holzlagerplatz</b>
10.	<b>Allgemeines</b>

## 1. Eröffnung und Begrüßung

**Bgm. Andreas Zenglein** eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass von den 20 Gemeinderatsmitgliedern 18 erschienen sind, der Gemeinderat beschlussfähig ist

und  
zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde.  
Es besteht Einverständnis mit der Tagesordnung

## 2. Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift

Zur Genehmigung liegen die Protokolle vom 17. und 24. März 2010 vor. Das Protokoll vom 24.03.2010 wird ohne Anmerkungen genehmigt. Zum Protokoll vom 17.03.2010 werden von GR Hans Georg Seitz,

Jürgen Goldhammer u. Reinhard Schüßler Änderungswünsche vorgebracht.  
Frau Reiling sagt hierzu Erledigung zu.

## 3. Sanierung der Kultur- und Sporthalle; Beratung und Festlegung Ablaufschema

**Dipl. Ing. Norbert Ries** informiert ausführlich über die anstehenden Sanierungsmaßnahmen in der Kultur- und Sporthalle. Es sind neben Arbeiten im Heizung-, Sanitär und Lüftungsbereich auch umfangreiche Brandschutzmaßnahmen durchzuführen.

Zu Beginn der Beratung erklärt **Bgm. Andreas Zenglein**, dass nach Vorstellung der Verwaltung die Fraktionen sich mit dem Gutachten, bzw. den Vorschlägen des Planungsbüros Ries ausführlich beraten. Die Thematik soll in der Sitzung des Gemeinderates am 09. Juni 2010 erneut auf die Tagesordnung genommen werden und dann eine Entscheidung über die Abwicklung getroffen werden.

**GR Erhard Attig** möchte wissen, weshalb in der Neukonzipierung des Sanitär-/ Umkleidebereichs keine Sauna mehr vorgesehen ist. Nach seiner Meinung ist dies gerade für die Ringer nach dem Training erforderlich.

Hierzu bemerkt **Bgm. Andreas Zenglein**, dass die Sauna nun schon seit Jahren nicht mehr in Betrieb ist und zudem auch zu kostenintensiv ist. Ebenso sieht er es nicht als Aufgabe der Gemeinde, für eine Sauna für die Ringer zu sorgen.

**Dipl. Ing. N. Ries** antwortet, dass er für eine Saune keine Flächen mehr zur Verfügung hat.

**GR Claus Rückert** stellt bezüglich des Brandschutzes die Frage, ob neben den Decken auch die Unterdecke des Sportbodens erneuert werden muss. Falls dies der Fall ist, kommen weitere immense Kosten noch hinzu.

**Bgm. Andreas Zenglein** sieht den Brandschutz als mit die wichtigste Aufgabe an.

**GR. Dr. Robert Ritter** möchte wissen, was der Neubau einer solchen Halle kostet.

**Dipl. Ing. N. Ries** ist der Meinung, dass dies für ca. 7-8 Mio EUR machbar ist. Er stellt jedoch auch fest, dass das Gebäude in einem relativ gutem Zustand und ein Abriß nicht erforderlich ist.

**Bgm. Andreas Zenglein** stellt fest, dass die Kultur- u. Sporthalle nunmehr 36 Jahre steht und seit der Zeit noch nicht viel investiert wurde. Wenn nun mit der Sanierung begonnen wird, wird hierfür eine enorme Aufwendung erforderlich sein. Nach seiner Auffassung ist es unstrittig, Heizung, Sanitär und Lüftung zu erneuern, über die Frage, ob ein Vollwärmeschutz erforderlich ist, kann man diskutieren.

**GR Hans Georg Seitz** führt aus, dass vor Beginn dieser Maßnahme erst ein Gesamtkonzept erstellt werden soll und festgelegt werden soll, wie eine gründliche Sanierung aussieht.

**3. Bgm. Horst Hock** sieht den Vortrag von Dipl. Ing. Ries als sehr ernüchternd an. Den Sanierungsvorschlag als solches beurteilt er als sehr gut.  
Am Beginn der Überlegungen zur Sanierung waren energetische Gesichtspunkte und jetzt kommt unter anderem noch Brandschutz usw. hinzu. Wenn man an diese Kosten denkt, sollte nochmals intensiv über die Maßnahme nachgedacht und beraten werden.  
Eventuell ist ein Neubau doch die günstigere Variante, als eine Sanierung über 3-4 Mio EUR durchzuführen. Man soll sich die Frage stellen, was will die Gemeinde.

**Bgm. Andreas Zenglein** sieht es als Ziel an, diese Frage und diese Aufgabe zu lösen. Jeder ist dazu aufgerufen hierzu seine „Hausaufgaben“ zu machen. Das sieht er als Reiz der kommenden Jahre.

**GR Dr. Robert Ritter** ist der Meinung, man sollte sich nicht nur auf die Kultur- u. Sporthalle konzentrieren. Man sollte auch überlegen, was geschieht mit dem Jugendhaus, mit dem derzeitigen Feuerwehrhaus, wo wird ein Raum für Kultur gebraucht, wo wird Sport getrieben – was wird gebraucht. Darüber sollten sich die Fraktionen austauschen.

**Bgm. Andreas Zenglein** schlägt eine interfraktionale Sitzung des Gemeinderates vor. Hier sollten alle Vorschläge vorgelegt und diskutiert werden.

4.	<b>Bebauungsplan Sondergebiet Feuerwehr und Bauhof; Vorlage des Planentwurfs, Einleitung vorzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden</b>
----	---

Der Gemeinderat hat am 24.02.2010 zur Errichtung des Feuerwehrhauses und des Bauhofes auf der Grundlage des Flächennutzungsplan die Aufstellung des Bebauungsplanes „Sondergebiet Feuerwehrhaus und Bauhof“ beschlossen. Das Ing. Büro Jung wurde mit der Planung, sowie das Ing. Büro Trölenberg mit dem Grünordnungsplan hierzu beauftragt.

Bei der Genehmigung des Flächennutzungsplanes wurde dieser unter Auflagen erteilt. Diese Auflagen sind nunmehr im Bebauungsplan darzustellen; es handelt sich dabei insbesondere um Ausgleichsmaßnahmen für die Inanspruchnahme von Acker- und Grünland.

Das Ing.Büro hat nunmehr einen entsprechenden Entwurf für die Bebauungsplanung vorgelegt; dieser Entwurf leitet sich aus der Planung von bbb ab und könnte nach Auffassung der Verwaltung in dieser Form gebilligt werden. Herr Scheduling vom Ing.Büro Jung und Herr Trölenberg erläutern den Entwurf.

Für das weitere Verfahren können nunmehr die frühzeitige Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange sowie die Anhörung der Öffentlichkeit (Scopingverfahren) durchgeführt werden.

**Herr Trölenberg** führt in seinen Erläuterungen aus, dass sich die Fläche teilweise im Landschaftsschutzgebiet befindet. Die Belange des Naturschutzes haben daher Vorrang, und die Hinweise der Behörde sind mit aufzunehmen. Positiv zu bewerten ist, dass der Obstbaumbestand gesichert wird. An der östlichen Seite des Areals ist nicht viel Platz vorhanden. Der Einfahrtsbereich soll in jedem Fall „grün“ belassen werden.

Die Naturschutzrechtlichen Belange, der Umweltbericht und die artenschutzrechtliche Prüfung wurden beachtet, beziehungsweise durchgeführt.

Für den Ausgleich von 10.500 m<sup>2</sup> Nutzfläche sind als Ausgleich 6.800 m<sup>2</sup> Fläche erforderlich, dies entspricht einem Faktor von 0,6.

**3. Bgm. Horst Hock** möchte wissen, ob die Gemeinde die Streuobstwiesen erwerben sollte, bzw. inwiefern dies Kriterien sind, die das Vorhaben gefährden können.

**Herr Trölenberg** teilt mit, dass kein Erwerb durch die Gemeinde erforderlich ist. Die Streuobstwiesen bleiben im Privatbesitz, lediglich die Pflege erfolgt durch die Gemeinde.

**Bgm. Andreas Zenglein** ist der Meinung, dass dies keinerlei Auswirkung auf die Genehmigung des Vorhabens hat. Die Ausgleichsfläche ist durch den Erwerb des alten Steinbruchs soweit abgedeckt.

**GR Jürgen Goldhammer** möchte wissen, wonach sich der Immissionsschutzwert richtet und wo die Messgrenze liegt. Desweiteren fragt er, worauf sich die Aussage bezieht, dass keine Dachaufbauten zugelassen sind.

**Herr Scheduling** bemerkt, dass dies durch ein Gutachten des Ing.-Büros Wölfel ermittelt wurde. Zu den Dachaufbauten erklärt er, dass damit Gauben, etc. gemeint sind.

**GR Dr. Robert Ritter** fragt wo die Immissionen entstehen dürfen?

**Bgm. Andreas Zenglein** erklärt, dass die Messung an der Stelle erfolgt, an der die Lärmquelle entsteht. Das Schallschutzgutachten wird Bestandteil des Bebauungsplanes werden.

**GR Hans Georg Seitz** schlägt vor, festzuschreiben, dass keine Übung Sonntags nach 13:00 Uhr durchgeführt werden darf

**Bgm. Andreas Zenglein** erwidert, dass man sich nicht einengen sollte.

**3. Bgm. Horst Hock** fragt, ob die Lärmschutzwand mit Laubbäumen bepflanzt werden soll?

**Herr Trölenberg** informiert, dass in dem Gutachten heimische Gewächse gefordert werden, daher soll eine Strauch- und Baumhecke entstehen.

**3. Bgm. Horst Hock** möchte wissen, wie ein begrüntes Dach sich hierzu einfügt?

**Herr Trölenberg** sieht dies eher aus optischen Gründen nicht aus bilanztechnischen Gründen als positiv.

**GR Wendelin Bleifus** möchte wissen, ob die Gemeinde die Pflege der Obstwiese übernimmt?

**Bgm. Andreas Zenglein** erklärt, dass die Gemeinde als Entschädigung an die Eigentümer die Pflege der Streuobstwiesen auf Lebenszeit sowie die Aufzucht von neuen Bäumen übernehmen wird.

**GR Hans Georg Seitz** möchte wissen, ob dies auch das Mähen beinhaltet.

Hierzu erklärt **Bgm. Andreas Zenglein**, dass dies wohl eine Verhandlungssache ist.

#### **Beschluss**

Der Planentwurf für den Bebauungsplan „Sondergebiet Feuerwehrhaus und Bauhof“ wird in der vorgelegten Fassung vom 19.04.2010 gebilligt.

Für das weitere Verfahren wird die Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB sowie die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB durchgeführt. Mit der Beteiligung nach § 4 Abs. 1 BauGB wird das Ing.Büro Jung beauftragt; die Beteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB erfolgt in Form einer zweiwöchigen Auslegung des Planentwurfes.

**Abstimmungsergebnis: ja: 19 nein: 0**

## 5. Änderung des Flächennutzungsplanes; Antrag auf Errichtung eines Lebensmittelmarktes an der Staatsstraße oberhalb der Goethestraße

Bei der Gemeinde war ein Vertreter eine Gewerbebaufirma vorstellig und hat über ein verfügbare Fläche für einen Lebensmittelvollversorger nachgefragt. Nachdem ihm mitgeteilt wurde, dass für den angesprochenen Flächenbedarf von ca. 8.500 m<sup>2</sup> keine Fläche zur Verfügung steht, hat die Firma nunmehr mit Schreiben angefragt, ob sich die Gemeinde im Bereich des Geländes an der Staatsstraße oberhalb des künftigen Baugebietes „Goethestraße Süd-Ost“ die Ausweisung einer entsprechenden Fläche vorstellen kann.

Nach dem Ansinnen der Gewerbebaufirma würde eine Änderung des Flächennutzungsplanes mit der Ausweisung eines Sondergebietes erforderlich werden.

Nach dem derzeitigen Flächennutzungsplan ist die vorgeschlagene Fläche als Fläche für die Landwirtschaft ausgewiesen; zudem sind in dem Bereich an der Staatsstraße zwei Biotopkartierungen beinhaltet. Nach Auffassung der Verwaltung ist zwar zwischen den vorhandenen Bebauungen ein Freiraum vorhanden, der jedoch auch als solcher erhalten bleiben sollte. Zudem würde für die Ausweisung eines Sondergebietes an dieser Stelle sicherlich die Zustimmung des Landratsamtes, insbesondere der Unteren Naturschutzbehörde, versagt werden. Auch verkehrstechnisch wäre eine Ausfahrt schwierig zu lösen, da aufgrund der „Kuppe“ eine Übersicht des fließenden Verkehrs schwierig ist.

Seitens der Verwaltung wird eine Befürwortung der Anfrage nicht empfohlen. (Der Beschlussvorschlag ist trotzdem wie immer positiv formuliert)

Zum Vergleich: Die Fläche des Grundstücks für den derzeit beantragten Vollsortimenters beträgt 3.862 m<sup>2</sup>, die Grundstücksfläche des Lidl-Marktes beträgt 7.404 m<sup>2</sup>

**GR Dr. Robert Ritter** findet es kurios, an dieser exponierten Stelle von Haibach einen Lebensmittelmarkt zu errichten. Hierfür kann er sich nicht aussprechen. Nach seiner Meinung sollten die Betreiber des Vollsortimenters sich mit den Grundstückseigentümern vom jetzigen REWE bzw. Plusmarkt in Verbindung setzen.

Diesen Ausführungen schließen sich die weiteren Gemeinderäte an.

### Beschluss

Für die Errichtung eines Marktes für einen Lebensmittelvollversorger wird beabsichtigt, auf der planerisch dargestellten Fläche von ca. 8.500 m<sup>2</sup> an der Staatsstraße zwischen den Grundstücken Würzburger Straße 148 und Würzburger Straße 184 entsprechende Gelände auszuweisen. Hierzu wird die Änderung des Flächennutzungsplanes mit Ausweisung eines Sondergebietes vorgesehen. Mit der Genehmigungsbehörde ist abzuklären, ob eine solche Änderung des Flächennutzungsplanes machbar ist.

**Abstimmungsergebnis: ja: 0    nein: 19  
abgelehnt**

## 6. Anfrage zur Errichtung eines Baumhotels

Bei Bürgermeister Andreas Zenglein wurde über die Einrichtung eines Baumhaushotels nachgefragt. Hierzu wurden verschiedene Unterlagen wie Lageplan, Fotos übergeben.

In der Voranfrage wurde folgendes aufgeführt:

Das Baumhaushotel besteht aus einer Plattform von ca. 5 m x 8 m Grundfläche mit einer Hütte von ca. 3 x 4 m als Rezeption und Freisitz. Die Hütten stehen im Abstand von ca. 5 m auseinander, entlang des natürlich abfallenden Geländes.

Die Hütten gibt es in zwei Ausführungen, beide sind mit Toilette und Waschbecken sowie elektrische Grundversorgung ausgestattet. Das Material besteht aus gerindeten Robinienholz, Eiche und Lärche. Die Hütten stehen auf Robinienstämme, sodass keine weiteren Bäume benötigt werden. Nur zur Stabilisierung der Wege werden Bäume zur Aussteifung benötigt. Die Hütten sind bewusst „krumm und schief“ gebaut, um sich in das natürliche Bild des Waldes einzufügen und nicht als Fremdkörper erkannt zu werden.

Der Antragsteller, Frank Bott aus Schöllkrippen, rechnet mit ca. 500 – 600 Buchungen und ca. 2000 Besuchern in einer Saison, die an Ostern beginnt und Anfang Oktober endet. Im Winter ist geschlossen.

Bei der Voranfrage wurde auch auf einen Zeitungsartikel über eine ähnliche Einrichtung in Mönchberg hingewiesen.

Der Standort des Baumhaushotels ist zwischen dem Ende der Bebauung Ringwallstraße (Sonneneck) und dem Wildpark.

Bevor seitens der Verwaltung planungsrechtliche Voraussetzungen geprüft werden, sollte der Gemeinderat eine grundsätzliche Entscheidung treffen, ob ein solches Baumhaushotel für Haibach in Frage kommt.

Bei einem Gespräch zwischen Bürgermeister und Kreisbaumeisterin wurde seitens des Landratsamtes Zustimmung signalisiert (jedoch ohne genauere Prüfung)

**GR Jürgen Goldhammer** möchte wissen, ob sich der Antragsteller an den entstehenden Kosten für die Kanalisation beteiligt und wie die Stellplatzregelung vorgesehen ist.

**GR Hans Georg Seitz** findet den Antrag als hochinteressante Geschichte. Den klassischen Fremdenverkehr werden in Haibach nicht bekommen.

**GR Dr. Robert Ritter** möchte wissen, welche Zielgruppe für dieses Hotel vorgesehen ist und wie die Stellplätze geregelt werden sollen.

**Der Antragsteller Frank Bott** erhält die Gelegenheit die Fragen der Gemeinderäte zu beantworten. Es ist vorgesehen, dass Eltern mit Kindern dieses Hotel besuchen. Er sieht dieses Baumhotel als Ergänzung zum gemeindlichen Wildpark und dem Hochseilgarten.

**GR Dr. Robert Ritter** fragt, wie dies rechtlich geregelt ist. Normalerweise steht ein Hotel auf Eigentum. Er möchte nun wissen, ob die erforderliche Waldfläche gepachtet werden soll.

**3. Bgm. Horst Hock** möchte zudem wissen, ob es sich um eine Personengesellschaft handelt oder die Gemeinde auf den Kosten „sitzen“ bleiben wird.

**2. Bgm. Max Baumann** stellt fest, dass heute lediglich darüber abgestimmt werden soll, ob der Gemeinderat diesem Antrag positiv gegenüber steht. Detailfragen hierzu müssen zuerst mit dem Landratsamt geklärt werden.

#### Beschluss

Der Anfrage zur Errichtung eines Baumhaushotels im Bereich des Gemeindewaldes vor dem Wildpark wird zur Kenntnis genommen und eine solche Einrichtung in Aussicht gestellt. Die Verwaltung wird beauftragt, zusammen mit der Rechtsaufsichtsbehörde hierzu die planerischen Voraussetzungen zu prüfen.

**Abstimmungsergebnis: ja: 13 nein: 5**

### 7. Antrag auf Kostenbeteiligung für bauliche Maßnahmen für den Marien- und Burgkindergarten

Entfallen

### 8. Vereinbarung mit dem Landkreis Aschaffenburg zur Entwässerung der Kreisstraße AB 2

Entfallen

### 9. Planungsentwurf für den Holzlagerplatz

Entfallen

### 10. Allgemeines

#### 10.1. Tag der offenen Tür –Hauptschule Hainbach

**Bgm. Andreas Zenglein** informiert über die Einladung der Schulleitung und des Elternbeirates zum Tag der offenen Tür in der Hauptschule am Freitag, 30. April 2010. Der Gemeinderat wird hierzu herzlich eingeladen.

#### 10.2. Spielplatz „Zu den drei Kreuzen“ / Spielplatz „Morsbachweg“

**GR Ilse Spielmann** weist nochmals eindringlich auf die Anschaffung von Sonnensegeln für diese beiden Spielplätze hin. Diese beiden Spielplätze werden stark frequentiert, daher beantragt sie die umgehende Erledigung.

**Bgm. Andreas Zenglein** sagt zu, bis zur nächsten Sitzung entsprechende Preise und Vorschläge vorzulegen.

#### 10.3. Lagerräume Alte Schule

**GR Hans Georg Seitz** weist darauf hin, dass der Lagerraum für die Ringer in der Alten Schule durch hohe Feuchtigkeit nicht mehr nutzbar ist. Er möchte wissen, welche Sanierungsmaßnahme hier vorgesehen ist. Es muss hierbei auch an die Substanz des Gebäudes gedacht werden.

**Dipl. Ing. Martin Volk** informiert, dass derzeit der Boden im Raum der Wasserwacht ausgetauscht wird.

**Bgm. Andreas Zenglein** ist der Meinung, dass diese Massnahme im Ringerraum im Anschluss auch gleich durchgeführt werden kann.

**GR Hans Georg Seitz** ist der Ansicht, dass diese Arbeiten wohl nicht ausreichend sind. Nach seiner Meinung müsste die Außenwand aufgegraben und entsprechend abgedichtet werden.

**GR Erhard Attig** bemerkt ebenfalls, dass die Feuchtigkeit hauptsächlich seitens der Wand kommt. Hier sollte eine Ortsbesichtigung durchgeführt werden.



**2. Bgm. Max Baumann** erklärt, dass als sinnvollste  
Abhilfe eine Horizontalsperre eingebaut werden muss.

Hiernach schließt **Bürgermeister Andreas Zenglein** den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am 09.06.2010 genehmigt.

---

Andreas Zenglein  
Erster Bürgermeister

---

Silvia Reiling  
Verw.- Angestellte

## SITZUNG des GEMEINDERATES

Sitzungstag: Dienstag, 11. Mai 2010  
Sitzungsdauer: 20:00 Uhr bis 23:20 Uhr

Haibach, Rathaus

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

Sitzungsteilnehmer	Funktion	Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung
<b>Anwesend:</b>		
Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	
Max Baumann	2. Bürgermeister	
Horst Hock	3. Bürgermeister	
Peter Amrhein	Gemeinderat	
Erhard Attig	Gemeinderat	
Wendelin Bleifus	Gemeinderat	
Michael Fuchs	Gemeinderat	
Jürgen Goldhammer	Gemeinderat	
Andreas Hein	Gemeinderat	
Richard Hein	Gemeinderat	
Rüdiger Lebert	Gemeinderat	
Dr. Robert Ritter	Gemeinderat	
Markus Rückert	Gemeinderat	
Gaby Satter	Gemeinderätin	
Reinhard Schüßler	Gemeinderat	
Hans Georg Seitz	Gemeinderat	
Ilse Spielmann	Gemeinderätin	
Toni Stahl	Gemeinderat	
Corinna Suffel	Gemeinderätin	
Susanne Zellner	Gemeinderätin	
<b>Abwesend:</b>		
Claus Rückert	Gemeinderat	
<b>Schriftführer</b>		
Reiling Silvia		
<b>Verwaltung</b>		
Friedrich Englert		
Martin Volk		

## **Tagesordnung**

### **Öffentlicher Teil:**

<b>1.</b>	<b>Eröffnung und Begrüßung</b>
<b>2.</b>	<b>Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift</b>
<b>3.</b>	<b>Erneuerung der Rath austreppe</b>
<b>4.</b>	<b>Änderung des Bebauungsplanes Bessenbacher Weg im Bereich Mainzer Straße</b>
<b>5.</b>	<b>Antrag auf Kostenbeteiligung für bauliche Maßnahmen für den Marien- und Burgkindergarten</b>
<b>6.</b>	<b>Vereinbarung mit dem Landkreis Aschaffenburg zur Entwässerung der Kreisstraße AB 2</b>
<b>7.</b>	<b>Einführung eines Flächenmanagements</b>
<b>8.</b>	<b>Planungsentwurf für den Holzlagerplatz</b>
<b>9.</b>	<b>Main-TV - Teilnahme der Gemeinde</b>
<b>10.</b>	<b>BV Bauantrag Wurdinger</b>
<b>11.</b>	<b>Allgemeines</b>

## 1. Eröffnung und Begrüßung

**Bgm. Andreas Zenglein** eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass von den 20 Gemeinderatsmitgliedern 19 erschienen sind, der Gemeinderat beschlussfähig ist und zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde.

**Bgm. Andreas Zenglein** fragt nach Einverständnis zur Ergänzung der Tagesordnung:  
Im Anschluss an TOP 9 liegt ein Bauantrag zur Beratung vor. Nachdem dies der einzige Bauantrag für die Sitzung des Bau-, Grundstücks- u. Umweltausschusses in der kommenden Woche ist, kann die Sitzung am 18.05.2010 somit entfallen. Seitens der Gemeinderates bestehen hierzu keine Einwände.

## 2. Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift

Das Protokoll der Sitzung vom 22. April 2010 wird nachgereicht.

## 3. Erneuerung der Rathaustreppe

Der Stufenbelag der Außentreppe des Rathauses hat während des strengen Winters erheblichen Schaden genommen. Bei einer Reparatur der Eingangstreppe sind immer wieder Nachbesserungen nach den Wintermonaten erforderlich, da auf der Treppe zur Sicherstellung der Begehrbarkeit Streusalz verwendet werden muss.

Um für die Treppenanlage eine längere Lebensdauer zu erzielen, wird folgende Verbesserung bei der Sanierung vorgeschlagen:

Nach Abtrag der Stufenbeläge, Einbau einer temperatur- und feuchtegesteuerten Heizmatte im Bereich der seitlichen Abgänge. Hierdurch kann auf den Einsatz von Streusalz verzichtet werden.

Einbau einer neuen Abdichtung und eines neuen Granitbelages.

Aus Kostengründen sollen nur die seitlichen Treppenabgänge mit der Heizmatte versehen werden, der vordere Treppenbereich würde während der Wintermonate gesperrt.

Die vorhandenen Wasserspeier des Vordaches werden an vorhandene Fallrohre angeschlossen, da auch der punktuelle Wasseranfall die Substanz der Treppe stark angegriffen hat.

Die Bauarbeiten betragen nach einer Anfrage bei einer Fachfirma rund 17.000,00 €.

Diese Summe übertrifft allerdings den Haushaltsansatz für den Gebäudeunterhalt des Rathauses; insoweit fallen überplanmäßige Ausgaben an.

**3. Bgm. Horst Hock** führt für die CSU-Fraktion aus, dass diese einen ordentlichen Zustand der Treppe möchte. Es sollten jedoch weitere Kostenangebote

eingeholt werden und auch Preise für eine Verlegung der Heizmatte in der gesamten Treppe. Darüber hinaus sollte jedoch auch geprüft werden, wie hoch die Folgekosten für diese Beheizung sind. Nach Prüfung der weiteren Angebote wird eine Entscheidung getroffen.

**GR Hans Georg Seitz** ist der Ansicht, dass auch eine Reparatur der Treppe durchgeführt werden kann. Diese Kosten werden sicherlich geringer sein. Mit einer entsprechenden Reinigung mittels Hochdruckreiniger kann hier für Abhilfe gesorgt werden. Vorrangig sollten jedoch die seitlichen Fallrohre abgeleitet werden, damit nicht weiterhin Wasser auf die Treppe kommt.

**GR Dr. Robert Ritter** spricht sich ebenfalls für die Reparatur der Treppe aus. Bezüglich der Änderung der Fallrohre hat er jedoch Bedenken, dass Wasser über Fallrohre ins Gebäude zu leiten. Sollte eine Beheizung erfolgen, ist nach seiner Meinung die Vorderseite der Treppe ausreichend, zudem sollten auch die Folgekosten bedacht werden.

**GR Wendelin Bleifus** erwidert, dass die Fallrohre im Innern des Gebäudes verlaufen und dadurch keine Bedenken bezüglich Frostschäden bestehen.

### Ergebnis der Beratung – ohne Beschlussfassung:

Es werden sowohl 3 Angebote für die Reparatur der Außentreppe mit Einbau eines Heizsystems als auch 3 Kostenangebote für die Erneuerung angefordert. Danach erfolgt Wiedervorlage.

## 4. Änderung des Bebauungsplanes Bessenbacher Weg im Bereich Mainzer Straße

Im nicht-öffentlichen Teil der letzten Gemeinderatsitzung wurde u.a. über eine mögliche Änderung des Bebauungsplanes Bessenbacher Weg im Bereich Mainzer Straße beraten. Die Entscheidung hierüber ist in öffentlicher Sitzung zu treffen.

Die Mainzer Straße ist nach dem rechtsverbindlichen Bebauungsplan „Bessenbacher Weg“ als Durchgangsstraße bis zum Anschluss an eine früher geplante Umgehungsstraße geplant. Ausgebaut ist die Mainzer Straße bis zu den Grundstücken

Fl.Nr. 4258/1 und 4258/3. Die Weiterführung der Mainzer Straße ist nach heutiger Sicht unrealistisch. Daher sollte nach Auffassung der Verwaltung der Bebauungsplan Bessenbacher Weg geändert und eine Weiterführung der Mainzer Straße gestrichen werden.

Bei einer entsprechenden Änderung wäre es sinnvoll, die Mainzer Straße als Stichstraße mit einem Wendehammer zu versehen. Architekt W. Schäffner hat hierzu auf die rechtliche Situation aufmerksam gemacht und drei Vorschläge mit Kurzerläuterung erarbeitet. Der davon betroffene Grundstückseigentümer ist mit dem Bau eines Wendehammers (Vorschlag 2: Wendemöglichkeit für PKW) auf seinem Grundstück einverstanden. Allerdings sollte der Bau des Wendehammers erst erfolgen, wenn für sein Grundstück eine Bebauung ansteht wie im vorliegenden Lageplan dargestellt. Weitere Einzelheiten hierzu haben nicht-öffentlichen Charakter und könnten im nicht-öffentlichen Teil der Sitzung beraten werden.

Vom Gemeinderat ist nun zu entscheiden, ob der Bebauungsplan Bessenbacher Weg in der Weise geändert werden soll, dass nunmehr nach den tatsächlichen Gegebenheiten die Mainzer Straße als Stichstraße mit einem Wendehammer geplant wird. In diesem Zusammenhang kann der Bebauungsplan Bessenbacher Weg dann digitalisiert werden.

Zu Beginn der Diskussion erklärt **GR Andreas Hein**, dass er gemäß Art. 49 GO persönlich beteiligt ist.

**3. Bgm. Horst Hock** stellt fest, dass es sich gemäß den Ausführungen von Herrn Schäffner um einen Bebauungsplan aus den 60-er Jahren handelt. Der Gemeinderat beschäftigt sich in heutiger Sitzung nicht zum ersten Mal mit dieser Thematik. Heute möchte der Gemeinderat den Bebauungsplan den Tatsachen anpassen und entsprechend ändern. Die Thematik wurde in der Fraktionssitzung der CSU-Fraktion sehr intensiv beraten und dabei hat sich herauskristallisiert, dass der Vorschlag 2 sich als die bevorzugte Lösung darstellt. Diese Änderung kann nur unter dem Vorbehalt durchgeführt werden, wenn eine privatrechtliche Einigung mit den Anliegern zustande kommt. Nach dieser Einigung kann die Gemeinde die entsprechenden Verhandlungen führen.

**GR Hans Georg Seitz** ist der Ansicht, dass dieses leidige Thema nunmehr zum Abschluss geführt

werden sollte. Er findet es erstaunlich, dass wohl in der SPD-Fraktion eine deckungsgleiche Beratung geführt wurde – auch hier wird die Variante 2 als Lösung vorgeschlagen – ebenso mit der Voraussetzung, dass ein privatrechtlicher Vertrag zustande kommt. Er möchte jedoch zuerst wissen, was in diesem Vertrag niedergeschrieben wird.

Hierzu erklärt **Bgm. Andreas Zenglein**, dass dieser Vertrag mit Vertretern der Fraktionen, der Verwaltung und dem Antragsteller, Herrn Dr. Kreusser, zustande kommt. Sobald dieser Vertrag vorliegt, wird er dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt. Danach wird die Änderung des Bauungsplanes durchgeführt.

Nach Beschlussfassung meldet sich **Herr Karl-Heinz Hein** zu Wort und möchte als Anlieger der Mainzer Straße Ausführungen zur geplanten Änderung machen.

**Bgm. Andreas Zenglein** stellt fest, dass der Tagesordnungspunkt nach der Beschlussfassung erledigt ist und er keine weiteren Wortmeldungen hierzu möchte. Die vertraglichen Regelungen sind Sache der Verwaltung. Im Rahmen des Verfahrens zur Änderung des B-Planes werden die Bedenken der Anlieger ebenso die Anregungen der Behörden in der öffentlichen Auslegung gewürdigt. Er bittet um Verständnis für dieses Vorgehen.

### Beschluss

**GR Andreas Hein** ist gem. Art. 49 GO persönlich beteiligt

Der Bebauungsplan „Bessenbacher Weg“ wird im Bereich der Mainzer Straße unter der Voraussetzung einer privatrechtlichen Einigung mit dem Eigentümer des Grundstückes mit der Fl.Nr. 4265/2 geändert und die Mainzer Straße nunmehr als Stichstraße mit einem Wendehammer nach der dargestellten

Variante 2

geplant. Vor der Einleitung des weiteren Verfahrens wird die privatrechtliche Einigung dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt. Zudem wird der Bebauungsplan digitalisiert.

**Abstimmungsergebnis: ja: 12 nein: 7**

## 5. Antrag auf Kostenbeteiligung für bauliche Maßnahmen für den Marien- und Burgkindergarten

Der St. Johannesverein hat mit Schreiben vom 16.03.2010 Zuschüsse für folgende Maßnahmen beantragt:

### **Burgkindergarten:**

Restkosten Kinderkrippe	96.755,00 €
Anbau Intensivraum für Kindergarten	32.918,18 €
Renovierung Keller im Zuge des Umbaus	5.500,00 €

### **Marienkindergarten:**

Kosten Außenanlage:	35.000,00 €
Spielgeräte (Hof)	7.000,00 €
Personalkosten-Vertretung	3.500,00 €

**a) Bau der Kinderkrippe**

Für den Bau der Kinderkrippe haben sich beträchtliche Mehrkosten gegenüber der Kostenschätzung ergeben. Hiervon sind einige Punkte erst bei der Ausführung der Maßnahme aufgrund der Bausubstanz entstanden. Weitere Mehrkosten hängen auch mit den Angeboten zusammen, die in der Phase der umfangreichen Konjunkturmaßnahmen entstanden sind und die Firmen wegen besserer Auftragslage höher kalkuliert haben. Die Regierung von Unterfranken hat einen Zuschuss vom 286.000 € bewilligt; weitere Kosten über die Kostenschätzung hinaus werden derzeit nicht anerkannt. Vor der Vorlage des Verwendungsnachweises wird sich die Verwaltung zusammen mit Arch. Schultes und Bgm. Andreas Zenglein bei der Regierung jedoch nochmals um eine Aufstockung des Zuschusses bemühen.

Somit ergeben sich nach der Kostenaufstellung des Architekten für den Burgkindergarten folgende Zahlen:

Kosten zum derzeitigen Zeitpunkt:

Kostenschätzung:

Kostenmehrung:

Der Beschluss des Gemeinderates für die Kinderkrippe war auf eine Kostenbeteiligung von zwei Drittel der Gesamtkosten festgelegt. Nach Abzug des Zuschusses in Höhe von 286.000 € verbleiben 206.835,66 €, so dass für die Gemeinde ein Restbetrag von 137.890,44 € zu tragen wäre, das ist gegenüber der Kostenschätzung eine Mehrung von 69.422,44 €. Für den St. Johannesverein beträgt der Anteil 68.945,22 €, das sind Mehrkosten in Höhe von 34.691,91 €.

**b) Intensivraum für den Kindergarten**

Im Zuge der Errichtung der Kinderkrippe wird für den Kindergarten auch ein Intensivraum eingerichtet, bei dem die Zuschussfrage noch zu klären ist. Die Kosten hierfür betragen 32.918,18 €. Vom Gemeinderat ist hierzu zu entscheiden, ob unabhängig von einem staatlichen Zuschuss, die Kosten dieser Maßnahme im Zusammenhang mit der Kinderkrippe mit zwei Drittel getragen werden. Nach der beträchtlichen Kostenmehrung für die Kinderkrippe ist der St. Johannesverein auf größtmögliche finanzielle Hilfe angewiesen.

**c) Renovierung Keller im Zuge des Umbaus**

Die Kellerrenovierung wird als Investitionsmaßnahme gesehen und sollte mit den üblichen Zuschüssen von 20 v.H. bedacht werden.

**d) Außenanlage / Spielgeräte Marienkindergarten:**

Für diese Investitionsmaßnahme wird ebenfalls ein Zuschuss von 20 v.H. vorgeschlagen. Diese Maßnahme wurde bereits zum Haushaltsplan 2009 im Haupt- und Finanzausschuss beraten und eine Bezuschussung von 20 v.H. in Aussicht gestellt.

**e) Personalkostenzuschuss** - hierüber wurde bereits im letzten Jahr beschlossen.

Für den längerfristigen Ausfall von Personal mit entsprechender Lohnfortzahlung wurde zuletzt ein Personalkostenzuschuss von zwei Drittel der Personalkosten gewährt.

**GR Dr. Robert Ritter** möchte zuerst wissen, wie hoch in der Kalkulation der Kosten der Posten für Unvorhergesehenes war.

**Architekt G. Schultes** erklärt, dass in einem Umbau Mehrstunden als Regiestunden üblich sind und so auch abgerechnet werden.

**GR Jürgen Goldhammer** bemängelt, dass die Gemeinde nicht über diese Mehrung informiert wurde.

Hierzu widerspricht **Bgm. Andreas Zenglein**. Der 202.835,66 € wurde im Oktober über eine Kosten- 68.945,22 € 60.000 EUR informiert. 104.132,72 €

**Architekt G. Schultes** stellt fest, dass die Vergabe erst nach vorzeitiger Baufreigabe durch die Regierung erfolgen kann. Durch die Kürze der Zeit die für den Umbau zur Verfügung stand, haben sich wesentlich weniger Firmen an den Ausschreibungen beteiligt, als vorgesehen. Die Hauptmehrung war im Mauerwerksbau zu verzeichnen. Diese Problematik wurde ausführlich mit Bildern dargestellt und erläutert.

Bei der ersten Ausschreibungsphase wurden 60 % der Ausgaben vergeben. Hierbei entstanden bereits 40.000 EUR Mehrkosten – davon 20.000 EUR für die Maurerarbeiten. Durch die Probleme im Rohbau ergaben sich prozentual die entstandenen Mehrkosten.

**GR Jürgen Goldhammer** stellt fest, dass sich das Architektenhonorar somit auch von 42.000 auf 46.000 EUR erhöht hat.

**GR Dr. Robert Ritter** stellt Architekt G. Schultes die Frage, wie oft er bereits mit solchen Umbauarbeiten betraut war.

**Architekt G. Schultes** erwidert, dass er diese Form von Umbauten bereits seit über 20 Jahren durchführt und demnach auch entsprechende Erfahrung hat.

**3. Bgm. Horst Hock** erklärt, dass diese Mehrkosten so nicht nachvollziehbar sind. Die Kostenschätzung entspricht jedenfalls nicht der Realität. Die ermittelte niedrigere Kostenschätzung wurde auch für den Zuschussantrag an die Regierung genommen. Hier von werden nun 2/3 gefördert. Er bemängelt, dass der Gemeinderat bei der Vergabe der Arbeiten bzw. der Einzelpositionen kein Mitspracherecht hatte. Eventuell sollte über die Architektenversicherung geprüft werden, ob hier ein Versicherungsfall vorliegt wegen der enormen Kostenmehrung. Es ist jedenfalls wichtig, dem Johannesverein in dieser Lage zu helfen.

**Architekt G. Schultes** stellt fest, dass die Kostenberechnung der Bezuschussung zugrunde gelegt wird. Weder ihm noch der prüfenden Stelle der Regierung war diese Kostenschätzung bedenklich. Die Preise aus den Ausschreibungen haben sich auch der Marktsituation angepasst. Während der Vergabephase war, bedingt durch das Konjunkturpaket der Regierung, eine Hochpreisphase.

**GR Ilse Spielmann** führt aus, dass der Kindergarten Grünmorsbach im Jahr 1985 durch den Architekten G. Schultes saniert und umgebaut wurde. Sie stellt hierzu fest, dass diese damaligen Kosten geringer waren, als die vorher ermittelte Kostenschätzung. Sie ist verärgert darüber, dass der Gemeinderat nach ihrer Auffassung nicht ausreichend über diese Kostenhöhung informiert wurde. Künftig sollte bei solchen Projekten zumindest ein Vertreter des Gemeinderates im Vergabegremium sitzen. Des Weiteren wurden auch im Haushalt keine weiteren Mittel für diese Kinderkrippe eingestellt.

**Bgm. Andreas Zenglein** stellt fest, dass der Gemeinderat nicht Auftraggeber der Maßnahme ist. Dies ist der Johannesverein. Die Information über die Kostenmehrung von 60.000 EUR ging sowohl an den Gemeinderat als auch an die Regierung. Der Beschluss des Gemeinderates richtet sich im Übrigen nicht nach der Kostenschätzung des Architekten, sondern nach den tatsächlichen Kosten. Hier wurde beschlossen 2/3 der tatsächlichen Kosten zu übernehmen. Bezüglich der Bezuschussung wird ein gemeinsamer Termin bei der Regierung stattfinden – er versichert, dass zur Verringerung des gemeindlichen Aufwandes alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden.

**Architekt G. Schultes** stellt fest, dass er bereits entsprechende Verhandlungen mit der Regierung geführt hat. Zudem ist er nicht für die Mittelbeschaffung des Auftraggebers zuständig.

**GR Jürgen Goldhammer** möchte vor Zustimmung erst geklärt haben, welche Zuschüsse noch in Aussicht gestellt werden.

**Bgm. Andreas Zenglein** stellt nochmals fest, dass die Gemeinde 2/3 der tatsächlichen Kosten zu übernehmen hat. Die Zuschüsse, die noch möglich sind, gehen an den Johannesverein.

**GR Dr. Robert Ritter** ist der Auffassung, dass bei solchen Projekten eine saubere Planung wichtig ist. Er richtet die Bitte an die Planer, dass ordentliche Schätzungen vorgelegt werden müssen und genauere Prüfungen der tatsächlichen Substanzen.

**Bgm. Andreas Zenglein** bemerkt hierzu, dass bei der Planung für den Intensivraum vom Altbestand ausgegangen wurde. Tatsächlich war dies jedoch nicht ein Gruppenraum, sondern als Schwesternküche ausgewiesen. Dies muss ebenso in einem persönlichen Gespräch mit der Regierung noch geklärt werden, inwieweit hier eine Bezuschussung möglich ist.

**Architekt G. Schultes** informiert, dass seitens des Landratsamtes auch der komplette Brandschutz für

das Gebäude gefordert wurde. Dies hat ebenfalls zu erheblichen Mehrkosten geführt.

**GR Jürgen Goldhammer** bemängelt, dass im Haushalt zusätzlich nur 60.000 EUR eingestellt wurden. Es hätten 286.000 EUR eingestellt werden müssen.

**GR Hans Georg Seitz** sieht dies als Versäumnis der Verwaltung.

Hierzu erwidert **Bgm. Andreas Zenglein**, dass für den Haushalt nicht nur die Verwaltung, sondern auch der Haupt- und Finanzausschuss und beschlussgebend der Gemeinderat zuständig ist. Hier hätten auch entsprechende Vorschläge unterbreitet werden können.

**GR Dr. Robert Ritter** schlägt vor, darüber nachzudenken, bei künftigen Projekten eine „Kostendeckung“ zu beschließen. Er ist der Meinung, dass kein neuer Beschluss für diese Mehrkosten erforderlich ist, die Aussprache hierzu war aber auf jeden Fall notwendig.

**GR Hans Georg Seitz** ist mit dem Ergebnis der Beratung nicht zufrieden, er wollte genauer wissen, weshalb und wie sich die Mehrungen ergaben.

### **Beschluss**

Aufgrund des Zuschussantrages des St. Johannesvereins werden folgende Zuschüsse gewährt:

#### **a) Restfinanzierung für die Kinderkrippe**

zwei Drittel der Gesamtkosten abzüglich des Zuschusses des Freistaates Bayern, wobei die Gemeinde für die Zuwendungen in Vorleistung tritt.

**Beschlussfassung hierzu entfällt, da der Gemeinderat die Übernahme von 2/3 der tatsächlichen Kosten bereits beschlossen hat.**

#### **b) Anbau Intensivraum**

Der im Rahmen des Neubaus der Kinderkrippe geschaffene Intensivraum für den Kindergarten wird mit zwei Drittel der nachgewiesenen Kosten bezuschusst.

**Der Anbau des Intensivraumes entfällt vorerst.**

#### **c) Kellerrenovierung**

Die Kosten für die Renovierung des Kellers werden mit 20 v.H. der nachgewiesenen Kosten bezuschusst.

Abstimmungsergebnis: ja: 20 nein: 0

#### **d) Außenanlage und Spielgeräte Marienkindergarten**

Die nachgewiesenen Kosten für die Erneuerung der Außenanlagen und Anschaffung von neuen Spielgeräten werden mit 20 v.H. bezuschusst.

**Abstimmungsergebnis: ja: 20 nein: 0**

## 6. Vereinbarung mit dem Landkreis Aschaffenburg zur Entwässerung der Kreisstraße AB 2

Das Landratsamt Aschaffenburg hat der Gemeinde nach nochmaliger Erinnerung nunmehr die Vereinbarung für die Kostenbeteiligung des Landkreises an der Inlinersanierung im Bereich der Kreisstraße AB 2 zukommen lassen. Die Berechnung des Landkreises erfolgt über Pauschalbeträge je lfd. Meter entwässerte Straßenstrecke; danach wurde für den Anteil der Straßenentwässerung eine Entschädigung von 42.338,40 € ermittelt (die Gesamtkosten für die Inlinersanierung betrugen 123.424,08 €). Die letzte Kostenbeteiligung datiert aus dem Jahr 1997 mit 49.753,29 DM.

Gemessen an den Gesamtkosten ist diese Entschädigung nach Auffassung der Verwaltung ange-

messen. Der Vereinbarung, die den Fraktionen zugegangen ist, kann somit zugestimmt werden.

### Beschluss

Mit dem Entwurf der Vereinbarung zwischen dem Landkreis Aschaffenburg und der Gemeinde Haibach über die Sanierung und die Unterhaltung einer gemeindlichen Kanalisation zur Entwässerung des Straßenkörpers und der Fahrbahn der Kreisstraße AB 2 besteht Einverständnis.

**Abstimmungsergebnis: ja: 20 nein: 0**

## 7. Einführung eines Flächenmanagements

Vom Bayerischen Landesamt für Umwelt wurde angeregt, ein sog. Flächenmanagement einzuführen.

Bezweckt wird hierbei im Wesentlichen folgendes:

- Innenentwicklung als wesentliche Zukunftsaufgabe der Siedlungsentwicklung
- Steigerung der Attraktivität und Lebensqualität im Ortskern
- Effiziente Nutzung der Infrastruktur mit großem Kosteneinsparpotential
- Innenentwicklungspotenziale müssen bekannt sein
- Privateigentümer müssen eingebunden werden
- Stadt/Gemeinde muss Innenentwicklungsprozess aktiv steuern

Ein Instrument oder erster Schritt dieses Flächenmanagements ist:

- Erfassung der Innenentwicklungspotenziale durch Aufnahme flurstücksbezogener Daten, also Erfassung der nicht bebauten Grundstücke im Innenbereich oder Geltungsbereich von Bebauungsplänen
- Eingabe der Eigentümerdaten bei ausgewählten Datensätzen; Vorbereitung der schriftlichen Befragung; Auswertung der Rückläufe
- Ergänzung der Grundstücksdaten bei Verkaufsbereitschaft der Eigentümer und Aufbereitung zur Veröffentlichung (keine Konkurrenz zu Immobilienmaklern)

Dieser erste Schritt des Flächenmanagements könnte durchaus vorstellbar sein. Im Klartext heißt dies:

- Die Gemeinde erfasst alle unbebauten, aber bebaubaren Grundstücke mit den entsprechenden Daten.
- Nach Erfassung wird eine Eigentümerbefragung durchgeführt, die u.a. auch zum

Inhalt hat, ob die Bebauung oder der Verkauf der Grundstücke vorgesehen ist.

- Bei Zustimmung oder auf Wunsch des Eigentümers veröffentlicht die Gemeinde auf der gemeindlichen Homepage die freien, zum Verkauf anstehenden Grundstücke und gibt bekannt, dass die Eigentümerdaten abgefragt werden können.
- Interessenten können sich dann direkt mit dem Eigentümer oder dessen Makler in Verbindung setzen.

Wie solche Befragungen oder Erhebungsbögen aussehen können, ist als Anlage den Fraktionen anhand des Beispiels der Nachbargemeinde Bessenbach beigelegt.

**GR Dr. Robert Ritter** sieht dies als Arbeitsbeschaffung und nicht für notwendig.

**GR Hans Georg Seitz** ist der Meinung, dass es sich hier um eine gute Maßnahme handelt, die Interessenten und Verkäufer als Informationsportal nutzen können.

**3. Bgm. Horst Hock** führt aus, dass die Ziele des Landesamtes auch die Ziele Haibachs sein sollten. Er findet dieses freiwillige Flächenmanagement eine gute Sache.

### Beschluss

Zur Einführung eines Flächenmanagements werden alle unbebauten Grundstücke im Innenbereich und im Geltungsbereich von Bebauungsplänen erfasst und anschließend nach dem vorliegenden Muster eine Eigentümerbefragung durchgeführt. Vor einer weiteren Veröffentlichung ist das Ergebnis dem Gemeinderat vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis: ja: 19 nein: 1**



**8. Planungsentwurf für den Holzlagerplatz**

Der Gemeinderat hat am 27.01.2010 festgelegt, dass für den Holzlagerplatz eine Detailplanung vorgelegt werden soll. Diese Planung hat Gartenbautechniker Franz Staab übernommen und einen entsprechenden Entwurf vorgelegt.

Verplant wurde vorläufig die gemeindliche Fläche für den privaten Holzlagerplatz. Nach den Festsetzungen im Bebauungsplan soll der vordere Teil überdacht werden. Hierzu wurde von der Zimmerei Wurdinger eine Skizze gefertigt. Diese sieht eine Aufteilung einer Fläche in 6 Parzellen vor. Weitere Parzellen können je nach Bedarf errichtet werden.

Nach der Kostenermittlung von Herrn Staab kostet eine Parzelle mit 18 m<sup>2</sup> 3.347,00 Euro. Zur Vermietung der überdachten Fläche sind diese Kosten zugrunde zu legen. Bei diesen Kosten sind Aufwendungen für die Bebauungsplanung noch nicht berücksichtigt (3.361,75 €). Auf die Parzellen umgerechnet, ist dies jedoch ein geringfügiger Betrag (ca. 15 €).

Wenn jetzt eine Nutzungsdauer von 10 Jahren zugrundegelegt wird, wäre je Parzelle eine jährlich Pacht von 340,00 € fällig. Zu diesem Pachtzins wird die Holzlagerfläche sicherlich nicht angenommen, deshalb könnte evtl. eine längere Mietdauer der Unterstellfläche angenommen werden, z.B. bei 15 Jahren 225,00 €, bei 20 Jahren 167,40 €.

Für die nicht überdachte Fläche ist ebenfalls ein Pachtzins festzulegen, der jedoch bedeutend geringer sein wird. Der Begrünungsaufwand gegenüber der überdachten Fläche wäre in etwa gleich, so dass für eine Parzelle von 18 m<sup>2</sup> ein Betrag von ca. 1500 € zugrunde zu legen ist, das ist bei einer 20-jährigen Annahme ein jährlicher Pachtzins von 75 € je Parzelle (4,17 € je m<sup>2</sup>).

Für die Nutzung des gewerblichen Bereiches ist ein eigener Pachtzins festzulegen (nicht-öffentlicher Teil, da konkreter Pachtvertrag).

Vorab ist zu ermitteln, wie der Bedarf sein wird; erst dann sollten die überdachten Bereiche angelegt werden. Zu dieser Ermittlung ist jedoch eine Kostennennung erforderlich. Dies sollte der Gemeinderat heute festlegen.

Grundsätzlich ist es erforderlich, die Fläche vorerst als Lagerfläche für den Neubau des Feuerwehrhauses und Bauhofes zu nutzen, erst dann könnten die Holzlagerflächen angelegt werden.

**3. Bgm. Horst Hock** bemerkt, dass es wichtig ist, den Interessenten die Kosten für eine Parzelle zu nennen. Eine Pachtdauer von 20 Jahren sieht er jedoch als schwierig an. Bei einem Kostenpunkt von

168 EUR für 18 m<sup>2</sup> Pachtfläche wird es wohl auf nicht überdachte Parzellen hinauslaufen.

Nach seiner Meinung sollte zuerst eine Bedarfserhebung durchgeführt werden. Der Preis wird durch die Nachfrage geregelt.

**GR Jürgen Goldhammer** erwidert, dass der Preis, der heute ermittelt wird, nur als Richtpreis gelten kann. Nachdem eine Nutzung frühestens in 3 Jahren möglich ist, könnten sich auch die Kosten für die Halle bzw. die Überdachung erhöhen.

**GR Hans Georg Seitz** gibt zu bedenken, dass für diese Lagerfläche Kosten in Höhe von 270.000 EUR entstehen. Eventuell stehen in drei Jahren die Hallen leer. Man sollte zumindest vorab eine Bedarfserhebung durchführen.

**Bgm. Andreas Zenglein** stellt fest, dass zumindest erst ermittelt werden muss, wie hoch der Bedarf für die überdachte Fläche ist.

**3. Bgm. Horst Hock** stellt fest, dass die Vorfinanzierung der Kosten sehr hoch ist. 340,00 EUR für eine überdachte Fläche, hier hat er Bedenken, dass es eine entsprechende Nachfrage geben wird.

**GR Hans Georg Seitz** erklärt –270.000 EUR für 20 Jahre Laufzeit. Er schlägt vor, den Preis nicht auf die Dauer festzulegen. Der Preis sollte als „voraussichtlich“ angegeben werden.

**GR Reinhard Schüssler** möchte wissen, wer die Pacht für das Privatgelände erhält.

**Bgm. Andreas Zenglein** stellt fest, dass diese Pacht dem Eigentümer zusteht.

**Beschluss**

Für die Ermittlung der benötigten Fläche für private Holzlager wird eine Bedarfserhebung durchgeführt. Der Pachtzins für diese Fläche wird je angenommene Parzelle von 18 m<sup>2</sup> wie folgt festgelegt:

- a) überdachte Fläche: voraussichtl. 340,00 € jährlich
- b) nicht überdachte Fläche: voraussichtl. 150,00 € jährlich

Vor der Erstellung der überdachten Holzlagerplätze wird das Gelände als Lagerfläche für den Neubau des Feuerwehrhauses und Bauhofes genutzt.

**Abstimmungsergebnis: ja: 20 nein: 0**

**9. Main-TV - Teilnahme der Gemeinde**

**Dieser Punkt wird vertagt: GR-Sitzung am 09. Juni 2010.**

**10. BV Bauantrag Wurdinger**

Bauherr:	Wurdinger Katharina und Axel
Bauvorhaben:	Neubau Einfamilienwohnhaus mit Garage
Baugrundstück:	Herrleinstr. 8 b Fl.Nr. 3442/3 und 3439/5

**Beurteilung:**

§ 30 BauGB Das Bauvorhaben entspricht nicht den Festsetzungen des rechtsverbindlichen B-Planes Holzriesen –Änderung 3 (MI)

**Befreiungen:**

**Für das Bauvorhaben sind nach § 31 Abs.**

**2BauGB folgende Befreiungen erforderlich:**

a) **Überschreitung der nordöstlichen Baugrenze mit der Garage (ca. 3m)**

b) **Dachneigung ( ca. 26°, B-Plan 35°- 40°)**

**Erschließung:** gesichert

**Nachbarunterschriften gemäß Art. 71 BayBO:**

vollständig

**Stellplatznachweis nach der gemeindlichen**

**Stellplatzsatzung vom Dez. 03:**

erfüllt (3 Stellplätze – davon 2 unabhängig voneinander andienbar)

**Beschluss**

Das gemeindliche Einvernehmen nach BauGB wird unter Maßgabe folgender Befreiungen und/oder Auflagen erteilt.

Befreiung nach § 31 Abs. 2 BauGB:

Für die Überschreitung der nordöstlichen Baugrenze um ca. 3 m

Für die Dachneigung ( ca. 26°im B-Plan 35°bis 40°)

**Abstimmungsergebnis: ja: 5 nein: 15  
abgelehnt**

<b>11. Allgemeines</b>
------------------------

Keine Wortmeldungen

Hiernach schließt Bürgermeister Andreas Zenglein den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am 09.06.2010 genehmigt.

\_\_\_\_\_  
Andreas Zenglein  
Erster Bürgermeister

\_\_\_\_\_  
Reiling Silvia  
Verwaltungsangestellte

# SITZUNG des GEMEINDERATES

**Sitzungstag: Mittwoch, 9. Juni 2010**  
**Sitzungsdauer: 19:00 Uhr bis 22:30 Uhr**

**Haibach, Rathaus**

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

<b>Sitzungsteilnehmer</b>	<b>Funktion</b>	<b>Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung</b>
<b>Anwesend:</b>		
Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	
Max Baumann	2. Bürgermeister	
Horst Hock	3. Bürgermeister	
Peter Amrhein	Gemeinderat	
Erhard Attig	Gemeinderat	
Wendelin Bleifus	Gemeinderat	
Michael Fuchs	Gemeinderat	
Jürgen Goldhammer	Gemeinderat	
Andreas Hein	Gemeinderat	
Richard Hein	Gemeinderat	
Dr. Robert Ritter	Gemeinderat	
Claus Rückert	Gemeinderat	
Markus Rückert	Gemeinderat	
Gaby Satter	Gemeinderätin	
Reinhard Schüßler	Gemeinderat	
Hans Georg Seitz	Gemeinderat	
Ilse Spielmann	Gemeinderätin	
Toni Stahl	Gemeinderat	
Corinna Suffel	Gemeinderätin	
Susanne Zellner	Gemeinderätin	
<b>Abwesend:</b>		
Rüdiger Lebert	Gemeinderat	
<b>Schriftführer</b>		
Reiling Silvia		
<b>Verwaltung</b>		
Friedrich Englert		

## **Tagesordnung**

### **Öffentlicher Teil:**

<b>1.</b>	<b>Eröffnung und Begrüßung</b>
<b>2.</b>	<b>BV 16/10 Herrleinstr. 8 - Ortsbesichtigung</b>
<b>2.1.</b>	<b>BV 15/10 - Alois-Wenzel-Str. 20</b>
<b>2.2.</b>	<b>BV 17/10, Wohnhausanbau Fischergasse 18</b>
<b>2.3.</b>	<b>BV 18/10, Balkonanbau Bergstraße 1</b>
<b>3.</b>	<b>Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift</b>
<b>4.</b>	<b>Änderung des Bebauungsplanes Sponackerweg; Ergebnis aus der Behördenbeteiligung und der öffentlichen Auslegung; Satzungsbeschluss</b>
<b>5.</b>	<b>Bebauungsplan Sondergebiet Bauhof und Feuerwehr; Ergebnis aus dem Scopingverfahren; Festlegung des weiteren Verfahrens</b>
<b>6.</b>	<b>Baugebiet "Ober den Gärten"; Sachstand zur Erschließung und Umlegung</b>
<b>7.</b>	<b>Änderung der Wasserabgabesatzung (WAS)</b>
<b>8.</b>	<b>Main-TV - Teilnahme der Gemeinde</b>
<b>9.</b>	<b>Allgemeines</b>

## 1. Eröffnung und Begrüßung

**Bgm. Andreas Zenglein** eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass von den 20 Gemeinderatsmitgliedern 19 erschienen sind, der Gemeinderat beschlussfähig ist und zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde. Es besteht Einverständnis mit der Tagesordnung.

**GR Dr. Robert Ritter** möchte wissen, ob der Antrag des Johannesvereins auch im öffentlichen Teil der Sitzung zur Beratung ansteht.

**Bgm. Andreas Zenglein** erwidert, dass es sich hier lediglich um eine Information über die vorliegenden Zahlen handelt, die im nichtöffentlichen Teil bekannt gegeben werden. Eine Beschlussfassung hierzu wird heute nicht erfolgen.

## 2. BV 16/10 Herrleinstr. 8 - Ortsbesichtigung

Bauherr:	Wurdinger Katharina und Axel
Bauvorhaben:	Neubau Einfamilienwohnhaus mit Garage
Baugrundstück: BV-Nr. 16/10	Herrleinstr. 8 b Fl.Nr. 3442/3 und 3439/5

### Beurteilung:

§ 30 BauGB Das Bauvorhaben entspricht nicht den Festsetzungen des rechtsverbindlichen B-Planes Holzriesen – Änderung 3 (MI)

### Befreiungen:

Für das Bauvorhaben sind nach § 31 Abs. 2

BauGB folgende Befreiungen erforderlich:

- a) Überschreitung der nordöstlichen Baugrenze mit der Garage (ca. 3m)
- b) Dachneigung ( ca. 26°, B-Plan 35°- 40°)

Erschließung: gesichert

Nachbarunterschriften gemäß Art. 71 BayBO: vollständig

### Stellplatznachweis nach der gemeindlichen Stellplatzsatzung vom Dez. 03:

erfüllt (3 Stellplätze – davon 2 unabhängig voneinander andienbar)

In der Sitzung des Gemeinderates wurde der Bauantrag abgelehnt, insbesondere wegen der bestehenden Mauer. Aus diesem Grund soll die Situation vor Ort erläutert werden.

Hierzu ist anzumerken, dass die Mauer nicht Gegenstand des Bauantrages ist und somit bei der Beurteilung dieses Bauantrages keine Berücksichtigung finden darf. (Falls der Gemeinderat auf den Rückbau oder die Entfernung der Mauer besteht, kann dies allenfalls als Auflage zu dem Bauantrag vermerkt werden).

Aus Sicht der Verwaltung wird nach wie vor kein Ablehnungsgrund gesehen. Nach Mitteilung von Herrn Staab kann die Mauer als „seitliche Kletterwand“ mit in den Spielplatz integriert werden.

**Bgm. Andreas Zenglein** informiert die Teilnehmer der Ortsbesichtigung über das geplante Bauvorhaben. Der Bauherr hat zur besseren Darstellung des vorgesehenen Baukörpers ein Schnurgerüst aufgestellt. Im Verlauf der Besichtigung wird noch darauf hingewiesen, dass die bestehende Wand nicht Bestandteil des jetzigen Bauantrages ist. Hier stand eine Halle, die gemäß einer Teilabbruchgenehmigung bis auf den jetzigen Stand abgetragen wurde.

Nach Aussage des Bauherren ist selbstverständlich eine Aufarbeitung der Mauer vorgesehen, da diese als Sichtschutz zum Spielplatz und zur Rollschuhbahn erhalten werden soll.

**Bgm. Andreas Zenglein** erklärt, dass die Familie Wurdinger sich auch positiv zu dem Vorschlag des Gartenbautechnikers Franz Staab geäußert hat, die Mauer als Kletterwand zu nutzen.

**Bauherr Axel Wurdinger** erläutert anhand des Schnurgerüsts den geplanten Bau und weist darauf hin, dass neben 2 Garagen noch weitere 3 Stellplätze auf dem Grundstück angelegt werden. Er stellt zum Bestand der Mauer fest, dass die seitherige Mauer wesentlich höher war und auch bereits seit 45 Jahren vorhanden ist. Es erfolgte ein erheblicher Rückbau.

**Bgm. Andreas Zenglein** möchte noch wissen, wie die Veränderung der Mauer erfolgen soll.

Hierzu antwortet **Herr Wurdinger**, dass die Mauer verputzt werden soll, eine entsprechende Bepflanzung vorgesehen ist und eine Abdeckung der Mauer ebenfalls erfolgt.

Im Anschluss an die Ortsbesichtigung wird die Sitzung mit diesem Tagesordnungspunkt im Rathaus fortgeführt.

**3. Bgm. Horst Hock** führt aus, dass der Hauptgrund für die Ablehnung des Bauantrages in der letzten Sitzung durch die Höhe der vorhandenen Mauer gegeben war. Heute hat man sich davon überzeugt, dass die Mauer Bestandsschutz genießt und auch in keinem Zusammenhang mit dem hier vorliegenden Bauantrag steht. Gegen den Bauantrag gibt es seitens der CSU Fraktion keine Einwände.

Zur dem Mauerwerk bemerkt **3. Bgm. Horst Hock** jedoch, dass er die Befürchtung hat, dass diese Entscheidung den Gemeinderat wohl noch des Öfteren beschäftigen wird.

**GR Hans Georg Seitz** sieht die Mauer als Einfriedung –egal, wie schön man sie auch redet. Er sieht hier eine Präjudizierung eines Falles, der dem Gemeinderat später noch „weh tun“ wird.

**Bgm. Andreas Zenglein** erwidert hierzu, dass dies keinesfalls ein Präzedenzfall darstellt, da diese Mauer Bestandsschutz hat und für eine Neuerrichtung einer Mauer oder eines Zaunes nicht als vergleichbar zu sehen ist. Das Landratsamt hat im Übrigen hierzu die gleiche Meinung.

**3. Bgm. Horst Hock** fügt seinen Ausführungen noch an, dass nach seiner Meinung eine Kletterwand nur auf eigenem Mauerwerk erfolgen sollte.

### Beschluss

Das gemeindliche Einvernehmen nach BauGB wird unter Maßgabe folgender Befreiungen und/oder Auflagen erteilt.

Befreiung nach § 31 Abs. 2 BauGB:

Für die Überschreitung der nordöstlichen Baugrenze um ca. 3 m

Für die Dachneigung ( ca. 26°im B-Plan 35°bis 40°)

Der Beschluss des Gemeinderates vom 11.05.2010 wird aufgehoben.

**Abstimmungsergebnis: ja: 16 nein: 4**

## **2.1. BV 15/10 - Alois-Wenzel-Str. 20**

Bauherr:	Großmann Natascha und Uwe
Bauvorhaben:	Wohnhausanbau
Baugrundstück:	Alois-Wenzel-Str. 20 Fl.-Nr. 4641 - Haibach

### **Beurteilung:**

Der Bauherr möchte an der östlichen Seite des Hauses einen weiteren Raum mit Flachdach sowie eine Garage anbauen; die alte Garage an der nord-östlichen Grundstücksecke (Genehmigung von 1965) wird abgerissen.

### **Befreiungen:**

- Anbau und Garage komplett außerhalb der Baugrenze
- Überschreitung Vorgartenzone
- Flachdach (B-Plan: Satteldach 30°)

**Erschließung:** gesichert

**Nachbarunterschriften gemäß Art. 71 BayBO:**

vollständig

**Stellplatznachweis nach der gemeindlichen**

**Stellplatzsatzung vom Jan 93:**

erfüllt (2 Wohnungen - 4 Stellplätze)

### Beschluss

Das gemeindliche Einvernehmen nach § 36 BauGB wird unter folgenden Massgabe folgender Befreiungen erteilt:

- Von der Überschreitung der Baugrenze mit Anbau und Garage
- Von der Überschreitung der Vorgartenzone (§ 5 Abs. 4 Stellplatzsatzung)
- Von der Dachform (Flachdach anstatt B-Plan-Vorgabe Satteldach 30°)

**Abstimmungsergebnis: ja: 20 nein: 0**

## **2.2. BV 17/10, Wohnhausanbau Fischergasse 18**

Bauherr:	Demuth Carmen und Christian
Bauvorhaben:	Wohnhausanbau
Baugrundstück:	Fischergasse 18, Fl.Nr. 736

### **Beurteilung:**

Das Baugrundstück liegt innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile und ist nach § 34 BauGB zu beurteilen. Die Voraussetzungen dieser Vorschrift sind erfüllt.

**Befreiungen:** entfällt

**Erschließung:** gesichert

**Nachbarunterschriften gemäß Art. 71 BayBO:**

vollständig

**Stellplatznachweis nach der gemeindlichen**

**Stellplatzsatzung vom Jan 93:**

erfüllt (1 Wohnung - 2 Stellplätze, die Stellplätze für die übrigen Wohnungen sind Bestand)

### Beschluss

Das gemeindliche Einvernehmen nach § 36 BauGB wird erteilt.

**Abstimmungsergebnis: ja: 20 nein: 0**

**2.3. BV 18/10, Balkonanbau Bergstraße 1**

Bauherr:	Zenglein Annette
Bauvorhaben:	Balkonanbau an bestehendem Wohnhaus
Baugrundstück:	Bergstraße 1, Fl.Nr. 1

**Beurteilung:**

Das Baugrundstück liegt innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile ist somit nach § 34 BauGB zu beurteilen. Die Festlegungen dieser Vorschrift sind erfüllt.

**Befreiungen:** entfällt

**Erschließung:** gesichert

**Nachbarunterschriften gemäß Art. 71 BayBO:**

Eine Unterschrift für Fl.Nr. 13/8 fehlt (wegen Urlaub) und wird nachgeholt; die Miteigentümer dieses Grundstückes haben unterschrieben.

**Stellplatznachweis nach der gemeindlichen Stellplatzsatzung vom Jan 93:**

Nicht erforderlich, da keine weitere Wohnung

**Beschluss**

Das gemeindliche Einvernehmen nach § 36 BauGB wird erteilt.

**Abstimmungsergebnis: ja: 20 nein: 0**

**3. Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift**

Die Protokolle der Sitzungen vom 22. April und 11. Mai 2010 werden ohne Einwände genehmigt.

**4. Änderung des Bebauungsplanes Sponackerweg; Ergebnis aus der Behördenbeteiligung und der öffentlichen Auslegung; Satzungsbeschluss**

Die Änderung des Bebauungsplanes Sponackerweg für den Bereich Adenauerring sowie die Digitalisierung des Bebauungsplanes haben in der Zeit vom 07.05.2010 bis einschließlich 07.06.2010 öffentlich ausgelegen. Zeitgleich war die Anhörung der Träger öffentlicher Belange.

Im Rahmen der öffentlichen Auslegung wurden keine Bedenken und Anregungen vorgebracht. Die Anmerkungen der Behörden und Träger öffentlicher Belange wurden von dem Arch.Büro Schäffner beurteilt und zusammengefasst.

Nach dieser Beurteilung ist lediglich ein Beschluss zu dem Vorschlag der Kreisbaumeisterin zu den Flachdächern mit Zwerchgiebeln und Quergiebeln sinnvoll (siehe Stellungnahme Schäffner).

Unter Berücksichtigung dieser geringfügigen Änderung kann der Bebauungsplan als Satzung beschlossen werden.

**Beschluss****a) Behördenbeteiligung und öffentliche Auslegung:**

Für den Bebauungsplan Sponackerweg, Änderung 7, werden die Festsetzungen zu Quer- und Zwerchgiebeln, Nr. 1, wie folgt geändert:

1. Dachform und Dachdeckung dem Haupthaus entsprechend oder Flachdach 0° bis 15°.

**Abstimmungsergebnis: ja: 20 nein: 0**

**Beschluss****b) Satzungsbeschluss**

Der Bebauungsplan Sponackerweg, Änderung 7, wird unter Berücksichtigung der Beschlüsse zu § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB in der Fassung vom 09.06.2010 festgestellt und gem. § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen

**Abstimmungsergebnis: ja: 20 nein: 0**

**5. Bebauungsplan Sondergebiet Bauhof und Feuerwehr; Ergebnis aus dem Scopingverfahren; Festlegung des weiteren Verfahrens**

In der Zeit von 10.05.2010 bis 28.05.2010 fand zu dem o.g. Bebauungsplanentwurf die frühzeitige Bürgerbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB statt. Im Rahmen dieser Bürgerbeteiligung wurden keine Anmerkungen und Bedenken vorgebracht. Allerdings wird diese Beteiligung nur in Form einer öf-

fentlichen Bekanntmachung im Amts- und Mitteilungsblatt durchgeführt. Es ist davon auszugehen, dass die Eigentümer der Grundstücke Fl.Nr. 5035 und 5036 nach wie vor nicht mit einer Einbeziehung ihrer Grundstücke in den Bebauungsplanumgriff einverstanden sind, auch wenn für diesen Abschnitt

keinerlei Festsetzungen und Einschränkungen eingetragen sind.

Im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Behörden fand am 17.05.2010 eine Besprechung statt. Das Ergebnis dieser Besprechung hat der Planer, Herr Scheding vom Ing.Büro Jung, in einer Aktennotiz zusammengefasst.

Aus Sicht der Verwaltung müssen die einzelnen Punkte dieser Aktennotiz abgearbeitet werden und auf dieser Grundlage ein neuer Bebauungsplanentwurf mit Anlagen (z.B. Begrünung, Grünordnungsplan, Umweltbericht) erstellt werden. Der neue Planentwurf kann dann erst in der nächsten Sitzung des Gemeinderates am 30.06. vorgelegt werden.

**GR Reinhard Schüßler** ist der Ansicht, dass eine zusätzliche Begrünung der Parkflächen nicht erforderlich ist. Die Bäume auf dem Grundstück, welches nicht im Eigentum der Gemeinde ist, werden sicher stehen bleiben und nicht nach der Errichtung des Gebäudes gefällt werden. Gleichzeitig sollte auch darauf hingewiesen werden, dass es sich hier um ein öffentliches Gebäude handelt.

**GR Peter Amrhein** ist ebenfalls dieser Meinung. Entsprechende Bepflanzungen bzw. Bäume auf Parkflächen behindern eventuell bei der Ausfahrt. Er hat ebenfalls kein Verständnis für diese Forderung, da es sich hier um ein öffentliches Gebäude handelt.

**GR Dr. Robert Ritter** schlägt zur Versickerung des Oberflächenwassers vor, dass hier eventuell Rigoilen – ähnlich wie im Bereich Rosensee in Aschaffenburg – eingebaut werden.

**Bgm. Andreas Zenglein** stellt fest, dass hierzu das Ing.-Büro Jung für weitere Untersuchungen beauftragt ist. Der Gemeinderat wird vom Ergebnis unterrichtet.

#### Beschluss

Zu den Ergebnissen aus der vorgezogenen Bürgerbeteiligung nach § 3 Abs. 1 und der vorgezogenen Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 1 BauGB werden folgende Beschlüsse gefasst:

#### **Einbeziehung der Grundstücke Fl.Nr. 5035/5036:**

Die Grundstücke werden in den Geltungsbereich des Bebauungsplanes mit einbezogen, es werden jedoch keinerlei Festsetzungen getroffen. Nachteile für den Grundstückseigentümer entstehen nach dem derzeitigen Kenntnisstand nicht.

**Abstimmungsergebnis: ja: 20 nein: 0**

#### Beschluss

#### **Ausweisung als Sondergebiet**

Die im Flächennutzungsplan dargestellte Bezeichnung „Sondergebiet Feuerwehrhaus und Bauhof“ bleibt auch für den Bebauungsplan gleich.

**Abstimmungsergebnis: ja: 20 nein: 0**

#### Beschluss

#### **Ein- und Ausfahrtsbereich**

Für den Ein- und Ausfahrtsbereich zur Findbergstraße (südliche Ausfahrt) wird festgelegt, dass dieser Bereich für den öffentlichen Verkehr nicht freigegeben wird.

**Abstimmungsergebnis: ja: 20 nein: 0**

#### Beschluss

#### **Schallschutzgutachten**

Die Festlegungen nach dem Schallschutzgutachten werden in den Bebauungsplan eingearbeitet.

**Abstimmungsergebnis: ja: 20 nein: 0**

#### Beschluss

#### **Eingrünung der Stellplätze**

In der Planung werden die Stellplätze im nördlichen Bereich im notwendigen Maß durch Eingrünung aufgelockert, nach Möglichkeit mit Setzung von Bäumen.

**Abstimmungsergebnis: ja: 17 nein: 3**

#### Beschluss

#### **Versickerung des Oberflächenwassers**

Der Planer wird in Verbindung mit dem Ing.Büro Jung beauftragt, die Versickerung des Oberflächenwassers zusätzlich in nördlicher Richtung zu prüfen.

**Abstimmungsergebnis: ja: 20 nein: 0**

#### Beschluss

#### **Südliche Eingrünung**

Aufgrund der begrenzten Fläche ist eine Umplanung für die südliche Eingrünung nicht möglich und es wird demzufolge die Planung beibehalten.

**Abstimmungsergebnis: ja: 20 nein: 0**

#### Beschluss

#### **Westliche Eingrünung**

Aufgrund des vorhandenen Grüngürtels wird eine westliche Eingrünung nicht für notwendig erachtet und ist aufgrund des Platzbedarfes auch nicht möglich.

**Abstimmungsergebnis: ja: 20 nein: 0**

#### Beschluss

#### **Ausgleichsflächen**

Die Ausgleichsflächen werden im Rahmen des weiteren Verfahrens geprüft.

**Abstimmungsergebnis: ja: 20 nein: 0**

#### Beschluss

#### **Verkehrstechnischer Anschluss**

Für die Prüfung des verkehrstechnischen Anschlusses wird ein verkehrstechnisches Gutachten einge-



holt. Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechende Angebote einzuholen.

**Abstimmungsergebnis: ja: 20 nein: 0**

## **6. Baugebiet "Ober den Gärten"; Sachstand zur Erschließung und Umlegung**

Zu der bereits im Gemeinderat vorgestellten Möglichkeit der Privatumlegung und -erschließung hat die Firma Land und Forst bei den Eigentümern der in den voraussichtlichen Geltungsbereich des Planungsgebietes fallenden Grundstücke eine Befragung über die Teilnahme an der privatrechtlichen Erschließung durchgeführt. Die Resonanz der Rückmeldungen war sehr positiv, so dass von einer Umlegung und Erschließung ausgegangen werden kann. Hierzu hat das Ing.Büro Jung für die Firma Land + Forst einen Entwurf eines Bebauungsplanes erarbeitet, der wie in der Anlage dargestellt, eine ausschließliche Erschließung von der Ortsverbindungsstraße vorsieht. Der Bebauungsplanumgriff betrifft nur Grundstücke, bei denen das vorläufige Einverständnis vorliegt.

Die Kanalsituation wird zusammen mit der Überrechnung des gesamten Kanalnetzes für Dörmorsbach geprüft. Allerdings wird sich die Kanalsituation aufgrund der vorhandenen Höhenlage als schwierig darstellen; so werden die ersten drei bereits bebauten Grundstücke „Ober den Gärten“ voraussichtlich nur über eine Hebeanlage zu entwässern sein, da ansonsten der Kanal zu tief verlegt werden müsste.

Die genauere Kanalplanung wird jedoch erst zusammen mit einem detaillierten Bebauungsplan zu prüfen sein. Grundlage dafür ist dann auch die Gesamtkanalisationsplanung für den Ortsteil.

Zusammen mit der Firma Land und Forst, der Firma Aulbach und dem Büro Jung werden der Planentwurf und die Situation zur Privatumlegung und -erschließung in einer Eigentümerversammlung am 17.06.2010 im Bürgerhaus Dörmorsbach erläutert. Hierbei wird Herr Heuser von der Firma Land + Forst voraussichtlich auch die zu erwartenden, grob geschätzten, Zahlen nennen.

Über das Ergebnis dieser Eigentümerversammlung wird im Gemeinderat berichtet, dann kann evtl. auch über die weitere Vorgehensweise beraten werden.

Die Aufstellung des Bebauungsplanes fällt natürlich in den Hoheitsbereich der Gemeinde, fließt jedoch in die privatrechtliche Umlegung und Erschließung ein.

Nach den Ausführungen von Bgm. Andreas Zenglein fragt **GR Jürgen Goldhammer**, weshalb aus diesem Baugebiet keine Durchfahrt zum Dorf vorgesehen ist.

**Bgm. Andreas Zenglein** erwidert, dass zu befürchten ist, dass diese Strecke dann als Abkürzung für den Weg ins Dorf gewählt wird. Nachdem nicht alle Grundstücksbesitzer an dieser Umlegungsmaßnahme Interesse haben, kann keine Ringstraße geplant werden. Der erforderliche Wendehammer ist so zu konzipieren, dass auch ein LKW bzw. ein Müllfahrzeug wenden kann.

**GR Reinhard Schübler** ist ebenfalls der Meinung, dass eine Durchfahrt gebaut werden sollte. Im

Zusammenhang mit dieser Umlegung sollte auch der Parkplatz am Friedhof erstellt werden.

**3. Bgm. Hort Hock** bemerkt, dass er eine Ein- bzw. Ausfahrt im Bereich der Feuerwehr hierzu schon als kritisch ansieht.

**GR Hans Georg Seitz** sieht diesen Vorschlag als Grobplanung. Diese Umlegung sollte durchgeführt werden, wenn der entsprechende Bedarf besteht.

**GIB Friedrich Englert** erklärt, dass die Grundstückseigentümer nur signalisiert haben, dass sie Interesse an einer Umlegung haben.

**GR Hans Georg Seitz** ist der Meinung, wenn nur zwei oder drei bauen wollen, dann hat er ein Problem damit, diese Umlegung auf den Weg zu bringen.

Hierzu erwidert **3. Bgm. Horst Hock**, dass bei einem Grundstücksverkauf neue Bauwerber nach Dörmorsbach kommen.

**GR Dr. Robert Ritter** führt aus, dass er schon von Anfang an der Meinung war, dass es hier bei dieser Umlegung hauptsächlich um ein Geschäft geht. Es gibt noch genügend freie Bauplätze in Haibach, die bebaut werden können und somit auch Lücken geschlossen werden.

**Bgm. Andreas Zenglein** stellt jedoch fest, dass in Dörmorsbach derzeit wenig freie Bauflächen vorhanden sind.

**GR Andreas Hein** ist der Meinung, dass vor einer weiteren Diskussion zuerst die Versammlung der entsprechenden Grundstückseigentümer stattfinden sollte.

**GR Reinhard Schübler** ergänzt noch, dass laut Aussagen von Dörmorsbachern die Erschließungskosten zu hoch sein sollen. Des Weiteren ist es wichtig, dass der Parkplatz am Friedhof und die erforderlichen Kanalanschlüsse erstellt werden. Wenn die Umlegung durchgeführt wird, sollte dann die fällige Erneuerung des Spielplatzes ebenfalls erfolgen.

## 7. Änderung der Wasserabgabesatzung (WAS)

Das Landratsamt Aschaffenburg hat mit Schreiben vom 03.05.2010 darauf hingewiesen, dass vom Bayer. Staatsministerium des Innern mit Bekanntmachung vom 29.03.2010 das Muster für eine gemeindliche Wasserabgabesatzung in § 10 Abs. 3 geändert wurde. Die Änderung ist Folge einer Änderung der Ersten Verordnung zur Änderung der Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Wasser (AVBWasserV); danach sind

die Träger öffentlicher Wasserversorgungseinrichtungen, die das Benutzungsverhältnis durch Satzung öffentlich-rechtlich regeln, verpflichtet, ihre Wasserabgabesatzungen dem neuen Regelungsinhalt des § 12 Abs. 4 AVBWasserV anzupassen. Demzufolge ist die gemeindliche Satzung in § 10 – Anlage des Grundstückseigentümers – wie folgt zu ändern:

Bisher: § 10 Abs. 3	Neu: § 10 Abs. 3
(3) <sup>1</sup> Es dürfen nur Materialien und Geräte verwendet werden, die entsprechend den anerkannten Regeln der Technik beschaffen sind. <sup>2</sup> Das Zeichen einer anerkannten Prüfstelle (zum Beispiel DIN-DVGW, DVGW- oder GS-Zeichen) bekundet, dass diese Voraussetzungen erfüllt sind.	(3) Es dürfen nur Produkte und Geräte verwendet werden, die den allgemein anerkannten Regeln der Technik entsprechen. Die Einhaltung der Voraussetzungen des Satzes 1 wird vermutet, wenn eine CE-Kennzeichnung für den ausdrücklichen Einsatz im Trinkwasserbereich vorhanden ist. Sofern diese CE-Kennzeichnung nicht vorgeschrieben ist, wird dies auch vermutet, wenn das Produkt oder Gerät ein Zeichen eines akkreditierten Branchenzertifizierers trägt, insbesondere das DIN-DVGW-Zeichen oder DVGW-Zeichen. Produkte und Geräte, die <ol style="list-style-type: none"><li>1. in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum rechtmäßig hergestellt worden sind oder</li><li>2. in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder in der Türkei rechtmäßig hergestellt oder in den Verkehr gebracht worden sind</li></ol> und die nicht den technischen Spezifikationen der Zeichen nach Satz 3 entsprechen, werden einschließlich der in den vorgenannten Staaten durchgeführten Prüfungen und Überwachungen als gleichwertig behandelt, wenn mit ihnen das in Deutschland geforderte Schutzniveau gleichermaßen dauerhaft erreicht wird.

### Beschluss

#### **Satzung zur Änderung der Satzung für die öffentliche Wasserversorgungseinrichtung der Gemeinde Haibach (Wasserabgabesatzung - WAS) vom 03.12.2009**

Auf Grund von Art. 23 und Art. 24 Abs. 1 Nrn. 1 und 2, Abs. 2 und Abs. 3 der Gemeindeordnung (GO) erlässt die Gemeinde Haibach folgende Satzung:

### **Satzung**

#### **zur Änderung der Satzung für die öffentliche Wasserversorgungseinrichtung der Gemeinde Haibach (Wasserabgabesatzung - WAS) vom 03.12.2009**

### **§ 1 Änderung**

§ 10 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Es dürfen nur Produkte und Geräte verwendet werden, die den allgemein anerkannten Regeln der Technik entsprechen. Die Einhaltung der Voraussetzungen des Satzes 1 wird vermutet, wenn eine CE-Kennzeichnung für den ausdrücklichen Einsatz im Trinkwasserbereich vorhanden ist. Sofern diese CE-Kennzeichnung nicht vorgeschrieben ist, wird dies auch vermutet, wenn das Produkt oder Gerät

ein Zeichen eines akkreditierten Branchenzertifizierers trägt, insbesondere das DIN-DVGW-Zeichen oder DVGW-Zeichen. Produkte und Geräte, die

1. in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum rechtmäßig hergestellt worden sind oder
2. in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder in der Türkei rechtmäßig hergestellt oder in den Verkehr gebracht worden sind

und die nicht den technischen Spezifikationen der Zeichen nach Satz 3 entsprechen, werden einschließlich der in den vorgenannten Staaten durchgeführten Prüfungen und Überwachungen als gleichwertig behandelt, wenn mit ihnen das in Deutschland geforderte Schutzniveau gleichermaßen dauerhaft erreicht wird.“

## § 2 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Haibach, den 09.06.2010

Andreas Zenglein  
Erster Bürgermeister

**Abstimmungsergebnis:** ja: 20 nein: 0

### 8. Main-TV - Teilnahme der Gemeinde

#### Sachverhalt

Das Funkhaus Aschaffenburg hat der Gemeinde Haibach ein Angebot für die Teilnahme am Projekt „Gemeinde-tv“ als weiteren Bürgerservice für Berichte im Fernsehen gemacht. Die Teilnahme an diesem Projekt kostet monatlich 210,00 € zzgl. MwSt. Die Vorteile sind in dem Werbeblatt des Funkhauses dargestellt.

Aus Sicht der Verwaltung ist „Gemeinde-tv“ sicherlich interessant, um die Bürgerinnen und Bürger auch über TV zu informieren. Andererseits werden

hierzu auch andere Medien wie Mitteilungsblatt und Homepage genutzt. Bei einem jährlichen Aufwand von knapp 3.000 € incl. MwSt. für das TV ist dieses Medium aus Sicht der Verwaltung relativ teuer, eine Entscheidung sollte im Kultur-, Sozial- und Sportausschuss getroffen werden.

Der Ausschuss hat diese Entscheidung an den Gemeinderat weitergegeben. Im Gegenzug zu Main-TV sollten Einsparungsmöglichkeiten bei den Werbekosten geprüft werden. Die Kämmerei hat hierzu folgende Aufstellung vorgelegt:

Werbekosten 2009			
Betrag	Name	Buchungstext	HHSt.
583,10 €	BVB-Verlagsgesellschaft mbH	Anzeige Ortsbroschüre	0200,6580
592,03 €	Adler Werbegeschenke	Kugelschreiber	0200,6580
150,00 €	Main-Echo Kirsch GmbH & Co.	Anzeige "Urlaub daheim"	0200,6580
357,83 €	Main-Echo Kirsch GmbH & Co.	Eintrag Telefonbuch	0200,6580
260,61 €	Tel.-Verl.Hans Müller GmbH & Co.KG	Eintrag Telefonbuch 2009/2010	0200,6580
446,25 €	Tourist-Info Spessart-Mainland	Bildeintr.Urlaubskat. Spessart-M	0200,6580
1.123,58 €	Druckerei Bauer GmbH	Jahreskalender 2010	0200,6580
<b>3.513,40 €</b>	<b>Summe</b>		
409,89 €	Tourismusverband Franken e.V.	Mitgliedsbeitrag 2009	575200,5429300
409,89 €	Tourist-Info Spessart-Mainland	Mitgliedsbeitrag 2009	575200,5429300
<b>819,78 €</b>	<b>Summe</b>		

Nunmehr sollte vom Gemeinderat eine Entscheidung über die Teilnahme getroffen werden.

**3. Bgm. Horst Hock** ist der Meinung, dass dieses neue Medium für die Dauer eines Jahres ausprobiert werden sollte. Wichtig ist jedoch zu erfahren, ob es auch entsprechende Rückmeldungen aus der Bürgerschaft hierzu gibt. Die Anzeigen in den Telefonbüchern sollten nach seiner Meinung gestrichen werden.

**GR Dr. Robert Ritter** sieht das Main-TV als zu amateurhaft und daher die Ausgaben selbst zum Testen für die Dauer eines Jahres als zu teuer an.

**GR Hans Georg Seitz** stellt sich die Frage, ob der Zeitrahmen für eine vernünftige Darstellung der Informationen überhaupt ausreichend ist.

**Bgm. Andreas Zenglein** bemerkt, dass das Wichtigste bei dieser Präsentation die Mitteilungen sind,

die über diverse Veranstaltungen der Heimatgemeinde berichten.

**GR Wendelin Bleifus** begrüßt diese Informationsmöglichkeit, Main-TV wird zweimal abends ausgestrahlt, somit auch von relativ vielen Nutzern gesehen.

### Beschluss

Die Gemeinde nimmt nach dem Angebot vom Funkhaus Aschaffenburg an „Gemeinde-TV“ teil. Die Teilnahmeerklärung gilt vorerst für ein Jahr. Gleichzeitig werden alle weiteren Werbemaßnahmen – außer dem Jahreskalender – für dieses Jahr storniert.

**Abstimmungsergebnis: ja: 13 nein: 6**

## **9. Allgemeines**

**Bgm. Andreas Zenglein informiert:**

### **9.1. Straßenausbesserungsarbeiten**

Die Markierungen für die Ausbesserungsarbeiten in den Gemeindestraßen wurden aufgebracht.

### **9.2. Trafostation Friedhof Grünmorsbach**

Die Abbrucharbeiten sind im Gange. Nach Abschluss dieser Arbeiten wird mit der Neugestaltung des Eingangsbereichs begonnen.

### **9.3. Sitzung des Bau-, Grundstücks- u. Umweltausschusses –Verlegung**

Auf Wunsch der Mitglieder des Ausschusses wird die Sitzung wegen der laufenden Fußball-WM statt am Mittwoch 23.06., bereits am Dienstag, 22.06., stattfinden.

### **9.4. Theaterwochenende - CSU**

Am vergangenen Wochenende wurden zwei Ruhebänke an der Brunnenstube aufgestellt. Diese Bänke wurden gestiftet von der CSU und Frauenunion Haibach und stammen dem Erlös des Theaterwochenendes.

### **9.5. Hauptstraße –**

**GR Dr. Robert Ritter** informiert über eine Vertiefung im Bereich der Hauptstraße nach der Kurve in Richtung Haibach. Nach dem Starkregen sollte dies überprüft werden, damit hier – bedingt durch die

Kanalarbeiten in der Hauptstraße - keine Unterspülung auftritt.

**Bgm. Andreas Zenglein** sagt sofortige Überprüfung für den nächsten Tag zu.

### **9.6. Ortsverbindungsstraße**

**GR Toni Stahl** möchte wissen, wie weit die Ausbesserungsarbeiten der Ortsverbindungsstraße sind. Hier sind etliche Nacharbeiten fällig, die noch nicht erledigt wurden.

**Bgm. Andreas Zenglein** erklärt, dass das Bauamt mit der ausführenden Firma in Verbindung steht und es bedingt durch den langanhaltenden Winter zu zeitlichen Verzögerungen bei der Ausführung kommt. Die Arbeiten werden in Kürze ausgeführt.

### **9.7. Hasenbergstraße**

**GR Michael Fuchs** informiert, dass in der Kaiselsbergstraße das Schild „Einfahrt für LKW verboten“ freigeschnitten werden sollte.

### **9.8. Kanalstau OT Dörrmorsbach**

**GR Reinhard Schüssler** erinnert an die dringend erforderlichen Kanalarbeiten in Dörrmorsbach „im Loch“. Hier gab es wegen des Starkregens am vergangenen Donnerstag erneut massive Probleme.

**Bgm. Andreas Zenglein** merkt an, dass hier dringend für Abhilfe gesorgt werden muss. Sobald die erforderlichen Informationen über Lösungsmöglichkeiten vorliegen, wird der Gemeinderat informiert.

Hiernach schließt Bürgermeister Andreas Zenglein den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am 30.06.2010 genehmigt.

---

Andreas Zenglein  
Erster Bürgermeister

---

Reiling Silvia  
Verw.-Angestellte

## SITZUNG des GEMEINDERATES

Sitzungstag: Mittwoch, 30. Juni 2010  
Sitzungsdauer: 20:00 Uhr bis 22:00 Uhr

Haibach, Rathaus

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

Sitzungsteilnehmer	Funktion	Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung
<b>Anwesend:</b>		
Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	
Max Baumann	2. Bürgermeister	
Horst Hock	3. Bürgermeister	
Peter Amrhein	Gemeinderat	
Erhard Attig	Gemeinderat	
Wendelin Bleifus	Gemeinderat	
Michael Fuchs	Gemeinderat	
Jürgen Goldhammer	Gemeinderat	
Andreas Hein	Gemeinderat	
Richard Hein	Gemeinderat	
Rüdiger Lebert	Gemeinderat	
Reinhard Schüßler	Gemeinderat	
Hans Georg Seitz	Gemeinderat	
Ilse Spielmann	Gemeinderätin	
Toni Stahl	Gemeinderat	
Corinna Suffel	Gemeinderätin	
Susanne Zellner	Gemeinderätin	
<b>Abwesend:</b>		
Dr. Robert Ritter	Gemeinderat	
Claus Rückert	Gemeinderat	
Markus Rückert	Gemeinderat	
Gaby Satter	Gemeinderätin	
<b>Schriftführer</b>		
Reiling Silvia		
<b>Verwaltung</b>		
Friedrich Englert		

## **Tagesordnung**

### **Öffentlicher Teil:**

<b>1.</b>	<b>Eröffnung und Begrüßung</b>
<b>2.</b>	<b>Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift</b>
<b>3.</b>	<b>Bebauungsplan Sondergebiet Feuerwehr / Bauhof; Planentwurf nach dem Scopingverfahren; Beschluss über die Anhörung der Träger öffentlicher Belange</b>
<b>4.</b>	<b>Bekanntgabe der Jahresrechnung 2009</b>
<b>5.</b>	<b>Sanierung der Rath austreppe; Wiedervorlage</b>
<b>6.</b>	<b>Mitgliedschaft bei Bürgerenergiegenossenschaft Aschaffenburg</b>
<b>7.</b>	<b>Allgemeines</b>

## 1. Eröffnung und Begrüßung

**Bgm. Andreas Zenglein** eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass von den 20 Gemeinderatsmitgliedern 16 erschienen sind, der Gemeinderat beschlussfähig ist

und zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde. Es besteht Einverständnis mit der Tagesordnung.

## 2. Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift

Die Niederschrift aus der Sitzung des Gemeinderates vom 09. Juni 2010 wird ohne Anmerkungen genehmigt.

## 3. Bebauungsplan Sondergebiet Feuerwehr / Bauhof; Planentwurf nach dem Scopingverfahren; Beschluss über die Anhörung der Träger öffentlicher Belange

### Sachverhalt

In der Sitzung am 09.06.2010 hat der Gemeinderat über die Anregungen der Träger öffentlicher Belange entsprechende Beschlüsse gefasst. Aufgrund dieser Beschlüsse hat das Ing.Büro Jung zusammen mit Ing.Büro Trölenberg den Entwurf des Bebauungsplanes neu überarbeitet und stellt diesen in der Gemeinderatssitzung vor.

Zwischenzeitlich ist eine weitere Anregung aus der frühzeitigen Bürgerbeteiligung gekommen. Altbürgermeister Walter Dietrich bringt hierbei folgende Anregungen und Bedenken vor:

1. die verkehrsmäßige Erschließung ist völlig unzureichend; dieser Tatsache wäre auch bei der Änderung des Flächennutzungsplanes nicht Rechnung getragen worden. Die Verkehrsdichte würde beträchtlich ansteigen.  
Aus diesem Grund sollten bereits jetzt verkehrsberuhigende Maßnahmen (Kreisverkehre und Parkplätze) im B-Plan ausgewiesen werden.
2. Einzelheiten zum Bebauungsplan:
  - a. Es ist zu kurz gedacht, den Geltungsbereich allein auf die im Eigentum befindlichen Gemeindegrundstücke zu verplanen.
  - b. Die Feuerwehr sollte unbedingt eine Zufahrt vom Einmündungsbereich Kaiselsbergstraße erhalten.
  - c. Die Zubringerstraße von der Findbergstraße in Richtung Elterwald ist mit 6,50 m Breite ohne Gehsteig viel zu gering – Antrag mindestens 8,50 m incl. Gehsteig.
3. Im Zuge des Planungsverfahrens sollte geprüft werden, ob das bestehende Bauquartier entlang der Findbergstraße als Mischgebiet ausgewiesen werden sollte.
4. Hinsichtlich des zu erwartenden Verkehrsaufkommen zwischen Staatsstraße – Findbergstraße sollten unbedingt verkehrsberuhigende Maßnahmen im Bebauungsplan festgeschrieben werden.

Stellungnahme der Verwaltung hierzu:

Zu 1. Die verkehrsmäßige Erschließung für das Feuerwehrhaus und den Bauhof ist über die Findbergstraße gesichert. Verkehrsberuhigende Maßnahmen im Geltungsbereich des Bebauungsplanes sind leider nicht möglich. Allerdings wurde schon in der letzten Sitzung beschlossen, dass für die Prüfung einer optimalen Verkehrsanbindung mit der Ausfahrt zur Staatsstraße ein Verkehrsgutachten in Auftrag gegeben werden soll.

Zu 2. Einzelheiten

Zu a) Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes richtet sich nach den Festsetzungen im Flächennutzungsplan. Demzufolge ist der Bebauungsplan lediglich für das geplante Gebiet aufgestellt worden, hat allerdings in südlicher Richtung nach dem Umgriff des Flächennutzungsplanes Erweiterungsmöglichkeiten. Der jetzige Entwurf wurde entsprechend der Bauplanung angepasst.

Zu b) nach dem Umgriff des Bebauungsplanes hat die Feuerwehr eine Ausfahrt zur Findbergstraße; über die Findbergstraße ist die Kaiselsbergstraße zu erreichen. Eine direkte Ausfahrt im Einmündungsbereich ist aufgrund der Eigentumsverhältnisse nicht möglich.

Zu c) Die jetzt ausgewiesene Straßenbreite ist nach Auffassung der Verwaltung und des Planers ausreichend, zumal der von Altbürgermeister Walter Dietrich erwähnte Andienungsverkehr überschaubar ist. In einer detaillierten Straßenplanung ist sicherlich ein Gehweg machbar.

Zu 3. Im jetzigen Planungsverfahren ist die Ausweisung eines Mischgebietes entlang der Findbergstraße nicht machbar. Dies wäre nur möglich im Rahmen einer Änderung des Bebauungsplanes „Südlich der B 8“. Bezüglich des Lärmschutzes wurde bereits ein entsprechendes Gutachten erstellt und das Ergebnis im Bebauungsplan berücksichtigt.

Zu 4. Wegen des zu erwartenden Verkehrs wurde bereits beschlossen, ein Verkehrsgutachten erstellen zu lassen. Verkehrsberuhigende Maßnahmen können im Bebauungsplan aufgrund des eng umfassten Geltungsbereiches nicht festgesetzt werden.

### Stellungnahme des Wasserwirtschaftsamtes Aschaffenburg:

Eine weitere Anregung der Behörden ist vom Wasserwirtschaftsamt Aschaffenburg eingetroffen. Herr Scheduling vom Ing.Büro Jung hat hierzu ausführlich



Stellung genommen. Dieser Stellungnahme gibt es aus Sicht der Verwaltung nichts hinzuzufügen. Der Beschlussvorschlag bezieht sich demzufolge auf die Darstellung des Ing.Büros.

**Planentwurf / weiteres Verfahren:**

Für das weitere Verfahren sind der Planungsentwurf von Herrn Scheduling vom Ing.Büro Jung zusammenfassend zu billigen und die Anhörung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und parallel hierzu die öffentliche Auslegung zu beschließen.

**Beschluss:**

**Eingaben aus der Bürgeranhörung**

Zu den Bedenken und Anregungen von Altbürgermeister Walter Dietrich wird folgendes beschlossen:

Zu 1. Die Ausweisung von verkehrsberuhigenden Maßnahmen im Geltungsbereich des Bebauungsplanes ist nicht möglich. Für die bessere Prüfung der verkehrsmäßigen Erschließung des Feuerwehrhauses und des Bauhofes wird ein Verkehrsgutachten erstellt.

Zu 2a. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes richtet sich nach dem Flächennutzungsplan; eine weitere Ausdehnung ist nur in südlicher Richtung möglich, derzeit aber nicht machbar.

Zu 2b. Eine direkte Ein- und Ausfahrt am Einmündungsbereich Kaiselsbergstraße ist aufgrund der vorliegenden Verhältnisse nicht durchführbar.

Zu 2c) Eine Verbreiterung der Straße zum Kompostplatz ist wegen des Platzbedarfes nicht möglich und wegen des Andienungsverkehrs auch nicht erforderlich. In der weiteren detaillierten Straßenplanung wird die Ausweisung eines Gehweges geprüft.

Zu 3. Eine Ausweisung eines Mischgebietes entlang der Findbergstraße berührt nicht den Geltungsbereich des Bebauungsplanes „Sondergebiet Feuerwehrhaus und Bauhof“.

Zu 4. Siehe 1.

**Abstimmungsergebnis: ja: 17 nein: 0**

**Beschluss**

**Anregungen und Bedenken aus der frühzeitigen Anhörung der Behörden:**

**Wasserwirtschaftsamt Aschaffenburg**

Aufgrund der Anregungen und Bedenken des Wasserwirtschaftsamtes wird folgender Beschluss gefasst:

In Bezug auf die Erschließung werden in der zum Bebauungsplan zugehörigen Begründung selbst-

verständlich Angaben zur Versorgung mit Lösch-, Trink- und Brauchwasser sowie zur Abwasserbeseitigung und zur geplanten Versickerung des Oberflächenwassers dargelegt.

Die Überprüfung zur hydraulischen Leistungsfähigkeit der Ortskanalisation für den Anschluss des Sondergebiets Feuerwehr und Bauhof ist beauftragt und wird nach Klärung der tatsächlichen Anschlussmodalitäten durchgeführt und bei der nächsten Tekturplanung in den Kanalisationsentwurf eingearbeitet.

Die Ableitung der Abwässer wird über den Anschluss an den Kanal in der Findbergstraße realisiert. Für die Ableitung bzw. Versickerung des Niederschlagswassers wurde vom Ingenieurbüro Jung ein Konzept erstellt, das in der Begründung bzw. zum Teil auch in den Festsetzungen des Bebauungsplans berücksichtigt wird.

Die Oberflächenwässer der Hofflächen des Bauhofes sowie der Feuerwehr sollen ebenfalls über den Mischwasserkanal abgeleitet werden. Das Oberflächenwasser der Gründächer und der Stellplätze soll in die im Bebauungsplan entsprechend festgesetzten Flächen bzw. in einer auf dem Holzlagerplatz zu realisierenden Versickerungsmulde versickert werden. Hierfür wird der Bebauungsplan „Sondergebiet Holzlagerplatz“ geändert.

In Bezug auf die Versickerungsfähigkeit des anstehenden Untergrundes wird die vom WWA geforderte Bodenuntersuchung an den entsprechenden Stellen durchgeführt, sofern keine Informationen aus den bereits durchgeführten Untersuchungen gewonnen werden können.

**Abstimmungsergebnis: ja: 17 nein: 0**

**Beschluss**

**Anhörung der Träger öffentlicher Belange, öffentliche Auslegung**

Der auf der Grundlage der Beschlüsse zum Scopingverfahren überarbeitete Entwurf des Bebauungsplanes „Sondergebiet Feuerwehr und Bauhof“ wird in der vorliegenden Fassung vom 30.06.2010 gebilligt. Für das weitere Verfahren wird die Anhörung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB sowie parallel hierzu die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen. Mit der Anhörung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wird das Ing.Büro Jung beauftragt.

**Abstimmungsergebnis: ja: 17 nein: 0**

#### 4. Bekanntgabe der Jahresrechnung 2009

Die Beschlussfassung wird vertagt, die Zahlen werden nochmals überprüft.

#### 5. Sanierung der Rathaustreppe; Wiedervorlage

**Sachverhalt**

In der letzten Sitzung des Gemeinderates hat der Gemeinderat die Entscheidung über die Sanierung der Rathaustreppe zurückgestellt. Für die Entschei-

dungsfindung sollten Angebote eingeholt werden sowohl für eine Erneuerung als auch für eine Reparatur der Treppe.

**1. Reparatur der Treppe:**

Der Aufwand für die Reparatur sollte dabei so gering als möglich gehalten werden, da mit weitergehendem Rückbau des Treppenbelages am Ende die Kompletterneuerung des Belages steht. Der Belag ist an vielen Stellen gerissen und besitzt Hohlstellen, weshalb eine Eingrenzung des Sanierungsumfanges sehr schwierig ist.

Der geringste Aufwand besteht darin, die fehlenden Stellstufen zu ersetzen, die Verfugung zu ergänzen und anschließend den Stein zu imprägnieren.

Die Kosten für diese Arbeiten werden mit etwa 400 – 500 € beziffert.

Aufgrund des baulichen Zustandes ist jedoch eine Kompletterneuerung in den nächsten 2-3 Jahren unausweichlich.

**2. Erneuerung des Treppenbelages:**

Die Erneuerung des Treppenbelages (Granit) würde rd. 15.000 € kosten.

Von einem Anbieter wurde vorgeschlagen, in den seitlichen Aufgängen eine Heizmatte mit einzuarbeiten, um damit während der Wintermonate den Einsatz von Streusalz weitestgehend zu vermeiden. Die Mehrkosten für den Frostschutz betragen rund 1.300 €.

Eine weitere Fachfirma möchte diese Bauvariante nicht anbieten, da man Probleme infolge von Temperaturspannungen erwartet, welche Einfluss auf die Dauerhaftigkeit haben.

Im Gegensatz zur bestehenden Treppe muss dringend auf eine Verlegung der Setzstufen mit Gefälle geachtet werden, um den Wasserabfluss sicher zu stellen.

Ergänzend wird vorgeschlagen, den Belag einmal jährlich zu imprägnieren, um das Eindringen von Wasser zu reduzieren.

Unabhängig von den Sanierungsalternativen hat das Architekturbüro Schäfner einen Vorschlag für die Neugestaltung der Rathautreppe vorgelegt; dieser Vorschlag ist in der Anlage beigelegt.

**3. Bgm. Horst Hock** führt zu diesem Punkt aus, dass es in der heutigen Zeit nach Meinung der CSU-Fraktion nicht möglich ist, diese Sanierung der Rathautreppe durchzuführen. Eine Reparatur der Treppe in Höhe von ca. 1.500 EUR sollte jedoch durchgeführt werden. Es sollte vor allem überlegt werden, wie das Regenwasser des Vordaches an der Treppe beseitigt werden kann.

**GR Hans Georg Seitz** schließt sich diesen Ausführungen voll inhaltlich an.

**GR Jürgen Goldhammer** ist der Meinung, dass die Sanierungsmaßnahme im Zuge der Brandschutzmaßnahmen im Rathaus oder einer Sanierung im Ortskern durchgeführt werden sollten.

**Bgm. Andreas Zenglein** teilt mit, dass in einer Besprechung vorgeschlagen wurde, das Dachwasser mittels eines Handlaufes abzuleiten. Dieser Vorschlag sollte noch geprüft werden.

### Beschluss

Zur Sanierung der Rathautreppe wird folgende Vorgehensweise beschlossen: Reparatur des Belages

**Abstimmungsergebnis: ja: 17 nein: 0**

## **6. Mitgliedschaft bei Bürgerenergiegenossenschaft Aschaffenburg**

### Sachverhalt

Die Aschaffenburgische Versorgungs-GmbH hat der Gemeinde mit Schreiben vom 25.05.2010 angeboten, Mitglied in der Genossenschaft BEA (Bürger-Energie Aschaffenburg eG) zu werden. Diese Genossenschaft hat das Ziel, in der Region Aschaffenburg, Projekte mit erneuerbaren Energien durchzuführen. Zunächst konzentriert sich die BEA auf die Vielzahl der öffentlichen Dächer in Aschaffenburg, um dort Solaranlagen zu errichten.

Mit den von den Mitgliedern eingelegten Geldbeträgen werden Projekte finanziert wie Photovoltaikanlagen, Windkraftträder usw., die der Produktion von Energie aus erneuerbaren Quellen dienen.

Eine Mitgliedschaft ist exklusiv nur für die Energiekunden der AVG möglich, der Einlagebetrag beläuft sich auf mindestens 1000 und höchstens 5000 Euro. Die Mitglieder werden an den Überschüssen aus dem Betrieb der Projekte beteiligt; die Ausschüttung erfolgt jährlich.

Sollte der Gemeinderat eine solche Beteiligung ins Auge fassen, wäre hierüber schnellstmöglich zu entscheiden.

**3. Bgm. Horst Hock** spricht sich nicht für eine Beteiligung der Gemeinde an dieser Investition aus.

**GR Hans Georg Seitz** entgegnet jedoch, dass die Gemeinde Haibach ein ökologisches Zeichen setzen sollte und schlägt eine Beteiligung in Höhe von 5.000 EUR vor.

**GR Jürgen Goldhammer** spricht sich für die FWG-Fraktion für eine Beteiligung in Höhe von 2.500 EUR aus.

**GIB Friedrich Englert** bemerkt, dass nur Tausender-Einlagen möglich sind.

**GR Jürgen Goldhammer** schlägt einen Betrag in Höhe von 2.000,00 EUR vor.

### Beschluss

Die Gemeinde Haibach beteiligt sich als Kunde der AVG an Investition in erneuerbaren Energien als Genossenschaftsmodell. Hierzu tritt die Gemeinde

der BürgerEnergie Aschaffenburg eG (BEA) mit einem Einlagebetrag von 5.000,00 EUR bei.

Anmerkung: GR Toni Stahl nimmt an der Abstimmung gem. Art. 49 GO nicht teil

**Abstimmungsergebnis: ja: 5    nein: 11  
abgelehnt**

Die Gemeinde Haibach beteiligt sich als Kunde der AVG an Investition in erneuerbaren Energien als Genossenschaftsmodell. Hierzu tritt die Gemeinde der BürgerEnergie Aschaffenburg eG (BEA) mit einem Einlagebetrag von 2.000,00 EUR bei.

Anmerkung: GR Toni Stahl nimmt an der Abstimmung gem. Art. 49 GO nicht teil

## Beschluss

**Abstimmungsergebnis: ja: 9    nein: 7**

## 7. Allgemeines

**Bgm. Andreas Zenglein** informiert über folgende Termine:

Sonntag 04.07. Volksentscheid –Nichtraucher-  
schutzgesetz

Samstag: 03.07. Sommerfest des Kindergartens  
Grünmorsbach

Sonntag: 04.07. Sommerfest des Marienkindergartens

Sa. -Mo. 03.-05.07. Fest des Obst- u. Gartenbauvereins an der Kelter

### 7.1. Infostand –Nichtraucherschutzgesetz

**GR Susanne Zeller** informiert, dass die SPD am Freitag einen Infostand zum Gesetzentwurf des Nichtraucherschutzgesetzes vor dem Rathaus aufbauen wird.

## 7.2. Regenrückhaltebecken Straßbessenbach

**GR Reinhard Schüßler** möchte wissen, wie sich das Regenrückhaltebecken bei dem vergangenen Starkregen bewährt hat.

**GR Hans Georg Seitz** berichtet, dass er sich hiervon ebenfalls ein Bild machen wollte und hat festgestellt, dass das meiste Wasser in Straßbessenbach vom Gebiet „Sattel“ kam.

**Bgm. Andreas Zenglein** teilt mit, dass die größeren Probleme bei diesem Regenereignis vom Klingerhof und vom Gebiet „Sattel“ (Motocross-Rennstrecke) kamen. Weitere Probleme werden sich durch das in Kürze stattfindende Motocross-Rennen zusätzlich ergeben.

Hiernach schließt Bürgermeister Andreas Zenglein den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am 21.07.2010 genehmigt.

Andreas Zenglein  
Erster Bürgermeister

Reiling Silvia  
Verw.-Angest.

## SITZUNG des GEMEINDERATES

**Sitzungstag: Mittwoch, 21. Juli 2010**  
**Sitzungsdauer: 19:30 Uhr bis 22:00 Uhr**

**Haibach, Rathaus**

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

<b>Sitzungsteilnehmer</b>	<b>Funktion</b>	<b>Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung</b>
---------------------------	-----------------	---

**Anwesend:**

Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	
Max Baumann	2. Bürgermeister	
Horst Hock	3. Bürgermeister	
Peter Amrhein	Gemeinderat	
Erhard Attig	Gemeinderat	
Wendelin Bleifus	Gemeinderat	
Michael Fuchs	Gemeinderat	
Jürgen Goldhammer	Gemeinderat	
Andreas Hein	Gemeinderat	
Richard Hein	Gemeinderat	
Rüdiger Lebert	Gemeinderat	
Dr. Robert Ritter	Gemeinderat	
Claus Rückert	Gemeinderat	
Markus Rückert	Gemeinderat	
Gaby Satter	Gemeinderätin	
Reinhard Schüßler	Gemeinderat	
Hans Georg Seitz	Gemeinderat	
Ilse Spielmann	Gemeinderätin	
Toni Stahl	Gemeinderat	
Corinna Suffel	Gemeinderätin	
Susanne Zellner	Gemeinderätin	

**Abwesend:**

<b>Schriftführer</b>		
Reiling Silvia		

<b>Verwaltung</b>		
Friedrich Englert		
Martin Volk		

## **Tagesordnung**

### **Öffentlicher Teil:**

<b>1.</b>	<b>Eröffnung und Begrüßung</b>
<b>2.</b>	<b>Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift</b>
<b>3.</b>	<b>Änderung des Bebauungsplanes Gemeindefeld; Ansiedlung eines Lebensmittelmarktes</b>
<b>4.</b>	<b>Hydraulische Untersuchung des Kanalnetzes Dörmorsbach mit Sanierungskonzept</b>
<b>5.</b>	<b>Neubau Feuerwehr und Bauhof; Information zum Planungsstand</b>
<b>6.</b>	<b>Bekanntgabe Jahresrechnung 2009</b>
<b>7.</b>	<b>Allgemeines</b>

**1. Eröffnung und Begrüßung**

**Bgm. Andreas Zenglein** eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass von den 20 eingeladenen Gemeinderäten alle anwesend sind und

zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde. Es besteht Einverständnis zur Tagesordnung.

**2. Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift**

Das Protokoll der Sitzung vom 30. Juni 2010 wird ohne Anmerkungen genehmigt.

**3. Änderung des Bebauungsplanes Gemeindefeld; Ansiedlung eines Lebensmittelmarktes****Sachverhalt**

In der Sitzung am 24.02.2010 hat der Gemeinderat sein grundsätzliches Einverständnis für eine Bauvoranfrage für einen Lebensmittelmarkt am Anwesen „Zum Stadion 30“ erklärt.

Nach einer Besprechung beim Landratsamt Aschaffenburg wurde festgehalten, dass für die Planung mit einem Vollsortimenter und der dazugehörigen Fläche im Bebauungsplan und im Flächennutzungsplan ein Sondergebiet ausgewiesen werden muss. Hierzu wollte der Investor zusammen mit dem Planer ein neues Konzept erarbeiten.

Bei einer weiteren Besprechung im Rathaus wurde für die Ansiedlung eines Vollsortimenters der hierfür erforderliche Flächenbedarf besprochen und dargelegt, dass auf dem jetzigen „REWE-Gelände“ die Platzverhältnisse für ein solches Unternehmen nicht ausreichend sind und auch nicht genügend Parkplätze einzuplanen sind.

Nachdem mit dem Penny-Markt, dem Plus-Markt und voraussichtlich ab Januar 2011 auch der REWE-Markt ihre Tätigkeiten aufgegeben haben oder aufgeben, ist eine Lebensmittelversorgung in Haibach nur noch durch LIDL und Nah-Kauf (Lenk) gegeben. Dies ist für die Größe von Haibach unzureichend; deswegen wäre die Ansiedlung eines Vollsortimenters zu begrüßen, um auch diese Form der Daseinsversorgung zu gewährleisten.

Die Firma PAN hat zusammen mit Herrn Richard Hein und dem Architekturbüro Franz nunmehr einen neuen Vorschlag mit drei Varianten unterbreitet, der einen größeren Lebensmittelmarkt unter Einbeziehung der seitherigen Märkte REWE und PLUS vorsieht, dies macht allerdings die Änderung der Verkehrsflächen erforderlich.

Die Zufahrtsänderung im Einmündungsbereich Würzburger Straße / Zum Stadion ermöglicht u.a. auch die einwandfreie Trennung zwischen Gewerbegebiet und Misch-/Wohngebiet. Bevor die Planung eingeleitet wird und weitere Punkte geprüft werden, die mit einer evtl. Zufahrtsänderung zusammenhängen, sollte der Gemeinderat für diese Möglichkeit eine grundsätzliche Entscheidung treffen, ob der Flächennutzungsplan und der Bebauungsplan „Gemeindefeld“ unter dieser Voraussetzung geändert wird. Sollte hierzu Einverständnis bestehen, wird die Verwaltung zusammen mit dem Antragsteller die weiteren Schritte einleiten (Be-

sprechung mit beteiligten Behörden, Prüfung von evtl. erforderlichen Änderungen von Ver- und Entsorgungsleitungen).

Zu weiteren Ausführungen erläutert **Herr Hessler** vom Architekturbüro Franz die Konzepte, die aufgrund eines Vorschlages aus dem Gemeinderat aufgegriffen wurden. Es wurden Möglichkeiten der Anordnung der Geschäfte in L- bzw. U-Form ausgearbeitet. Die Parkflächen wurden im Bereich zur Staatsstraße angeordnet. Die Zufahrt zur Staatsstraße – bei Änderung des Bebauungsplanes – muss noch mit dem Straßenbauamt abgesprochen werden, kann entweder durch den Parkplatz oder die bestehende Stichstraße erfolgen. Bei einem ersten Gespräch mit Frau Freytag, der Kreisbaumeisterin, werden wenige Probleme zur Umsetzung des Vorhabens gesehen.

**Bgm. Andreas Zenglein** bemerkt, dass der jetzige REWE-Markt im Mischgebiet liegt, im Anschluss daran befindet sich das Gewerbegebiet. Für die Durchführung der B-Plan-Änderung sollte ein Sondergebiet ausgewiesen werden. Dies wurde bei der Errichtung des Lidl-Marktes ebenfalls gemacht. Mit der Festlegung des Sondergebietes kann die Nutzung (Öffnungszeiten, Andienungszeiten etc.) festgeschrieben werden.

**Herr Fries** teilt mit, dass seit Jahresbeginn große Überlegungen angestellt wurden, diese Planung zu verwirklichen. Dank eines Vorschlags aus dem Gemeinderat kann mit dieser Neugestaltung des Areals eine nachhaltige Verbesserung für die Versorgung der Haibacher Bürger geschaffen werden.

**Bgm. Andreas Zenglein** weist darauf hin, dass, wenn REWE am 31.12. d. J. schließt, und keine Änderung der jetzigen Situation bis zu diesem Zeitpunkt erfolgt, für Haibach lediglich Lidl und Nahkauf (Lenk) zur Versorgung bereit stehen.

**GR Reinhard Schüßler** erklärt, dass in der CSU-Fraktion einhellig die Meinung besteht, dass ein Vollversorger hier angesiedelt werden muss. Die Frage stellt sich jedoch, ob dies in der vorgeschlagenen Größe sein muss. Neben den Punkten zur Bebauung muss auch die Kanalsituation in diesem

Areal geprüft werden. Eine Bebauung in U-Form mit Ein- und Ausfahrt über den Parkplatz wird bevorzugt.

**GR Hans Georg Seitz** sieht die Grundversorgung der Haibacher Bürger als vordergründig an. Durch die zentrale Lage dieses Areals ist es von vielen Bereichen auch zu Fuß zu erreichen. Die Grundstückseigentümer müssen mit dieser Änderung einverstanden sein. Die SPD-Fraktion favorisiert ebenfalls die U-Form mit Aus-Einfahrt in die Würzburger Str. Sollte eine Zufahrt im Bereich der Firma Bozem – evtl. mit Versetzung des Stromhäuschens – möglich sein, wird die L-Form bevorzugt.

**Herr Hessler** findet beide Möglichkeiten machbar. Es sollte geklärt werden, welche Aus- und Einfahrten möglich sind. Danach wird Herr Fries entsprechende Gespräche mit Investoren und Grundstückseigentümern führen.

**GR Ilse Spielmann** stellt fest, dass die Varianten U oder L gleich zu bewerten sind. Nach ihrer Meinung ist jedoch wichtig, dass zwei Möglichkeiten der Ein- und Ausfahrt geschaffen werden. Sie findet sonst die Verkehrssituation zu „chaotisch“.

**3. Bgm. Horst Hock** sieht hier die klassische Vorgehensweise einer „Salamitaktik“. Die Gemeinde bekommt aufgezeigt, was ein Investor hier machen kann. Nach seiner Ansicht sollte jedoch die Gemeinde einem Investor aufzeigen, was machbar ist. Die ursprüngliche Größe des Marktes belief sich auf 600 m<sup>2</sup>. Der Lidl Markt hat eine Fläche von ca. 800 m<sup>2</sup>. Der erste Vorschlag zur Umgestaltung des jetzigen REWE-Marktes wurde mit einer Fläche von 1.500 m<sup>2</sup> angeboten. Jetzt soll die Fläche 3.000 m<sup>2</sup> groß sein. Er stellt sich die Frage, ob Haibach dies braucht.

Er ist der Meinung, dass hier lediglich „ein gieriger Investor alles abgreifen möchte“, was möglich ist. Er spricht sich nicht gegen die Ansiedlung eines Vollsortimenters aus, aber es sollte auch auf die Hausbesitzer im Umfeld Rücksicht genommen werden. Nach seiner Ansicht ist eine Fläche von 1.200 bis 1.500 m<sup>2</sup> ausreichend.

Auf was kann sich denn der Bürger noch verlassen, wenn jetzt neben den Wohnhäusern ein solches Areal geplant und verwirklicht wird.

**Bgm. Andreas Zenglein** erwidert, dass die Märkte REWE, Plus und Penny in der Summe ca. 2.000 m<sup>2</sup> hatten. Jetzt wird hier eine Fläche von 1.500 m<sup>2</sup> als Verkaufsfläche entstehen.

Wir sind dies den Bürgern als Daseinsvorsorge schuldig.

**GR Hans Georg Seitz** meint, hier werden Äpfel mit Birnen verglichen. Es werden falsche Zahlen dargelegt. Im jetzigen Verkaufsareal ist unter anderem auch ein Brillenstudio untergebracht. Es zählt nicht nur die Fläche des REWE-Marktes.

Im Übrigen sieht er hier keine andere Situation als im restlichen Haibach. Es fahren überall LKW's

vorbei – diese Aussagen kann er nicht nachvollziehen. Er sieht ein massives Eigeninteresse des Vorredners.

**GR Dr. Robert Ritter** sieht die Verkehrsbelastung hauptsächlich im Gewerbegebiet und nicht bei den Wohnhäusern.

**Bgm. Andreas Zenglein** ist der Meinung, dass durch die Anordnung in L-Form an der Häuserfront sogar eine Verbesserung der jetzigen Situation gegeben ist.

**GR Reinhard Schüßler** ist der Ansicht, dass eine Ausfahrt neben der Fa. Bozem die bessere Lösung wäre.

**GR Jürgen Goldhammer** sieht auch eine Verbesserung der Situation, wenn die L-förmige Anordnung zum Anwesen Bozem und auch hier die Ein- u. Ausfahrt erfolgen.

**GR Erhard Attig** stellt fest, dass bei den Ausführungen von GR Dr. Robert Ritter im Frühjahr nicht die Aussage getroffen wurde, die Straße zu verlegen. Nach seiner Meinung sollten ohnehin zuvor entsprechende Gespräche mit den Eigentümern stattfinden. Die Vorgehensweise ist stark zu kritisieren.

**Bgm. Andreas Zenglein** erwidert, dass im Februar eine ganz andere Situation vorlag als jetzt im Juli. Es werden alle Regularien und Bestimmungen eingehalten. Herr Fries wird die Grundstückseigentümer über das Vorhaben in Kenntnis setzen und auch die Unterschriften für das Bauvorhaben einholen. Die Bevölkerung wird über den Verfahrensstand ausreichend informiert.

**2. Bgm. Max Baumann** stellt fest, dass dieses Verfahren zur Änderung des Bebauungsplanes schon x-mal durchgeführt wurde. Er beantragt ein Ende der Diskussion und Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt.

### Beschluss

Die Gemeinde Haibach stimmt den Planskizze Varianten U- oder L-Form mit Ausfahrt zur Würzburger Straße zur Ansiedlung eines Lebensmittelmarktes zu. Zur Änderung des Flächennutzungsplanes und des Bebauungsplanes „Gemeindefeld“ wird die Verwaltung beauftragt, zusammen mit dem Antragsteller und Planer die weiteren Schritte zu prüfen und bis zur ersten Sitzung nach der Sommerpause ein Konzept für die Änderung der Bauleitplanung vorzulegen.

Für die Änderung des Flächennutzungsplanes und Bebauungsplanes wird das Architekturbüro Christine Richter und Wolfgang Schäffner mit einbezogen. Alternativ sind eine Ausfahrt zur rechten Seite sowie eine Möglichkeit einer zweiten Ausfahrt zu prüfen.

**Abstimmungsergebnis: ja: 19 nein: 2**

#### 4. Hydraulische Untersuchung des Kanalnetzes Dörmorsbach mit Sanierungskonzept

##### Sachverhalt

Im Frühjahr 2009 wurde beschlossen, das Kanalnetz von Dörmorsbach hydraulisch überrechnen zu lassen. Das Ingenieurbüro Jung hat dazu die Kanalisation in Lage und Höhe digital erfasst und die Berechnung durchgeführt. Nach Berücksichtigung sämtlicher Einflussfaktoren ist festzustellen, dass

von ca. 5,2 km Gesamtkanalstrecke ca. 1,3 km rechnerisch nicht mehr den hydraulischen Anforderungen eines Bemessungsregens genügt. D. h. ca. 25% der Kanalisation von Dörmorsbach sind rechnerisch hydraulisch überlastet. Das Ortsnetz kann in grob vier 4 Bereiche unterteilt werden, die zur Sanierung anstehen:

- |  |   |
|--|---|
| 1. Fangbecken-Dörmorsbacher Str. „Loch“:               | Bestand: DN 300 –400 => Sanierung: DN 600 |
| 2. Dörmorsbacher Straße:                               | Bestand: DN 250 => Sanierung: DN 300 –500 |
| 3. Dörmorsbacher Straße –<br>Wiesenstraße/ Kirchgasse: | Bestand: DN 400 => Sanierung: DN 500      |
| 4. Wiesenstraße –Hohe Warte Weg                        | Bestand: DN 300 => Sanierung: DN 400 –500 |

Den Berechnungen wurde gemäß ATV-Regelwerken ein 3-jähriges Regenereignis zugrundegelegt. Dies bedeutet, dass selbst bei Austausch der Kanalisation auch zukünftig bei außergewöhnlichen Starkregen die Kanalisation die anfallenden Wassermengen nicht abführen kann. Eine Bemessung auf darüber hinausgehende Regenereignisse liefert unwirtschaftliche Rohrdurchmesser. Bei den Berechnungen haben nicht nur die Abflüsse aus dem unmittelbaren Ortsgebiet sondern auch Flächen des Außenbereiches Einfluss auf die Dimensionierung. Gegenüber dem vorgestellten Umfang aus dem Vorbericht in der BA-Sitzung vom

22.06.2010 haben sich daher noch zusätzliche Strecken im Bereich der Dörmorsbacher Straße und dem Hohe Warte Weg ergeben. Als Erstmaßnahme ist die Kanalauswechslung im Bereich zwischen Fangbecken und Dörmorsbacher Straße anzugehen. Dabei müssen auch noch die Bachverrohrung und ggfs. die Möglichkeit einer gezielten Ableitung des Bachwassers bei Hochwasser überprüft werden.

Alle weiteren Teilstreckenschritte sind entsprechend den finanziellen Möglichkeiten der Gemeinde Hainbach sukzessive zu erneuern.

##### **Kostenprognose**

##### **Kosten ( Euro):**

lfd. Nr.	Haltung	Beschreibung:	Länge:	Kanal:	Wasser:	Straßenbau:
1	067-062-043	FB- Dörrmb. Str.	235 m	300.000,00	entfällt	entfällt
2	062- 057	Dörmorsbacher Str. 1. BA	140 m	255.000,00	46.000,00	140.000,00
3	057- 054A	Dörmorsbacher Str. 2. BA	250 m	325.000,00	50.000,00	145.000,00
4	062-045	Dörmorsbacher Str. 3. BA	120 m	93.000,00	39.000,00	120.000,00
5	043 - 035	Wiesenstraße Grünland	220 m	245.000,00	entfällt	entfällt
6	035 - 013A	Wiesenstraße- Hohe Warte Str.	355 m	331.000,00	121.000,00	360.000,00
				1.549.000,00	256.000,00	765.000,00

**Gesamtkosten:**

**2.570.000,00**

Kosten unter Vorbehalt Baugrund/  
Straßenausbau/ Bachverrohrung



Nach ausführlicher Darstellung der erforderlichen Maßnahme durch **Herrn Staab, Ing. Büro Jung, Kleinostheim**, erklärt dieser, dass er von vornherein die Frage verneint, ob bei der Kanalsanierung auch gleich eine Erweiterung auf DN 800 möglich ist. Nach den Berechnungen ist eine Sanierung auf DN 600 ausreichend. Der Punkt Bachverrohrung muss jedoch noch geprüft werden.

**GR Dr. Robert Ritter** stellt fest, dass Mitte der 90er-Jahre von der CSU-Fraktion ein Regenüberlaufbecken gewünscht wurde, dies wurde von der SPD-Fraktion damals abgelehnt. Nun ist ein solches Überlaufbecken Teil der Planung. Für die Bachverrohrung sollte ein solches Becken mit Trennsystem gebaut werden.

**Dipl. Ing. Martin Volk** erklärt, dass gesetzlich gesehen hier Bestandsschutz besteht. Nach dem Wasserhaushaltsgesetz müssen in Neubaugebieten Trennsysteme eingebaut werden.

**3. Bgm. Horst Hock** schlägt vor, die Planung eines Überlaufbeckens nochmals zu prüfen. Er sieht hier durch die Situation im „Loch“ entsprechenden Handlungsbedarf gegeben. Für ihn ist es ohnehin unverständlich, dass in diesem Bereich keine Rohre mit DN 800 anstelle der DN 600 eingebaut werden sollen. Es wurde bisher noch keine Aussage über die Entwässerung im „Loch“ getroffen, wenn es zu größeren Regenereignissen kommt. Es sollte bei der Maßnahme für die beste Lösung gesorgt und baldmöglichst in Angriff genommen werden.

**GR Hans Georg Seitz** ist der Ansicht, dass der Kanal technisch in Ordnung aber zu klein dimensioniert ist. Jetzt soll eine Erweiterung von DN 400 auf DN 600 erfolgen. In drei Jahren wird er wieder nicht ausreichend sein.

**Bgm. Andreas Zenglein** schlägt vor, doch prüfen zu lassen, ob die Erweiterung von DN 600 auf DN 800 möglich bzw. machbar ist. Er möchte wissen, ob die Rohre in der gleichen Tiefe verlegt werden müssen.

Hierzu antwortet **Dipl. Ing. Staab**, dass dies der Fall ist, da sonst kein Anschluss an den oberen Kanal erfolgen kann.

**Bgm. Andreas Zenglein** schlägt eine zeitnahe Planung und Beginn der Sanierungsmaßnahme vor.

### Beschluss

Aus den zum Austausch vorgeschlagenen Teilstrecken wird mit dem Bereich zwischen Fangbecken und Dörmorsbacher Straße ( Schacht 043 ) im Jahr 2010/2011 begonnen. Bei dieser Baumaßnahme ist der Austausch der Bachverrohrung in Abhängigkeit von deren baulichem Zustand und deren hydraulischer Leistungsfähigkeit ebenfalls mit zu berücksichtigen.

**Abstimmungsergebnis: ja: 21 nein: 0**

## **5. Neubau Feuerwehr und Bauhof; Information zum Planungsstand**

### Sachverhalt

Nach der letzten Kostenermittlung hat der Haupt- und Finanzausschuss sich ausführlich in der Sitzung am 8.7.2010 mit den Kosten für Feuerwehr und Bauhof befasst und eine Kostendeckelung von 6 Mio Euro empfohlen. Hierzu fand am 16.07.2010 mit den Vertretern der Feuerwehr und dem Kreisbrandrat Ostheimer eine Besprechung zur Prüfung von Kosteneinsparungen, die nur mit einer Verminderung des Gebäudevolumens möglich sind, statt. Das Ergebnis ist in dem beigefügten Besprechungsprotokoll dokumentiert. Für den Bauhof soll ebenfalls eine Volumenreduzierung geprüft werden.

**Bgm. Andreas Zenglein** informiert, dass heute ein sehr konstruktives Treffen des Arbeitskreises zusammen mit den Architekten und Fachingenieuren stattfand. Das Ergebnis dieser Beratungen wird dem Arbeitskreis in der Sitzung am 08.09.2010 und dem Gemeinderat in einer Sondersitzung am 15.09.2010 dargelegt.

Weiterhin informiert **Bgm. Andreas Zenglein**, dass sich die Zusage für die Bezuschussung derzeit auf ca. 474.000 EUR beläuft.

**Roland Kunkel** – Mitglied des AK FFW/Bauhof erklärt, dass es sehr schwierig ist, einen Neubau

des FFW/Bauhofs ohne Aufzug zu bauen. Des Weiteren bemerkt er zu dem Vorhaben, die Schlauchpflege an die FFW Goldbach zu übergeben, dass hier auch entsprechende Rechnungen auf die Gemeinde zukommen werden. Das wird möglicherweise teurer als eine jetzige Eigenfinanzierung.

**Bgm. Andreas Zenglein** stellt fest, dass der Schacht für den Aufzug auf jeden Fall vorgesehen wird. Das Einbauen eines Aufzugs erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt. Dieser Punkt zur Einsparung wurde auch im Arbeitskreis sehr kontrovers diskutiert. Die Gemeinde muss jedoch auch die Gesamtsituation im Auge behalten.

**GR Hans Georg Seitz** ist der Ansicht, dass bei FFW und Bauhof einige Dinge gestrichen wurden, die beiden „weh tun“. Die Gemeinde muss jedoch in den nächsten 30 Jahren 300.000 EUR für Zinsen und Tilgung aufbringen.

**3. Bgm. Horst Hock** bemerkt, dass auch im Haupt- und Finanzausschuss bereits schwierige Beratungen geführt wurden. Die drei Fraktionssprecher, die im Arbeitskreis vertreten sind, werden sich behaupten. Wichtigstes Ziel ist, dass eine Bausumme mit 6 Mio EUR festgelegt wird.

<b>6.</b>	<b>Bekanntgabe Jahresrechnung 2009</b>
-----------	--

Die Jahresrechnung 2009 der Gemeinde Haibach wird gem. Art. 102 Abs. 2 GO dem Gemeinderat zur Kenntnis vorgelegt.

**Die Jahresrechnung 2009 schließt wie folgt ab:**

Die Einnahmen und Ausgaben des Verwaltungshaushaltes schlossen ab mit einem Betrag von	12.349.118,33 €
Die Einnahmen und Ausgaben des Vermögenshaushaltes schlossen ab mit einem Betrag von	3.591.256,35 €
In den Ausgaben des Verwaltungshaushaltes ist die Zuführung an den Vermögenshaushalt enthalten mit	1.375.232,19 €
In den Einnahmen des Vermögenshaushaltes ist die Entnahme aus der allgemeinen Rücklage enthalten mit	1.195.984,45 €
Die Einnahmen und Ausgaben des Gesamthaushaltes betragen	15.940.374,68 €

**Haushaltsansatz 2008:**

Verwaltungshaushalt	12.363.900 €
Vermögenshaushalt	4.577.500 €
<b>Gesamthaushalt</b>	<b>16.941.400 €</b>
Zuführung an den Vermögenshaushalt	1.291.000 €

**Nachrichtlich:**

<b>Ist-Ergebnis:</b>	Einnahmen Verwaltungshaushalt	12.228.902,37 €
	Ausgaben Verwaltungshaushalt	12.348.195,04 €
	<b>IST-Fehlbetrag Verwaltungshaushalt</b>	<b>119.292,67 €</b>
	Einnahmen Vermögenshaushalt	3.368.103,00 €
	Ausgaben Vermögenshaushalt	3.599.872,90 €
	<b>IST-Fehlbetrag Vermögenshaushalt</b>	<b>231.769,90 €</b>
	Kasseneinnahmereste	352.941,01 €

Die allgemeine Rücklage belief sich zum 31.12.2009 auf 6.151.060,82 €  
Die Schulden beliefen sich zum 31.12.2009 auf 3.085.636,29 €

**Beschluss**

Die Jahresrechnung 2009 wird zur Kenntnis genommen und an den Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung weitergeleitet.

**Abstimmungsergebnis:**      **ja:**      **21**      **nein:**      **0**

<b>7. Allgemeines</b>
-----------------------

**Informationen Bgm. Andreas Zenglein –Veranstaltungen 24./25. Juli:**

Sommerfest	Alemannia Haibach
Grillfest	TSV Grünmorsbach

Hiernach schließt Bürgermeister Andreas Zenglein den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am 13.10.2010 genehmigt.

---

Andreas Zenglein  
Erster Bürgermeister

---

Reiling Silvia  
Verw.-Angest.

## SITZUNG des GEMEINDERATES

**Sitzungstag: Mittwoch, 22. September 2010**

**Sitzungsdauer: 20:00 Uhr bis 22:00 Uhr**

**Haibach, Rathaus**

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

Sitzungsteilnehmer	Funktion	Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung
--------------------	----------	--

**Anwesend:**

Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	
Max Baumann	2. Bürgermeister	
Peter Amrhein	Gemeinderat	
Wendelin Bleifus	Gemeinderat	
Michael Fuchs	Gemeinderat	
Jürgen Goldhammer	Gemeinderat	
Andreas Hein	Gemeinderat	
Richard Hein	Gemeinderat	
Rüdiger Lebert	Gemeinderat	
Dr. Robert Ritter	Gemeinderat	
Claus Rückert	Gemeinderat	
Markus Rückert	Gemeinderat	
Gaby Satter	Gemeinderätin	
Reinhard Schüßler	Gemeinderat	
Hans Georg Seitz	Gemeinderat	
Corinna Suffel	Gemeinderätin	
Susanne Zellner	Gemeinderätin	

**Abwesend:**

Horst Hock	3. Bürgermeister	
Erhard Attig	Gemeinderat	
Ilse Spielmann	Gemeinderätin	
Toni Stahl	Gemeinderat	

<b>Schriftführer</b>		
Reiling Silvia		

<b>Verwaltung</b>		
Friedrich Englert		

## **Tagesordnung**

### **Öffentlicher Teil:**

<b>1.</b>	<b>Eröffnung und Begrüßung</b>
<b>2.</b>	<b>Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift</b>
<b>3.</b>	<b>Bebauungsplan Sondergebiet Feuerwehrhaus und Bauhofes; Ergebnis aus der öffentlichen Auslegung und der Anhörung der Träger öffentlicher Belange; weiteres Verfahren</b>
<b>4.</b>	<b>Änderung des Bebauungsplanes Bessenbacher Weg im Bereich Mainzer Straße</b>
<b>5.</b>	<b>Änderung der Friedhofsatzung</b>
<b>6.</b>	<b>Allgemeines</b>

## 1. Eröffnung und Begrüßung

**Bgm. Andreas Zenglein** eröffnet die Sitzung und stellt fest,

dass von den 20 geladenen Gemeinderatsmitgliedern 16 erschienen sind

und

zur Sitzung ordnungs- und fristgerecht geladen wurde.

Es besteht Einverständnis mit der Tagesordnung

## 2. Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift

Das Protokoll der Sitzung des Gemeinderates vom 21. Juli 2010 wird ohne Anmerkungen genehmigt.

## 3. Bebauungsplan Sondergebiet Feuerwehrhaus und Bauhofes; Ergebnis aus der öffentlichen Auslegung und der Anhörung der Träger öffentlicher Belange; weiteres Verfahren

### Sachverhalt

Der Entwurf des Bebauungsplanes „Sondergebiet Feuerwehr und Bauhof“ mit Erläuterung und weiteren Anlagen wurde den Trägern öffentlicher Belange zur Stellungnahme vorgelegt. Gleichzeitig fand in der Zeit von 26.07.2010 bis 10.09.2010 die öffentliche Auslegung statt.

Im Rahmen der öffentlichen Auslegung wurden keine Anmerkungen vorgebracht. Die Stellungnahmen aus der Anhörung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange hat Herr Scheduling vom Architekturbüro Jung zusammengefasst und beurteilt. Die Beschlussvorschläge hierzu beziehen sich auf die lfd. Nrn. der Stellungnahme Jung.

Gegenüber der seitherigen Planung hat sich der Baukörper aus Kostengründen geändert. Eine Anpassung des Bebauungsplanes ist deswegen nicht zwingend erforderlich, da die Maße des Baukörpers sich in dem Baufenster befinden. Da sich jedoch die Anordnung und Anzahl der Stellplätze ändert, sollte das Baufenster dem tatsächlichen Plan angepasst werden.

Desweiteren ist eine Änderung wegen der Dachgestaltung mit entsprechenden Festsetzungen erforderlich. Hier wurde im Hauptgebäude das bisher festgelegte Gründach ebenfalls aus Kostengründen gestrichen. Bei dieser Festsetzung ist eine gründliche Abwägung der Vorteile des Gründaches gegenüber den damit verbundenen höheren Kosten erforderlich. Bei einer Kosteneinsparung von 200.000 € stellt sich dabei nach Auffassung der Verwaltung keine Alternative. Einwände der Unteren Naturschutzbehörde gegen diese geänderte Planung sind deswegen anzunehmen.

Bezüglich der Grünordnungsplanung kann von einer wesentlichen Änderung der bisherigen Festsetzung ausgegangen werden, so dass eine nochmalige öffentliche Auslegung mit Verständigung der Träger öffentlicher Belange erforderlich wird.

In den Ausführungen zu diesem Tagesordnungspunkt informiert **Herr Scheduling** ausführlich über die Anmerkungen und Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange.

**Herr Trölenberg** informiert, dass bezüglich der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung bereits mehrfach Gespräche mit Herrn Klössner stattfanden. Die ursprüngliche Mehrgewinnung der Ausgleichsfläche von ursprünglich 700 m<sup>2</sup> hat sich nach Verhandlungen auf jetzt 400 m<sup>2</sup> reduziert und umfasst insgesamt 7.200 m<sup>2</sup>. Nachdem die Gebäudegröße reduziert wurde, bringt dies jedoch keinen Einfluss auf die Größe der Ausgleichsfläche. Durch den Wegfall des Gründaches wird eine neue Berechnung erfolgen.

**Bgm. Andreas Zenglein** stellt fest, dass das Landratsamt von Beginn an der Planung beteiligt war und diesbezüglich alles in Abstimmung mit dem Landratsamt erfolgte.

In der kommenden Woche wird dem Gemeinderat in einer Sondersitzung der jetzige Planungsstand des Gebäudes präsentiert, ebenso die Vorschläge zur Einsparung und die finanziellen Aspekte.

An diesem Abend soll auch ein Beschluss über die Planung gefasst werden, da wir uns nun am Ende der Planungsphase 2 befinden.

### Beschluss

### Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange:

#### 2.1 Regierung von Unterfranken

Zu der Stellungnahme der Regierung von Unterfranken ist folgendes anzumerken:

In der Stellungnahme der Unteren Naturschutzbehörde wird darauf hingewiesen, dass das Planungsgebiet knapp zur Hälfte (westl. Teil) im Landschaftsschutzgebiet „Spessart“ liegt. Im Rahmen des vorbereitenden Flächennutzungsplanverfahrens hat die Gemeinde mit Antrag vom 18.12.2003 die Änderung der Grenze beantragt. Dieser Antrag konnte von der Unteren Naturschutzbehörde mit Schreiben vom 23.01.2004 befürwortet und an den Bezirk Unterfranken weitergeleitet werden.

Die zum Ausgleich vorgesehenen Ökokontoflächen werden seitens der Gemeinde benannt. Die Regierung von Oberfranken –Bergamt Nordbayern– wurde nachträglich an dem Bauleitplanverfahren beteiligt.

Eine Planungsänderung wird zu diesen Anmerkungen nicht erforderlich.

**Abstimmungsergebnis: ja: 17 nein: 0**

#### **Beschluss**

#### **2.4 Landratsamt Aschaffenburg - Untere Naturschutzbehörde –**

##### **a) naturschutzrechtliche Eingriffsregelung**

Die Ackerfläche wird entsprechend den Vorgaben der Naturschutzbehörde vorgenommen. Im Gegenzug wird auf den Ausgleich für die vorhandene Straßenverkehrsfläche verzichtet. Insgesamt ergibt sich dann in der Summe eine Mehrung der erforderlichen Ausgleichsflächen von ca. 400 m².

Die zum Ausgleich vorgesehenen Ökokontoflächen werden seitens der Gemeinde benannt.

##### **c) Eingrünung des Gebietes**

Zusätzliche Flächen stehen entlang der Südgrenze nicht zur Verfügung. Die festgesetzte Eingrünungsbepflanzung (3–4 m breit) ist jedoch möglich, da es sich um eine öffentliche Fläche handelt.

Die Begrünung der Lärmschutzwand mit Kletterpflanzen wird in den textlichen Festsetzungen zum Grünordnungsplan ergänzt.

**Abstimmungsergebnis: ja: 17 nein: 0**

#### **Beschluss**

#### **2.5 Landratsamt Aschaffenburg - Untere Immissionsschutzbehörde**

Die Ziffer 2 der textlichen Hinweise wird entsprechend der Stellungnahme der Unteren Immissionsschutzbehörde ersatzlos gestrichen.

**Abstimmungsergebnis: ja: 17 nein: 0**

#### **Beschluss**

#### **2.6 Landratsamt Aschaffenburg - Kreisbrandinspektion –**

Die Hinweise der Kreisbrandinspektion werden bei der weiteren Planung und Ausführung beachtet.

**Abstimmungsergebnis: ja: 17 nein: 0**

#### **Beschluss**

#### **2.7 Landratsamt Aschaffenburg - Kreistiefbauverwaltung –**

Die Zusatzbezeichnung Abs. 11 wird entsprechend der Stellungnahme der Kreistiefbauverwaltung gestrichen.

**Abstimmungsergebnis: ja: 17 nein: 0**

#### **Beschluss**

#### **2.8 Regionaler Planungsverband Bayerischer Untermain –Region 1**

In der Stellungnahme der Unteren Naturschutzbehörde wird darauf hingewiesen, dass das Planungsgebiet knapp zur Hälfte (westl. Teil) im Landschaftsschutzgebiet „Spessart“ liegt. Im Rahmen des vorbereitenden Flächennutzungsplanverfahrens hat die Gemeinde mit Antrag vom 18.12.2003 die Änderung der Grenze beantragt. Dieser Antrag konnte von der Unteren Naturschutzbehörde mit Schreiben vom 23.01.2004 befürwortet und an den Bezirk Unterfranken weitergeleitet werden.

Eine weitere Ergänzung des Bebauungsplans ist daher nicht erforderlich.

**Abstimmungsergebnis: ja: 17 nein: 0**

#### **Beschluss**

#### **2.9 Wasserwirtschaftsamt Aschaffenburg**

Die Begründung und der textliche Hinweis Nr. 5 wird entsprechend der Stellungnahme des Wasserwirtschaftsamtes Aschaffenburg ergänzt bzw. konkretisiert.

Des Weiteren werden die Hinweise des Wasserwirtschaftsamtes Aschaffenburg bei der weiteren Planung und Ausführung beachtet.

**Abstimmungsergebnis: ja: 17 nein: 0**

#### **Beschluss**

#### **2.10 Staatliches Bauamt Aschaffenburg**

Der Bebauungsplan und die Begründung werden entsprechend der Stellungnahme des Staatlichen Bauamtes geändert bzw. ergänzt.

**Abstimmungsergebnis: ja: 17 nein: 0**

#### **Beschluss**

#### **2.11 Vermessungsamt Aschaffenburg**

Die Begründung zum Bebauungsplan wird entsprechend der Stellungnahme des Staatlichen Bauamtes geändert bzw. ergänzt.

**Abstimmungsergebnis: ja: 17 nein: 0**

#### **Beschluss**

#### **2.13 Aschaffener Versorgungs GmbH**

Die Hinweise der AVG sollten bei der weiteren Planung und Ausführung beachtet werden. Aufgrund der Stellungnahme der AVG werden für die Erstellung des Bebauungsplans keine Änderungen oder Ergänzungen notwendig.

**Abstimmungsergebnis: ja: 17 nein: 0**

#### **Beschluss**

#### **2.14 Energieversorgung Main-Spessart GmbH**

Die Hinweise der Main-Spessart-GmbH werden bei der weiteren Planung und Ausführung beachtet.

**Abstimmungsergebnis: ja: 17 nein: 0**

**Beschluss**  
**Weiteres Verfahren:**

Der Entwurf des Bebauungsplanes „Sondergebiet Feuerwehr und Bauhof“ wird hinsichtlich der Festsetzungen zu den Gründächern auf dem Hauptge-

bäude geändert und diese Festsetzung nach Abwägung mit den damit verbundenen wirtschaftlichen Aspekten gestrichen. Des Weiteren werden das Baufenster und die Anordnung der Stellplätze der tatsächlichen Planung angepasst.

Der Bebauungsplan „Sondergebiet Feuerwehr und Bauhof“ wird aufgrund dieser Änderung nochmals öffentlich ausgelegt und die betroffenen Träger öffentlicher Belange hiervon verständigt.

**Abstimmungsergebnis: ja: 17 nein: 0**

<b>4. Änderung des Bebauungsplanes Bessenbacher Weg im Bereich Mainzer Straße</b>
---

**Sachverhalt**

Dieser Tagesordnungspunkt war schon mehrmals auf der Tagesordnung. Da die Mainzer Straße in der jetzt im Bebauungsplan dargelegten Form auch in Zukunft nicht ausgebaut werden kann, wurde ein Abschluss der jetzigen Mainzer Straße mit einem Wendehammer ins Auge gefasst.

Zuletzt wurde in nicht-öffentlicher Sitzung über vertragsrechtliche Dinge beschlossen, die vor einer Änderung des Bebauungsplanes erfüllt sein müssen.

Nachdem dieser Beschluss des Gemeinderates Zustimmung gefunden hat, kann nun die Änderung des Bebauungsplanes Bessenbacher Weg, wie in dem beiliegenden Lageplan dargestellt, beschlossen werden. Der Vorschlag sieht eine Erschließung von zwei neu zu bildenden Grundstücken am Anwesen Kreusser vor. Die Mainzer Straße schließt, ebenfalls auf diesem Grundstücksteil, mit einem Wendehammer nach den Richtlinien für die Anlagen von Stadtstraßen (RASt) ab.

Der Vorschlag des Architekten der Fam. Kreusser zur Ausbildung des Wendehammers ist nach Auskunft von Arch. Schäffner nach der bis 2007 geltenden Empfehlung für die Anlage von Erschließungs-

straßen (EAE) vorgeschlagen worden. Nach den neuen Richtlinien für die Gestaltung von Straßen entspricht der Wendehammer nicht mehr den Empfehlungen. Bei der Anlage von den Gehwegen handelt es sich um Richtlinien, eine geringfügig abweichende Regelung ist dabei denkbar, aber nicht zu empfehlen.

**Beschluss**

Der Bebauungsplan Bessenbacher Weg wird im Bereich Mainzer Straße geändert. Die Fortführung der Mainzer Straße wird aufgegeben und auf dem Grundstück Fl.Nr. 4265/1 ein Wendehammer nach den Richtlinien für die Anlagen von Stadtstraßen (RASt), Vorschlag 2 (Wendehammer für Fahrzeuge bis 9 m Länge) von Arch. Schäffner, geplant.

Mit der Änderung des Bebauungsplanes wird das Architekturbüro Schäffner u. Richter, Aschaffenburg, beauftragt.

**GR Andreas Hein ist gem. Art. 49 GO persönlich beteiligt.**

**Abstimmungsergebnis: ja: 16 nein: 0**

<b>5. Änderung der Friedhofsatzung</b>
--

**Sachverhalt**

In der Sitzung des Bauausschusses am 28.07.2010 wurde über „lose“ Grabeinfassungen im Waldfriedhof beraten und an den Gemeinderat empfohlen, dass diese Grabeinfassungen für den Waldfriedhof nicht zugelassen werden sollen. Hierzu ist eine Änderung der Friedhofsatzung erforderlich.

In § 20 Abs. 1 der Friedhofsatzung ist folgendes festgelegt:

**Beschluss**

**Satzung zur Änderung der Friedhofsatzung vom 03.07.2009:**

Aufgrund von Art. 23 und Art. 24 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 und Absatz 2 der Gemeindeordnung erlässt die Gemeinde Haibach folgende

„(1) Die Errichtung und wesentliche Änderung von Grabmälern bedarf der Erlaubnis der Gemeinde. Für Grabmäler, Einfriedungen, Einfassungen und sonstige bauliche Anlagen gelten die Vorschriften für Grabmäler entsprechend, soweit nichts anderes bestimmt ist.“

Bei der neuen Fassung wurde offensichtlich übersehen, die Festlegung „Im Waldfriedhof und im Erweiterungsteil des Friedhofes Grünmorsbach sind Grabumfassungen nicht gestattet.“ zu übernehmen.



**Satzung**

zur Änderung der Satzung

über die öffentliche Bestattungseinrichtung

der Gemeinde Haibach

(Friedhofs- und Bestattungssatzung)

**§ 1 Änderung**

§ 20 Abs. 1 der Friedhofssatzung wird folgender Satz angefügt:

Im Waldfriedhof und im Erweiterungsteil des Friedhofes Grünmorsbach sind andere als pflanzliche Grabumfassungen nicht gestattet.

**§ 2 Inkrafttreten**

Die Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Haibach, 22. September 2010

Andreas Zenglein

Bürgermeister

**Abstimmungsergebnis: ja: 17 nein: 0****6. Allgemeines****6.1. Baugebiet „Ober den Gärten“**

**Bgm. Andreas Zenglein** erklärt, dass nach Information von Herrn Heuser im Bereich des Baugebietes „Ober den Gärten“ nunmehr ca. 10 Grundstückseigentümer bauen möchten. Derzeit werden Verhandlungen über Grundstückstauschgeschäfte geführt und die Sache ist im schwebenden Verfahren. Sobald eine Einigung erfolgt, wird dies dem Gemeinderat mitgeteilt.

**Bgm. Andreas Zenglein** teilt in diesem Zusammenhang mit, dass die Gemeinde die für 2010 geplante Neugestaltung des Spielplatzes wegen der eventuellen Umlegung nicht durchgeführt hat. Nachdem sich nun nicht alle Grundstückseigentümer an dieser Umlegung beteiligen möchten, wird der Spielplatz im Frühjahr 2011 neu ausgestattet.

**GR Hans Georg Seitz** bemerkt, dass der Gemeinderat beschlossen hat, die Umlegung soll nur erfolgen, wenn alle Grundstückseigentümer in diesem Bereich sich beteiligen. Er gibt zu bedenken, dass sich von 24 Eigentümern nur 9 für eine Bebauung ausgesprochen haben.

**Bgm. Andreas Zenglein** erwidert, dass derzeit verhandelt wird, wie eine Lösung hierzu aussehen kann.

**6.1.1. Kanalbaumaßnahmen Blumenstraße****Bgm. Andreas Zenglein stellt fest:**

Der Gemeinderat hat beschlossen, Kanalarbeiten in der Blumenstraße durchzuführen. Diese Arbeiten wurden ebenfalls wegen des laufenden Verfahrens noch nicht begonnen. Sollte jetzt eine Ausschrei-

bung durchgeführt werden, besteht die Wahrscheinlichkeit, dass die Baustelle im November beginnt und bis in das Frühjahr andauert. Um dies zu vermeiden, wird jetzt die Ausschreibung vorbereitet, um eventuell auch die günstigen Winterpreise zu erhalten. Die Ausführung soll dann im Frühjahr 2011 erfolgen.

**6.2. Lautsprecheranlage Waldfriedhof**

**GR Peter Amrhein** teilt mit, dass bei der letzten Beerdigung im Waldfriedhof die Außenlautsprecheranlage außer Funktion war. Dies sollte geprüft werden bzw. sollten die Bestatter über die Benutzung eingewiesen werden.

**6.3. Hallenbad –Reparaturarbeiten**

**GR Claus Rückert** möchte wissen, weshalb das Hallenbad eine Woche länger geschlossen war.

**Bgm. Andreas Zenglein** teilt hierzu mit, dass bei der Grundreinigung festgestellt wurde, dass an diversen Stellen Ablagerungen aufgetreten sind und einige Fliesen gerissen waren. In diesem Zusammenhang wurden die Fliesen ausgetauscht, alle Fugen im Bereich des Schwimmbades erneuert. Diese Arbeiten wurden durch die Firma Heinz Roth ausgeführt. Die Kosten für diese Maßnahme beliefen sich auf ca. 2.000 EUR – Garantieansprüche können nicht abgeleitet werden, da die ausführende Firma sich im Konkurs befindet.

**Bgm. Andreas Zenglein** schlägt vor, dass man sich Gedanken machen sollte, wie künftig in den Ferien die Schließung des Hallenbades zu regeln ist.

Nachdem im August zum Teil sehr schlechtes Wetter war, wäre sicherlich eine gute Nutzung des Hallenbades möglich gewesen.

Der Badebetrieb ist seit dem letzten Montag wieder möglich.

Hiernach schließt Bürgermeister Andreas Zenglein den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am **10. Nov.2010** genehmigt.

---

Andreas Zenglein  
Erster Bürgermeister

---

Reiling Silvia

## SITZUNG des GEMEINDERATES

**Sitzungstag: Mittwoch, 29. September 2010**

**Sitzungsdauer: 20:00 Uhr bis 22:00 Uhr**

**Haibach, Rathaus**

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

<b>Sitzungsteilnehmer</b>	<b>Funktion</b>	<b>Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung</b>
---------------------------	-----------------	---

**Anwesend:**

Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	
Max Baumann	2. Bürgermeister	
Horst Hock	3. Bürgermeister	
Peter Amrhein	Gemeinderat	
Erhard Attig	Gemeinderat	
Wendelin Bleifus	Gemeinderat	
Michael Fuchs	Gemeinderat	
Jürgen Goldhammer	Gemeinderat	
Andreas Hein	Gemeinderat	
Richard Hein	Gemeinderat	
Claus Rückert	Gemeinderat	
Markus Rückert	Gemeinderat	
Gaby Satter	Gemeinderätin	
Reinhard Schüßler	Gemeinderat	
Hans Georg Seitz	Gemeinderat	
Ilse Spielmann	Gemeinderätin	
Corinna Suffel	Gemeinderätin	
Susanne Zellner	Gemeinderätin	

**Abwesend:**

Rüdiger Lebert	Gemeinderat	
Dr. Robert Ritter	Gemeinderat	
Toni Stahl	Gemeinderat	

<b>Schriftführer</b>		
Reiling Silvia		

<b>Verwaltung</b>		
Friedrich Englert		
Martin Volk		
Thomas Wenzel		

## Tagesordnung

### Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung und Begrüßung
2.	Neubau eines Feuerwehrhauses und Bauhofes; Vorstellung der überarbeiteten Planung und Kostenberechnung

**1. Eröffnung und Begrüßung**

**Bgm. Andreas Zenglein** eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass

- a) von den 20 geladenen Gemeinderäten 17 erschienen sind und der Gemeinderat beschlussfähig ist.
- b) Die Einladung fristgerecht und ordnungsgemäß zugestellt wurde.

Es besteht Einverständnis mit der Tagesordnung.

**Bgm. Andreas Zenglein** begrüßt zudem die Vielzahl der interessierten Zuhörer, sowie die beteiligten Planer für den Neubau von FFW/Bauhof.

**2. Neubau eines Feuerwehrhauses und Bauhofes; Vorstellung der überarbeiteten Planung und Kostenberechnung****Sachverhalt****Historie:**

Die Aussiedlung des Feuerwehrhauses und des Bauhofes ist schon seit der ersten Planung über eine Ortskerngestaltung zwischen 1985 und 1997 ein Thema. Letztendlich ist die weitere Planung der Ortskerngestaltung gescheitert, weil eine staatliche Förderung nur mit der Aussiedlung des Bauhofes und des Feuerwehrhauses möglich ist.

Für die Aussiedlung des Bauhofes wurde in dieser Zeit ein Standort (Ortsausgang Grünmorsbach) festgelegt, dieser scheiterte jedoch an der erforderlichen Genehmigung des Flächennutzungsplanes. Diese Genehmigungsversagung ist aus heutiger Sicht als „Glücksfall“ zu werten.

Auch die Feuerwehr Haibach hatte sich mit einer möglichen Erweiterung oder einem neuen Standort beschäftigt und im Jahr 1992 einen Neubau vorgeschlagen. Nach Prüfung mehrerer Standorte zusammen mit dem Kreisbrandrat und dem Bayer. Landesamt für Brand- und Katastrophenschutz wurde schon zu dieser Zeit für das Feuerwehrhaus der Standort an der Zufahrt zum Kompostplatz als geeignet angesehen.

Der Gemeinderat hatte am 3.2.1993 diesen Standort jedoch nicht befürwortet. Dies geschah allerdings im Zusammenhang mit einer Baugebietsausweisung entlang der Findbergstraße.

Nach weiteren Gesprächen im Rahmen der Ortskerngestaltung kam die Aussiedlung wieder ins Rollen mit der Ankündigung der drei Feuerwehren Haibach, Grünmorsbach und Dörmorsbach im Dezember 2002, fusionieren zu wollen. Vorgestellt wurde dabei das Konzept „Feuerwehren in Haibach 200X“. Dies machte den Weg frei für weitere Überlegungen bzw. Planungen.

Der Gemeinderat hat nach dieser Bereitschaft zur Fusion am 25. Juni 2003 die Aufstellung der Änderung des Flächennutzungsplanes beschlossen und nach vorhergehender nochmaliger Prüfung mehrerer Alternativen den jetzigen Standort für Feuerwehr und Bauhof festgelegt.

Diese Änderung des Flächennutzungsplanes erlangte Rechtskraft mit der Veröffentlichung im Mitteilungsblatt am 22.7.2004.

Die ersten Grundstücksverhandlungen zum Erwerb der betroffenen Grundstücke begannen am

29.06.2004 und endeten nach mehrmaligen Besprechungen und Treffen des Arbeitskreises sowie Diskussionen und Beschlüssen im Gemeinderat am 26.01.2007 mit der notariellen Beurkundung.

Als nächster Schritt erfolgte die Aufstellung des Raumprogramms sowohl für die Feuerwehr als auch für den Bauhof. Am 17.10.2007 stellte die Feuerwehr ihr Raumprogramm im Gemeinderat vor, der Bauhof tat dies am 23.04.2008.

Nach einem Sachstandsbericht am 3.12.2008 wurde in der weiteren Gemeinderatssitzung am 21.01.2009 ein Arbeitskreis gebildet, der aus Vertretern der Gemeinderatsfraktionen, der Feuerwehr, des Bauhofes und der Verwaltung bestand.

Nach Besichtigung von mehreren Feuerwehrhäusern und Bauhöfen wurde nach Vorschlag des Arbeitskreises vom Gemeinderat am 01.07.2009 festgelegt, dass ein sogenanntes VOF-Verfahren (Vergabe von freiberuflichen Dienstleistungen) für die Planung des Projektes durchgeführt wird. Vom gemeindlichen Bauamt wurden schon zu diesem Zeitpunkt die Kosten mit ca. 6 Mio Euro grob geschätzt.

Unter Federführung des Ing.Büros Guntau & Kunz wurden die entsprechenden Ausschreibungen für die Architektenleistungen europaweit durchgeführt. Nach einer Bewertungsmatrix wurden von insgesamt 23 Büros nunmehr 5 Ing.Büro in die engere Wahl gezogen. Nach einem Skizzenwettbewerb unter diesen 5 Bewerbern hat der Arbeitskreis in einer „Mammutsitzung“ am 7.11.2009 (mit Vorstellung der einzelnen Planungen) nach einem Bewertungssystem das Büro „bbp: architekten“, Kiel, favorisiert und dem Gemeinderat empfohlen, diesem Architekturbüro den Auftrag zu erteilen. Der Gemeinderat hat in der Sitzung am 11.11.2009 diese Empfehlung angenommen.

Nach mehreren Sitzungen des Arbeitskreises (auch zusammen mit den Planern) stellten bbbp Architekten die Planung erstmals am 24.03.2010 im Gemeinderat vor. Nach Einschaltung der Fachplaner wurden danach Kosten in Höhe von 7.776.000 Euro (Stand Juni 2010) ermittelt.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in der Sitzung am 08.07.2010 aufgrund der Baukosten und Folgekosten an den Gemeinderat eine Kostendeckelung von 6 Mio Euro empfohlen.

Aufgrund dieses Kostenlimits wurde sowohl von den Planern, von der Feuerwehr und vom Bauhof das Projekt nochmals unter die Lupe genommen und Einsparpotential geprüft. Das Ergebnis liegt nun heute vor und wird von den Planern vorgestellt. Das Kostenlimit konnte leider nicht eingehalten werden,

jedoch ist eine Kostenminderung auf 6.538.000 € zu verzeichnen.

Dieses Ergebnis wurde vom Arbeitskreis, der sich am 15.09.2010 zum 14. mal traf, eingehend geprüft und festgehalten, dass nunmehr der Gemeinderat diese Planung weiterverfolgen sollte.

#### Weitere Vorgehensweise:

Nach Darlegung der Planung durch Herrn Urban von der bbp und den Fachplanern werden seitens der Verwaltung folgende weitere Schritte vorgeschlagen:

- Bestätigung der vorliegenden und dargelegten Planung
- Bestätigung der Kostenberechnung mit Festlegung der Optionen wie folgt:
  - a) Minderung durch Umstellung Fassadenkonstruktion wie beschrieben: - 94.400,00 €
    - Änderung der nördlichen Außenwand in Skelettbauweise - 59.000,00 €
  - b) Mehrungen:
 

HLS:	Einzelraumsteuerung (FFW-Bauhof)	57.135,00 €
	Gebäudeleittechnik	21.169,20 €
	Aufzug FFW	33.630,00 €
	Mono-Splitanlage Bauhof	11.935,00 €
	Mono-Splitanlage FFW	17.110,00 €
	Optionen HLS gesamt:	<b>140.979,90 €</b>
ELT:	Antennenanlage Bauhof	1.062,00 €
	Antennenanlage FFW	2.006,00 €
	BUS-Installation Bauhof	10.183,00 €
	BUS-Installation FFW	22.738,60 €
	Zutrittskontrolle Bauhof	6.466,40 €
	Zutrittskontrolle FFW	7.599,20 €
	Blitzschutz Bauhof	4.248,20 €
	Blitzschutz FFW	5.664,00 €
	Brandmeldetechnik FFW	6.136,00 €
	ELA-Anlage FFW	13.440,20 €
	Optionen ELA gesamt:	<b>79.543,80 €</b>
- Klärung der Zuschüsse bei der Regierung von Unterfranken in Zusammenarbeit mit dem Kreisbrandrat. Für die Zuwendungen sind Festbeträge zu erwarten, die Planung ist jedoch nach der entsprechenden DIN auszurichten und daher von der Regierung zu prüfen:  
Die Zuwendungen betragen:
 

für den 1. und 2. Stellplatz je	46.500 €=	93.000 €
für den 3. Bis 5. Stellplatz je	57.000 €=	171.000 €
für den 6. Bis 8. Stellplatz je	70.000 €=	210.000 €
	gesamt:	<b>476.000 €</b>
- Vorlage des Bauantrages an die Genehmigungsbehörde  
Darüber hinaus:  
Vorbereitung der Ausschreibung durch den Architekten  
Die Einarbeitung des überarbeiteten Planes in den Bebauungsplan wurde bereits am 22.09.2010 beschlossen.

**Herr Urban** erläutert anhand einer Präsentation den derzeitigen Planungsstand. Gegenüber der letzten Vorstellung im März 2010 haben sich folgende Details geändert:

Das Gebäude wurde um insgesamt 10 m gekürzt.  
Der Bereich der Einfahrt –Übungshof FFW wurde vergrößert.

Die Pflanzmaßnahmen wurden verändert bzw. der Umfang erweitert.  
 Die Außenstellplätze wurden um 2 Achsen eingekürzt.  
 Anstelle der Waschhalle wird nun ein Waschplatz gebaut.  
 Der Bereich der Hochlager der FFW vermindert sich um 10 m.  
 Die Einsatzzentrale ist jetzt ebenerdig.  
 Die Technikräume befinden sich in der Mitte des Gebäudeobjektes.  
 Die Unterkellerung entfällt.  
 Der Gebäudebereich Bauhof wird um 1 m gekürzt.  
 Die Überdachung vor den Werkstätten im Bereich Bauhof bleibt erhalten.  
 Der nunmehr geplante Waschplatz befindet sich im Anschluss an die Halle.  
 Im Sanitärbereich wurden Veränderungen vorgenommen.  
 Der Bereich Umkleide-Feuerwehr ist durch leichte Trennwände variabel abtrennbar.

#### Im OG

Das Hochregallager wurde gekürzt.  
 Der Bereich über dem Technikraum ist als Lagerfläche nutzbar.  
 Der Übungsturm bleibt erhalten.  
 Auf dem Hauptdach wird kein Gründach angelegt.  
 Auf dem Außenlager und Stellplatzbereich wird das Gründach in das Bauwerk mit integriert.  
 Die Treppe zum FFW-Mehrzweckraum wird einläufig ausgeführt.  
 Auf die Verglasung im Mehrzweckraum und Flur wird verzichtet und die Wand in Trockenbauweise ausgeführt.

#### Die Kosten des Bauwerks FFW/Bauhof werden wie folgt erläutert:

KG	200	48.000,00 EUR
KG	300	2.877.169,25 EUR
KG	400	1.045.384,20 EUR
KG	500	1.569.200,40 EUR
KG	600	kein Ansatz
KG	700	997.446,15 EUR

Die geschätzten Gesamtkosten betragen derzeit **6.538.000,00 EUR brutto**

Weitere Kostenreduzierungen des Bauwerks sind nicht möglich, ohne wesentliche Änderungen am Bauwerk und dem Ausführungsstandard.

**Herr Urban** stellt fest, dass im Vergleich mit anderen Feuerwehrgerätehäusern die Kosten in der Kostengruppe 300 mit 830 EUR/m² sehr gut liegen.

**Dipl. Ing. Frank Seitz** informiert, welche Aufgaben und auszuführenden Arbeiten zur Kostengruppe Außenanlage gehören:

Straßenführung, Hoffläche, Stellflächen, Parkflächen, Grünanlagen und Grünflächen  
 Regenwasserableitung von Dachflächen, Niederschlagswasser und Stellflächen in Richtung Osten in Mulden, Verkehrsfläche Bauhof wird über Mischwasserkanalisation abgeleitet  
 Trinkwasserversorgung Ober- und Unterflurhydrant

Weiter enthalten: Gründach und Grünflächen  
 Die Kosten belaufen sich gemäß Schätzung auf 1,5 Mio EUR.

Eine endgültige Kostenberechnung kann erst nach der Entwurfsplanung erfolgen.

**Dipl. Ing. Norbert Ries** erläutert den Bereich Heizung- und Sanitär

Die ursprüngliche Planung sah zwei getrennte Anlagen für Bauhof und FFW für die Beheizung vor.

Es wurden hierzu die Varianten Pellets- und Gasheizung untersucht. Die günstigste Heizung wäre eine Gasheizung. Nach der EnEV muss jedoch der Einsatz von regenerativen Energien berücksichtigt werden. Daher wurde als Basisplanung eine Pelletheizung geplant.

Von Herrn Ries wurde die Option der Einzelraumsteuerung zur Diskussion gebracht. Hier besteht die Möglichkeit, über einen Zentralrechner die Heizung der Feuerwehr im Einsatz sofort mit Alarmauslösung zu aktivieren und nach Beendigung des Einsatzes die Heizung wieder herunter zu regeln. Mit der Einzelraumsteuerung ist daher eine nutzungsorientierte Beheizung des Gebäudes möglich, wodurch Unterhaltskosten eingespart werden.

**Dipl. Ing. Roland Dorn** erklärt den Bereich Elektrotechnik und stellt fest, dass entgegen den ersten Angeboten nunmehr eine Standard-

Ausrüstung angeboten wurde, um den Kostenrahmen einzuhalten.

Als Option werden hier die BUS-Installationen jeweils für FFW und Bauhof vorgeschlagen. Mit dieser Technik ist z.B. die automatische Aufschaltung der Heizung, evtl. Öffnen von Schiebetüren bei Einsätzen in der Nacht, au-

tomatisches Anschalten der Beleuchtung und eine Zutrittskontrolle möglich.

**Dipl. Ing. Martin Volk** erläutert die Mehrungen, die sich aufgrund von Auflagen der beteiligten Behörden und des Energieversorgers ergeben haben.

### Kostenentwicklung Feuerwehrgerätehaus/ Bauhof Haibach

#### Kostenangaben brutto ohne Baunebenkosten

##### 1. Umweltkosten und Auflagen:

Gründach Außenlager	50.000,00 €
Versickerung Regenwasser/ Rigolen	160.650,00 €
Pflanzmaßnahmen	35.700,00 €
Pelletheizung anstelle Gasheizung	17.750,00 €

Summe: **264.100,00 €**

##### 2. sonstige Zusatzkosten:

Starkstromanschluss mit Kabelumlegung - Sendemast	32.600,00 €
Bodenverbesserung Außenbereich	42.840,00 €
Neubau Zufahrt Nord	123.300,00 €

Summe: **198.740,00 €**

**GR Wendelin Bleifus** fragt, weshalb auf dem Hauptgebäude keine Installation einer Photovoltaikanlage erfolgt. Dies wird mit keinem Wort erwähnt.

**Herr Urban** führt hierzu aus, dass diese Frage generell hinterleuchtet werden muss.

Wenn ein entsprechender Nutzen hieraus entsteht, rechnet sich diese Investition. Das Gebäude hat jedoch kein Satteldach, das in Richtung Süden ausgerichtet ist. Das Flachdach ist nicht so ausgelegt, dass eine Photovoltaikanlage machbar ist. Es stehen nur kleine Teilbereiche der Fläche zur Verfügung. Weitere Teilbereiche werden als 2. Fluchtweg des Bauwerks ausgewiesen.

**Dipl. Ing. Roland Dorn** erklärt, dass derzeit keine wirtschaftliche Aussage möglich ist, ob sich diese Anlage rechnen bzw. rentieren wird.

**3. Bgm. Horst Hock** ist dankbar, dass diese Frage gestellt wurde. Diese Thematik wurde auch im Arbeitskreis beraten und diskutiert.

Die heutige Vorstellung des Gesamtobjektes bezeichnet er als Meilenstein. Die Fachingenieure haben tatkräftig an der Planung mitgearbeitet – ebenso Feuerwehr und Bauhof. Die Bausumme in Höhe von 6 Mio EUR zu erreichen, sieht er als nicht so einfach an. Es wurden viele Emotionen gezeigt, Diskussionen geführt – aber das Geld spielt eine große Rolle. Zwei Fachingenieure kämpfen noch um entsprechende Optionen.

Dem Ausschreibungswettbewerb wurde eine Summe von 6,1 Mio EUR zugrunde gelegt.

Im Juni 2010, nach Vorlage aller Planungsvorstellungen- und vorlagen, war die Summe bei 7,8 Mio EUR. Im Arbeitskreis wurde durch enorme Anstrengung und Diskussion ein Betrag in Höhe von 6,5 Mio EUR erreicht. Dieses Ergebnis kann sich durchaus sehen lassen. Es gibt kaum Fragen, die

im Arbeitskreis noch nicht gestellt und diskutiert wurden.

Die CSU-Fraktion spricht sich für die jetzt vorliegende Planung aus. Optionen, die einen Sinn machen und die einen entsprechenden Mehrwert des Gebäudes darstellen, werden auf den Prüfstand kommen.

**GR Jürgen Goldhammer** bemerkt, dass die detaillierte Planung erst bei der Endplanung machbar ist. Auf jeden Fall muss noch eine Reduzierung machbar sein.

Es gibt kein weiteres Einsparungspotential. Die Entwurfsplanung und das Kostenverzeichnis liegen an der oberen Grenze.

**GR Hans Georg Seitz** erinnert, dass sich der Gemeinderat intensiv seit 7 Jahren mit dieser Thematik beschäftigt. Nach der Fusion der Feuerwehren war es wichtig, einen zentralen Mittelpunkt für die Feuerwehr zu finden – ebenso wird durch die Fusion eine Einsparung von Ausstattungen der einzelnen Feuerwehren erzielt.

Die Bauhofsituation ist aufgeteilt in mehrere Gebäude und Lagerstellen im gesamten Ortsbereich. Das Gebäude der ehemaligen ÜWU wurde gekauft, um Lagerflächen und Stellplätze zu haben. Es ist eine „Herkulesaufgabe“ zu erfüllen. Die sparsame Hausführung der letzten Jahre ermöglicht die Verwirklichung des Objektes. Die festgelegte Obergrenze muss eingehalten werden und hier muss zusammengearbeitet werden.

Die SPD-Fraktion steht ebenfalls hinter diesem Vorhaben.

**Bgm. Andreas Zenglein** führt aus, dass er als Bürgermeister in der Fortsetzung mit diesem Bauvorhaben zu tun hat. Es wurde schon früher mit entsprechenden Rücklagen begonnen. Aufgrund der derzeitigen Finanzlage der Gemeinde ist dieses Bauwerk nun realisierbar. Es werden sicherlich



Kredite erforderlich sein. Es werden jedoch keine anderen Projekte der Gemeinde – wie z. B. Straßen, Kanäle, Schulen und kulturelle Aufgaben, darunter leiden und weiter betrieben werden.

Gemäß den Zuschussrichtlinien ist nach dem derzeitigen Stand ein Zuschuss in Höhe von 476.000 EUR kalkulierbar.

„Wenn dieser Betrag bei der Gemeinde eingeht, sind wir bei der Bausumme, die man sich vorgenommen hat. Wenn noch entsprechende Ausschreibungsergebnisse erzielt werden, ist dies weiter positiv. Es wurde von allen Fraktionen signalisiert, dass der Gemeinderat geschlossen hinter dieser Aufgabe steht“.

Durch die Zustimmung des Gemeinderates ist jetzt der Rahmen für die Planung geschaffen und der Bauantrag kann „auf die Reise geschickt werden“.

**GR Jürgen Goldhammer** bemerkt, dass die FWG-Fraktion ebenfalls geschlossen hinter diesem Projekt stehen wird. Den FWG-Gemeinderäten ist es jedoch wichtig, die Kosten zu deckeln. In diesem Zusammenhang werden auch in 4-wöchigem Turnus entsprechende Infos über die Kostenentwicklung erwartet. Falls der Kostenrahmen wesentlich überschritten wird, sollte der Beginn der Baumaßnahme verschoben werden.

**GR Hans Georg Seitz** schlägt vor, die Kostenobergrenze von 6,6 Mio EUR festzulegen. Wenn Einsparungen im Bereich der Außen- bzw. Grünanlagen erzielt werden, können diese für entsprechende Investitionen in Höhe von evtl. 100.000 EUR verwendet werden.

**Bgm. Andreas Zenglein** sieht dieses Bauwerk als außergewöhnlich für Haibach an und ist froh, dass dieses Objekt auf den Weg gebracht wurde. Die Zusatzoptionen hängen von den Ergebnissen der Ausschreibungen ab.

#### **Beschluss**

Hiernach schließt Bürgermeister Andreas Zenglein den öffentlichen Teil der Sitzung.

---

Andreas Zenglein  
Erster Bürgermeister

#### **a) Planung:**

Der Plan für den Neubau des Feuerwehrhauses und Bauhofes wird in der vorgelegten Fassung gebilligt und das Architekturbüro bbp beauftragt, einen entsprechenden Bauantrag zur Vorlage an die Genehmigungsbehörde zu erstellen.

**Abstimmungsergebnis: ja: 18 nein: 0**

#### **Beschluss**

#### **b) Kostenberechnung:**

Die Kostenberechnung, Stand 29.09.2010, wird mit der ermittelten Baukostensumme von 6.600.000,00 EUR anerkannt und als Obergrenze festgeschrieben.

**Abstimmungsergebnis: ja: 18 nein: 0**

#### **Beschluss**

#### **c) Zuschussantrag:**

Die Gemeinde Haibach stellt unter Zugrundelegung der festgelegten Planung in Zusammenarbeit mit dem Kreisbrandrat bei der Regierung von Unterfranken einen Antrag nach den Feuerwehrzuwendungsrichtlinien.

**Abstimmungsergebnis: ja: 18 nein: 0**

#### **Beschluss**

#### **d) Vorbereitung Ausschreibung**

Das Architekturbüro bbp, Kiel, wird in Zusammenarbeit mit den Fachplanern beauftragt, bis zur Erteilung der Baugenehmigung und der Zuschussbewilligung die bis dahin notwendigen Ausschreibungen vorzubereiten.

**Abstimmungsergebnis: ja: 18 nein: 0**

Vorstehende Niederschrift wurde

am **10. Nov. 2010** genehmigt.

---

Reiling Silvia

# SITZUNG des GEMEINDERATES

**Sitzungstag: Mittwoch, 13. Oktober 2010**

**Sitzungsdauer: 20:00 Uhr bis 22:00 Uhr**

**Haibach, Rathaus**

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

<b>Sitzungsteilnehmer</b>	<b>Funktion</b>	<b>Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung</b>
---------------------------	-----------------	---

**Anwesend:**

Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	
Max Baumann	2. Bürgermeister	
Horst Hock	3. Bürgermeister	
Peter Amrhein	Gemeinderat	
Erhard Attig	Gemeinderat	
Wendelin Bleifus	Gemeinderat	
Michael Fuchs	Gemeinderat	
Jürgen Goldhammer	Gemeinderat	
Andreas Hein	Gemeinderat	
Richard Hein	Gemeinderat	
Rüdiger Lebert	Gemeinderat	
Dr. Robert Ritter	Gemeinderat	
Claus Rückert	Gemeinderat	
Markus Rückert	Gemeinderat	
Gaby Satter	Gemeinderätin	
Reinhard Schüßler	Gemeinderat	
Hans Georg Seitz	Gemeinderat	
Ilse Spielmann	Gemeinderätin	
Toni Stahl	Gemeinderat	
Corinna Suffel	Gemeinderätin	
Susanne Zellner	Gemeinderätin	

**Abwesend:**

<b>Schriftführer</b>		
Reiling Silvia		

<b>Verwaltung</b>		
Friedrich Englert		

## **Tagesordnung**

### **Öffentlicher Teil:**

<b>1.</b>	<b>Eröffnung und Begrüßung</b>
<b>2.</b>	<b>Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift</b>
<b>3.</b>	<b>Vorstellung des Konzeptes zu Freizeitangeboten im Bereich Wildpark und Haibacher Schweiz</b>
<b>4.</b>	<b>Grundwassermessstellen für das Wasserschutzgebiet für den Brunnen 71</b>
<b>5.</b>	<b>Grünabfallentsorgungskonzept des Landkreises; Versuch am Kompostplatz Haibach</b>
<b>6.</b>	<b>Allgemeines</b>

## 1. Eröffnung und Begrüßung

**Bgm. Andreas Zenglein** eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass von den **21** geladenen Gemeinderäten **alle** erschienen sind, der Gemeinderat beschlussfähig ist und

zur Sitzung ordnungs- und fristgerecht eingeladen wurde.  
Es besteht Einverständnis mit der Tagesordnung.

## 2. Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift

Die Niederschrift der Sitzung des Gemeinderates vom 22. Sept. 2010 wird ohne Anmerkungen genehmigt.

## 3. Vorstellung des Konzeptes zu Freizeitangeboten im Bereich Wildpark und Haibacher Schweiz

### Sachverhalt

Der Bereich zwischen Wildpark und dem Haibacher Schweiztal entwickelt sich immer mehr zu einem attraktiven Areal für die Freizeitgestaltung und macht Haibach über die Ortsgrenzen hinaus bekannt.

Hierzu sollte ein Konzept auf der Grundlage des beigefügten Lageplanes mit Einzeichnung der Standorte erstellt werden.

**Bgm. Andreas Zenglein** erläutert anhand einer Präsentation die bisher bestehenden Freizeitmöglichkeiten und -angebote im Bereich der Schule, der Sporthalle Am Hohen Kreuz, dem Handballerheim, dem Wildpark, dem Klettergarten sowie dem Nordic-Walking-Parcours mit dem Haibacher Schweiztal. Der neue Pächter des Klettergartens, Herr Bott aus Schöllkrippen, ist dem Gemeinderat bekannt durch seine Vorstellung als Initiator eines Baumhotels. Herr Bott ist ab dem 01.11.2010 der Nachfolger des Herrn Langer.

Es fanden bereits Gespräche mit den zuständigen Behörden statt. Hier wurde vorgeschlagen, dass die Gemeinde ein Konzept zu den Freizeitangeboten im Bereich Wildpark und Haibacher Schweiz erarbeitet und den Behörden vorlegt. Nach den bisherigen Verhandlungen wurde bereits Zustimmung signalisiert – da das gesamte Konzept als schlüssig bezeichnet wird.

**Gartenbautechniker Franz Staab** informiert über die vorgesehenen Planungen zur Erhöhung der Attraktivität des Areals. Das Konzept für einen Waldlehrpfad liegt bereits in der „Schublade“. Hier wurde zur Umsetzung und Verwirklichung auch ein Zuschuss des Freistaates in Aussicht gestellt. So bald hierzu die Zusage kommt – wird dieses Konzept verwirklicht.

Desweiteren ist die Errichtung eines Fitness-Parcours speziell für Senioren etwa im Bereich hinter der 100-Meter-Bahn angedacht.

Im Wildpark findet am kommenden Sonntag die Einweihung der Besucherplattform sowie der neuen Sanitäranlage statt. Den Wildpark kann man mittlerweile als „Selbstläufer“ bezeichnen. Dringende Verbesserungen sind jedoch erforderlich bei der Zufahrt zum Wildpark, dem Bereich der ehemaligen Pferdekoppel und des Pflanzgartens.

Hier sollten Überlegungen zu einer entsprechenden Umgestaltung, eventuell im Zusammenhang mit dem geplanten Baumhotel, erfolgen.

**Herr Bott** führt aus, dass entgegen der ersten Vorstellung seines Baumhotels mittlerweile der Standort weiter in Richtung Kletterwald verlagert wurde. Er plant vorerst die Errichtung von zwei Baumhäusern und eines Sanitärhauses. Zur Veranschaulichung der geplanten Baumhäuser hat er je ein Modell für 4 bzw. 6 Personen-Häuser mitgebracht. Im Kletterwald wird er auch entsprechend investieren und weitere Absicherungen einbauen.

**GR Wendelin Bleifus** möchte wissen, ob ein bestehendes Baumhotel im Raum Mönchberg als Konkurrenz zu dem geplanten Objekt zu sehen ist. Er möchte verhindern, dass nach Errichtung des Baumhotels kein Bedarf mehr hierfür besteht.

**Herr Bott** erwidert, dass das Konzept in Mönchberg ein völlig anderes ist. Er sieht hier keine Konkurrenz. In Deutschland gibt es derzeit 4 Baumhotels. Die Übernachtungspreise dort liegen bei ca. 75 EUR. In Haibach wird er die Übernachtung mit ca. 45 EUR anbieten können.

**GR Dr. Robert Ritter** fragt, ob in den Häusern auch ein Wasser- und Kanalanschluss vorhanden sein wird.

**Herr Bott** antwortet, dass dies aus hygienischen sowie aus Kostengründen nicht realisierbar sein wird. Daher wird das Sanitärhaus mit WC und Duschen etc. gesondert errichtet

**GR Claus Rückert** interessiert sich für Aussagen bezüglich Brandschutz und Statik.

**Herr Bott** erklärt zur Statik, dass die Baumhäuser durch einen Holzbautechniker geplant und errichtet werden. Die Auflagen bzgl. des Brandschutzes müssen noch mit dem Landratsamt abgeklärt werden.

**3. Bgm. Horst Hock** begrüßt die moderne und innovative Idee und auch Unternehmer, die noch das Geld zur Verwirklichung mitbringen. Nach seiner Ansicht sollte jedoch jetzt schon festgelegt werden, welche Kosten auf die Gemeinde zukommen. Er möchte auf keinen Fall eine Bauruine, die dann

im Wald steht. Er fragt nach der Finanzierung des Objektes.

**Herr Bott** stellt fest, dass er eine eigene GmbH für dieses Vorhaben gegründet hat. Die Kosten zur Errichtung der Baumhäuser und des Sanitärgebäudes werden zu seinen Lasten gehen. Weitere Kostenübernahmen müssen noch geklärt werden.

**GR Gabi Satter** möchte wissen, in welcher Größe die Häuser vorgesehen sind.

Hierzu erklärt **Herr Bott**, dass das Haus für 6 Personen die Größe 3,30 m x 6 m, für 4 Personen 4 m x 2,20 m, die Gesamthöhe liegt bei ca. 9,30 m.

**GR Hans Georg Seitz** findet es lächerlich, was in der heutigen Sitzung alles gefragt wird. Er findet es zunächst wichtig, erst einmal die Ideen zu sehen. Es muss zuerst geklärt werden, ob die Gemeinde das möchte und dass dann immer noch Punkte kommen, die geklärt werden müssen, ist doch selbstverständlich. Selbst wenn alle Auflagen erfüllt werden, kann dieses Projekt dann immer noch an der Finanzierung scheitern.

**3. Bgm. Horst Hock** erwidert, dass dieses Konzept im Frühjahr bereits schon vorgestellt und die Fragen bezüglich Finanzierung gestellt wurden. Heute hätte Herr Bott besser vorbereitet sein sollen. Nach seiner Meinung hat Herr Bott hier seine Hausaufgaben nicht gemacht.

**GR Hans Georg Seitz** stellt fest, dass nach seiner Meinung zuerst geklärt werden muss, ob man als Gemeinde dieses Konzept will, danach kann die Kalkulation durch den Antragsteller erfolgen.

**GR Claus Rückert** erwidert, dass zuerst die Zahlen ermittelt und danach das Konzept vorgestellt werden sollte.

**Bgm. Andreas Zenglein** stellt fest, dass man seit dem Frühjahr bereits einiges erreicht habe. Es wurden mit der Kreisbaumeisterin und Herrn Klössner von der Unteren Naturschutzbehörde entsprechende Gespräche geführt. Von deren Seite kam der Vorschlag, ein Konzept vorzubereiten. Nach diesem Konzept soll sich eine weitere Fortführung der Planung richten. Desweiteren hat sich auch eine Veränderung des Standorts für das Baumhotel ergeben. Nach dem erarbeiteten Konzept kann jetzt - bei Einverständnis hierzu - eine Planung erfolgen. In einem Zeitraum von 5 – 10 Jahren kann dieses Gesamtkonzept dann verwirklicht werden. Herr Bott wird sich um die Zahlen kümmern, sobald er von uns „grünes Licht“ hat.

**GR Dr. Robert Ritter** findet es wichtig, vorher zu klären, wie die Eigentumsverhältnisse bezüglich des Baumhotels geregelt werden. Wird das Gelände verpachtet oder verkauft. Wie ist die Erschließung bezüglich Kanal, Wasser, Stromversorgung, Stellplätze etc. geregelt? Den neuen Standort in der Nähe des Kletterwaldes findet er besser.

**GR Jürgen Goldhammer** ist der Ansicht, dass vor einer Errichtung eines Baumhotels oder ähnliches eine Ausschreibung zu erfolgen hat.

**GR Markus Rückert** möchte wissen, welche Dachabdeckungen diese Baumhäuser erhalten sollen.

**Herr Bott** erklärt, dass dies mit Blech erfolgen soll.

**3. Bgm. Horst Hock** ist nach wie vor der Ansicht, dass Herr Bott seine Hausaufgaben nicht gemacht hat. Wenn er bereits Angaben zu Übernachtungspreisen machen kann, muss er auch andere Zahlen nennen können.

**Bgm. Andreas Zenglein** spricht das Areal der ehemaligen Pferdekoppel an. Hier muss die Gemeinde selbst Geld in die Hand nehmen. Ob dieser Bereich dann als Parkplatz für Wildpark, Klettergarten oder Baumhotel zur Verfügung gestellt wird, ist noch offen. Jedenfalls muss hier ohnehin eine Verbesserung der Parkmöglichkeiten bzw. der Gesamtsituation geschaffen werden.

**GR Dr. Robert Ritter** begrüßt es, dass dieses Areal ein besseres Gesicht bekommt. Er möchte auf jeden Fall vorher wissen, ob die Gemeinde hierzu plant, auch Geld in die Hand zu nehmen und auszugeben. Das Areal zwischen Handballheim, Sonneneck und Wildpark ist sehr „kariös“.

**GR Erhard Attig** möchte wissen, um welche Summe es sich handeln wird. Wer übernimmt die Finanzierung des Vorhabens und was passiert, wenn der Betreiber in Konkurs geht.

**GR Peter Amrhein** spricht sich für die Umsetzung des Konzeptes aus. Für ihn ist eine Kostenaufstellung mit Gliederung der Kosten für Bott und Gemeinde nötig. Es sollte zugestimmt werden, damit diese Kosten ermittelt werden können – dann die Entscheidung getroffen werden.

**Gartenbautechniker Franz Staab** erklärt, dass ein Bestandsplan des Areals bereits seit langem vorliegt. Die Umsetzung sollte schon lange erfolgen – wurde jedoch immer wieder verschoben. Wenn die Zufahrt zum Bereich Wildpark hergestellt wird, sollten die ehemalige Pferdekoppel und der Pflanzgarten mit hergerichtet werden, ebenso die Ver- und Entsorgungsleitungen hergestellt werden.

**3. Bgm. Horst Hock, GR Dr. Robert Ritter, GR Claus Rückert und GR Jürgen Goldhammer** möchten heute zu diesem Konzept keinen Beschluss fassen.

**GR Wendelin Bleifus** beantragt, dass ein Beschluss gefasst werden sollte, falls dieser nicht zur Ausführung kommen kann, weil bestimmte Auflagen etc. nicht erfüllt werden, kann der Beschluss ja wieder zurückgenommen werden.

**3. Bgm. Horst Hock** schlägt vor, die Abstimmung in zwei Beschlüsse zu trennen.

**GR Jürgen Goldhammer** möchte von Herrn Bott wissen, welche Summe er bereit ist, in das Baumhotel zu investieren.

**Bgm. Andreas Zenglein** stellt fest, dass diese Frage auf jeden Fall im nicht-öffentlichen Teil der Sitzung zu besprechen ist.

**2. Bgm. Max Baumann** ist der Meinung, dass sich der Gemeinderat nichts vergibt, wenn heute ein Beschluss gefasst wird. Herr Bott hat somit die Möglichkeit, seine Kalkulation und Finanzierung zu ermitteln.

**Bgm. Andreas Zenglein** formuliert folgenden

### Beschluss

Das vorgestellte Konzept zu den Freizeitangeboten im Haibacher Schweiztal und im Wildpark wird vorbehaltlich der Klärung bezüglich Finanzierung und der Grundstücksangelegenheiten befürwortet.

**Abstimmungsergebnis: ja: 17 nein: 4**

## **4. Grundwassermessstellen für das Wasserschutzgebiet für den Brunnen 71**

### Sachverhalt

Mit Bescheid vom 21.10.2008 hat das Landratsamt Aschaffenburg die Erlaubnis für die Grundwasserentnahme aus dem Brunnen 71 erneuert. Unter Pt. II Nr. 9 wurde darin gefordert, das Einzugsgebiet für die Wasserschutzzonen neu zu überarbeiten; die gesetzte Frist hierzu wurde bis 30.06.2011 verlängert. Den Auftrag hat das Ing.Büro Jung erhalten.

Um das Schutzgebiet einzugrenzen, sind Grundwassermessstellen erforderlich. Die je-weiligen Standorte hierfür hat das Ing.Büro Jung in der beigefügten e-mail definiert.

Die geplanten Grundwassermessstellen GWM 1-6 liegen südlich der B 8 zwischen Grünmorsbach, Straßbessenbach und Dörmorsbach auf Straßbessenbacher Gemarkung. Gleiches gilt für die bestehenden Messstellen P1-P3 im Bereich der Zone II des Brunnens 71. Die Lage sowie die Flurnummern sind dem beiliegendem Lageplan zu entnehmen.

Seitens der Verwaltung gibt es hierzu keine Anmerkungen. Im Haushalt 2010 sind entsprechende Mittel eingestellt.

**GR Hans Georg Seitz** möchte wissen, weshalb die 3 bisherigen Messstellen geschlossen werden.

**Bgm. Andreas Zenglein** erklärt, dass diese nach neuesten Erkenntnissen nicht tief genug sind.

**2. Bgm. Max Baumann** kann nicht verstehen, dass der Staat die Gemeinden zwingt, hier Geld auszugeben. Das Wasser in diesem Bereich wird bereits seit mehr als 80 Jahren verwendet.

**3. Bgm. Horst Hock** fragt, ob der Bereich um die Schutzzone 1 eingezäunt werden muss – und ob

dies Grundstücke im Eigentum der Gemeinde Haibach betreffen.

**Bgm. Andreas Zenglein** erklärt, dass die Grundstücke Bürgern aus Bessenbach gehören, diese erhalten eine Entschädigung. „Das Wasserrecht steht über allem anderen Recht“.

**GR Wendelin Bleifus** möchte wissen, ob bei einer Erweiterung des Wasserschutzgebietes auch der Bereich des „Sattels“ in Bessenbach dazu kommt. Dies ist nach seiner Meinung nicht unbedenklich durch die jährlich stattfindenden Motocross-Rennen.

**Bgm. Andreas Zenglein** bemerkt, dass für diese Rennen jährlich Einzelausnahme-genehmigungen erteilt werden.

**3. Bgm. Horst Hock** erklärt, dass der Gemeinderat diesen Messstellen heute zustimmen sollte. Der Gemeinderat von Bessenbach hat die gleichen Informationen und sollte diesem Punkt ebenfalls in deren nächster Sitzung zustimmen.

**Bgm. Andreas Zenglein** führt aus, dass gestern die neuen Messpunkte in einer Ortsbegehung festgelegt wurden. Es geht jetzt darum, dass auch die Gemeinde Bessenbach diesen Punkten zustimmt. Es wurde noch nicht festgelegt, ob eine Ausweitung des Schutzgebietes erfolgen muss.

### Beschluss

Mit den von dem Ing. Büro Jung vorgesehenen Standorten für die Einrichtungen von Grundwassermessstellen für den Brunnen 71 besteht Einverständnis.

**Abstimmungsergebnis: ja: 21 nein: 0**

## **5. Grünabfallentsorgungskonzept des Landkreises; Versuch am Kompostplatz Haibach**

### Sachverhalt

In der Anlage ist ein Aktenvermerk über das Grünabfallentsorgungskonzept beigefügt. Dieses Konzept wird als Versuch gestartet und bei Bewährung dauerhaft eingerichtet. Für die Gemeinde ist dadurch möglicherweise eine Reduzierung der Abfallkosten zu erreichen.

Beschlussfassung nicht erforderlich.

**Bgm. Andreas Zenglein** führt aus, dass die Gemeinden Haibach und Waldaschaff für die Versuchsphase des neuen Grünabfallentsorgungskonzepts für Grünabfall ausgewählt wurden. Die ersten Container wurden bereits am vergangenen Wochenende bereit gestellt. Dies führte zu erheblichen Beschwerden –sowohl mündlich bei den Bediensteten des Kompostplatzes, als auch in schriftlicher Form bei ihm. Es mussten längere Wartezeiten in Kauf genommen werden. Es ist verständlich, dass

zu Beginn des Versuchs noch nicht alles reibungslos und ohne Probleme abgewickelt werden konnte bzw. kann. Nach anfänglichen Schwierigkeiten beim Einwerfen des Grünabfalls wurden die Container geöffnet, um so eine besseres Entsorgen zu ermöglichen.

**GR Hans Georg Seitz** erklärt, dass bereits schon vor dem neuen Konzept der Grünabfall getrennt wurde. Dies könnte doch auch beibehalten werden und danach eine Verladung in die Container mit einem Radlader erfolgen.

**Gartenbautechniker Franz Staab** erklärt, dass dies nicht möglich ist. Es sollten die gleichen Bedingungen an den beiden Versuchsstandorten gelten. Dies wurde in einem persönlichen Gespräch mit Herrn Morlock vom LRA festgelegt. Mit dieser Trennung möchte man auch vermeiden, dass andere Abfälle als Grünabfall entsorgt werden. Es kommt häufig vor, dass neben Bauschutt auch, z. B. Metallteile, im Grünabfall zu finden sind. Durch die neue oder bessere Kontrolle soll dies vermieden werden.

**GR Richard Hein** fragt, ob die Möglichkeit besteht, die Container abzusenken, damit eine bessere Andienung möglich ist. Er möchte wissen, wie viele Container vor Ort aufgestellt sind.

**Gartenbautechniker Frank Staab** stellt fest, dass nach Öffnen des Containers eine bessere Andienung möglich war.

**3. Bgm. Horst Hock** stellt fest, dass die Entladung in die Container nicht für jeden möglich war. Nach seiner Meinung kann keine Aussage über die Bedingungen getroffen werden, wenn der Grünabfall anstelle sofort in den Container erst später mit dem Radlader verladen wird.

**GR Dr. Robert Ritter** schlägt vor, dass für die Bürger eine bessere Aufklärung bzw. Information erfolgen sollte.

**Bgm. Andreas Zenglein** erklärt, dass Herr Morlock sehr wohl Kenntnis davon hat, wie die Andienung an den gemeindlichen Kompostplätzen erfolgt. Er stellt klar, dass es sich hier um einen Versuch handelt. Nach dem Versuch wird sich herausstellen, ob dies für die Bürger eine Vergünstigung der Gebühren bringt. Für diese Kostensenkung sollte diese Versuchsphase in Kauf genommen werden.

**GR Wendelin Bleifus** informiert, dass er am Containerstandort Rudolf-Harbig-Straße kürzlich mehrere Behälter mit Altöl gefunden hat. Er hat dies darauf hin bei Herrn Staab gemeldet. Er schlägt vor, dass Personen, die beim Entsorgen von Müll, Restmüll oder weiteren Abfällen an den Containerstandorten angetroffen werden, mit dem Hinweis angesprochen werden sollten, dass eine Anzeige diesbezüglich erfolgt.

## 6. Allgemeines

**Bgm. Andreas Zenglein informiert:**

17.10.2010	Einladung zum <b>Herbstfest im Wildpark</b> mit Einweihung der Besucherplattform und der Sanitäreanlage
30.10. bis 01.11.2010	<b>Besuch aus der Partnergemeinde Marck</b>
30.10.2010	17:00 Uhr Ankunft der Gäste 19:30 Uhr Benefiz-Konzert mit der Akkordeon-Gruppe Marck, Musikverein Edelweiß und Musikverein Spessart-Echo Erlös jeweils zur Hälfte für soziale Zwecke in Marck und Haibach
31.10.2010	10:00 Uhr Brunch mit den französischen Gästen und den Gastfamilien in den Konferenzräumen der KUS 13:00 Uhr Fahrt nach Seligenstadt mit Stadtbesichtigung 18:00 Uhr Gemeinsamer Gottesdienst in der Kirche Grünmorsbach
01.11.2010	10:00 Uhr Abreise der Gäste

Es werden noch Unterkünfte für 9 Personen gesucht. wer aus dem Gemeinderat hierzu die Möglichkeit hat, sollte sich mit den Damen des Vorzimmers in Verbindung setzen.

05.11.2010 **Ehrenabend** der Gemeinde in der KUS

Hiernach schließt Bürgermeister Andreas Zenglein den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am **10. Nov.2010** genehmigt.

---

Andreas Zenglein  
Erster Bürgermeister

---

Reiling Silvia



## SITZUNG des GEMEINDERATES

**Sitzungstag: Mittwoch, 10. November 2010**

**Sitzungsdauer: 20:00 Uhr bis 22:15 Uhr**

**Haibach, Rathaus**

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

<b>Sitzungsteilnehmer</b>	<b>Funktion</b>	<b>Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung</b>
---------------------------	-----------------	---

**Anwesend:**

Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	
Max Baumann	2. Bürgermeister	
Horst Hock	3. Bürgermeister	
Peter Amrhein	Gemeinderat	
Erhard Attig	Gemeinderat	
Wendelin Bleifus	Gemeinderat	
Michael Fuchs	Gemeinderat	
Jürgen Goldhammer	Gemeinderat	
Andreas Hein	Gemeinderat	
Richard Hein	Gemeinderat	
Rüdiger Lebert	Gemeinderat	
Dr. Robert Ritter	Gemeinderat	
Claus Rückert	Gemeinderat	
Markus Rückert	Gemeinderat	
Gaby Satter	Gemeinderätin	
Reinhard Schüßler	Gemeinderat	
Hans Georg Seitz	Gemeinderat	
Ilse Spielmann	Gemeinderätin	
Toni Stahl	Gemeinderat	
Corinna Suffel	Gemeinderätin	
Susanne Zellner	Gemeinderätin	

**Abwesend:**

<b>Schriftführer</b>		
Reiling Silvia		

<b>Verwaltung</b>		
Friedrich Englert		
Martin Volk		

## Tagesordnung

### Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung und Begrüßung
2.	Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift
3.	Neubau Feuerwehrhaus und Bauhof; Festlegung des Heizungssystems
4.	Sanierung der Kultur- und Sporthalle; Beratung und Festlegung Ablaufschemas
5.	Straßenbeleuchtungsvertrag mit der AVG
6.	Antrag zum Erwerb des Anwesens Büchelbergstraße 6
7.	Allgemeines

**1. Eröffnung und Begrüßung**

**Bgm. Andreas Zenglein** eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass

- a) zur Sitzung ordnungs- und fristgemäß eingeladen wurde

- b) von den 20 geladenen Gemeinderäten alle anwesend sind.

Es besteht Einverständnis mit der Tagesordnung.

**2. Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift**

Die Niederschriften der Sitzungen vom 29. Sept. und 13. Okt. 2010 wurden ohne Anmerkungen genehmigt.

**3. Neubau Feuerwehrhaus und Bauhof; Festlegung des Heizungssystems**

In der Gemeinderatsitzung vom 29.09.2010 wurde die Entwurfsplanung zum Neubau von Feuerwehr und Bauhof beschlossen. Eine abschließende Festlegung zum Heizungssystem wurde dabei noch nicht getroffen.

In den Beratungen des Arbeitskreises FFW/Bauhof wurde die Thematik der Beheizung angesprochen und als Grundlage für die Kostenberechnung der Einsatz einer Pelletheizung aufgenommen.

Zur Beheizung von Feuerwehr und Bauhof bestehen folgenden Varianten:

- Variante I: Gasbrennwertheizung
- Variante II: Pelletanlage
- Variante III: Holzhackschnitzelheizung
- Variante IV: Wärmepumpe - geothermische Anlage

Das Planungsbüro Ries stellt die verschiedenen Varianten detailliert vor.

Für die Bearbeitung des Bauantrages mit den dazugehörigen Nachweisen und zur Überleitung der Planung in die Phase der Ausschreibung ist eine Festlegung des Heizungssystems zum jetzigen Zeitpunkt erforderlich.

Bei der Festlegung des Heizungssystems sollten einerseits wirtschaftliche Überlegungen aber auch andererseits der Aspekt der Vorbildfunktion durch den Einsatz von regenerativen Energien mit berücksichtigt werden.

**Dipl. Ing. Norbert Ries** informiert ausführlich über die vier Heizungssysteme, die für den Neubau von FFW/Bauhof berechnet und verglichen wurden.

Vor- und Nachteile der verschiedenen Brennstoffe zur Entscheidung der Beheizung des Bauhofs und des Feuerwehrhauses in der Gemeinde Haibach

**Gasheizung**Vorteile:

Gas-Brennwert-Heizungen sind eine Spitzentechnik, die zusätzlich die Wärme aus den Abgasen der Anlage nutzt. Gasanlagen haben einen geringen Platzbedarf, gute Umweltwerte, niedrige Anschaffungskosten, geringere Umweltbelastung und keine Lagerkosten, gute Umweltwerte  
= weniger umweltbelastend.

Nachteile:

Die Betriebskosten werden wahrscheinlich dauerhaft steigen aufgrund des weltweit begrenzten Gasvorkommens.

**Wasser- Wasser- Wärmepumpe**

Das Heizsystem entzieht über eine Sonde oder einen Absorber dem Erdreich Wärme, um damit die Heizung zu versorgen.

Vorteile:

Geringe Betriebskosten, geringer Platzbedarf, vor Ort umweltfreundlich, Umweltbilanz abhängig von der Art der Stromerzeugung, unabhängig vom Gas- und Ölmarkt.

Nachteile:

Hohe Investitionskosten; Wirtschaftlichkeit stark abhängig von der Temperatur im Heizsystem, vom Angebot regionaler Strom-Sondertarife. Probleme bei der Quellenerschließung verteuern die Investition.

**Luft- Wasser- Wärmepumpe**Vorteile:

Bei Luft-Wasser-Wärmepumpen entfallen die recht hohen Kosten für die Erschließung der Wärmequelle zur Nutzung der Erdwärme. Es wird die in der Luft befindliche Wärmeenergie genutzt. Es ist auch kein Platz für die Erschließung der Wärmequelle erforderlich. Bei Splitt-Anlagen (externer Verdampfer) wird lediglich etwas Platz für die Außenaufstellung des Verdampfers benötigt.

Obwohl Luft-Wasser-Wärmepumpen teurer sind als alle anderen Wärmepumpen, sind die Gesamtkosten, insbesondere im Vergleich mit Sole-Wasser-Wärmepumpen, deutlich geringer. Für Ein- oder Zweifamilienhäuser ein ideales Heizungssystem.

#### Nachteile:

Luft-Wasser-Wärmepumpen haben im Vergleich zu den anderen Wärmepumpenanlagen den geringsten Wirkungsgrad, insbesondere dann, wenn (die meiste Wärme zum Heizen benötigt wird) die Anlage auf Volllastlastung fährt. Luft-Wasser-Wärmepumpen haben oftmals eine erhöhte Geräuschemission. Insbesondere bei Splitt-Anlagen kann dies bei lauten Verdampfern zu Geräuschbelästigungen für benachbarte Anwohner führen.

Oftmals werden Luft-Wasser-Wärmepumpen an sehr kalten Tagen bivalent betrieben. D.h., dass dann eine weitere Energie (im Regelfall Strom) zur Unterstützung benötigt wird. Dabei kommt es vor allem an sehr kalten Wintertagen zu höherem Stromverbrauch, da die Wärmepumpe verstärkt arbeiten muss, um die kühle Luft auf Heizungsniveau zu erwärmen.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass eine Luft-Wasser-Wärmepumpenanlage sicher eine kostengünstige Alternative, insbesondere im Vergleich zu einer Sole-Wasser-Wärmepumpenanlage ist, jedoch mit einigen Nachteilen. Der Gesamtwirkungsgrad ist kleiner und eine freie Kühlung ist nicht möglich. Dennoch ist eine Luft-Wasser-Wärmepumpenanlage besser als die Nutzung nicht regenerativer Energien.

Eine als bivalentes System betriebene Luft-Wasser-Wärmepumpe ist aufgrund der notwendigen Investitionskosten eher als teuer zu bewerten.

Bei der Beheizung von FFW/ Bauhof wurde aus Kostengründen ein Hochtemperatursystem gewählt. In unserem Fall wäre dann eine Hochtemperatur-Wärmepumpe erforderlich. Bei Einsatz eines Niedertemperatursystems entstehen höhere Herstellungskosten für das Verteilungssystem.

Die Hochtemperaturheizung wird für die thermische Desinfektion der Warmwasserbereitung vom Gesetzgeber vorgeschrieben. Die Normaltemperatur Wärmepumpen werden mit 58 °C Vorlauf bei einer Außentemperatur bis -5°C ausgelegt und betrieben. Hier ist für die Zeit der kälteren Tage eine zusätzliche Energie wie Öl, Gas oder Elektroheizeinsatz erforderlich. Dies ist für die Heizleistung von FFW/ Bauhof in Höhe von ca. 130 kW eher unwirtschaftlich. Anzumerken ist noch, dass für die Beheizung ein elektrischer Anschluss von zusätzlich 40 kW erforderlich wird.

#### Pelletheizung:

##### Vorteile:

Zum Einem bieten Holzpellets den Vorteil, dass sie aus einem nachwachsenden Rohstoff gefertigt werden. Zudem sind sie quasi ein Nebenprodukt in Sägewerken und es werden prinzipiell keine Bäume gefällt, nur um daraus Pellets zu fertigen. Das wäre für Unternehmen nicht rentabel, von daher kann man Holzpellets gerade im Vergleich mit Gas oder Öl wohl als die ressourcenschonendste Heizvariante bezeichnen. Des Weiteren bieten Holzpellets den Vorteil, dass sie direkt im Sägewerk gefertigt werden. Es fallen keine Transportwege zu einem weiteren Unternehmen an, was die Umweltbilanz der Holzpellets zudem positiv beeinflusst. Dabei spielt auch die Nähe des Herstellungsbetriebes eine wichtige Rolle. Auch wenn in Deutschland die Dichte der Herstellungsbetriebe noch bei weitem nicht so hoch ist wie beispielsweise in Österreich, so lassen sich durchaus viele Betriebe finden die Holzpellets anbieten und dadurch keine langen Lieferwege anfallen. Was zudem noch für die Verwendung von Holzpellets spricht, ist die wesentlich einfachere Lagerung als bei Hackschnittel. Die Pelletheizung ist ein umweltschonendes Heizsystem, das den Wärmebedarf von Gebäuden vollständig oder in Kombination mit anderen regenerativen Energiequellen decken kann, ohne dass ökologische Nachteile oder Komfort-Einbußen in Kauf genommen werden müssen.

##### Nachteile:

Was die Umweltverträglichkeit betrifft, so braucht man sich im Falle von Holzpellets nicht den Kopf zu zerbrechen. Pellet-Heizungsanlagen sind weitgehend CO<sub>2</sub>-neutral. Bei der Verbrennung der Pellets wird nur so viel CO<sub>2</sub> freigesetzt, wie die Bäume auch in ihrer Wachstumsphase in sich aufgenommen haben und auch bei einem natürlichen Verrottungsprozess wieder freigeben würden. Mit der Pelletsanlage wird auch dem Gesetz zur Schonung fossiler Ressourcen und der Minderung der Abhängigkeit von Energieimporten Rechnung getragen. Das Gesetz zur Förderung Erneuerbarer Energien im Wärmebereich verlangt, dass mindestens 50% aus erneuerbarer Energie gedeckt wird. Dies ist mit der Pelletsanlage gewährleistet, hier deckt man den Energiebedarf zu 100 % aus erneuerbarer Energie ab. Somit sind keine zusätzlichen Kompensationsmaßnahmen im baulichen Bereich im Rahmen des Erneuerbare-Energien- Wärmegesetz - EEWärmeG zu tätigen.

Der Fachplaner favorisiert die Pelletsanlage. Die Gemeinde ist auch gegenüber Ihren Bür-

gern in der Pflicht, zu zeigen, dass sie sich am Gesetz der erneuerbaren Energie beteiligt.

Die Pelletsheizungsanlage ist gegenüber der Gas-Brennwertanlage jährlich 5.661,00 € brutto teurer. In diesen Kosten sind aber die kapitalgebundenen und die verbrauchsgebundenen Kosten berücksichtigt. Was hier nicht berücksichtigt ist, ist evtl. die Preissteigerung des Brennstoffes Gas. Bei einem Einsatz einer Luft- Wasser- Wärmepumpe sind die Kosten gegenüber der Gas-Brennwertanlage jährlich um 3.752,54 € brutto teurer, hier sind aber die Mehrkosten vom System von 41.342,76 € nicht berücksichtigt. Die Mehrkosten der Pelletsanlage zur Luft-Wasser-Wärmepumpe über die Amortisationszeit gerechnet betragen 22 Jahre  $(41.342,76 / (5.661,00 - 3.752,54) = 1.908,46)$ .

**Die Kostengegenüberstellung der vier Heizungssysteme ist als Anlage dem Protokoll beigelegt (siehe RIS)**

In der anschließenden Beratung bemerkt **3. Bgm. Horst Hock**, dass für die Pelletheizung angegeben ist, dass keine CO<sub>2</sub> Belastung entsteht. Dies ist nach seiner Meinung so nicht korrekt. Für die Herstellung der Holzpellets entstehen mit Sicherheit auch entsprechende CO<sub>2</sub>-Werte.

**Dipl. Ing. Norbert Ries** stellt fest, dass auf Nachfrage bei den Förderbehörden, dieser Anteil der CO<sub>2</sub>-Belastung sehr gering und daher nicht relevant ist.

**GR Hans Georg Seitz** möchte wissen, wie lange die Nutzungsdauer berechnet wurde. Wie sieht hierfür die Berechnung aus.

**Dipl. Ing. Norbert Ries** erklärt, dass die vorgestellten Zahlen für einen Zeitraum von 10 Jahren gerechnet wurden. Für eine Dauer von 20 Jahren sollten die doppelten Werte angenommen werden.

**GR Dr. Robert Ritter** erwidert hierzu, dass sich die Kostenbilanz bei Einsatz einer Brennwertheizung besser darstellt.

**GR Hans Georg Seitz** sieht seine vorangegangene Frage noch nicht beantwortet. Er möchte wissen, ob es Erfahrungswerte über die Betriebsnutzungsdauer von evtl. 20 Jahren gibt. Dies bezieht sich hauptsächlich auf die Energiekosten.

**Dipl. Ing. Norbert Ries** erklärt, dass z. B. die Wartung für Kesselanlagen mit 20 Jahren berechnet wurde. In der Kostenberechnung sind

jedoch keine baulichen Nebenkosten enthalten. Dies erfolgt durch den Architekten.

**GR Toni Stahl** möchte wissen, ob in den Kosten Kamin- und Silobaukosten, z. B. für Pellets, enthalten sind, und in welcher Preisklasse die Pellets liegen.

**Dipl. Ing. Norbert Ries** antwortet, dass nach Rückfrage der derzeitige Pelletpreis bei ca. 197-199 € pro Tonne zzgl. MwSt. liegt. Bei der Gasheizung ist die Kaminanlage in der Heizung enthalten, bei der Wärmepumpe ebenfalls.

**GR Toni Stahl** möchte ebenfalls wissen, ob noch Kosten für eine Trafostation hinzu kommen.

**Dipl. Ing. Norbert Ries** erklärt, dass dies nicht erforderlich ist.

**3. Bgm. Horst Hock** bedankt sich für die guten und ausführlichen Informationen zu den verschiedenen Heizungssystemen. Im Arbeitskreis FFW/Bauhof hat man sich darauf geeinigt, dass keine Gasheizung eingebaut werden soll. Dieses Gebäude soll auch eine Vorbildfunktion übernehmen und Zeichen setzen. Die Beheizung mittels Hackschnitzelwerk erscheint ihm sehr arbeitsintensiv, demnach stehen jetzt noch die beiden Alternativen Pellets oder Wärmepumpe zur Entscheidung an.

Die CSU-Fraktion bevorzugt den Einbau einer Wärmepumpe mit Luft/Wasser und sieht damit den Vorteil, dass hierfür nur Strom benötigt wird. Der Anteil des CO<sub>2</sub> Ausstoßes kann durch die Nutzung von Ökostrom noch reduziert werden.

Durch den sehr langen Gebäudekomplex ist auch die Beheizung durch die unterschiedliche Nutzung schwierig. Die verschiedenen Flächen des Bauhofes, z. B. Werkstätten, Sanitärräume und Büros des Bauhofes, tagsüber und die Nutzung durch Feuerwehr vor allem in den Abendstunden. Er würde vorschlagen, dass jeweils eine Pumpe im Bereich FFW und eine Pumpe im Bereich Bauhof eingebaut werden. Durch Kaskadenbetrieb kann bei erhöhtem Bedarf eine individuelle Zuschaltung erfolgen. Die Nutzung von Erdwärme sieht er für dieses Bauwerk als zu teuer an.

**Dipl. Ing. Norbert Ries** ist der Ansicht, dass der Einbau von mehreren Anlagen jedoch auch gleichzeitig wieder eine Kostenerhöhung mit sich bringen wird. Die errechnete Gesamtanschlussleistung für die Wärmepumpe wurde mit 40 kW gerechnet.

**GR Jürgen Goldhammer** möchte wissen, ob im Winter eine Zuheizung bei Wärmepumpen erforderlich sein wird.

**Dipl. Ing. Norbert Ries** erklärt, dass die Wärmepumpe mit Strom nachgeheizt werden muss.

In Bezug auf das EEWärmeGesetz erreicht man mit einer Pelletsanlage und einer Luft/Wasser-Wärmepumpe mit Ökostrom die gleichen CO<sub>2</sub>-Werte.

**GR Jürgen Goldhammer** möchte wissen, welche Maßnahmen beim Einbau einer Gasheizung erforderlich sind.

**Dipl. Ing. Norbert Ries** stellt fest, dass dann eine erhöhte Wärmedämmung notwendig sein wird.

**GR Hans Georg Seitz** ist der Ansicht, dass Hackschnitzel als versorgungssicheres Material gelten und auch schnell erhältlich sind.

**Dipl. Ing. Norbert Ries** ist der Meinung, dass das Gebäude für den Einbau einer Hackschnitzelheizung sehr ungünstig ist.

**3. Bgm. Horst Hock** ergänzt, dass die Pellets immer in der gleichen Qualität geliefert werden und die Hackschnitzel unterschiedlich sind.

**GR Peter Amrhein** sieht in der Pelletheizung ebenfalls erhebliche Nachteile und Bedenken. Er spricht die mittlerweile starke Vermarktung

des Holzes bezüglich der Herstellung von Pellets an. Bezüglich der Nutzung regenerativer Energien wird die Luft/Wasser Wärmepumpe auch als relativ wartungsfrei dargestellt.

**GR Jürgen Goldhammer** möchte wissen, ob die Nutzung von Solarthermie ebenfalls vorgesehen ist.

**Dipl. Ing. Norbert Ries** erklärt, dass u.a. für die FFW die Warmwasserversorgung bereitgestellt werden muss. Somit ist die gesamte Pufferung im Bedarfsfall verbraucht. Bezüglich des Schutzes vor Legionellen ist hier auch besonders auf die exakte Wassertemperatur zu achten, dies kann mit Solarthermie nicht gewährleistet werden.

**3. Bgm. Horst Hock** bezieht sich nochmals auf die ausführliche Diskussion und ist der Meinung, dass mit dem Einbau einer Wärmepumpe betrieben mit Ökostrom, seitens der Gemeinde ein Zeichen gesetzt wird. Durch die Wärmepumpe wird auch keine zusätzliche Lagerfläche für Pellets etc. benötigt.

### Beschluss

Bei dem Neubau von Feuerwehr und Bauhof wird als Heizungssystem

- Luft/Wasser-Wärmepumpe  
festgelegt.

**Abstimmungsergebnis: ja: 16 nein: 5**

<b>4.</b>	<b>Sanierung der Kultur- und Sporthalle; Beratung und Festlegung Ablaufschema</b>
-----------	---

**Dipl. Ing. Norbert Ries** hat am 22.04.2010 ausführlich über die anstehenden Sanierungsmaßnahmen in der Kultur- und Sporthalle informiert. Es sind neben Arbeiten im Heizung-, Sanitär- und Lüftungsbereich auch umfangreiche Brandschutzmaßnahmen durchzuführen.

Die Fraktionen waren sich einig, dass die Vorschläge intern besprochen werden sollen, evtl. wird eine interfraktionelle Sitzung anberaumt. Hierzu wurden die Unterlagen zur Verfügung gestellt.

Die Gesamtanierung mit Aufzug ist sicherlich sehr wichtig und erforderlich, der Gesamtaufwand ist jedoch derzeit von der Gemeinde nicht zu bewältigen. In einigen Bereichen der Kultur- und Sporthalle ist allerdings dringender Handlungsbedarf gegeben. Dies betrifft insbesondere die total veraltete Heizungs- und Lüftungsanlage; die Heizung ist Erstausrüstung

und verbraucht viel Energie; mit einer Erneuerung sind sicherlich hohe Heizkosten einzusparen; dies betrifft auch die Lüftungsanlage. So funktioniert, z.B. im Nebenraum der Gaststätte, die Lüftungsanlage schon seit Jahren nicht mehr im vollen Umfang.

Desweiteren sind die Sanitärobjekte in den Umkleidekabinen in einem desolaten Zustand und gehören dringend ausgetauscht. In diesem Zusammenhang ist natürlich an eine Neugestaltung zu denken.

Das gleiche gilt auch für die Toilettenanlage im Erdgeschoss. Hierzu wurden von Herrn Ries einige Vorschläge unterbreitet; eine Neugestaltung an anderer Stelle oder Aufteilung ist nach Ansicht der Verwaltung allerdings nicht zwingend erforderlich.

Nach Auffassung der Verwaltung sollen die vordringlichsten Maßnahmen baldmöglichst in Angriff genommen werden, auch wenn dann

eine Sanierung „von oben nach unten“ nicht mehr möglich ist.

Dazu gehören insbesondere die Heizungs- und Lüftungsanlage, die Umkleidekabinen und Toiletten im UG. Die übrigen Maßnahmen, wie Sanierung der Tribüne, Sanierung des Konferenzraumes, energetische Maßnahmen (außer Heizung und Lüftung), Einbau eines Aufzuges sind sicherlich erforderlich, können nach Ansicht der Verwaltung aber auch zu einem späteren Zeitpunkt durchgeführt werden. Natürlich muss dabei das gesamte Sanierungskonzept stehen.

Der Gemeinderat sollte hierzu das gesamte Sanierungskonzept sowie einen Zeit- und Ablaufplan festlegen.

**Bgm. Andreas Zenglein** erklärt, dass Dipl. Ing. Martin Volk einen Maßnahmenkatalog für die Durchführung der Sanierung der Kultur- und Sporthalle erstellt hat. Diese Maßnahmen sollten in den Fraktionen beraten werden und zur nächsten Sitzung wieder vorgelegt und über die weitere Vorgehensweise beschlossen werden.

**GR Hans Georg Seitz** schlägt vor, dass für eine sinnvolle Beratung hier zumindest Kostenansätze vorhanden sein müssen.

**3. Bgm. Horst Hock** ist der Meinung, dass Schätzkosten ermittelt werden müssen, damit die Höhe der Investitionen zu planen sind. Die Gesamtkosten müssen im Haushalt berücksichtigt werden. Er ist der Meinung, dass, ähnlich wie der Ausführung des Brandschutzes oder der Sanierung des Hallenbades, die Aufgabe auf mehrere Jahre verteilt werden muss, damit sich die Gemeinde dies leisten kann. Es müssen Bauabschnitte gebildet werden.

**GR Dr. Robert Ritter** ist der Ansicht, dass vor einer Festlegung der Sanierungsmaßnahmen zuerst die Beratung über die weitere Nutzung der KUS geführt werden sollte. Wenn die Nutzung der KUS hauptsächlich durch Sportveranstaltungen erfolgt, ist nach seiner Auffassung eine andere Sanierung erforderlich.

**Dipl. Ing. Norbert Ries** stellt fest, dass sich die gesetzlichen Bestimmungen in beiden Fällen nach der Versammlungsstättenverordnung ergeben. Sobald die Hallennutzung 200 Personen überschreitet, ist diese Verordnung anzuwenden.

**GR Jürgen Goldhammer** schlägt vor, dass die Konferenzräume als Sporträume für z. B. VHS-Kurse oder als ständiger Raum für das Training der Ringer genutzt werden. In diesem

Fall ist auch kein Bierausschank in diesem Raum mehr erforderlich.

**GR Hans Georg Seitz** sieht die Kultur- u. Sporthalle nach wie vor in ihrer jetzigen Nutzung. Die Konferenzräume können wegen der niedrigen Raumhöhe nicht optimal ausgelastet werden. Laut den Ausführungen von Herrn Ries muss durch den Einbau von Brandschutzmaßnahmen eine Erhöhung der Deckenhöhe ohnehin erfolgen. Das seitherige Konzept der KUS sollte beibehalten werden und eine Sanierung nach und nach erfolgen.

**3. Bgm. Horst Hock** schlägt vor, dass zuerst eine Kostenanalyse erstellt wird. Es sollte festgelegt werden, ob eine zusätzliche Toilettenanlage auf Höhe der Halle benötigt wird, ob die Toiletten für die Gaststätten dadurch verringert werden können, welche baulichen Veränderungen hierfür notwendig sind und werden.

**GR Wendelin Bleifus** ist der Meinung, dass nach Einbau eines Aufzuges die Errichtung einer Toilette im Hallenbereich nicht mehr erforderlich sein wird.

**Bgm. Andreas Zenglein** erklärt, dass nach seiner Meinung eine Außendämmung nicht erforderlich sein wird. Dieser Kostenaufwand wird sich nach dem Gutachten von Herrn Ries erst in ca. 70 Jahren amortisieren. Der Maßnahmenkatalog sollte in den Fraktionen beraten werden und am 01. Dez. die entsprechenden Beschlüsse gefasst werden.

**GR Hans Georg Seitz** schlägt vor, im nächsten Jahr eventuell einen Betrag in Höhe von 500.000 EUR für die Sanierung von Heizung und Sanitär im Erdgeschoß bereitzustellen.

**GR Dr. Robert Ritter** widerspricht diesem Vorschlag. Beim Neubau von FFW und Bauhof soll die Gemeinde als ökologisches Vorbild gelten und in dem bestehenden Gebäude wird dieser Punkt nicht berücksichtigt. Für ihn ist eine Fassadendämmung ebenfalls erforderlich.

**3. Bgm. Horst Hock** schlägt vor, dass der heutige Stand des Gebäudes als Basis genommen werden sollte, die Vorschläge erarbeitet werden und die Beschlüsse ohnehin gemeinsam hier am Tisch gefasst werden. Es soll dann festgelegt werden, in welcher Reihenfolge, z. B. Aufzug, Heizung oder Fenster eingebaut werden. Mit einem Arbeitskreis kann hier sicherlich ein gutes Ergebnis erzielt werden.

**Dipl. Ing. Norbert Ries** erklärt, dass er diese Schätzkosten nicht liefern kann. Es müssen für die Berechnungen unter anderem auch alle

Vorgaben der Versammlungsstättenverordnung und des Brandschutzes berücksichtigt werden.

**Bgm. Andreas Zenglein** möchte wissen, welche Daten hierzu erforderlich sind. Er begrüßt die Bildung eines Arbeitskreises, hierbei wurden bisher schon immer gute Ergebnisse erzielt.

**Dipl. Ing. Norbert Ries** fragt, ob bei der Sanierung der Toilettenanlage eine zusätzliche Anlage eingebaut werden soll. Die Toiletten im OG- Konferenzräume – sind in der jetzigen Form so nicht mehr gestattet und müssen komplett verändert werden.

**GR Richard Hein** schlägt vor, dass Herr Ries sich nach den jetzigen Gegebenheiten richten und entsprechende Kostenschätzungen erstellen soll, die sich nach den Gesetzen und Vorgaben richten. Danach kann der Gemeinderat festlegen, wie das weitere Verfahren hierzu ist.

Diesem Vorschlag stimmt **2. Bgm. Max Baumann** ebenfalls zu.

**GR Reinhard Schüßler** erklärt, dass bei den Haushaltsberatungen nicht nur der Neubau von FFW und Bauhof sowie die Sanierung der Kultur- u. Sporthalle berücksichtigt werden sollten. Die Sanierung der Ortsverbindungsstraße sollte bei all den Aufgaben nicht vergessen werden.

**Bgm. Andreas Zenglein** erklärt, dass nach dem gültigen Finanzplan im Jahr 2013 die Planung und im Jahr 2014 die Ausführung der Sanierung der Ortsverbindungsstraße anstehen.

#### Ergebnis der Diskussion –ohne Beschlussfassung

Das Ing. Büro Ries legt zur ersten Sitzung des Jahres 2011 eine Kostenschätzung des Maßnahmenkataloges vor.

Es wird ein Arbeitskreis mit jeweils zwei Personen aus jeder Fraktion gebildet.

### 5. Straßenbeleuchtungsvertrag mit der AVG

Herr Sauer von der AVG war bei der Gemeinde vorstellig und hat einen neuen Straßenbeleuchtungsvertrag vorgelegt und besprochen. Der alte Vertrag stammt noch aus Zeiten des ehemaligen Überlandwerkes.

Der Vertrag regelt nicht den Strombezug für die Straßenbeleuchtung, sondern den Betrieb der Straßenbeleuchtung. Die Kosten hierfür sollen im Gegensatz zu dem alten Vertrag mit einer Pauschale je Brennpunkt abgegolten werden. Dies ist sowohl für die Gemeinde als auch für die AVG überschaubarer und bringt für die Gemeinde weniger Risiko.

Die Pauschale wurde mit 12,92 € zzgl. MWSt. je Brennpunkt angesetzt, das entspricht bei 712 Brennpunkten jährlich 10.946,86 €. Der tatsächliche Aufwand in den letzten drei Jahren belief sich auf 10.500 –12.000 €.

Zudem sichert die AVG den Betrieb der Straßenbeleuchtung und einen zeitnahen Austausch von Beleuchtungskörpern zu. Bei den Beleuchtungsmitteln

sollen künftig Lampen verwendet werden, deren Brenndauer eine gewisse Garantie beinhalten und nach dieser Garantiezeit ausgetauscht werden, ohne dass tagsüber die Straßenbeleuchtung abgeschaltet wird.

Nach Ansicht der Verwaltung kann dem vorgelegten Entwurf des Straßenbeleuchtungsvertrages zugestimmt werden. Die Vertragsdauer sollte hierzu identisch mit dem Konzessionsvertrag sein: Vertragsbeginn 01.08.2011, Vertragsdauer 10 Jahre mit 10-jähriger Option.

#### Beschluss

Dem Entwurf des Straßenbeleuchtungsvertrages zwischen der AVG und der Gemeinde Haibach wird in der vorgelegten Fassung vom 14.10.2010 zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis: ja: 21 nein: 0**

### 6. Antrag zum Erwerb des Anwesens Büchelbergstraße 6

Die SPD-Fraktion hat mit Schreiben vom 12.10.2010 beantragt, das Anwesen Büchelbergstraße 6 zu erwerben. Damit sei es möglich, eine dauerhafte und vernünftige Lösung für die Zufahrt zum Burgkindergarten zu schaffen. Gegenfinanziert sei dieser Erwerb durch Verkauf anderer Immobilien.

Ein Erwerb dieses Grundstück für den genannten Zweck ist sicherlich sinnvoll, in Anbetracht der anstehenden gemeindlichen Projekte jedoch auch

finanziell schwierig zu lösen. Das Grundstück wird im Internet unter immobilenscout24 zu einem Kaufpreis von 398.000 € angeboten. Auch wenn hier sicherlich noch Verhandlungsspielraum möglich ist, belastet nahezu jede Kaufsumme den gemeindlichen Haushalt enorm.

Vom Gemeinderat wäre nun eine Grundsatzentscheidung über den Antrag zu treffen. Weitere Einzelheiten, wie Grundstückspreis, sollten bei einem



positiven Beschluss in nicht-öffentlicher Sitzung festgelegt werden.

**GR Hans Georg Seitz** erläutert den Antrag und erklärt, dass die SPD-Fraktion mit dem Erwerb dieses Grundstücks eine vernünftige Lösung für die Zufahrt zum Burgkindergarten und zur Gestaltung des Dorfgebietes sieht.

Die Gemeinde hat im Laufe der letzten Zeit etliche Grundstücke verkauft. Es sollten nicht nur Vermögen bzw. Grundstücke verkauft werden, sondern auch angeschafft werden, wenn eine sinnvolle Nutzung möglich ist. Das Areal hat eine Fläche von ca. 700 m<sup>2</sup>, die genannte Summe, die für jeden sichtbar im Internet zu lesen ist, ist jedoch nach Meinung der SPD eindeutig zu hoch angesetzt.

Es sollte erst ein Grundsatzbeschluss gefasst werden und dann im nicht öffentlichen Teil ein Preis für die Verhandlungsbasis festgelegt werden.

**3. Bgm. Horst Hock** erklärt, dass die CSU-Fraktion den Antrag zur Kenntnis genommen hat. Die Verkehrssituation im Bereich Burgstraße, Burgkindergarten etc. bekannt ist.

Er gibt jedoch zu bedenken, dass zu diesem Kaufpreis noch die Maklergebühren sowie die Kosten für die Nutzbarmachung hinzukommen werden. Dieser Aufwand ist derzeit von der finanziellen Seite betrachtet für die Gemeinde nach seiner Meinung nicht machbar.

Gerade wurden wir unter anderem an die Sanierung der Ortsverbindungsstraße erinnert. Desweiteren wurde das betreffende Haus in den letzten Jahren aufwendig renoviert. Das sollte doch jetzt nicht für die Schaffung von Parkflächen bzw. für eine Zufahrt abgerissen werden. Das sollte nicht sein.

**GR Dr. Robert Ritter** ist der Meinung, dass in der öffentlichen Sitzung ebenfalls ein Beschluss über den Finanzrahmen für den Erwerb dieses Grundstücks gefasst werden muss. Das gehört nicht in den nicht-öffentlichen Teil der Sitzung.

Es sollte ein Grundsatzbeschluss über den Erwerb als solches und über die Summe, die für den Kauf angewendet werden soll, gefasst werden.

**2. Bgm. Max Baumann** erklärt, dass er diesem Kauf nicht zustimmen wird, da andere Wege zum Burgkindergarten schon seit Generation benutzt werden. Nach seiner Auffassung ist es den Eltern ohnehin auch zuzumuten, beim Bringen und Holen der Kinder einen Fußweg in Kauf zu nehmen.

#### Beschluss

Die Gemeinde Haibach beabsichtigt, das Grundstück Büchelbergstraße 6 zu erwerben. Weitere Festlegungen hierzu werden in nicht-öffentlicher Sitzung getroffen.

**Abstimmungsergebnis: ja: 7    nein: 14  
abgelehnt**

## 7. Allgemeines

### 7.1. Sitzung des Kultur-, Sport- und Sozialausschusses am 17.11.2010

**Bgm. Andreas Zenglein** informiert, dass diese anberaumte Sitzung in der kommenden Woche ausfällt. Der Tagesordnungspunkt Weihnachtsbeihilfen wird durch den Haupt- und Finanz-ausschuss beraten und entsprechende Beschlüsse gefasst.

### 7.2. Grundwassermessstellen für das Wasserschutzgebiet Brunnen 71 Gemarkung Bessenbach

**Bgm. Andreas Zenglein** stellt fest, dass er durch Bürgermeister Straub aus Bessenbach informiert wurde, dass der Gemeinderat Bessenbach den Grundwassermessstellen für das Wasserschutzgebiet Brunnen 71 zugestimmt hat. Als Bedingung wurden genannt, keine Einschränkungen für den MSC sowie die Eintracht Straßbessenbach.

### 7.3. Umbau Lebensmittelmarkt – Zum Stadion

**Bgm. Andreas Zenglein** teilt mit, dass der geplante Abbruch/Umbau des Lebensmittelmarktes frühestens Mitte nächsten Jahres erfolgen soll. Heute hat ein entsprechendes Gespräch stattgefunden. In der Sitzung des GR am 01.12.2010 soll die neueste Planung vorgestellt und erläutert werden. Der jetzige Mieter – REWE - wird nach Aussage der Geschäftsführung am 31.12.2010 nicht geschlossen und bis zum Umbau weiter betrieben, um die Versorgung zu gewährleisten.

### 7.4. Folgende Veranstaltungen stehen am Wochenende an

**Cäcilientag 13.11.2010**                      Vorabendmesse

#### Volkstrauertag 14.11.2010

Haibach- Heldenfriedhof                      14:00 Uhr  
Grünmorsbach- Kriegerdenkmal              10:00 Uhr  
Dörmorsbach Mahnmahl nach dem Gottesdienst

**Familien-Nachmittag – TV Haibach 21.11.2010**  
Kultur-u. Sporthalle Beginn 14:30 Uhr

### 7.5. Benefiz-Konzert am 30.10.2010

**Bgm. Andreas Zenglein und VG-Vorsitzender Peter Amrhein** bedanken sich für das gute Zusammenarbeiten und die gelungene Veranstaltung.

Insgesamt wurden 2.200 EUR Erlöst, die jetzt jeweils zur Hälfte für karitative Zwecke in Haibach und Marck verwendet werden können.

Den Geldbetrag für Marck wird **Bgm. Andreas Zenglein** anlässlich des Neujahrsempfangs am 14. Jan. 2011 in Marck überreichen.

Die Mitglieder des Gemeinderates sind aufgefordert, entsprechende Vorschläge zur Verwendung des Geldes in unserer Gemeinde zu unterbreiten.

**GR Ilse Spielmann** schlägt die Palliativstation im der-Hospiz in Aschaffenburg vor.  
Klinikum Aschaffenburg, **GR Gaby Satter** die Kin-

Hiernach schließt Bürgermeister Andreas Zenglein den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde  
am **01. Dez. 2010** genehmigt.

---

Andreas Zenglein  
Erster Bürgermeister

---

Reiling Silvia

## SITZUNG des GEMEINDERATES

**Sitzungstag: Mittwoch, 1. Dezember 2010**

**Sitzungsdauer: 20:00 Uhr bis 22:00 Uhr**

**Haibach, Rathaus**

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

<b>Sitzungsteilnehmer</b>	<b>Funktion</b>	<b>Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung</b>
---------------------------	-----------------	---

**Anwesend:**

Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	
Max Baumann	2. Bürgermeister	
Horst Hock	3. Bürgermeister	
Erhard Attig	Gemeinderat	
Wendelin Bleifus	Gemeinderat	
Michael Fuchs	Gemeinderat	
Jürgen Goldhammer	Gemeinderat	
Andreas Hein	Gemeinderat	
Richard Hein	Gemeinderat	
Rüdiger Lebert	Gemeinderat	
Claus Rückert	Gemeinderat	
Markus Rückert	Gemeinderat	
Gaby Satter	Gemeinderätin	
Reinhard Schüßler	Gemeinderat	
Hans Georg Seitz	Gemeinderat	
Ilse Spielmann	Gemeinderätin	
Corinna Suffel	Gemeinderätin	
Susanne Zellner	Gemeinderätin	

**Abwesend:**

Peter Amrhein	Gemeinderat	
Dr. Robert Ritter	Gemeinderat	
Toni Stahl	Gemeinderat	

<b>Schriftführer</b>		
Reiling Silvia		

<b>Verwaltung</b>		
Friedrich Englert		
Martin Volk		

## **Tagesordnung**

### **Öffentlicher Teil:**

<b>1.</b>	<b>Eröffnung und Begrüßung</b>
<b>2.</b>	<b>Genehmigung der Sitzungsniederschrift</b>
<b>3.</b>	<b>Änderung des Bebauungsplanes "Gemeindefeld"; Ausweisung eines Sondergebietes zur Errichtung eines Lebensmittelmarktes; Wiedervorlage</b>
<b>4.</b>	<b>Aufstellung eines Bebauungsplanes zu den Freizeitanlagen am Wildpark</b>
<b>5.</b>	<b>Wünsche und Anregungen aus der Bürgerversammlung vom 23.11.2010</b>
<b>6.</b>	<b>Festsetzungen von Steuern, Gebühren und Beiträgen für das Haushaltsjahr 2011; Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses aus der Sitzung vom 24.11.2010</b>
<b>7.</b>	<b>Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Wasserabgabesatzung; Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses vom 24.11.2010</b>
<b>8.</b>	<b>Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung; Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses vom 24.11.2010</b>
<b>9.</b>	<b>Feststellung der Jahresrechnung 2009</b>
<b>10.</b>	<b>Kanalsanierung für den Ortsteil Dörmorsbach; Vorstellung Kanalsystem mit Alternativkonzepten</b>
<b>11.</b>	<b>Allgemeines</b>

**1. Eröffnung und Begrüßung**

**Bgm. Andreas Zenglein** eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass

- a) Zur Sitzung ordnungs- und fristgemäß eingeladen wurde

- b) Von den 20 geladenen Gemeinderäten alle anwesend sind.

*Es besteht Einverständnis mit der Tagesordnung.*

**2. Genehmigung der Sitzungsniederschrift**

Die Protokolle des GR vom 10.11. 2010, des Kultur-, Sport und Sozialausschusses vom 28.04. und 14.07.2010 liegen zur Genehmigung vor.

Zum Protokoll werden Anmerkungen von GR Hans Georg Seitz und GR Jürgen Goldhammer (für Aussage Dr. Ritter) gemacht.

Frau Reiling sagt Überprüfung zu.

Die Protokolle des KuS-Ausschusses werden ohne Anmerkungen genehmigt.

**3. Änderung des Bebauungsplanes "Gemeindefeld"; Ausweisung eines Sondergebietes zur Errichtung eines Lebensmittelmarktes; Wiedervorlage****Sachverhalt**

Im April dieses Jahres wurde dem Gemeinderat der mögliche Neubau eines Lebens-mittelmarktes im Bereich der beiden bisherigen Märkte PLUS und REWE vorgestellt. Zwischenzeitlich hat der Investor, die Firma PAN, schon mehrere Gespräche geführt, um die Finanzierung und die Grundstücksfragen zu klären.

Mittlerweile liegt nunmehr der Planentwurf, der den Fraktionen bereits übergeben wurde, vor.

Dieser Planentwurf sieht folgendes vor:

Ein Baukörper mit ca. 2000 m<sup>2</sup> Verkaufsfläche mit den entsprechenden Parkflächen. Das Gebäude ist hierbei in südlicher Richtung angeordnet.

Die Durchgangsstraße soll in östlicher Richtung verlegt werden und künftig zur Entlastung der Anwohner keinen Schwerlastverkehr zulassen. Eine Verlegung ist westlicher Richtung scheidet nach Prüfung wegen u.a. der Höhenunterschiede aus.

Die Zufahrt zu dem Grundstück der Schlosserei Bozem soll künftig von der Staatsstraße aus erfolgen, ebenso die Zufahrt zu dem Grundstück Fl.Nr. 6000/24.

Nachdem bekannt ist, dass REWE den Markt in Haibach aufgibt, ist es für Haibach als Daseinsvorsorge enorm wichtig, einen Lebensmittelmarkt anzusiedeln, nachdem es nur noch Lidl und „Nahkauf“ gibt, die jedoch beide keine Vollsortimenter sind. Diese sog. Vollsortimenter benötigen jedoch eine Fläche von ca. 2000 m<sup>2</sup>, die bei dem vorgelegten Plan erfüllt werden. REWE hat jedoch gegenüber dem Investor erklärt, im kommenden Jahr den Markt noch offen zu erhalten.

Um ein Objekt in dieser Größenordnung mit den dazugehörigen Parkflächen zu errichten, ist es an dem jetzigen (für diesen Zweck geeigneten) Standort erforderlich, die Flächen von PLUS und REWE zusammenzufassen. Dies ist nur möglich, wenn für den Bereich eine umfassende Planungsänderung erfolgt. Dies macht vor allem die Änderung der Straßenführung erforderlich (bereits im April diskutiert). Zur Abrundung des Gewerbegebietes und

Inanspruchnahme bereits vorhandener Flächen bietet es sich an, die Straße in östlicher Richtung zu verlegen: Dort soll auch im oberen Bereich möglicherweise, noch vor den Wohnanwesen, die Einfahrt zu den Parkplätzen angeordnet werden. Eine weitere Alternative mit der Verlegung der Straßenführung in westlicher Richtung scheidet nach Auffassung der Verwaltung wegen der dort vorhandenen Höhenunterschiede aus.

Zur Entlastung der Anwohner in östlicher Richtung ist vorgesehen, für die neu zu errichtende Straße den Schwerlastverkehr auszuschließen.

Die Ver- und Entsorgungsleitungen können ohne größere Probleme verlegt werden.

Der vorliegende Plan ist natürlich noch im Detail zu fertigen. Vorher ist jedoch ein Bebauungsplan aufzustellen. In der heutigen Gemeinderatssitzung ist lediglich zu entscheiden, für diesen Bebauungsplan den Aufstellungsbeschluss zu fassen. Seitens der Verwaltung wird vorgeschlagen, den Bebauungsplan mit der erforderlichen Ausweisung eines Sondergebietes zu erstellen und den Auftrag an die Ortsplaner, Architekten Richter und Schöffner, zu erteilen.

Die Ortsplaner würden dann beauftragt, bis zur nächsten Gemeinderatssitzung einen Entwurf zu fertigen und dem Gemeinderat vorzulegen.

Erst dann wird das weitere Verfahren mit der frühzeitigen Bürger- und Behördenanhörung festgelegt. Diese frühzeitige Bürgeranhörung schließt auch die Beteiligung der unmittelbaren Anwohner mit ein.

**Bgm. Andreas Zenglein** führt in seiner Information zu diesem Tagesordnungspunkt aus, dass der Investor bei der Regierung eine Bedarfsermittlung für die Verkaufsflächen in Haibach eingeholt hat. Hierbei wurde ermittelt, dass Haibach eine Verkaufsfläche von 5000 m<sup>2</sup> verträgt. Durch die jetzige Planung des Areals würde eine Verkaufsfläche von ca. 2.000 m<sup>2</sup> entstehen.

Es ist vorgesehen, die Straße „Zum Stadion“ in diesem Teilbereich zurückzubauen und den Bau-

körper parallel zur Straße „Gemeindefeld“ zu errichten. Die Zufahrt zu dem Areal soll möglicherweise von der Staatsstraße über die „Neue Straße“ rechts des Gebäudes erfolgen.

Bei einem Gespräch mit dem Straßenbauamt bezüglich der Genehmigung der Lagerflächen der Firma Bozem wurde dort eine Genehmigung zur direkten Einfahrt von der Staatsstraße 2312 signalisiert.

Nach Meinung von **Bgm. Andreas Zenglein** sollte versucht werden, hier mit dem Straßenbauamt nochmals zu klären, ob auch eine Zu- und Abfahrt direkt von der Staatsstraße zum Parkplatz des Lebensmittelmarktes machbar ist.

Wie bereits ausgeführt, kann eine Verlegung der Straße auf den linken Teil des Geländes wegen des Höhenunterschiedes nicht erfolgen. Dies wird anhand von Bildern dokumentiert.

**GR Andreas Hein** bemerkt, dass diese Thematik den Gemeinderat seit Februar beschäftigt. Es handelt sich um ein schwieriges Thema. Die Verkaufsfläche für Haibach soll erhalten bleiben, aber der Standort soll auch die Anwohner dieses Bereiches nicht mehr als bisher belasten. Bei der letzten Beratung wurde gebeten, die Straße an die andere Seite zu verlegen- jetzt ist dies durch die Höhenlage nicht durchführbar.

Ein Vorteil der Planung ist, dass der Gebäudekomplex an den hinteren Teil des Grundstücks verlegt wurde. Dies bedeutet, dass von dieser Seite kein Andienungsverkehr bzw. Parkverkehr aufkommen wird. Dennoch wird es so sein, dass diese Straße nun den Verkehr zum Sportgelände aufnehmen wird. Es bestehen hier seitens der Fraktion durchaus unterschiedliche Meinungen.

**GR Andreas Hein** möchte wissen, ob die Bauweise nun ein- oder zweigeschossig geplant ist. Dies ist auf dem vorgelegten Entwurf nicht ersichtlich.

**Bgm. Andreas Zenglein** antwortet hierzu, dass das Gebäude in seinem heutigen Bestand bereits zweigeschossig ist. Im derzeitigen Bebauungsplan ist im Gewerbegebiet eine dreigeschossige Bauweise gestattet.

Bei der Festlegung des neuen Bebauungsplanes als Sondergebiet werden aber gerade diese Regularien – Geschosshöhe, Andienungszeiten etc. festgelegt. Er weist auch darauf hin, dass das Allgemeinwohl vor dem Eigenwohl steht.

Als schwierig gestaltet sich die Lösung einer Straße links. Hier macht der Höhenunterschied von ca. 6 m eine neue Straßenführung kaum realisierbar. Es müssten enorme Kosten zum Abfangen aufgebracht werden.

Es ist ebenfalls schwierig, die Trafostation zu entfernen. Hier ist die gesamte Stromversorgung des Industriegebietes und der Straßenbeleuchtung geschaltet.

**GR Hans Georg Seitz** ist der Auffassung, dass die Sachlage sehr ausführlich erläutert wurde. Es ist nach seiner Meinung erstaunlich, wie viele Bürger an einem Standort eines Vollsortimenters in Hai-

bach interessiert sind und nachgefragt haben. Eine ortsnahe Versorgung der Bevölkerung macht diesen Markt notwendig.

Die beteiligten Behörden und das Straßenbauamt werden sich mit der Situation beschäftigen und sicherlich wird nach optimalen Voraussetzungen für die Anlieger gesucht werden.

**GR Jürgen Goldhammer** sieht es als erforderlich, dass eine direkte Zufahrt seitens der Staatsstraße geplant wird. Ebenso ist es wichtig, dass die „Neue Straße“ keine Belastung durch LKW-Verkehr bekommt. Gibt es schon Aussagen über die Nutzung des Gebäudes in der unteren Etage?

**Bgm. Andreas Zenglein** antwortet, dass mit Aufstellung des B-Planes lediglich das Baufenster festgelegt wird. Eine Regelung über die Nutzung wird damit nicht festgelegt.

**GR Jürgen Goldhammer** sieht es als wichtig an, dass von Seiten des Gemeindefeldes keine Geschäfte angedient werden können, damit unter anderem auch die Abschottung bzw. der Schallschutz für die dortigen Anwohner besteht.

**Bgm. Andreas Zenglein** weist darauf hin, dass im Sondergebiet auch die Andienungszeiten festgelegt werden – siehe Verfahren beim Neubau des „Lidl-Marktes“.

**3. Bgm. Horst Hock** führt aus, dass er durch dieses Areal auch persönlich betroffen ist. Er stellt klar, dass er nicht gegen einen Markt ist. Er spricht hier für einen Markt und die Bürger. Es bestätigen sich jedoch jetzt langsam seine Bedenken. Die Bauwerber sind angetreten, eine Verkaufsfläche von 1.000 bis 1.200 m<sup>2</sup> zu bauen. Heute sprechen wir über 4.000 m<sup>2</sup>, weil das Gebäude zweigeschossig genutzt werden soll. Diese Größe wird hier in Haibach nicht benötigt. Diese Größe wird vielleicht ein Investor oder ein Planer benötigen. Für diese Planung wird er seine Zustimmung nicht erteilen.

Er findet es auch noch wichtig, darauf hinzuweisen, dass jeder Lebensmittelmarkt auf Verdrängungswettbewerb funktioniert. In Haibach haben wir eine gut funktionierende Versorgung. Die Haibacher Geschäftsleute können auf Dauer diesem Druck durch die Märkte und Großkonzerne nicht standhalten.

Wo holen die Vereine für ihre Feiern die Spenden für die Tombola, bei wem besteht Bereitschaft in und für Vereine Werbung zu betreiben? Sicherlich nicht bei Lidl, Aldi .. usw. Er möchte vor diesem gigantischen Bauwerk in Haibach warnen.

**GR Andreas Hein** erklärt, dass er von einer Zustimmung zu dieser Planung absieht, wenn eine Andienung des Gebäudes von Seiten des Gemeindefeldes erfolgen soll.

**Bgm. Andreas Zenglein** nimmt zu den Ausführungen von 3. Bgm. Horst Hock wie folgt Stellung: Am 24.02.2010 wurde bereits über eine Fläche von 1.800 m<sup>2</sup> gesprochen – hier wurde lediglich der Startschuss zu den Gesprächen gegeben.

Die Gemeinde legt die Größe des Baufensters für die Bebauung fest. Desweiteren kann kein Vergleich mit dem Lidl-Markt erfolgen, das ist ein Discounter und kein Vollversorger.

**GR Jürgen Goldhammer** schlägt vor, den Investor zu fragen, ob auch eine Fläche von 1.500 m<sup>2</sup> ausreichend ist.

**Bgm. Andreas Zenglein** weist darauf hin, dass das gesamte Procedere wohl ca. 1 Jahr dauern wird. In dieser Zeit bestehen genügend Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung und auch Gespräche mit Investoren.

**Gerald Breunig** als 2. Vorsitzender des Gewerbevereins möchte wissen, ob man sich die Mühe gemacht hat, eine Bedarfsermittlung durchzuführen. Welche Gedanken hat man sich zu den alteingesessenen Betrieben gemacht?

Nach 10-15 Jahren stehen diese Marktgebäude wieder leer. In Hösbach hat sich z. B. der Marktgemeinderat gegen die Ausweisung eines solchen großen Marktes entschieden.

**Bgm. Andreas Zenglein** bemerkt hierzu, dass Hösbach diesen Markt nicht abgelehnt hat, dort wird jetzt eine Bedarfsermittlung durchgeführt. In Hösbach befinden sich bereits sehr viele Märkte. Im Gegensatz zu Hösbach kann Haibach diesen Markt nicht ablehnen – unser Bedarf beträgt 5.000

m<sup>2</sup> und Haibach hat derzeit eine Verkaufsfläche von 1.300 m<sup>2</sup>. Nach den Berechnungen wurden 18.000 Kunden-Verkehrsströme gemessen – nach diesen Zahlen wird der Bedarf ermittelt.

Der REWE-Markt benötigt für die Einrichtung eines Vollversorgers eine Fläche von 2.000 m<sup>2</sup> - eine geringere Fläche bedeutet, dass der REWE - Markt Haibach verlässt. Sollte keine Veränderung erfolgen, stehen im nächsten Jahr bereits 4 ehemalige Verkaufsmärkte leer.

### Beschluss

Zur Erstellung eines Lebensmittelmarktes wird die Aufstellung des Bebauungsplanes „Gemeindefeld, Änderung 4“ beschlossen. Für den beplanten Bereich wird die Ausweisung eines Sondergebietes festgelegt.

In den Geltungsbereich der Bebauungsplanänderung sind die Grundstücke bzw. Teilbereiche hiervon Fl.Nr. 6000/21, 6000/22, 6000/23, 6000/24, 6000/25, 6000/1, 6039/4, 6039/3, 6000/61 und 6000/3 sowie gegebenenfalls die Fl.Nr. 6039/1 (Staatsstraße) mit einzubeziehen. Mit der Bebauungsplanänderung wird das Architekturbüro Schöffner und Richter beauftragt.

**Abstimmungsergebnis: ja: 15 nein: 3**

## 4. Aufstellung eines Bebauungsplanes zu den Freizeitanlagen am Wildpark

### Sachverhalt

In der Sitzung des Gemeinderates am 13.10.2010 wurde das Konzept für die Freizeitanlagen im Bereich Wildpark und Haibacher Schweiz bekanntgegeben, diskutiert und befürwortet.

Nach dieser Sitzung fand zusammen mit dem Betreiber des Kletterwaldes und künftigen Baumhaus-hotels, Herrn Bott, und der Kreisbaumeisterin, Frau Freytag, ein Besprechung zur der Planung statt.

Hierbei hat sich herausgestellt, wie schon am 13.10.2010 angedeutet, dass die Gestaltung in einem Bebauungsplan mit der Ausweisung als Sondergebiet darzustellen ist. Nachdem es sich um einen Bebauungsplan mit besonderen Darstellungen handelt, wurde der Gemeinde das Ing.Büro ArcGrün aus Kitzingen empfohlen.

In den Geltungsbereich des Bebauungsplanes soll der Wildpark, der Kletterwald, das Baumhaushotel (mit Ver- und Entsorgungszufahrt) sowie die evtl. neu zu schaffenden Parkflächen einbezogen werden.

Seitens der Verwaltung wird vorgeschlagen, zum jetzigen Zeitpunkt die Aufstellung des Bebauungsplanes mit einer noch festzulegenden Bezeichnung, z.B. „Sondergebiet Freizeitanlagen um den Haibacher Wildpark“ zu beschließen. Mit der Planung sollte das Ing.Büro ArcGrün aus Kitzingen beauftragt werden. Gleichzeitig ist die Änderung des Flächennutzungsplanes zu beschließen.

**3. Bgm. Horst Hock** sieht das Areal als prädestiniert für diesen Bebauungsplan. Die ehemalige Pferdekoppel wurde gekauft und sollte im Rahmen des Parkplatzbedarfs für dieses Freizeitgelände mit überplant werden. Mit einer Gesamtplanung für dieses Gebiet können die erforderlichen Parkflächen und auch eine Zufahrt für die Rettungsdienste geschaffen werden. Zum Baumhotel ist festzustellen, dass der Investor noch einiges an Hausaufgaben zu erledigen hat.

Nach seiner Auffassung wäre das jetzt hierfür vorgesehene Gebiet auch als Ausweisung für einen Friedwald ein geeigneter Standort.

**GR Hans Georg Seitz** sieht es als tolle Sache an, die fortgeführt werden sollte. Die Gesamtanlage mit Parkplätzen und entsprechender Zufahrt zum Gelände wird erschlossen. Das vorgesehene Baumhotel besteht nach seiner Meinung lediglich aus „Baumhütten“, die einen Zeltplatzcharakter darstellen. Für einen eventuellen Rückbau wird nicht viel Kostenwand erforderlich sein. Alles in allem passt dieses Angebot in das Gebiet und bringt auch für Haibacher Geschäfte wieder Umsatz.

**GR Jürgen Goldhammer** erklärt für die FWG-Fraktion, dass diese der Meinung ist, dass der Investor das Projekt Baumhotel nicht stemmen kann.

Es sollte überdacht werden, welche Beschäftigungen mit Jugendgruppen vorgesehen sind.  
Der B-Planung ist in Ordnung.

**GR Wendelin Bleifus** stellt fest, dass die Gaststätte keinen Nachweis für die Parkfläche hat. Eine Stellplatzablösung muss erfolgen. Der Bereich muss mit in die Planung eingeschlossen werden.

#### Beschluss

Für den Bereich Wildpark, Kletterwald, Baumhaus-hotel mit der Neuschaffung von Parkflächen auf den

Grundstücken Fl.Nr. 3441/3 u. 4 sowie der hierfür erforderliche Zugang und die Zufahrt wird die Aufstellung des

#### **Bebauungsplanes „Sondergebiet Freizeitanlagen um den Haibacher Wildpark“**

beschlossen.

Parallel hierzu wird die Änderung des Flächennutzungsplanes beschlossen. Mit der Planung wird das Ing.Büro ArcGrün, Kitzingen, beauftragt.

**Abstimmungsergebnis: ja: 18    nein: 0**

### 5. Wünsche und Anregungen aus der Bürgerversammlung vom 23.11.2010

#### Sachverhalt

In der gut besuchten Bürgerversammlung am 23.11.2010 im Ortsteil Dörmorsbach wurde sehr angeregt diskutiert. Die Wünsche und Anregungen wurden in einem Protokoll zusammengefasst und den Fraktionen übermittelt.  
Seitens der Verwaltung wird zu den einzelnen Wünschen, Bedenken und Anregungen wie folgt Stellung genommen:

#### Bürgerhaus:

Die Anregung wurde bereits von Bgm. Andreas Zenglein beantwortet.

#### Schuldenstand:

Bereits beantwortet.

#### Bau- des Feuerwehrhauses und Bauhofes:

Die Anfrage zu der Flachdachausführung wurde von Bgm. Andreas Zenglein beantwortet. Ebenso eine spätere Anfrage zu der Straßenführung.

#### Wasserverlust:

Beantwortet. Die Gemeinde ist ständig bemüht, den Wasserverlust einzudämmen.

#### Winterdienst:

Beantwortet

#### Weihnachts- und Adventsschmuck:

Beantwortet. Eine Sololösung ist nach Auffassung der Verwaltung leider nicht möglich, da die Gemeinde auf die Stromeinspeisung durch die AVG angewiesen ist.

#### Situation Ortsteil Dörmorsbach:

Die Angaben von Frau Domdey wurden von Bgm. Andreas Zenglein beantwortet bzw. wurden weiter diskutiert (mit eigenen Überschriften).

#### Ausbau der Ortsverbindungsstraße

Im Rahmen einer Haushaltsberatung im Jahr 2009 wurde nach Darlegung aller bevorstehenden Aufgaben der Gemeinde der Ausbau der Ortsverbindungsstraße mit Planung auf die Jahre 2013 / 2014 terminiert. Vom Landkreis wurde zwar anerkannt, dass aufgrund des Verkehrsaufkommens diese Straße den Charakter einer Kreisstraße hat, eine

Übernahme wurde jedoch nur im ausgebauten Zustand in Aussicht gestellt.

Die Kosten für den Komplettausbau wurden zuletzt auf ca. 3 Mio. Euro beziffert. Hier wird jedoch noch mit dem Landkreis verhandelt bezüglich der Kostenübernahme für den straßenbegleitenden Geh- und Radweg. Für den Ausbau sind staatliche Zuschüsse möglich; hierfür ist jedoch Grundvoraussetzung, dass eine Planung erstellt wird. Dies hat der Gemeinderat bereits im Jahr 2004 (GR-Sitzung 22.09.2004) abgelehnt. Zuvor wurde ein Gutachten über den Straßenzustand erstellt mit dem Ergebnis, dass diese Straße komplett neu gebaut werden muss.

#### Beschlussvorschlag:

Der Ausbau der Ortsverbindungsstraße wird im Rahmen der Beratung des Haushaltsplanes 2011 und des Finanzplanes 2010 - 2014 nochmals geprüft.

Es besteht Einverständnis, dass eine weitere Überprüfung nicht erforderlich ist, da ein entsprechender Beschluss durch den Gemeinderat gefasst wurde.

#### Gehweg im Baugebiet Grubenäcker:

Hierzu ist festzustellen, dass der Gemeinderat nach ausführlicher Diskussion diesen im ursprünglich als Gehweg mit Treppenanlage ausgewiesenen Bereich im Bebauungsplan geändert und lediglich eine Grünanlage ausgewiesen hat, die auf eigene Gefahr begehbar ist.

Gegebenenfalls kann die Situation in einer Ortsbesichtigung eingesehen und besprochen werden.

#### Beschlussvorschlag:

Wegen der Gehwegverbindung von der Höhenstraße zur Wiesenstraße wird bezüglich des Zustandes des „Grünweges“ eine Ortsbesichtigung durchgeführt. Nach dieser Ortsbesichtigung erfolgt im Rahmen der Haushaltsberatung eine Wiedervorlage an den Gemeinderat.

Zu diesem Punkt informiert Bgm. Andreas Zenglein, dass er gemeinsam mit Gartenbautechniker Franz Staab einen Vorschlag zur entsprechenden Gestaltung hat.

Im Baugebiet Grubenäcker ist ein Grundstück im Eigentum der Gemeinde und dies ist durch die voraussichtlich kostenintensive Bebauung seit Jahren und etlichen Verkaufsangeboten noch nicht ver-



kauft. Nun besteht die Idee, diesen Bauplatz als Spielplatz –direkt im Wohngebiet –anzulegen und damit auch die Möglichkeit eines Fußweges zu schaffen. Sollte die Umlegung im Gebiet „Ober den Gärten“ erfolgen, hat die Gemeinde dort Fläche zur Verfügung, die für einen Spielplatz vorgesehen ist. Diese Fläche ist sicherlich durch die Lage besser zu verkaufen als das Baugelände im Bereich „Gruben-acker“.

Nachdem bereits seit langem die Spielplatzgestaltung in Dörmorsbach notwendig ist, könnte dieser Bauplatz relativ zeitnah dafür verwendet werden. Der Standort wird von den Eltern bestimmt ebenfalls begrüßt.

Gartenbautechniker Franz Staab wird sicherlich relativ zeitnah einen Gestaltungsplan vorlegen.

**3. Bgm. Horst Hock** findet den Vorschlag sehr interessant, da er verhältnismäßig schnell realisierbar ist. Der Grünweg sollte verkehrssicher gemacht werden und vor allem bei dieser Jahreszeit gesperrt werden.

Bei der Planung des Baugebietes hat sich der Gemeinderat zu diesem Thema sicherlich ausführlich mit der Thematik beschäftigt. Eine Realisierung der vorgesehenen Treppenanlage ist an den Kosten in Höhe von 250.000 EUR gescheitert.

**GR Hans Georg Seitz** bemerkt ebenfalls, dass der Vorschlag sehr gut ist. Er ist gespannt, was an Zeichnungen und Lösungsvorschlägen vorgelegt wird. Die Gestaltung des Fußweges sieht er als sehr schwierig. Der Gemeinderat hat sich im Jahr 2000 diesbezüglich sicherlich Gedanken gemacht. Nun sollte eine entsprechende Lösung gefunden werden, um hier für eine Verbesserung der Situation zu sorgen.

**GR Ilse Spielmann** spricht sich dafür aus, dass der „Arbeitskreis Spielplätze“ in diese Überlegungen mit eingebunden wird. Es besteht eine Prioritätenliste – wenn eine entsprechende Lösung in Sicht ist, dann sollte dies auch durchführbar sein.

**Bgm. Andreas Zenglein** stellt fest, dass im Jahr 2005 bereits eine Besichtigung wegen des Fußwe-

ges durchgeführt wurde. Es wurde damals festgelegt, dass die Nutzung der Grünfläche auf eigene Gefahr erfolgt.

Sobald der Gemeinderat für die Gestaltung des Spielplatzes grünes Licht gibt, sollte zeitnah mit der Umsetzung begonnen werden.

#### Busverbindung Haibach –Dörmorsbach

Sehr ausgiebig wurde über die Einrichtung einer Busverbindung diskutiert. Hier wird auf die Aussage von Bgm. Andreas Zenglein Bezug genommen, dass die AVG derzeit eine innerörtliche Linie prüfe. Nachdem diese Verbindung fast ausschließlich von der Gemeinde finanziert werden muss, bietet sich evtl. die Einbeziehung der Schülerbeförderung für Grün- und Dörmorsbach an; daher wird mit der Busverbindung vor dem Schuljahr 2011/2012 nicht zu rechnen sein. Zudem ist dies noch von der AVG in die künftige Beförderung mit einzubeziehen.

Bezüglich der Schülerbeförderung besteht derzeit noch ein Beförderungsvertrag bis zum Ende dieses Schuljahres.

Auf die Verhandlungen mit der AVG wurde bereits hingewiesen. Ein Beschluss ist nach Auf-fassung der Verwaltung nicht notwendig.

Es wird jedoch daran erinnert, dass es zwischen 1994 und 1997 eine Busverbindung gab, die nach Reduzierung von sechs auf vier Fahrten täglich im Jahr 1997 wegen der sehr geringen Auslastung durch ein Anruf-Sammel-Taxi ersetzt wurde. Dieses AST wurde wegen der geringen Auslastungen ebenfalls wieder eingestellt.

#### BMX-Bahn, Bolzplatz

Hier wird seitens der Verwaltung eine Ortsbesichtigung vorgeschlagen, um sich von der derzeitigen Situation ein Bild zu machen. Eine weitere Entscheidung erfolgt nach der Ortsbesichtigung.

Beschlussvorschlag:

Zur Überprüfung der Situation auf dem ehemaligen Sportplatz von Olympic Dörmorsbach wird durch den Bauausschuss der Gemeinde eine Ortsbesichtigung durchgeführt. Danach wird über die bessere Gestaltung des Geländes neu entschieden

## **6. Festsetzungen von Steuern, Gebühren und Beiträgen für das Haushalts-jahr 2011; Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses aus der Sitzung vom 24.11.2010**

### **Sachverhalt**

In der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 24.11.2010 wurde bis auf die Mieten für renovierte gemeindliche Wohnungen keine Änderung

von Steuern, Beiträgen, Gebühren und Abgaben festgelegt.

Daher ist eine weitere Beratung und Beschlussfassung aus Sicht der Verwaltung nicht erforderlich.

## **7. Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Wasserabgabensatzung; Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses vom 24.11.2010**

### **Sachverhalt**

Nachdem aufgrund der Anpassung des Zinssatzes für die Verzinsung des Anlagekapitals nach der Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses vom 24.11.2010 keine Gebührenänderung erforder-

lich wird, erübrigt sich auch die Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Wasserabgabensatzung.

## 8. Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung; Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses vom 24.11.2010

### Sachverhalt

Nachdem aufgrund der Anpassung des Zinssatzes für die Verzinsung des Anlagekapitals nach der Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses

vom 24.11.2010 keine Gebührenänderung erforderlich wird, erübrigt sich auch die Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung.

## 9. Feststellung der Jahresrechnung 2009

### Sachverhalt

Die bisherigen Gebote, die Jahresrechnung alsbald festzustellen und über die Entlastung alsbald zu beschließen, wurden auch zur Verwaltungsvereinfachung zusammengefasst.

Dies bedeutet, dass der Gemeinderat in der gleichen Sitzung die Jahresrechnung feststellen und über die Entlastung beschließen kann. Die jeweiligen Beschlüsse müssen aber formal getrennt sein. Bei der Beschlussfassung über die Entlastung ist der Bürgermeister persönlich beteiligt (Ast. 49 GO) und darf deshalb nicht mit abstimmen.

Die Jahresrechnung 2009 wurde vom Rechnungsprüfungsausschuss örtlich geprüft.

Neben den allgemeinen Prüfungsaufgaben wurden dieses Jahr Schwerpunkte bei verschiedenen Themenbereichen gesetzt. So wurden die Kosten des Kletterwaldes und die Laufzeiten und Zinsbindungen bei den Krediten einer eingehenden Prüfung unterzogen. Außerdem wurde die Eröffnungsbilanz 2010 ausführlich erörtert.

Besondere Prüfungsfeststellungen haben sich nicht ergeben.

Die Jahresrechnung 2009 wird deshalb nach Art. 102 Abs. 3 GO festgestellt.

### Die Jahresrechnung 2009 schließt wie folgt ab:

Die Einnahmen und Ausgaben des Verwaltungshaushaltes schlossen ab mit einem Betrag von	12.349.118,33 €
Die Einnahmen und Ausgaben des Vermögenshaushaltes schlossen ab mit einem Betrag von	3.591.256,35 €
In den Ausgaben des Verwaltungshaushaltes ist die Zuführung an den Vermögenshaushalt enthalten mit	1.375.232,19 €
In den Einnahmen des Vermögenshaushaltes ist die Entnahme aus der allgemeinen Rücklage enthalten mit	1.195.984,45 €
Die Einnahmen und Ausgaben des Gesamthaushaltes betragen	15.940.374,68 €

### Haushaltsansatz 2009:

Verwaltungshaushalt	12.363.900 €
Vermögenshaushalt	4.577.500 €
<b>Gesamthaushalt</b>	<b>16.941.400 €</b>
Zuführung an den Vermögenshaushalt	1.291.000 €

### Nachrichtlich:

<b>Ist-Ergebnis:</b>	
Einnahmen Verwaltungshaushalt	12.228.902,37 €
Ausgaben Verwaltungshaushalt	12.348.195,04 €
<b>IST-Fehlbetrag Verwaltungshaushalt</b>	<b>119.292,67 €</b>
Einnahmen Vermögenshaushalt	3.368.103,00 €
Ausgaben Vermögenshaushalt	3.599.872,90 €
<b>IST-Fehlbetrag Vermögenshaushalt</b>	<b>231.769,90 €</b>
Kasseneinnahmereste	352.941,01 €

Die allgemeine Rücklage belief sich zum 31.12.2009 auf 6.151.060,82 €.

Die Schulden beliefen sich zum 31.12.2009 auf 3.085.636,29 €.

## Beschluss

Gemäß Art. 102 Abs. 3 GO wird die Jahresrechnung 2009 in der vorgelesenen Form festgestellt.

**Abstimmungsergebnis: ja: 18 nein: 0**

## Beschluss

Der Gemeinderat stimmt der Entlastung der Jahresrechnung 2009 gem. Art. 102 Abs. 3 GO zu.

Bgm. Andreas Zenglein gem. Art. 49 GO persönlich beteiligt

**Abstimmungsergebnis: ja: 17 nein: 0**

<b>10.</b>	<b>Kanalsanierung für den Ortsteil Dörmorsbach; Vorstellung Kanalsystem mit Alternativkonzepten</b>
------------	---

### Sachverhalt

**Dipl. Ing. Martin Volk** stellt fest, dass in der Sitzung vom 21.07.2010 vom Ingenieurbüro Jung das Ergebnis der hydraulischen Überrechnung des Ortsnetzes von Dörmorsbach vorgestellt wurde.

Ergebnis der Untersuchung ist, dass rund 25% der Ortskanalisation rechnerisch den hydraulischen Anforderungen nicht mehr genügt. Bei den Berechnungen bestätigte sich auch die Beobachtung, dass bei Starkregenereignissen die Kanalstrecke zwischen der Dörmorsbacher Straße und dem Fangbecken überstaut.

Es wurde daher beschlossen, diese Kanalstrecke in Verbindung mit der Bachverrohrung zu erneuern. Zuvor sollte jedoch überprüft werden, ob das Entwässerungssystem von Dörmorsbach im Hinblick auf die zukünftig gehäuft auftretenden Starkregen neu konzipiert werden kann.

#### - Trennsystems bzw. qualifizierten Mischsysteme:

Die Umwandlung eines bestehenden Mischsystems in ein Trennsystem ist vollumfänglich im Nachhinein nicht möglich.

Daher spricht man bei einer teilweisen Umsetzung des Trennsystems von einem sogenannten **qualifizierten Mischsystem**. D.h. die abfließenden Oberflächenwässer von Dächern, Hofflächen, Straßen und Außenbereichen werden über ein eigenes Kanalnetz abgeführt. Das Schmutzwasser und das nicht trennbare Oberflächenwasser laufen über den bestehenden Mischwasserkanal ab. Dieses System funktioniert nur dann gut, wenn in den Privatgrundstücken diese Trennung der Abwässer umgesetzt wird. Verschiedene Modellrechnungen des IB Jung ergaben, dass bei Reduzierung des Versiegelungsgrades (und damit Abfluss von Oberflächenwasser) um 40% rund 31 Haltungen der Kanalisation noch hydraulisch überlastet sind.

Selbst bei dem eher optimistischen Ansatz, die Versiegelung um rund 2/3 zu reduzieren, bleibt ein Austausch der Kanalstrecke Dörmorsbacher Straße –Fangbecken.

Die Kosten für den Bau des qualifizierten Mischsystems betragen rd. 2.000.000 Euro. Für die Erneuerung der Kanalstrecke zum Fangbecken werden nochmals 300.000 Euro erforderlich.

Nicht enthalten sind Kosten für die Sanierung oder Ertüchtigung der im Bestand erhaltenen Kanalstrecken und etwaige Einrichtungen zur Niederschlagswasserbehandlung sowie zusätzliche Straßenbaukosten im Zuge dieser Maßnahme. Von Seiten des Planungsbüros wird die Einrichtung des qualifizierten Mischsystems aus Gründen der schwierigen Umsetzung und der hohen Kosten nicht empfohlen.

#### - Mischsystem mit begleitendem Drainagekanal: - Kostenfaktor ca. 1,8 Mio EUR

Um das Kanalnetz von unbelastetem Oberflächenwasser in gewissem Umfang zu entlasten, besteht die Möglichkeit, im Zusammenhang mit der hydraulischen Ertüchtigung der Mischwasserkanalisation einen großzügig dimensionierten Drainagekanal mit zu verlegen. In diesen Kanal könnten Dachflächen oder nicht versiegelte Außengebietsflächen entwässern.

Die Kosten für die Herstellung des Drainagekanals werden mit 320.000 € beziffert.

Die vollständige Wirkung des Drainagekanals wird sich jedoch erst mit dem Anschluss der Außengebiete zeigen.

#### - Bau eines Regenüberlaufs im Bereich „Loch“: -Kostenfaktor ca. 1,6 Mio EUR

Der Bau eines RUE's entlastet lediglich die weiter fortführende Kanalisation. Nachdem der Bereich zwischen Dörmorsbacher Straße und Fangbecken in jedem Fall aus baulicher Sicht ausgetauscht werden muss, kann auf den Bau einer Entlastung an dieser Stelle verzichtet werden.

Mit dem Bau eines RUE's einhergehend sind notwendige hydraulische Verbesserungen an der Vorflut/ Bachverrohrung (Tieferlegung, Dimensionserweiterung). Insgesamt betrachtet muss die hydraulisch überlastete Kanalisation oberhalb des geplanten RUE's auch weiterhin erneuert werden.

Schlussendlich wäre auch im Vorfeld noch die Genehmigungsfähigkeit dieser eher fraglichen Mischwasserentlastung unmittelbar vor einer Mischwasserbehandlung (Fangbecken) mit dem WWA zu klären.

#### - Ausweitung der Dimension der Mischwasserkanalisation: - Kostenfaktor ca. 1,58 Mio EUR

In der Diskussion zur Sanierung des Kanalnetzes wurde geäußert, dass die zum jetzigen Stand ermittelte Nennweiten-Vergrößerung bei den zu befürch-

tenden ansteigenden Regenintensitäten zukünftig dann wieder nicht ausreichen könnte.

Eine Prognose zur Auslegung einer Kanalisation auf zukünftig zu erwartende Regenereignisse ist nicht möglich. Ungeachtet dessen, könnte jedoch festgelegt werden, das Kanalnetz größer zu dimensionieren um ggfs. für die Zukunft Reserven zu besitzen. Bei Aufdimensionierung der Kanalisation von Dörmorsbach gemäß Sanierungskonzept vom 21.07.2010 um eine Nennweite, ergäben sich Mehrkosten in Höhe von rd. 100.000 €.

**3. Bgm. Horst Hock** erklärt, dass durch die Lage eine hohe Belastung im Kanal „Loch“ besteht. Nach seiner Auffassung sollte dieser Kanal mit NW 800 ausgetauscht werden, dann würde es keine Probleme mehr geben – dies sollte als erstes angegangen werden.

**Dipl. Ing. Martin Volk** sieht dies als „Halbe Wahrheit“, da auch weitere Teile des Kanalnetzes zukünftig hydraulisch überlastet sein werden und mit dem Einbau des Drainagekanals eine Sicherheit gegenüber zunehmender Regenintensität geschaffen werden kann.

**3. Bgm. Horst Hock** erwidert, dass dann an jedem Anwesen ein zusätzlicher Kanal erforderlich sein wird.

**GR Hans Georg Seitz** ist der Meinung, dass das ursprüngliche Trennsystem nicht sofort ausgeführt werden sollte. Der Kostenunterschied von 500.000 EUR ist schon sehr enorm.

Die Drainage sollte im Laufe der Zeit installiert werden, dies würde auch Kosteneinsparungen bezüglich der Abflussmenge an die Kläranlage bedeuten.

**Bgm. Andreas Zenglein** erklärt hierzu, dass der Gemeinderat ohnehin die Kläranlage Weiberhöfe besichtigen sollte. Hier wird unter anderem exakt die Zuflussmenge aus Haibach gemessen und hiernach die Umlage für Haibach berechnet.

**GR Hans Georg Seitz** gibt zu bedenken, dass sich die Regenfälle verstärken werden. Deshalb ist eine Drainage zusätzlich in Ordnung.

**Dipl. Ing. Martin Volk** erklärt, dass das Mitführen einer Drainage auch als Entlastung des Baches nützlich sein kann.

**GR Jürgen Goldhammer** fragt, ob es dann so aussieht, dass aus NW 400 dann NW 800 werden soll – dazu noch eine Drainage – dies findet er in Ordnung.

**2. Bgm. Max Baumann** führt aus, wenn das gemacht wird, sollte auch überlegt werden, welche Kosten hierfür auf die Bürger zukommen. Nicht das gesamte Dachwasser kann in die Drainage fließen. Er möchte zuerst den Preis der Drainage wissen.

Hierzu antwortet **Dipl. Ing. Martin Volk**, dass dieser bei ca. 10 - 20.000 EUR für den Bereich Dörmorsbacher Straße –Fangbecken liegt.

**2. Bgm. Max Baumann** warnt vor erhöhten Kosten für die Bürger bei dem vorgeschlagenen Trennsystem. Er stimmt nicht für halbe Sachen – und es ist zu berücksichtigen, dass diese Kosten auf die gesamte Gemeinde umgelegt werden müssen.

**Dipl. Ing. Martin Volk** berichtet aus eigener Erfahrung, dass z.B. in Heinrichsthal für jedes Anwesen ein 2. Kanal angelegt wurde mit der Option Dachflächen anzuschließen.

**2. Bgm. Max Baumann** weist nochmals auf die Kosten für die Bürger hin.

**Bgm. Andreas Zenglein** bemerkt, dass es so kommen wird, dass künftig auch für die Regenwassernutzung entsprechende Zähler gesetzt werden müssen, um die Abflussmengen-berechnung durchzuführen. Dies bedeutet, dass ohnehin Aufgrabungen und das Setzen eines Zählers erforderlich sein werden.

**2. Bgm. Max Baumann** hält den Drainagekanal im Hinblick auf die zusätzlichen Kosten für Anwohner nicht sinnvoll.

**Bgm. Andreas Zenglein** sieht dies als vergleichsweise geringe Mehrkosten an.

**3. Bgm. Horst Hock** sieht die jetzige Maßnahme als Verbesserung der Abwassersituation im Bereich „Loch“ und eventuell einen Umschluss der Bachverrohrung.

Er ist ebenfalls der Meinung, dass der Kanal in einer ordentlichen Dimension ausgelegt werden muss. Er weist noch darauf hin, dass bedacht werden muss, dass das Baugebiet „Ober den Gärten“ nicht über die Dörmorsbacher Straße entwässert wird.

**Bgm. Andreas Zenglein** erklärt, dass hier die Kosten gerechnet werden müssen.

**GR Hans Georg Seitz** erklärt zur Aussage bzgl. des Baugebietes, dass bisher noch nicht die Zustimmung aller Grundstückbesitzer vorliegt. Nach seiner Meinung sollte die Umlegung nur erfolgen, wenn alle Beteiligten mitmachen – dies ist bisher nicht der Fall.

## Beschluss

Zur Sanierung des Kanalnetzes von Dörmorsbach wird folgendes Konzept weiterverfolgt:

b) Ertüchtigung des Kanalnetzes gemäß Sanierungskonzept mit der Ergänzung „Drainagekanal“ Der Bereich Klärbecken, „Ausbau Loch“ wird überrechnet. Im Rahmen der Haushaltsberatungen 2011 werden die Bauabschnitte festgelegt.

**Abstimmungsergebnis: ja: 14 nein: 4**

<b>11. Allgemeines</b>
------------------------

**11.1. Informationen über Veranstaltungen**  
Samstag/Sonntag 04./05.12.2010 Weihnachts-  
markt Grünmorsbach

Die Mitglieder des AK Kindergartens können einen Termin um 15:00 Uhr nicht wahrnehmen. Es wird vorgeschlagen, einen neuen Termin montags oder mittwochs abends zu vereinbaren.

**11.2. Gespräch mit Vertreter der Caritas wegen Burgkindergarten am 15.12.2010.**

Hiernach schließt Bürgermeister Andreas Zenglein den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am **26.01.2011** genehmigt.

---

Andreas Zenglein  
Erster Bürgermeister

---

Reiling Silvia

## SITZUNG des GEMEINDERATES

Sitzungstag: Mittwoch, 8. Dezember 2010  
Sitzungsdauer: 20:00 Uhr bis 22:00 Uhr

Haibach, Rathaus

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

Sitzungsteilnehmer	Funktion	Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung
--------------------	----------	--

### Anwesend:

Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	
Max Baumann	2. Bürgermeister	
Horst Hock	3. Bürgermeister	
Erhard Attig	Gemeinderat	
Wendelin Bleifus	Gemeinderat	
Michael Fuchs	Gemeinderat	
Jürgen Goldhammer	Gemeinderat	
Andreas Hein	Gemeinderat	
Richard Hein	Gemeinderat	
Rüdiger Lebert	Gemeinderat	
Dr. Robert Ritter	Gemeinderat	
Claus Rückert	Gemeinderat	
Markus Rückert	Gemeinderat	
Gaby Satter	Gemeinderätin	
Reinhard Schüßler	Gemeinderat	
Hans Georg Seitz	Gemeinderat	
Ilse Spielmann	Gemeinderätin	
Toni Stahl	Gemeinderat	
Corinna Suffel	Gemeinderätin	
Susanne Zellner	Gemeinderätin	

### Abwesend:

Peter Amrhein	Gemeinderat	
---------------	-------------	--

### Schriftführer

Englert Friedrich		
-------------------	--	--

### Verwaltung

Friedrich Englert		
Martin Volk		

## Tagesordnung

### Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung und Begrüßung
2.	Neubau Feuerwehr / Bauhof; Festlegung der Ausschreibungsart
3.	Bewertung der gemeindlichen Flächen für den künftigen Lebensmittelmarkt
4.	Allgemeines

## 1. Eröffnung und Begrüßung

**Bgm. Andreas Zenglein** eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass

- a) zur Sitzung ordnungs- und fristgemäß eingeladen wurde,
- b) von den 20 geladenen Gemeinderäten alle anwesend sind.

Unter Bezugnahme auf die Sitzung des Gemeinderates vom 01.12.2010 teilt er mit, dass diese Sitzung wie angekündigt nunmehr fortgesetzt wird, und zwar mit Tagesordnungspunkt 11 der Sitzung vom 01.12.2010.

Hiermit besteht Einverständnis.

## 2. Neubau Feuerwehr / Bauhof; Festlegung der Ausschreibungsart

### Sachverhalt

Das Architekturbüro bbp-Kiel bearbeitet derzeit den Bauantrag für den Neubau von Feuerwehr und Bauhof.

Im nächsten Schritt sind die Ausführungsplanung und die Ausschreibung der Bauarbeiten zu leisten. Im Vorfeld dieser Planungsphase ist die Festlegung zu treffen, in welcher Form die Bauleistungen vergeben werden sollen.

Es besteht die Möglichkeit, im Rahmen eines **Generalunternehmervertrages (GU)** die gesamte Baumaßnahme schlüsselfertig auszuschreiben oder in Teilgewerken untergliedert als **Einzelvergabe** zu beauftragen.

In der Bauwirtschaft werden **Generalunternehmerverträge** vorwiegend bei Baumaßnahmen mit feststehenden End- und Fertigstellungsterminen abgeschlossen, um damit den finanziellen Verlust bei Überschreitung der Bauzeit auf den Bauunternehmer zu übertragen (Mietverträge o.ä.).

Vorteilhaft für den Bauherrn ist die Abwicklung im Gewährleistungsfall, da nur mit einem Vertragspartner verhandelt werden muss. Weiterhin besteht in diesem Zusammenhang eine eher höhere Sicherheit bei Ausfall eines Auftragnehmers infolge Insolvenz. Die als Vorteil zu nennende Kostensicherheit besteht nur in dem Maß, wie die Ausschreibung auf sicheren Planungsdaten aufgestellt werden kann.

Bei GU-Verträgen muss erfahrungsgemäß davon ausgegangen werden, dass ein GU-Zuschlag in Höhe von 10-15% in dem Angebotspreis beinhaltet ist. Um ein besonders wirtschaftliches Angebot abliefern zu können, muss der GU diese Kosten über Einsparungen bei den Nachunternehmerleistungen wieder kompensieren. In aller Regel führt dies zu einem Qualitätsverlust in der Bauausführung.

Die Bauleistungen zum Neubau von Feuerwehr und Bauhof müssen aufgrund der Größenordnung europaweit ausgeschrieben werden (Schwellenwert: 4,845 Mio. Euro). Dies bedeutet, dass für regionale Unternehmen, insbesondere im Bereich der Ausbaugewerke, eine Beteiligung an dem Bauvorhaben erschwert wird.

Bei GU-Vergaben muss die Planung des Bauvorhabens detailliert und vollständig abgeschlossen sein. Änderungen oder nachträgliches „Feinjustieren“ der Planung haben Nachträge und Preisvereinbarungen zur Folge.

Die Einzelvergabe ist das bei öffentlichen Baumaßnahmen am häufigsten eingesetzte Vergabeverfahren.

Die Ausschreibung in Einzelgewerken eröffnet die Möglichkeit die verschiedenen Bauleistungen örtlich bzw. regional zu vergeben. Die Einhaltung der Qualitätsanforderungen ist damit, insbesondere bei bekannten leistungsfähigen Firmen, besser gewährleistet.

In aller Regel ist die Einzelvergabe die kostengünstigste Variante der Beauftragung, da die Wettbewerbspreise der Gemeinde direkt zugutekommen.

Die Kostensicherheit lässt sich bei der Einzelvergabe ebenfalls herstellen, indem rd. 80% der Bauarbeiten auf einen Termin hin ausgeschrieben und beauftragt werden.

Bei den übrigen Leistungen handelt es sich um Ausbaugewerke, die zu dem frühen Planungsstand häufig noch nicht abschließend festgelegt sind. Weiterhin besteht damit auch die Möglichkeit, auf Änderungen in der Planung in diesen Gewerken zu reagieren.

Das Architekturbüro bbp, die beteiligten Fachplaner und die Verwaltung empfehlen die **Einzelvergabe** der Bauarbeiten zum Neubau von Feuerwehr und Bauhof.

**3. Bgm. Horst Hock** nennt für einen Generalunternehmer als Vorteil einen festen Preis, weniger Arbeit für Verwaltung und Architekt, allerdings stehen dem die meist schlechtere Leistung und Qualität gegenüber. Zudem habe die Gemeinde keinen Einfluss auf den Einsatz von regionalen Unternehmen.

**GR Hans Georg Seitz** widerspricht dem Argument von „meist schlechten Leistungen“; dies komme auf die Qualifikation des Generalunternehmers an. Die Baumaßnahme an sich beschäftigt in hohem Maße die Verwaltung. Wenn die Verwaltung diese Arbeit bewältigt, schließt er sich dem Vorschlag an, Einzelvergaben auszuschreiben. Andere Projekte dürfen jedoch nicht darunter leiden.

**GR Claus Rückert** verweist auf die Vorteile eines Generalunternehmers, der u.a. auch über einen anderen Verhandlungsspielraum verfügt.

**2. Bgm. Max Baumann** sieht die erforderliche europaweite Ausschreibung bei einem Generalunternehmer als gravierenden Nachteil.

**GR Jürgen Goldhammer** fragt, ob der Architekt bei allen Maßnahmen dabei ist. Bei den Einzelvergaben sieht er den Vorteil, dass planungstechnisch jederzeit eingegriffen werden kann.



**Dipl. Ing. Martin Volk** bestätigt, dass die Vergaben der Leistungsphasen 1 –9 nach der HOAI vergeben werden, so dass die Architektenleistung gewährleistet ist. Er als verantwortlicher Bau-Ing. der Gemeinde nimmt lediglich die Bauherrenfunktion wahr.

#### Beschluss

Die Bauarbeiten zum Neubau von Feuerwehr und Bauhof werden als

#### Einzelvergabe

nach VOB/ A ausgeschrieben.

**Abstimmungsergebnis: ja: 19 nein: 1**

### 3. Bewertung der gemeindlichen Flächen für den künftigen Lebensmittelmarkt

#### Sachverhalt

Wie aus den Planvorstellungen im öffentlichen Teil der Gemeinderatssitzung ersichtlich, wird es für den Lebensmittelmarkt notwendig werden, auch Straßenflächen in Anspruch zu nehmen. Diese Flächen befinden sich im Eigentum der Gemeinde Haibach. Für die Feststellung des Grundstückswertes wird seitens der Verwaltung empfohlen, den Gutachterausschuss des Landratsamtes mit der Grundstücksbewertung zu beauftragen. Damit ist gewährleistet, dass diese gemeindlichen Flächen völlig wertneutral beurteilt werden und somit ein von beiden Seiten akzeptabler Kaufpreis ermittelt werden kann.

Nach Vorliegen des Ergebnisses wird dieses dem Gemeinderat vorgelegt.

#### Beschluss

Für die Ermittlung des Grundstückswertes der gemeindlichen Flächen (jetzige Verkehrsflächen) für den künftigen Lebensmittelmarkt wird der Gutachterausschuss des Landkreises Aschaffenburg beauftragt.

**Abstimmungsergebnis: ja: 16 nein: 4**

### 4. Allgemeines

#### 4.1 Abschlusssitzung des Gemeinderates am 15.12.2010

**Bgm. Andreas Zenglein** erinnert an die Rückmeldung zur Teilnahme an der Abschlusssitzung des Gemeinderates am 15. Dezember 2010.

#### 4.2 Vorläufiger Sitzungsplan

**Bgm. Andreas Zenglein** informiert über eine Mitteilung von GR Michael Fuchs, der auf eine mögliche Überschneidung der Haushaltsberatungen des Finanzausschusses mit der Dienstversammlung der Feuerwehr Gemeinde Haibach hinweist. Nachdem die Finanzausschusssitzung um ca. 18.00 – 18:30 Uhr endet und die Dienstversammlung nach diesem Zeitpunkt beginnt, besteht Einverständnis, den Sitzungstermin zu belassen.

#### 4.3 Ratsinformationssystem

**GR Andreas Hein** weist darauf hin, dass in der letzten Sitzung die Informationen zu dem Ratsin-

formationssystem sehr spät bereit gestellt wurden. Er bittet künftig um frühere Informationen, möglichst noch vor dem jeweiligen Wochenende.

**GL Friedrich Englert** bestätigt, dass bei der letzten Gemeinderatssitzung die Datenübermittlung wegen einer zu großen Datenmenge nicht funktioniert habe und dies zu spät bemerkt wurde. Künftig soll dies vermieden werden.

#### 4.4 Ortsbesichtigung Dörmorsbach

**3. Bgm. Horst Hock** fragt an, ob schon ein Termin für die Terminbesichtigung im OT Dörmorsbach feststeht.

**Bgm. Andreas Zenglein** antwortet, dass bisher noch keine Termine bestimmt wurden; die Ortsbesichtigung soll wahrscheinlich im Februar an einem Freitag-Nachmittag oder Samstag-Vormittag stattfinden.

Hiernach schließt Bürgermeister Andreas Zenglein den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am **26.01.2011** genehmigt.

---

Andreas Zenglein  
Erster Bürgermeister

---

Englert Friedrich